

**Bernd Lindinger**

# **Elemente der Gemeindepolitik**

**Freiheitliche  
Akademie**  
Das Bildungswerk



Bernd Lindinger

# Elemente der Gemeindepolitik



1. Auflage 2009

© Freiheitliche Akademie, Wien

Redaktion/Herstellung: W3 Verlag GmbH, Wien

Gestaltung: Ecotext/Mag. G. Schneeweiß-Arnoldstein

Jede Form der Vervielfältigung – auch als Photokopie – ist ohne Genehmigung des Verlags nicht gestattet.

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-902720-02-3

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	13
<b>Vorbemerkungen zum Gebrauch der „Elemente“</b> .....	17
<b>Gemeindepolitik</b> .....	21
<b>Kandidatur und Erstkandidatur</b> .....	25
Chancenabschätzung einer Kandidatur .....	26
Die Proponenten .....	26
Die Interessentenkartei .....	28
Der Freiheitliche Gemeindegurier .....	28
Die Pressekonferenz .....	28
Als Zuhörer im Gemeinderat .....	29
Der Blaue Stammtisch und politische Zirkel .....	30
Das Freiheitliche Umfeld .....	30
Unterschriftenaktionen und Initiativanträge .....	31
Der Pressedienst .....	31
Der Schaukasten .....	32
<b>Die Kandidatur</b> .....	33
Spitzenkandidaten und die Listenreihung .....	34
<b>Der Bürgermeisterkandidat</b> .....	36
<b>Das Wahlprogramm</b> .....	38
Die Lösungskompetenz als Wahlkampfansage .....	38
Der faire Wahlkampf .....	39
Freiheitliche Klientel und Kernwählerschicht .....	40
Der unzufriedene Bürger als potentieller Wähler .....	41
Die Bürgerliste als Konkurrenz .....	42

Die Klientel der persönlichen Freunde .....	43
Die Namensliste als stimmenmaximierendes Wagnis .....	43
Das Ortsprogramm ist Trumpf .....	44
Das Dreipunkteprogramm als Merksatz .....	45
<b>Der Wahlkampf</b> .....	47
Der Wahlkampfbeginn .....	47
Strategieüberlegungen strukturieren den Wahlkampf .....	47
Die heiße Phase im Wahlkampf konzentriert alle Kräfte ....	48
Die Wahlpropaganda konzentriert sich auf wenige Themen .....	48
Der Wahlkampfstil als Visitenkarte .....	49
Themenwahl als politischer Wille und als Angriffsziel des Gegners .....	51
Die Übernahme von gegnerischen Wahlkampfthemen .....	53
Themen aus der Bundes- und Landespolitik .....	54
Im Wahlkampf ist man allein stärker .....	54
Das Hexeneinmaleins der Kandidatenliste .....	55
Die berühmten Signale an Wählergruppen .....	56
Der Vorzugsstimmenwahlkampf als Streitpotential .....	57
<b>Die Instrumente des Wahlkampfes</b> .....	59
Die Öffentlichkeitsarbeit, das Schaufenster der Partei .....	59
Der Freiheitliche Gemeindegurier, der Superstar .....	60
Das Schattenkabinett, die freiheitliche Riege stellt sich vor .....	61
Der politische Gegner greift an .....	62
Die verschiedenen Facetten einer Parteizeitung .....	63
Das Flugblatt .....	63
Die Kurzinformation: rasch, billig und aktuell .....	63
Die Multiplikation des Flugblattes .....	64
Das Plakat .....	65
Das Plakat als Lebenszeichen der Partei .....	65
Das Plakat dringt in die Köpfe der Wähler .....	66
Die Wandzeitung als „Flugblatt“ .....	67
Die Homepage .....	69
Das Gästebuch der Homepage als Brevier für Masochisten .....	70

Die Presseaussendung und die Lokalzeitung .....	70
Der Leserbrief als Meinungsträger von außen .....	71
Die Richtigstellung als Akt der Fairneß .....	71
Gratiszeitungen als Werbeträger .....	72
Annoncen als Wahlkampfmittel für Reiche oder Ideenlose .....	72
Die Pressekonferenz .....	73
Das Pressegespräch .....	74
Telephoninterview, vor emotionalen Schnellschüssen sei gewarnt .....	75
Das lokale Fernsehen .....	76
Am Runden Tisch der politischen Arena .....	76
Hausbesuche .....	77
Diskussionsleitfaden bei Hausbesuchen .....	78
Unterschriftenlisten, die Bitte um Zustimmung .....	80
Wahlgeschenke .....	80
Die Setkarte als Visitenkarte und Kompaktwerbung .....	82
Informationsveranstaltungen .....	83
Zeitgerecht ankündigen und Interesse wecken .....	84
Die Tischvorlage fördert die Nachhaltigkeit .....	84
Parteitouristen als Saalfüller .....	84
Die gute Veranstaltungsleitung garantiert den Erfolg .....	85
Die Kandidatenvorstellung .....	85
Die Steckaktion .....	87
Die Telephonumfrage .....	89
Das Bürgerstandel .....	90
Der Bürgerbrief .....	91
Der Vorzugsstimmenwahlkampf .....	93
Kampfmandat und Quereinsteiger .....	94
<b>Nach der Wahl</b> .....	95
Koalition oder Opposition, das ist hier die Frage .....	96
Koalition und die eigenen Wahlziele .....	97
Die Bürgermeisterwahl als politisches Kalkül .....	99
Opposition als Wählerauftrag .....	100
Paktieren als die Kunst des Möglichen .....	100

<b>Im Gemeinderat</b> .....	102
Oppositionspolitik im politischen Alltag .....	102
Schulung ist eine Holschuld .....	103
Der Erfolg liegt in der Vorbereitung .....	104
Der Mut zum freiheitlichen Bekenntnis .....	105
Auch die Öffentliche Meinung wird manipuliert .....	106
Justamentstandpunkte und Stimmenthaltung sind nicht der Wählerauftrag .....	106
Anträge sind die wichtigsten Werkzeuge im Gemeinderat .	107
Die Themenführerschaft als taktisches Ziel in der Gemeindepolitik .....	108
Dringlichkeitsanträge als Oppositionstechnik .....	109
Die Zustimmung zu anderen Anträgen ist eine prag- matische Frage .....	110
Mißtrauensantrag als mediale Waffe .....	110
Die Rede profiliert den Gemeinderat .....	112
 <b>Grundzüge der Oppositionspolitik</b> .....	 114
Ziel der Oppositionspolitik und die Freund -/ Feind- bestimmung .....	115
Der Gemeinderatsausschuß .....	116
Budget und Rechnungsabschluß, die Regierungserklärung	116
Die Aufsichtsbeschwerde zwingt zur Fairneß .....	118
Wenn die Opposition den Gemeinderat lahmlegt .....	119
Der kollektive Auszug aus dem Gemeinderat .....	119
Der kollektive Rücktritt .....	120
Das Budget läßt auf sich warten .....	121
Das Initiativrecht als Instrument der direkten Demokratie	121
Wenn mich der politische Gegner umarmt .....	122
Der Freiheitliche Gemeindekurier als Organ der Opposition .....	123
Die politischen Themen der Gegner .....	124
Grünthemen, das gutmenschliche Mäntelchen .....	124
Die medialen Dauerbrenner .....	125
Die Faschismuskeule .....	126
 <b>Das politische Leben in der Gemeinde</b> .....	 127
Viertelvertrauensleute, das Ohr für Bürgerwünsche .....	128

Das Bürgertelephon als elektronischer Ombudsmann .....	129
Die Homepage, die schnellste Zeitung und Informationsquelle .....	130
Bürgergespräche, der direkte Kontakt .....	130
Der Stammtische als dörfliches Kommunikationszentrum .	131
Das Vortragswesen .....	132
Öffentliche Parteisitzungen .....	133
Standelaktionen, der Verkaufsladen für politische Sonderprodukte .....	133
Hausbesuche – wir liefern politische Information frei Haus .....	135
Gesellige Veranstaltungen mit Charme .....	135
Vereine, der Bürgerkontakt ohne parteipolitisches Mascherl .....	136
<b>Die Parteizeitung .....</b>	<b>137</b>
Die regelmäßige Bürgerinformation .....	138
Die Zeitung als Botschafterin für den Bürger .....	138
Kein Zeitungsartikel ohne seriöse Recherche .....	140
Der Gemeinderat als Informationsquelle Nr. 1 .....	140
Das Bürgerforum öffnet Akzeptanz und Breitenwirkung ...	142
Das Interview läßt den Bürger sprechen .....	143
Die Kulturseite als unpolitische Botschaft .....	144
Kurzmeldungen oder Glossen für den schnellen Leser .....	145
Preisrätsel und Preisausschreiben regen zur Mitarbeit an ...	145
Die Kolumne, der ganz persönliche Gesprächspartner des Lesers .....	146
Leserbriefe: echte Anliegen oder Selbstdarstellung? .....	146
Abseits vom guten Stil .....	147
Steter Tropfen höhlt den Stein .....	148
Information als Telegramm oder als ausführliche Botschaft? .....	149
Die optische Akzeptanz ist die nachhaltigere .....	150
Stehseiten signalisieren ortsfremde Probleme .....	151
Die Zeitung als Wahlkampfinstrument .....	151
Annoncen: finanzielle Unterstützung und Gradmesser örtlicher Akzeptanz .....	152
Platzsparen und Lesbarkeit .....	153

Postzustellung, Zustelldienst oder eigene Verteilung? .....	154
<b>Finanzen</b> .....	156
Die Parteisteuer der Gemeinderäte als Finanzierungsquelle .....	156
Die ungeliebten Mitgliedsbeiträge .....	157
Zuwendungen von der Landespartei .....	157
Einnahmen aus Veranstaltungen und Spenden .....	158
Kreditaufnahmen sollten aus den Parteiüberlegungen verbannt sein .....	159
Sparen bei den Ausgaben .....	159
<b>Ziele und Aufgaben der Ortspartei</b> .....	161
Der Wählerauftrag, das Wahlversprechen der Gemeinderatswahl .....	161
Die Balance zwischen Qualität und Quantität einer Partei ..	163
Versorgungsposten, Nepotismus und persönlicher Vorteil ..	164
<b>Die bürgerfreundliche Partei</b> .....	166
Populismus als Bürgernähe .....	166
Den Bürger mit Taten unterstützen .....	167
Dem Bürger zu seinem Recht verhelfen .....	168
Die freiheitlichen Vorfeldorganisationen als politische Transmission .....	169
Öffentliches Auftreten als direkter Bürgerkontakt .....	171
Besuch von Diskussionsveranstaltungen .....	172
Standeln und karitative Veranstaltungen .....	172
Die Gesinnung unterscheidet uns von anderen .....	173
<b>Integration der Partei im Ort</b> .....	174
Parteiveranstaltungen leiden am Besucherschwund .....	175
Kulturprogramm statt Multikulti .....	175
<b>Organisation</b> .....	180
Mitgliederkarteien und -dateien .....	180
Die Einladungsliste als Schlüssel zum Erfolg .....	181
Die Gratulationsliste als Mitgliederservice .....	182
Der Gebrauch der elektronischen Medien .....	182

<b>Die Selbstdestruktion der Ortsgruppe</b> .....	184
Das subversive Potential .....	185
Der Nörgler ist schnell zur Stelle .....	185
Listenplatz und Verweigerung als Alternativen .....	185
Die Ungeeigneten in Führungspositionen .....	186
Der enttäuschte $\alpha$ -Mensch .....	187
Kameradschaft als conditio sine qua non .....	188
Der Erfolg als Integrationsfaktor .....	189
<b>Nachwort</b> .....	191
<b>Abkürzungen</b> .....	195
<b>Sachverzeichnis</b> .....	196
<b>Der Autor</b> .....	200

# Vorwort

Geschätzte Leser!

Liebe Freunde in der Gemeindepolitik!

Die nunmehr vorliegenden „ELEMENTE DER GEMEINDEPOLITIK“ von Bernd Lindinger stellen für jeden Funktionär der Freiheitlichen Partei ein wertvolles **Standardwerk** dar.

Denn **Gemeindepolitik** ist im wahrsten Sinne des Wortes ein „elementarer“ Baustein unseres Gemeinwesens.

Sie setzt da an, wo der Bürger lebt, in der Welt seiner nächsten Beziehungen, dort, wo er sich zuhause fühlt. Das ist viel mehr als ein bloßer „Wohnsitz“!

In jedem Fall ist es der Ort, an dem er **Heimat** außerhalb der eigenen vier Wände am unmittelbarsten empfindet.

Deshalb ist die Kommunalpolitik so wichtig. Denn in ihr treten die Politiker dem Menschen persönlich entgegen und nicht nur durch Vermittlung von Medien aller Art.

**Hier seid Ihr die Partei, liebe Mitstreiter!**

Die Arbeitsgrundlagen, die nunmehr jedem Interessierten zur Verfügung stehen, umfassen den gesamten „Kosmos der Gemeindepolitik“ und gehen bei aller Breite auch erstaunlich in die Tiefe. Welch eine **Fundgrube** an Anleitungen und Anregungen, welches Wissen, das aus Bedacht und aus Erfahrung schöpft!

So wird man kaum eine Frage finden, welche die ELEMENTE offenlassen, oder einen Punkt – und sei er noch so heikel –, den sie nicht ansprechen.

Nicht nur, daß die meisten Probleme aufgelistet werden, auf die ein Gemeindefunktionär stoßen kann, es werden auch stets praktische Ansätze zu ihrer **Lösung** angeboten. Manches wird dem gewieften Politiker bekannt vorkommen und ihn ermuntern, manches wird sogar ihm neu sein – oder sogar seinen Wi-

derspruch hervorrufen. Umso besser, denn es gibt nicht nur einen Weg zum Ziel.

Selbstverständlich kann und soll das Handbuch keine „Bibel“ sein, in der man auf bequeme Art und Weise für jede Problemstellung eine einzige, hundertprozentig gültige Antwort findet. Nicht anders als das Leben selbst ist auch das politische Leben derart vielfältig, daß auf **eigene Ideen** nie verzichtet werden kann.

Auch das Risiko, Fehler zu begehen, läßt sich nie ganz vermeiden. Aber es wird wenige Situationen geben, für welche die ELEMENTE nicht durchdachte und erprobte Vorschläge machen kann.

Bei allem **Wagemut** und **Einfallsreichtum** sollte jede politische Initiative aber stets mit den Grundsätzen unserer Gesinnungsgemeinschaft vereinbar sein, besser noch: mit dem freiheitlichen **Bundesparteiprogramm** oder den Argumentationshilfen, die von den dazu bestimmten Einrichtungen der FPÖ zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang darf ich allen Interessierten vor allem das „**Handbuch der freiheitlichen Politik**“ ans Herz legen.

Freiheitliche Weltanschauung ist, daß das Gemeinwohl, also letztlich auch das „**Gemeindewohl**“, alle umschließt – und nicht bloß eine Clique von schwarzen und roten Honoratioren oder parteiischen „Ortskaisern“, die zwischen ihrem öffentlichen Amt und ihrer Parteiherkunft nicht unterscheiden können.

Da machen wir Freiheitliche nicht mit.

Immer steht für uns der Mensch, und das bedeutet: alles Menschliche, im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns.

So unerlässlich die Vermittlung freiheitlicher Positionen auch ist oder die „**Lufthoheit über den Stammtischen**“: parteipolitisches Hickhack hat in der Gemeindestube nichts zu suchen.

Gefragt sind Sachlösungen, das aufrichtige Ringen um die Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort, das **offene Ohr** für die Sorgen der Bürger, die Weitergabe ungefilterter Information, der **Mut, Mißstände aufzugreifen** oder sich für den Bürger einzusetzen, vor allem aber: die Umsetzung zweckmäßiger Ideen.

Dabei hilft eine Grundlage, auf die sich der Funktionär hieb- und stichfest berufen kann.

Die „ELEMENTE DER GEMEINDEPOLITIK“ sind eine solche Grundlage.

Bei aller Sachorientierung vergißt der Autor doch nie, den Zusammenhalt und das **geschlossene Auftreten** der Partei zu beschwören.

Das letzte, was der Bürger braucht, ist eine Partei, die sich vor aller Augen streitet, denn Hader und Mißgunst, Kleinlichkeit und Intrigantentum bietet ihm sein schwerer Alltag genug.

Dazu müssen wir kein Scherflein beitragen.

Die dramatischen Ereignisse, welche die FPÖ 2002 und dann 2005 erschütterten, ja, an den Rand des Abgrunds brachten, sind ein Lehrstück für alle Funktionäre, gleich auf welcher Ebene sie ihren Mann oder ihre Frau stellen, ob in Bund, Land oder Gemeinde.

Diese Lektion haben wir gelernt!

Liebe Kameraden in den schönen Städten und Gemeinden unseres einzigartigen Heimatlandes, werte Gesinnungsfreunde!

Macht kräftigen Gebrauch vom vorliegenden Handbuch! Werft immer wieder einen Blick hinein, einfach, um Anregungen zu finden, um Euch neues Wissen anzueignen oder um Vergleich zu ziehen mit den eigenen Erfahrungen. Befragt es im Anlaßfall, wägt ab, ob die Vorschläge für Euch in Frage kommen, diskutiert die Lösungsansätze und wendet sie an, wenn Ihr zum Schluß kommt, daß sie zu Euren Problemen passen. Und das wird oft der Fall sein!

Während die anderen in **blinder EU-Euphorie** nach Brüssel starren, schauen wir Freiheitliche auf unser schönes Land, vor allem dort, wo es am bodenständigsten und lebendigsten ist: in unseren Gemeinden.

Glück auf!

Euer  
H.-C. Strache

# Vorbemerkungen zum Gebrauch der „Elemente“

Ein Buch, das die Gemeindepolitik zum Inhalt hat, setzt sich schon mit dem Vorhaben selbst einer nicht unbeträchtlichen Kritik aus. Zu unterschiedlich sind Ziele, Methoden, Strategien Chancen, Wege und Möglichkeiten einer im Dorf oder in der Stadt notwendigen bürgernahen Gemeindepolitik. Der Gemeinderat sitzt sozusagen in der Auslage seines Heimatortes und er muß daher alle Befindlichkeiten seiner Mitbewohner, mit denen er ja privat auch auskommen muß, berücksichtigen. Dazu kommt noch die Vielfalt in Charakter, Phänotypus, Ausbildung, Beruf und sozialem Herkommen der Gemeinderäte. Und doch sollen alle etwas Gemeinsames haben, nämlich den Willen, Freiheitliche Politik in der Heimat – Dorf oder Stadt – zu betreiben.

Die in den ELEMENTEN enthaltenen Analysen haben in erster Linie die niederösterreichischen Verhältnisse als Quelle. Einiges wird sich in den anderen Bundesländern anders darstellen, entsprechend der verschiedenen Gemeindeordnungen. So sind alle Überlegungen zur Wahl des Bürgermeisters natürlich in Bundesländern, wo dieser direkt vom Bürger gewählt wird, anders, als in Niederösterreich oder in der Steiermark, wo der Bürgermeister vom Gemeinderat gewählt wird. Im Falle der Direktwahl ist die Situation, daß ein Bürgermeister ohne Mehrheit im Gemeinderat regieren muß, wesentlich öfter gegeben als in einzelnen niederösterreichischen Gemeinden, wo innerhalb der Legislaturperiode die Bürgermeisterkoalition eventuell zerbrechen kann. Dies sei aber nur beispielhaft angeführt, im Wissen, daß es auch viele andere Unterschiede zwischen den Gemeindeordnungen gibt. Bei bekannten Unterschieden wurde bei den betreffenden Textstellen immer auf diese hingewiesen; trotzdem können die einen oder anderen Unterschiede in den regionalen

Gemeindeordnungen unberücksichtigt geblieben sein. Die wesentlichen Elemente werden aber für alle gleich sein oder können unschwer an regionale Unterschiede angepaßt und adaptiert werden. In Wien stellt sich Gemeindepolitik völlig anders dar. Die Wiener Gemeinderäte sind ja auch gleichzeitig Wiener Landtagsabgeordnete, wenn auch die beiden Vertretungskörper rechtlich nicht ident sind. Auch die Bezirksvertretungen sind nur schlecht mit einem Gemeinderat in den Bundesländern vergleichbar. Trotzdem werden die ELEMENTE auch für Wiener Bezirksräte und Landtagsabgeordnete sicher einige brauchbare Anregungen enthalten, auf alle Fälle aber den Blick für die Verhältnisse in den Bundesländern schärfen.

Der Leser wird sich in sehr vielen Kapiteln wiederfinden, es wird für ihn keine besondere Anregung sein, Ratschläge für eine von ihm schon lange geübte Praxis zu erhalten. Aber einiges wird ihm vielleicht doch zu denken geben und als neue Idee brauchbar erscheinen. Besonders einem im Gemeinderat neuen Mandatar wird das Buch ein Leitfaden sein, der ihn in vielen Situationen, denen er zum ersten Mal gegenübersteht, über so manche Klippe hinweghelfen kann.

Das Buch verfolgt keineswegs die Absicht, dem Leser zu empfehlen, alle hier aufgelisteten Ratschläge zu befolgen. Diese sollen nur Möglichkeiten anbieten, was in der einen oder anderen Situation machbar wäre. Das Buch versteht sich etwa wie das Periodensystem der chemischen Elemente, von dem niemand annimmt, daß in jeder chemischen Verbindung sämtliche 114 Elemente, die im Periodensystem aufgelistet sind, vorhanden sind. Und so ist es auch hier, jede Ortschaft ist quasi eine eigene Verbindung, die aus einer bestimmten Anzahl von Elementen zusammengesetzt ist. Und genauso will das vorliegende Buch nur die möglichen Elemente beschreiben, zusammensetzen muß sie jede Ortsgruppe nach ihren eigenen Bedürfnissen selbst. Diese Elemente darzustellen, ist Aufgabe des Buches, das deswegen auch den Titel „Elemente der Gemeindepolitik“ trägt, nicht zuletzt auch deswegen, weil der Autor als Chemiker lebenslang gewohnt ist, in diesen Kategorien zu denken. Aber damit ist der Vergleich mit der Chemie schon beendet, und es ist zu hoffen,

daß sich damit nicht eine gewisse Scheu, wie sie der Chemie allgemein entgegengebracht wird, auf das Buch überträgt.

Die hier beschriebenen ELEMENTE sind frei miteinander kombinierbar, wenn es auch wichtige und eher marginale Elemente gibt; das wird der geneigte Leser aber selbst erkennen, was für eine gedeihliche Ortspolitik unabdingbar und was nur in besonderen Fällen anwendbar ist.

Die ELEMENTE betrachten die Ortspolitik aus dem Blickwinkel einer kleinen bis maximal mittleren Gemeinderatsfraktion. Damit verbunden ist auch die Rolle als Oppositionspartei. Taktik und Strategie haben aus diesem Selbstverständnis heraus andere Ziele als die einer großen Fraktion oder auch einer kleinen Fraktion, die aber mit der Unterstützung ihrer gewichtigen Parteifreunde in der Landesregierung jederzeit rechnen kann. Selbst dort, wo wir den Quantensprung zu einer Großfraktion schaffen, hat eine Freiheitliche Politik andere Prämissen als etwa die der ÖVP oder SPÖ in gleicher Fraktionsstärke im Gemeinderat. Dies wird sich erst ändern, wenn wir sowohl im Landtag als auch im Parlament den quantitativen Anschluß an den Status einer Mittel- bis Großpartei geschafft haben werden. Dann müßten die ELEMENTE umgeschrieben oder zumindest in wesentlichen Punkten ergänzt und abgeändert werden. Wenn die ELEMENTE dienlich sind, diesem Ziele näher zu kommen, haben sie ihren Zweck erreicht.

Inhaltlich ist das Buch in Kapitel eingeteilt. Besonderes Augenmerk ist auf das sehr umfangreiche Sachregister gelegt worden. Hier kann der Leser quasi direkt auf einzelne Begriffe und Sachthemen zugreifen. Viele Begriffe tauchen in unterschiedlichen Kapiteln mehrmals auf, und es kommt auch partiell zu inhaltlichen Wiederholungen. Dadurch ist aber die bequeme Lesbarkeit gewährleistet, indem ein Zuviel an Querverweisen und ein Hinundherblättern weitgehend vermieden wird.

Die ELEMENTE wollen keine Gebrauchsanweisung sein, wie etwa eine Pressekonferenz, eine Wählerparty oder andere Veranstaltungen organisiert werden, dazu sind schon mehr als genug Organisationsleitfäden der Landesgeschäftsstellen veröffentlicht worden. Die ELEMENTE wollen aber das Zusammenspiel einzelner Bausteine, deren Wirksamkeit und Einsatzmöglich-

keiten nahebringen und zu deren Gebrauch anregen. Wer ein Schiff bauen will, muß die Sehnsucht nach fernen Inseln wecken, meint der französische Dichter Antoine de Saint-Exupéry. In unserem konkreten Fall heißt dies, wir wollen die Sehnsucht nach einer tatkräftigen, energischen und erfolgreichen Gemeindepolitik wecken, die „das Schiff“ schon bauen wird.

Orthographisch folgt das Buch der sogenannten alten Rechtschreibung. Erstens hält sich das Freiheitliche Bildungsinstitut generell an diese Schreibweise, zum anderen sind die Vorteile der neuen Rechtschreibung nicht erkennbar, und sie hat sich auch in der deutschen Literatur nicht allgemein durchgesetzt. Bewußt vermieden wurde das sogenannte Binnen-I, weil wir dieses als feministisches Instrument des großangelegten semantischen Betrugs ansehen, den gerade eine Freiheitliche Publikation nicht mitmachen sollte. Der Leser wird unschwer bei jeder maskulinen Form sinnvollerweise auch die entsprechende feminine Form in sein Verständnis inkludieren können. Auch wird dadurch die Lesbarkeit angenehm erleichtert, und sinnlose Wortwiederholungen sowie grammatikalische Bocksprünge werden vermieden.

Bevor ich die ELEMENTE in die Hand des Lesers lege, will ich nicht versäumen, einigen lieben Freunden meinen Dank zu sagen, deren Anregungen, Korrekturlesen, Hinweise und auch konstruktive Kritik den konsistenten Inhalt ermöglicht haben, der nur das eine Ziel hat, unsere politische Präsenz im Gemeinderat für den Gegner, politisch Korrekte sagen wohl Mitbewerber, noch manifester zu gestalten. Mein Dank gilt besonders Herrn Dr. Klaus Nittmann für wertvolle Anregungen, welche die Elemente auf eine österreichweite Gültigkeit verpflichtet haben, Herrn Landtagsabgeordneten a. D. Dkfm. Edwin Rambossek für viele Hinweise und die Mühe des Korrekturlesens sowie meinem Sohn, Rechtsanwalt Mag. Dr. Eike-Bernd Lindinger, der in langen Gesprächen mitgeholfen hat, viele Kapitel zu strukturieren.<sup>1</sup>

---

1 Weitere Gebrauchshinweise sind im Nachwort zu finden, weil diese vielleicht erst nach der Lektüre der Elemente sinnvoll mit der eigenen Erfahrung in Einklang gebracht werden können.

# Gemeindepolitik

Gemeindepolitik hat andere Strukturen als Landes- oder Bundespolitik, wenn auch diese von großem Einfluß auf jene sind, insbesondere auf das Wahlverhalten in der Gemeinde. Bis etwa zum Jahr 2000 waren die Ergebnisse der Wahlen in der Gemeinde sehr unterschiedlich, je nachdem ob es Gemeinderatswahlen, Landtags-, NR- oder EU-Wahlen gewesen sind. In derselben Reihenfolge waren oft die erreichten Stimmen für unsere Partei gereiht. Die größte Zustimmung hatten wir in der Regel bei den NR-Wahlen, besonders bei der NR-Wahl am 3. Oktober 1999, als die FPÖ mit 26,9 Prozent der Stimmen die ÖVP knapp überholte und zweitstärkste Partei wurde.

Der Grund hierfür war sicher die steigende allgemeine Akzeptanz Freiheitlicher Politik vor der Regierungsbeteiligung 2000, im Kabinett Schüssel I. Schon mit der Regierungsbeteiligung und wegen der nicht eingehaltenen Wahlversprechen, wie der Steuerreform, sank die Zustimmung. Die niederösterreichischen Gemeinderatswahlen 2000 fanden noch vor den Knittelfeder Ereignissen statt, die aber schon im Wahlverhalten zu spüren waren. In NÖ konnte ein schon deutlich bemerkbarer Stimmenrückgang in vielen Gemeinden im Gesamtergebnis durch die höhere Zahl von Neukandidaturen wettgemacht werden.

Bei den GR-Wahlen 2005 gingen in NÖ etwa zwei Drittel der GR-Mandate verloren; im Jahre 2000 erreichten wir noch 619 Gemeinderatsmandate, 2005 waren es dann nur mehr 216. Die Medienberichterstattung über die Ereignisse in Knittelfeld, besonders aber die parteiinternen Unstimmigkeiten, die wenige Monate später zur Abspaltung des BZÖ führten, schlugen voll zu Buche. Interessanterweise aber waren einige Gemeinden von diesem Trend nicht betroffen, darunter einige, die auch schon vor der GR-Wahl 2005 über eine höhere Mandatszahl verfügt

hatten; ja einige, wie Fischamend und Langenlois, konnten sogar ihre Mandate vermehren.

Der Zusammenhang zwischen dem Erfolg der Bundespolitik und den Wahlergebnissen bei lokalen GR-Wahlen ist also nicht von der Hand zu weisen. Interessant sind aber die Ausreißer aus dieser Korrelation. Untersuchen wir die Sache umgekehrt, nämlich wie die Erfolge zustandekamen. Bei den GR-Wahlen, jeweils ohne die Statutarstädte<sup>2</sup>, erreichte die FPÖ in Niederösterreich:

1985	12.266 Stimmen, das sind	1,3 %
1990	44.339 .....	4,8 %
1995	75.460 .....	8,2 %
2000	73.199 .....	7,8 %
2005	30.978 .....	3,3 % <sup>3</sup>

Man entnimmt der Statistik den steten Aufstieg der NÖ-FPÖ nach dem Innsbrucker Parteitag 1986. In immer mehr Gemeinden konnten sich die freiheitlichen Kandidaten durchsetzen und den Einzug in die Gemeindestuben schaffen. Der stetige Aufwärtstrend war eng verbunden mit der immer erfolgreicherer Bürgerpolitik Jörg Haiders, aber auch mit der polarisierenden Medienberichterstattung. Die „Kronenzeitung“ und „Täglich Alles“ waren uns neutral bis wohlgesonnen, andere Medien in ihrer Haßberichterstattung kontraproduktiv, ja geradezu die Wählergunst fördernd.

Die Mandate lagen sprichwörtlich auf der Straße, man mußte nur kandidieren, um in den Gemeinderat einzuziehen zu können. In der Regel war es auch völlig egal, wer kandidierte, man wählte auch in der Gemeinde freiheitlich, wenn auch, wie oben bereits gesagt, bei LT, NR, EU mehr Wähler einen freiheitlichen Stimmzettel in die Urne warfen. Der Erfolg der Bundespolitik war auch der relative Erfolg bei den GR-Wahlen.

Viele Gemeinderäte, vom Aufwärtstrend der Bundespolitik in die Gemeindestuben getragen, verließen sich leider voll auf die-

---

2 St. Pölten, Wiener Neustadt, Waidhofen/Ybbs und Krems

3 Statistisches Handbuch des Landes Niederösterreich, 26. Jahrgang 2002, ISBN 3-85006-140-9, die Zahlen für die GR-Wahl 2005: NÖN 10/2005 vom 8. März 2005

ses Katapult der Wählergunst. Ihr Engagement beschränkte sich bei vielen auf die Anwesenheit bei den Gemeinderatssitzungen. Der Gegenwind, insbesondere von der ÖVP, darf gerade in ländlichen Gemeinden nicht unterschätzt werden. Es war schwierig bis unmöglich, einer eigenen freiheitlichen Ortspolitik Profil zu geben. Behinderungen, Totschweigen durch die Lokal- und Landesmedien, der gesellschaftliche Druck in Kleingemeinden, wo jeder jeden kennt, darf nicht unterschätzt werden. Freiheitliche Ortspolitik war somit oft nach erfolgter GR-Wahl auch schon wieder zu Ende.

Trotzdem gelang es aber in einer gar nicht so kleinen Zahl von Gemeinden, politisch erfolgreich Fuß zu fassen und in der Gemeindepolitik mitzumischen. In diesen Gemeinden erarbeiteten die Freiheitlichen einen unverkennbaren blauen politischen Kurs, der sich von dem der anderen, ob ÖVP, SPÖ oder Grünen, deutlich unterschied. Es war dies kein Minderheitenprogramm, sondern die Ziele waren die politischen Notwendigkeiten, die von den anderen aus ideologischen, finanziellen, freunderwirtschaftlichen oder anderen Gründen nicht angesprochen worden waren und oft auch nicht angesprochen werden konnten.

Diese konsistente freiheitliche Gemeindepolitik wurde bereits bei den GR-Wahlen 2000 honoriert, besonders aber dann 2005: man konnte den Mandatsstand halten oder die Verluste minimieren.

Die Lehre aus dieser Analyse spricht klare Worte: Eine erfolgreiche Gemeindepolitik muß politisch am Ort gemacht werden. Hic rhodos, hic salta! Die gemeindeeigenen politischen Probleme können nur mit Mitteln der Gemeindepolitik gelöst werden. Da kann man sich noch so oft, auch in Superartikeln, auf Landes- oder Bundespolitiker berufen, die Ortspolitik ist nicht Landes- oder Bundespolitik, wenn diese auch die Gemeinderatswahlen sehr stark beeinflussen. Es ist wie in der Landwirtschaft, den Samen kann ich jemandem zur Verfügung stellen, aber anbauen, düngen und gießen muß er selbst, sonst kann er auch nicht ernten! Die vorliegenden ELEMENTE sind ein Appell an alle Ortspolitiker, die politischen Geschicke ihres Ortes selbst in die Hand zu nehmen, sich nicht auf Trends der politischen Großwetterlage

zu verlassen, sondern ihr politisches Engagement als das wichtigste der ganzen Partei zu sehen!

# Kandidatur und Erstkandidatur

Der Wunsch, auch in seinem Wohnort freiheitlich wählen zu können, ist nicht überall realisierbar, entweder weil die FPÖ bislang dort nicht kandidiert hat oder weil sie bei der letzten GR-Wahl nicht die nötigen Stimmen für ein Mandat aufgebracht hatte. Der Wunsch zu wählen allein genügt nicht, denn zum aktiven Wählen gehört auch das passive, d. h. es muß jemand kandidieren, der bereit ist, sich wählen zu lassen.

Das alles ist wohl selbstverständlich, aber in kleinen Landgemeinden wachsen die Kandidaten nicht auf den Bäumen. Es gehört oft eine ganz gehörige Portion Mut dazu, sich als Freiheitslicher zu bekennen und auch zu kandidieren. Nun hat sich ein kleiner Kreis von FPÖ-Sympathisanten gefunden, der eine oder andere ist auch bereits Parteimitglied. Die letzte Parlamentsrede des Bundesparteiobmanns hat den entscheidenden Anstoß gegeben. Der Rüttschwur wurde geleistet: „Wir kandidieren für die FPÖ.“

Wenn nur einer bereit ist, die Kandidatur aufzunehmen, dann ist fast davon abzuraten, doch manche haben auch allein das Zeug zum politischen Erfolg. Aber dann wird es schwer! Jedenfalls sollte in dieser Phase klar sein, ob tatsächlich eine Kandidatur auf Ortsebene das Ziel ist oder ob man vielleicht nur der verlängerte Arm der Landes- oder Bundesorganisation sein will. Will man letzteres, dann ist vieles einfacher, man beschränkt sich auf Werbung und Verteilung von Informationen und braucht bei kaum einer Aktion auf örtliche Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Vielleicht ist das aber nur der erste Schritt, um bei günstiger Gelegenheit und genügender Anzahl motivierter Mitarbeiter den nächsten, dann logischen Schritt zur Kandidatur zu setzen.

## **Chancenabschätzung einer Kandidatur**

---

Von einer Kandidatur ins Ungewisse ist abzuraten. Nun muß man wohl die Gemeindeergebnisse der letzten LT- und NR-Wahlen studieren, ob sich ein Mandat auf Gemeindeebene ausgegangen wäre. Natürlich wissen wir, daß das Wahlverhalten in der Gemeinde anders ist als bei LT- oder NR-Wahlen. In der Regel sind die LT- NR-Wahlergebnisse besser als die der GR-Wahlen. Wären die Stimmen der LT- oder NR-Wahlen für ein Mandat auf Gemeindeebene ausreichend gewesen, ist eine Kandidatur wahrscheinlich erfolgreich. In kleinen Gemeinden, wo schon relativ wenige Stimmen ein Mandat ausmachen, ist auf gesellschaftliche, verwandtschaftliche Bindungen der Kandidaten Rücksicht zu nehmen. Ich kenne gute Blaue, die bei der GR-Wahl ÖVP wählten, weil der Spitzenkandidat ihr Onkel war. Das ist wohl bei der **Chancenabschätzung** zu beachten, aber keinesfalls sollte man sich nur deswegen von einer Kandidatur abschrecken lassen.

## **Die Proponenten**

---

Nun habe ich mich zur Kandidatur entschlossen, und es existiert auch schon eine Ortsgruppe<sup>4</sup> oder nur ein Stützpunkt, wenn zu wenige Mitglieder vorhanden sind, um eine Ortsgruppe zu bilden. Im letzteren Fall arbeite ich mit den **Proponenten** oder mit dem aus wenigen Mitgliedern bestehenden Stützpunkt zusammen. Der Name tut hier nichts zur Sache, das Ziel ist das Entscheidende, und so mag sich der Kreis auch anders nennen. Auf jeden Fall ist aber die engste Zusammenarbeit mit der FPÖ-Bezirksleitung zu suchen, die in dieser Phase nicht nur beraten soll, sondern auch organisatorisch behilflich zu sein hat und wichtige Wege sowie Entscheidungen beraten und unterstützen soll.

---

4 Nach dem NÖ-Landesorganisationsstatut sind mindestens 10 Mitglieder zur Gründung einer Ortsgruppe notwendig § 18 (1). Dies trifft auch für alle anderen Bundesländer zu, mit Ausnahme des Burgenlands, wo lediglich 5 Mitglieder bereits eine Ortsgruppe gründen können.

Auch die notwendigen Funktionen, wie Obmann, Kassier, Schriftführer usw., regelt das Parteistatut

Sollte sich das ganze Vorhaben lediglich auf eine Frau oder einen Mann konzentrieren, dann muß es klar sein, daß alles auch nur von dieser einen Person im Alleingang zu erledigen ist. Von der administrativen Seite bis zum Plakatständerbau, bis zum Plakatieren und Erstellen eines Wahlprogramms. Viele haben schon diese schwere Aufgabe mit Erfolg auf sich genommen, viele sind gescheitert, auch deswegen, weil außer guten Ratschlägen keine Hilfe von anderer Seite zugewachsen ist.

Das ist aber nicht der Normalfall; es finden sich meist Mitarbeiter und wenn diese auch nicht zu einer Kandidatur bereit sind, sind sie dann doch unentbehrliche Hilfen im örtlichen Parteigeschehen. Der eine ist der geborene Buchhalter, der Listen, das Kassabuch führt und alle Briefe mit Liebe und Engagement verfaßt. Ein anderer, der Bastler, baut Plakatständer, affiziert dann die Plakate und ist jede Nacht unterwegs, um beschädigte und abgerissene Plakate nachzukleben, ein dritter verfaßt Programme, Pressedienste, schreibt die Ortszeitung, ein vierter, der Kommunikationsfreudige, vertritt unsere Position am Stammtisch und ist bei Hausbesuchen unterwegs. Wir kennen alle diese verschiedenen Charaktere, und das Geschick des Ortsparteiobmannes ist hier besonders gefragt, jeden, seinen Fähigkeiten entsprechend, richtig einzusetzen.

Diese Entscheidungsschritte sind möglichst lange, mindestens ein Jahr vor der nächsten Gemeinderatswahl zu treffen, um dann sofort mit den Vorarbeiten beginnen zu können. Sicher können auch spontane Kandidaturen, knapp vor dem Wahltermin, erfolgreich sein, aber besser ist doch eine fundierte Vorbereitung. Das Ziel soll man nicht mit hängender Zunge erreichen.

Bevor ich mit dem Vorhaben an die Öffentlichkeit trete, müssen unbedingt einige wichtige Vorarbeiten erledigt werden. Ganz geheim wird es im Dorf, oder wo auch immer, nicht gehen, aber die Gerüchteküche des politischen Gegners arbeitet in diesem Fall für uns: Sie macht die Bevölkerung aufmerksam, ohne konkrete Angriffsziele zu haben; aber wir sind im Gespräch. Ich empfehle in diesem Stadium äußerste Zurückhaltung an Informationen und eher durch vage Andeutungen die Ungewißheit der anderen nähren.

## **Die Interessentenkartei**

---

Der erste wichtige Schritt ist die Erstellung einer **Interessentenkartei bzw. einer Datei**: Wer wählt schon bisher blau, wer äußert Kritik an Bürgermeister, Gemeindepolitik, wer lobt freiheitliche Politiker, wer kommt aus einer traditionell national-freiheitlichen Familie. Ein besonderes Potential von Freiheitlichen findet sich oft bei den in der Nähe von größeren Städten, besonders von Wien, so zahlreichen Zweitwohnsitzern. Diese sollte man aber nicht unbedingt in die erste Reihe stellen, werden sie doch oft von der eingesessenen Bevölkerung als fremd, als „zua-grast“ empfunden. Kommt allerdings der Anstoß der Ortsgruppen-gründung und Kandidatur aus diesem Kreis, dann soll auch derjenige in der ersten Reihe stehen. Hilfreich ist auch die Landesorganisation, die oft wertvolle Hinweise auf FPÖ-nahe Personen geben kann: Verwandte, Bezieher von FPÖ-nahen Zeitungen, Leserbriefschreiber, Besucher von freiheitlichen Veranstaltungen.

## **Der Freiheitliche Gemeindegurrier**

---

Sinnvollerweise wird nun die Herausgabe eines **Freiheitlichen Gemeindegurriers** vorbereitet. Dieser soll sich ausschließlich mit gemeindeeigenen Problemen beschäftigen, damit er nicht als ortsfremd und von außen gesteuert empfunden wird.<sup>5</sup> Da anzunehmen ist, daß der Gründung einer Ortsgruppe das politische Ziel, in der Ortschaft etwas zu ändern, vorausgegangen ist, müßte genügend Stoff für einen Vier- bis Achseiter vorhanden sein.

## **Die Pressekonferenz**

---

Mit der Herausgabe der Zeitung tritt die Ortsgruppe bewußt an die Öffentlichkeit. Dies sollte mit einer **Pressekonferenz** verbunden sein, zu der – am Beispiel Niederösterreichs – die Lokalpresse, „NÖN“, Bezirksblatt, „NFZ“, NÖ-FPÖ-Ztg, „Zur Zeit“ und an-

---

5 Über die Finanzierung siehe unter Kapitel Finanzen und Parteizeitung

dere einzuladen sind.<sup>6</sup> Wichtig: Eigene PR-Leute einladen, um eine Blamage bei Fernbleiben der eingeladenen Redakteure zu verhindern! Hier muß mit der Landesgeschäftsstelle unbedingt Kontakt aufgenommen werden. Auch sollte ein wortgewandter Landes- oder Bundespolitiker anwesen sein, dessen Kommen man durchaus ankündigen kann, um eventuelle Pannen zu verhindern. Dies gilt natürlich nicht, wenn bereits erfahrene FPÖ-Mitglieder an der Gründung beteiligt sind. Bei dieser Pressekonferenz soll die Gründung der Ortsgruppe oder der Entschluß zur Kandidatur bekanntgegeben werden, vor allem aber die erste Ausgabe des „Blauberger Freiheitlichen Gemeindeguriers“<sup>7</sup> vorgestellt werden. Die Ziele der zukünftigen Blauberger Gemeindepolitik sollen, wenn überhaupt, nur andeutungsweise formuliert werden – Finanzkontrolle, Sparstift, Bürgernähe, eventuell ein in Blauberg besonders aktuelles Thema, aber nichts Konkretes. Das Pulver nicht verschießen, denn erstens können unsere Ziele dann von den sogenannten politischen Mitbewerbern nicht übernommen werden und zum anderen könnten sich letztere darauf auch schon vorzeitig einschließen; das heben wir uns für den Wahlkampf auf.

## **Als Zuhörer im Gemeinderat**

---

Mit dem Erscheinen des ersten Gemeindeguriers muß auch unsere Präsenz im Gemeinderat Hand in Hand gehen. Auch wenn kein Freiheitlicher im Gemeinderat sitzt, müssen wir die **GR-Sitzungen besuchen**. Hier, in den Gemeinderatssitzungen, die öffentlich sind, erfahren wir, was im GR beschlossen wird, wer für eine Sache eingetreten ist, wer dagegen war, wer sich aus Feigheit der Stimme enthalten hat, und vor allem sehen wir auch, welche brisanten Themen in der Öffentlichkeit nicht behandelt werden. Budget und Rechnungsabschluß, eventuell Nachtragsbudget müssen im Gemeinderat vor jeder Gemeinderatssit-

---

6 In allen Bundesländern erscheinen meist wöchentlich oder vierzehntägig Zeitungen, die einen Bezirksteil beinhalten. Auch die Gratiszeitungen kommen immer mehr in Mode.

7 Blauberg soll hier protagonistisch zu sehen sein, als Modellfall einer Gemeinde.

zung öffentlich aufgelegt sein, und es hat jedermann das Recht auf Einsicht. Hierüber kann in der Zeitung ausführlich berichtet werden. Jeder Bürger kann auch für das Budget sogenannte „**Stellungnahmen**“<sup>8</sup> einbringen, die im Gemeinderat, in der Budgetdebatte, behandelt werden müssen. Dieses Instrument kann also von außen, ohne im Gemeinderat vertreten zu sein, sofort genutzt werden.

## **Der Blaue Stammtisch und politische Zirkel**

.....

Diese Aktivitäten, zum Beispiel als Zuhörer im Gemeinderat, kann man in kleinen **politischen Zirkeln**, in Stammtischrunden besprechen. Hier wird Stimmung gemacht. Günstig ist ein regelmäßiger **Blauer Stammtisch**, der in der Bevölkerung bekannt sein soll. Achtung vor politischen Gegnern, die dort nur ihre Politik verbreiten wollen und die Blauen an den Rand drängen wollen, dann lieber nicht! Regelmäßiges Treffen geladener Gäste dient dem gleichen Zweck, nur daß ich nicht jedermann mitreden lassen muß. In diesen Zirkeln sollen vor allem Gemeindeprobleme besprochen werden, und es werden damit zwei wichtige Aufgaben wahrgenommen: wir informieren die Bürger über unsere Standpunkte und hören auf der anderen Seite des Volkes Stimme. Fallweise kann man auch FPÖ-Politiker einladen, das sollte man aber dann öffentlich machen.

## **Das Freiheitliche Umfeld**

.....

In diesem Stadium ist es besonders wichtig, ein **Freiheitliches Umfeld**, siehe Interessentenkartei, zu schaffen, das auch gepflegt sein will. Dazu dienen Geburtstagswünsche, persönliche Einladungen, Weihnachtswünsche, persönliche Informationen aus dem GR an Betroffene. **Gesellige Veranstaltungen**, wie Vorträge, Kegeln, Frühschoppen, können das Umfeld durchaus erweitern. Aber machen wir uns nicht zu große Hoffnungen; nur selten gelingt hier der Durchbruch. Der politische Gegner ist überall, und die zu erwartenden Nachteile sind für viele Grund genug, frei-

---

8 NÖ GO § 73(1)

heitliche Veranstaltungen zu meiden, wenn sie uns auch in der Wahlzelle ihre Stimme geben. Je anonym er man in einer Gemeinschaft lebt, umso mutiger wird ein politisches Bekenntnis. In kleinen Dörfern ist dies ein großes Problem.

## **Unterschriftenaktionen und Initiativanträge**

---

Ähnlich wird es mit **Unterschriftenaktionen und Initiativanträgen** an den GR sein. Diese sind ein probates Mittel, politische Forderungen zu transportieren, aber man muß Farbe bekennen, denn die Unterschrift steht dann auf der Liste. Besonders hervorzuheben ist der Initiativantrag, denn dieser muß von der Gemeinde zur Kenntnis genommen werden. Erreicht ein Initiativantrag so viele Unterschriften, als bei der letzten Gemeinderatswahl Stimmen für die Erlangung eines Gemeinderatsmandates notwendig waren, dann muß der Initiativantrag im GR oder von dem Organ, an das er gerichtet ist, behandelt werden.<sup>9</sup> Über diese Aktion kann natürlich ausführlich im Gemeindekurier berichtet werden, auch wenn die notwendige Unterschriftenzahl nicht erreicht worden ist, nur sollte man sich mit zu wenigen Unterschriften nicht blamieren.

## **Der Pressedienst**

---

Von diesen Aktionen müssen druckreife **Pressedienste** an die Medien gesandt werden. Auch andere wichtige Ereignisse sind an die Medien zu senden, wie z. B. die Wahl einer Ortsparteileitung.

---

<sup>9</sup> Siehe NÖ Gemeindeordnung § 16, § 16a, § 16b. Diese Möglichkeit der Bürger, Anträge an den Gemeinderat oder Gemeindevorstand zu stellen, existiert nicht in allen Bundesländern, auch sind die dafür notwendig zu erbringenden Unterschriften nicht überall gleich., so müssen zB in Salzburg für das sogenannte Bürgerbegehren 10 Prozent der Wahlberechtigten zur Gemeinderatswahl unterschreiben, im Burgenland sind sogar 20 Prozent notwendig. Hier ist dieses Instrument schon durch seine notwendigen Einleitungserfordernisse unbrauchbar. In Kärnten kann jeder wahlberechtigte Gemeindebürger einen Antrag einbringen, über dessen Aufnahme in die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung aber der Gemeindevorstand entscheidet.

Resolutionen zu bestimmten Themen sind ebenso an die Medien weiterzugeben. Günstig ist es, ein persönliches Verhältnis zu den entsprechenden Redakteuren aufzubauen und zu pflegen.

## **Der Schaukasten**

---

Besonders in kleinen Ortschaften ist ein **Schaukasten** sehr dienlich, hier kann vieles der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht werden, was die Medien nicht transportieren. Der Schaukasten soll aber gepflegt und insbesondere mit aktuellen Nachrichten versorgt werden. Hiefür stellen einige Landesparteien, auf alle Fälle aber die Bundespartei regelmäßig Plakate zur Verfügung, aber Ortsaushänge sind wohl noch wichtiger, wenn nicht gerade NR- oder LT-Wahl ist oder ein besonderes Thema landesweit transportiert werden soll.

# Die Kandidatur

Nun haben wir bis jetzt tüchtige Vorarbeit geleistet, unsere Ortsgruppe ist in aller Munde, die Gegner haben uns zuerst totgeschwiegen und dann angegriffen und auch lächerlich gemacht. Das alles haben wir ertragen. Wir haben sachlich ihre Gemeindepolitik kritisiert, Gegenvorschläge in die Bevölkerung gebracht, persönliche Angriffe ignoriert oder diesen sachlich entgegnet. Für uns ist der politische Gegner nicht mies, dumm, hinterhältig, sondern er ist anderer Meinung. Aber wenn er unwahr spricht, widerlegen wir ihn. Man mag die Freiheitlichen nicht immer, aber unsere Reputation ist die Wahrheit, die Sachlichkeit und vor allem der Mut und nochmals der Mut, diese Dinge auch beim Namen zu nennen und unsere Meinung zu sagen.

Die Sommerferien sind vorbei, im nächsten März soll gewählt werden. Wenn man meint, daß da noch viel Zeit wäre, dann irrt man: es ist höchste Eisenbahn. Aber in Blauberg wurde gute, ja ausgezeichnete Vorarbeit geleistet. Wir erinnern uns an den Rütlichswur vor eineinhalb Jahren: Einige sind uns schon abhanden gekommen. Einer zog wegen seiner Scheidung weg, einen zweiten hat sein Chef beiläufig auf seine Karriere aufmerksam gemacht und der dritte will nächstes Jahr mit seinem Hausbau beginnen und da braucht er die Gemeinde. Der Rest ist geblieben, und einige sind dazugekommen. Wir brauchen uns nicht zu verstecken. Inzwischen haben wir den Gegner auch kennengelernt; wirkliche Aktivisten hat er auch nur eine Handvoll, also da wären wir gleichwertig. Im Gegenteil, wir haben noch Vorteile. Die ÖVP muß mit ihrem nicht sehr beliebten Bürgermeister in den Wahlkampf gehen, die SPÖ wird aber von einem Sympathieträger geführt, der auch feststeht. Es könnte aber auch umgekehrt sein. Jedenfalls sind diese beiden Listen schon vor jeder Wahl fix, und mit der Nominierung sind praktisch die beiden auch schon sicher gewählt.

## **Spitzenkandidaten und die Listenreihung**

Wir haben den Vorteil, daß wir keinen Zwängen unterworfen sind, und das sagen wir auf alle Fälle auch in der Öffentlichkeit; wir haben die Qual der Wahl. Im Nachbarort gibt es nur einen FPÖ-Kandidaten, aber in Blauberg haben wir wirklich die Auswahl. Natürlich geht es um den **Spitzenkandidaten und die Listenreihung**. Bei unserer Erstkandidatur können wir halbwegs sicher nur mit einem Mandat rechnen. Also soll es der Beste von uns sein, aber wer stellt das fest? Jeder glaubt dies ohnehin von sich, wenn er es auch nicht sagt.

Nun wollen wir sachlich das Für und Wider möglicher Entscheidungen diskutieren. Ein Kandidat aus dem Ort, der hier Volks- und Hauptschule besucht hat, viele Freunde, Verwandte, Kameraden von Feuerwehr, Bundesheer hat, ist allen anderen vorzuziehen, er kann mit viel Sympathie rechnen.

Aber er wird wahrscheinlich einziger FPÖ-Mandatar werden, also muß er Allrounder sein: Gesetze, Verordnungen lesen können, frei reden können, auch dann reden und argumentieren können, wenn alle auf ihn losgehen! Kann er das wirklich? Der das alles wahrscheinlich könnte, ist aber ein erst seit zwei Jahren hier ansässiger und ein nur am Wochenende anwesender Neubürger. Ein dritter, schon lange hier ansässig, wäre durchaus geeignet, aber er ist nicht unbedingt ein Sympathieträger, etwas streitsüchtig, vielleicht im GR wäre das von Vorteil, aber in der Nachbarschaft?

Einer drängt auf die Spitzenkandidatur, würde auch seinen Wahlkampf selbst finanzieren, aber er war schon bei beiden anderen Parteien, sympathisch, wirtschaftlich unabhängig, auch aus einer freiheitlichen Familie stammend, aber seine Umwege? Ein besonderer Fall ist ein für jede Aktion sehr brauchbarer Kandidat, aber leider hat er nicht zu Unrecht den Ruf, der Dorfquerulant zu sein. Ein Fanatiker, allzeit ein Verfechter der reinen Lehre, der Gegenpol des Pfarrers, nicht nur in Glaubensfragen, auch rhetorisch ungemein begabt, aber sehr polarisierend, auch in den eigenen Reihen.

Hätten wir in unserem Blauberg fünf oder sechs sichere Plätze zu besetzen, jeder von den oben Genannten könnte seinen Platz

auf der Liste haben, nur in unserem Fall ist es schwierig. Nun meldete sich auch ein Quereinsteiger. Voll mit unserer Kritik in der Gemeinde einverstanden, aber Freiheitliche, Strache, Rosenkranz und Co, nein, da wählt er anders. Wirtschaftlich proper, redebegabt, genießt Ansehen in Teilen der Bevölkerung, würde sicher Stimmen bringen. Freiheitliche Politik ist nicht nur Gemeindepolitik, wenn wir auch in der Gemeinde vorzüglich nur von der Gemeinde reden.

Der ehemalige Dorfkaiser, der vor einigen Jahren in Konkurs gegangen ist, von seinen ehemaligen Parteigenossen nicht genügend unterstützt worden war, will wohl nur Rache nehmen und bei uns kandidieren, für uns ist er auch so kein Aushängeschild!

Die Blauburger haben sich entschieden, wir verraten nicht für wen, wir haben lediglich ein Für und Wider bei der Kandidatenreihung aufgezählt. Wenn wir bei unseren oben aufgezählten Kandidaten bleiben, kann es nur eine Kompromißlösung geworden sein. Vielleicht haben Sie es in ihrer Gemeinde leichter, weil Sie nur über jeden Vorbehalt erhabene, also ideale Kandidaten haben. Gerade in dörflich strukturierten Gemeinden, wo jeder jeden kennt, sind diese Überlegungen aber nicht von der Hand zu weisen. Man wird dann wohl in Blauburg gewichtet haben, was mehr zählt, wohin die Wählergunst mehr hinneigen würde. In der Realität aber wird wohl jener Spitzenkandidat werden, der sich bislang am meisten engagiert hat und von dem auch zu erwarten ist, daß er das auch weiter tun wird. Der Bundesparteiohmann H.-C. Strache spricht in seinem Buch „Neue Männer braucht das Land“<sup>10</sup> von zwei Archetypen der parteipolitischen Karriere: die Günstlingskarriere und die Karriere des Basisarbeiters. Liebedienerei als Einstieg in eine Günstlingskarriere wird wohl auf Gemeindeebene kaum in Betracht kommen, aber der Wille und auch die Fähigkeit zur Basisarbeit ist für eine Kandidatur auf Gemeindeebene unabdingbar.

---

10 Heinz-Christian Strache: „Neue Männer braucht das Land“, Zur Zeit-Edition, 2006 Wien, ISBN 3-900052-09-3, ISBN 987-3-900052-09-6

# Der Bürgermeisterkandidat

Nur in Niederösterreich und in der Steiermark wählt der Gemeinderat den Bürgermeister und es ist daher kein besonderer Bürgermeisterwahlkampf zu führen. Natürlich wird man in Gemeinden, wo die FPÖ mit einigen Gemeinderäten bereits im Gemeinderat vertreten ist, auch im Wahlkampf den Anspruch auf den Bürgermeister geltend machen. Diesen Schritt sollte man aber nur dann wagen, wenn man einen in weiten Bevölkerungskreisen akzeptierten Kandidaten hat und außerdem auch eine geringe Chance besteht, den Bürgermeistersessel zu erlangen, wenigstens sollte aber ein Achtungserfolg erzielbar sein. Einem solchen Kalkül liegen dann naturgemäß Absprachen mit anderen Parteien zugrunde, die, vor einer Wahl zu treffen, oft nicht ungefährlich sein können.

In den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg wird der Bürgermeister direkt, das heißt, von der Bevölkerung gewählt. Auch hier ist die Überlegung am Platz, nur dann zu kandidieren, wenn einigermaßen eine Chance besteht, diesem Wahlziel wenigstens nahe zu kommen. Mit einem realitätsfernen Bürgermeisteranspruch kann man sich leicht an der Grenze zur Lächerlichkeit bewegen und Gefahr laufen, nicht ernst genommen zu werden. Dies ist umso mehr von Bedeutung, weil die Großparteien dies auf alle Fälle von uns behaupten werden. Entschließt sich eine Ortsgruppe aber zu einer Kandidatur, dann gilt das für den Spitzenkandidaten einer Gemeinderatsliste Gesagte in noch viel stärkerem Maße. Besonders wenn die tatsächliche Chance, das Ziel zu erreichen, unwahrscheinlich ist und die Kandidatur nur als weiteres Wahlkampfangument gegen die politischen Mitbewerber zu sehen ist, sollte auf die Sympathiewerte unseres Kandidaten größtes Augenmerk gelegt werden.

Hat man sich zur eigenen Bürgermeister-Kandidatur entschlossen, dann muß der Wahlkampf besonders auf dessen Person ausgerichtet werden. Die Wahlkampfstrategie muß auch Überlegungen anstellen, wie im Falle seiner Wahl, ohne über eine gleichzeitige eigene Mehrheit im Gemeinderat zu verfügen, die Politik zu gestalten sein wird. Hat er dann die Beschlüsse der Gemeinderatsmehrheiten, die nicht freiheitlich sein müssen, einfach zu exekutieren oder wird ein freies Spiel der Kräfte möglich sein, das heißt, wird er im Stande sein, für seine Politik jeweils Mehrheiten zu suchen und auch zu finden.

# Das Wahlprogramm

Wer sich einer Wahl stellt, muß auch den Wählern sagen, warum er gewählt werden will. Als kleine bis mittlere Partei ist dies umso wichtiger, weil in der Regel kein nennenswertes angestammtes Wählerpotential vorhanden ist. Das sogenannte „Dritte Lager“ ist oft mehr ein weltanschaulich-literarischer Begriff als eine verlässliche Wählerschaft. Zu sensibel ist dieses Lager, das leider nur all zu oft bereit ist, das sogenannte „kleinere Übel“ zu wählen, anstatt seine eigene Gesinnungsgemeinschaft zu stärken.

## **Die Lösungskompetenz als Wahlkampfansage**

---

Ganz besonders groß wird diese Bereitschaft, einem politischen Gegner die Stimme zu geben, wenn die eigene Partei im Ort nur einen Allerweltswahlkampf führt und außer den von der Landesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellten Plakaten mit den überall gültigen Sprüchen um die Wählergunst wirbt<sup>11</sup>. Abgesehen davon, daß diese Werbespots in abgewandelter Form meist auch von den anderen Parteien verwendet werden, zeigt diese Werbelinie doch nur, daß die wirklichen Ortsprobleme nicht erkannt worden sind und man daher auch keine **Lösungskompetenz** zu bieten hat. Warum soll man diese Partei wählen? Letztlich wird dann der Urnengang unserer Gesinnungsfreunde eine Minderheitenfeststellung.

Dies trifft natürlich für Gemeinden nicht zu, die von einem Problem betroffen sind, das typischerweise von der Landes- bzw. Bundes-FPÖ aufgegriffen und thematisiert worden ist – beispielsweise Ortschaften mit Asylanten- oder überregionalen Verkehrsproblemen. Aber gerade hier muß unbedingt auch ein

---

<sup>11</sup> „Macht braucht Kontrolle“ usw.

auf den jeweiligen Ort zugeschnittener Lösungsvorschlag in den Wahlkampf geworfen werden.

Die freiheitliche Kandidatur muß programmatisch von den anderen Parteien klar unterscheidbar, muß kantig sein. Uns wählt nicht die Kernwählerschicht der anderen Parteien, daher dürfen wir uns keinesfalls beeinflussen lassen von Programmen der anderen Parteien. Und außerdem, was jeder will und verspricht, wird man nicht gerade bei uns, einer Kleinpartei, suchen, vielmehr gilt: „die FPÖ muß klare Positionen zu den wichtigen Fragen beziehen.“<sup>12</sup>

## **Der faire Wahlkampf**

---

Konfrontationen dürfen wir nicht scheuen, nicht den Konsens um jeden Preis suchen, der verwässert das eigene Profil. Wer fordert „vertragt euch doch mit den anderen Parteien“, ist nicht unser Wähler, der will nur seine Partei vor unseren Angriffen in Schutz nehmen. Es ist sicher mehr als schwierig, die vom Gegner dargereichte Hand auszuschlagen, wenn mit Engelszungen angeboten wird, einen **fairen Wahlkampf** zu vereinbaren, der gewisse Themen aus der Wahlwerbung ausklammert, etwa die Geldverschwendung für einen Prestigebau des letzten Bürgermeisters oder eine letztlich vom Bürgermeister zu verantwortende Betrugsaffäre von Gemeindeangestellten oder die Asylpolitik. Gutmenschlicher Weihrauch soll schließlich nur den klaren Blick einer kritischen Wählerschaft vernebeln, und uns als kritischer Partei den Erfolg nehmen. Das ist nämlich in der Regel der Zweck solcher Vereinbarungen.<sup>13</sup>

---

12 Heinz-Christian Strache, zitiert nach Andreas Mölzer: „Was bleibt von der Dritten Kraft?“ Zur Zeit-Edition, Wien 2005, ISBN 3-900052-04-2

13 In einer Gemeinde wurde unser einziger Gemeinderat vom ÖVP-Bürgermeister besonders gelobt, weil jener die Plakate nur in Seitengassen aufgestellt hatte und damit das wohlgefällige Ortsbild während der Wahl nicht verschandelt hatte.

## **Freiheitliche Klientel und Kernwählerschicht**

---

Eine entscheidende Frage in jeder Gemeinde ist die Definition der **freiheitlichen Klientel**. Die ist sicher nicht bei allen Wahlen, NR, LT, EU und Gemeinde, dieselbe und fluktuiert in Abhängigkeit von bundesweiten Ereignissen sehr stark – denken wir an den Rummel um Knittelfeld und das BZÖ. Sicher können wir auch im eigenen Ort mit einer fixen Wählerschaft rechnen, das ist unsere Kernschicht, die aus Tradition, familiärem Herkommen oder wegen der Zugehörigkeit zu bestimmten Vereinen<sup>14</sup> eher der FPÖ ihre Stimme gibt, als anderen Parteien. So absurd es klingen mag, aber auch um unsere eigene **Kernwählerschicht** müssen wir uns bemühen und auch versuchen, sie auszubauen, das heißt potentielle Wähler, die durchaus freiheitliches Gedankengut befürworten, zu sammeln. Ein aus Erfahrung nicht einfaches Unternehmen. Hier sind soziale Grenzen zu überschreiten, und die Frage, in welchen Programmpunkten sich der Wähler von der FPÖ auch vertreten sieht, wird zur Gretchenfrage. Schon die Frage, ob die FPÖ mehr eine liberale oder eine nationale Partei ist, kann leicht zur Desintegration einer Gruppe führen. Verbinden viele Wähler die FPÖ mit traditionellen Bildungsinhalten, wir waren einmal die Partei der Akademiker und Professoren<sup>15</sup>, so punktet die FPÖ heute eher in den typischen Arbeiterbezirken. In der Schutzfunktion für diese Klientel lebt die alte nationale Politik wieder auf, geht es hier doch um nichts weniger, als die Identität der eingessenen Bevölkerung vor der schleichenden Umvolkung zu schützen. Die SPÖ sieht in den Neuösterreichern ihr zukünftiges Wählerpotential,<sup>16</sup> mit dem sie ihre Macht stabilisieren kann. Die ÖVP, durch ihre eigene Gutmenschenpropaganda für die Realität blind gemacht, arbeitet mit ihrer Ausländerpolitik nur ihrer eigenen Klientel, den

---

14 Burschenschaften, Turnerbund, Vertriebenenverbände; aber auch in diesen Verbänden ist es nicht die Regel, ausschließlich FPÖ zu wählen

15 Die „Großdeutsche Partei“ der Zwischenkriegszeit galt als solche

16 Diese Rechnung scheint nun aber doch nicht im gewünschten Maße aufzugehen, so hat zur niederösterreichischen Landtagswahl 2008 eine Türkenliste, die LNÖ „Liste für unser Niederösterreich“, erstmals kandidiert und viele linke Wunschwähler abgezogen.

Großunternehmern, in die Hände, die hier billige Arbeitskräfte zur Gewinnmaximierung finden.

Der FPÖ geht es in der Ausländerfrage weder um billige Arbeitskräfte noch um eine zukünftige Wählerschaft, sondern allein um die Identität der eingesessenen Österreicher. Daß hier wirtschaftlich orientierte, mögliche Wähler diese Frage anders beurteilen als Arbeiter, die langsam aus ihren Arbeitsplätzen gedrängt werden, ist leicht einzusehen. Der Konsens, daß es hier um das Wohl aller geht und nicht um den Vorteil einzelner, sollte freiheitliche *Maxime* sein, hat aber gerade deswegen außerordentliche innerparteiliche Sprengkraft.<sup>17</sup>

### **Der unzufriedene Bürger als potentieller Wähler**

---

Einen traditionell großen Wähleranteil haben wir bei den **unzufriedenen Bürgern**, ja manche Journalisten definieren unser „Drittes Lager“ geradezu aus dem Zustand der Unzufriedenheit eines etwa 18 Prozent großen Wähleranteils bundesweit.<sup>18</sup> Diese Analyse ist nicht von der Hand zu weisen, sie läßt aber eine gar nicht so kleine potentielle FPÖ-Wählerschaft außer acht, die sich zuzugeben scheut, die Partei aus ideologischen Gründen zu wählen und dafür lieber mit einer in der ganzen Bevölkerung vorhandenen latenten Unzufriedenheit argumentiert. Aber wie auch immer, auch im Ortsgeschehen gibt es ein gerüttelt Maß an Unzufriedenheit: Mit der Gemeindeführung, mit dem Bürgermeister, mit der Wasserversorgung, mit den Kanalgebühren, mit dem Straßenbau, mit den Friedhofsgebühren usw usw. Diese Unzufriedenheiten gilt es zu erkennen. Dabei ist es wichtig, echte Mißstände von etwaigen Nörgeleien und persönlichen Befindlichkeiten zu unterscheiden. Mißstände, die im Wahlkampf thematisiert werden können, sollen für einen großen Teil der Bevölkerung spürbar sein. Eine mögliche Änderung der Mißstän-

---

17 Denken wir nur an Knittelfeld, als es im wesentlichen darum ging, die versprochene Steuerreform umzusetzen, und der FPÖ-Finanzminister Grasser dies der ÖVP zuliebe verhinderte, weil es Hochwasser gegeben hatte.

18 Gerhard Steininger: „Das dritte Lager“ zitiert nach „Der Standard“, Internet-Ausgabe 11. Juli 2007

de muß aber auf alle Fälle in der Ortskompetenz liegen; Bundessteuern, höhere Gewalt wie Unwetter, Kritik am Schulsystem mögen durchaus Themen einer anspruchsvollen Ortszeitung sein, als Wahlthemen sind sie allerdings ungeeignet, da auch der beste Bürgermeister daran nichts ändern kann. Also sprechen wir von den Mißständen im Ort, von den Unterlassungen der bisherigen Gemeindeverwaltung, vom schlechten Führungsstil des Bürgermeisters, von den hohen Kommunalabgaben, vom schlechten Straßennetz usw. Ideologische Themen sind auf Ortsebene meist kontraproduktiv, außer, wie schon erwähnt zum Beispiel Asylantenprobleme, in betroffenen Gemeinden. Bei der Themenwahl müssen wir die Konsistenz mit der Bundes- und Landespolitik beachten. Es darf nichts gefordert werden, was auf höherer Parteiebene eindeutig abgelehnt wird.<sup>19</sup>

Mit diesen Themen können wir viele Unzufriedene ansprechen, die auch dann bereit sind, uns ihre Stimme zu geben. Parallel dazu sollten wir aber immer Lösungsvorschläge anbieten, sonst kommen wir leicht in den Ruf, als Oppositionspartei oft Unmögliches zu verlangen, was ohnehin nie aus eigener Kraft zu verwirklichen ist. Das stimmt schon, und die andern werden sich über unsere Vorschläge lustig machen und, wenn diese brauchbar sind, später ohne uns versuchen, diese zu verwirklichen. In vielen Ortschaften lebt besonders die ÖVP von den freiheitlichen Ideen, aber auch die SPÖ ist nicht abhold, freiheitliche Vorschläge auf ihre Fahnen zu schreiben. Man rechnet mit der Vergeßlichkeit der Menschen.

## **Die Bürgerliste als Konkurrenz**

---

Kernwähler und Unzufriedene sind in der Regel leicht zu motivieren. Die Unzufriedenen können aber oft über Nacht abhanden kommen, wenn es eine **Bürgerliste** versteht, deren Forderungen glaubhaft zu thematisieren. Der Wechselwähler heißt nicht zufällig so, er bleibt seiner politischen Flatterhaftigkeit treu

---

19 In der von Dr. Winter in Graz anlässlich des GR-Wahlkampfes 2008 entfachte Islamdebatte haben sich doch einige Ortsfunktionäre bemüht gesehen, andere Stellungnahmen abzugeben als der BPO.

und läßt sich nur selten in eine Mannschaft von Kernwählern einreihen. Besonders bei Kandidaturen von solchen Leuten ist größte Vorsicht geboten. Bürgerlisten haben meist den Vorteil, für unpolitisch, nicht parteigebunden zu gelten, auch wenn die Proponenten, wie schon oft geschehen, weiterhin in ihren angestammten Parteien verbleiben. Oft argumentieren sie, eine freiheitliche Politik zu vertreten, ohne daß man Freiheitliche wählen muß. Der Schwindel liegt auf der Hand.

### **Die Klientel der persönlichen Freunde**

---

Eine weitere sehr wichtige Klientel sind die **persönlichen Freunde der Kandidaten**. Besonders in ländlichen Gegenden ist das Familienbewußtsein sehr stark, und auch Freundschaften aus Schule, Vereinen, Arbeitswelt spielen eine wesentlich größere Rolle als im städtischen Bereich. Hierauf ist bei der Kandidatenauswahl Bedacht zu nehmen und auch bei der Listenreihung. Die ÖVP ist deshalb immer bestrebt, die maximal zulässige Kandidatenzahl, in NÖ und allen anderen Bundesländern ist dies die zweifache Anzahl der zu vergebenden Mandate, zu benennen. Als Freiheitliche haben wir es gerade in diesem Punkt oft enorm schwer, weil sich nur wenige Bürger trauen, auf einer freiheitlichen Liste aufzuscheinen; die Furcht vor beruflichen und oft auch gesellschaftlichen Nachteilen ist für viele einfach unüberwindbar. Gelingt es aber, trotzdem einen „Ortskaiser“ für eine freiheitliche Kandidatur zu gewinnen, kann man damit tief in uns oft kaum zugängliche Wählerschichten eindringen.

### **Die Namensliste als stimmenmaximierendes Wagnis**

---

Vor Überlegungen, mit einer politisch neutral erscheinenden Liste, etwa einer reinen **Namensliste**, in die Wahl zu gehen, wird eindeutig gewarnt. Einerseits ist die Absicht nur zu leicht zu durchschauen, insbesondere am Land, wo man einander kennt, und andererseits handelt man sich mit dieser Vorgangsweise Kandidaten ein, die später im Gemeinderat die Feuerprobe, wenn es gilt, deutlich die freiheitliche Handschrift zu zeigen, nicht bestehen und oft kläglich versagen. In der Folge springen sie ab oder

distanzieren sich als wilde Gemeinderäte fast immer in kleinlicher Gegnerschaft von der FPÖ, die ja ihre Wahl erst ermöglicht hatte. Auch in der Bundespolitik hat man mit solchen Quereinsteigern in der Regel keine guten Erfahrungen gemacht. Nun, keine Regel ohne Ausnahmen, aber wenn es sich vermeiden läßt, dann soll man es auch vermeiden.

Zusätze zum Parteinamen, wie z.B. „FPÖ-Liste Blauberg“ oder auch mit einer Namensnennung eines Kandidaten sind natürlich jederzeit möglich; es sollte aber nicht landesweit zur Mode werde. Denn eines soll uns immer bewußt sein: Wir treten für die FPÖ an, die sowohl Kandidatur, Werbung als auch die Kosten der Wahl übernommen hatte. Es bleibt jeden unbenommen, eine eigene Liste zur Gemeinderatswahl einzureichen, nur soll er dies nicht mit Unterstützung der FPÖ versuchen und sich gleichzeitig hinter einem anderen Listennamen verstecken. Freiheitlich heißt in der jetzigen Situation vor allem, sich mutig zur freiheitlichen Idee zu bekennen. Eine Namensliste kann durchaus von Freiheitlichen getragen werden, aber wenn sie unter einem anderen Namen firmiert, sich sozusagen vor der FPÖ schamhaft verbirgt, dann kann eine solche Kandidatur nicht im freiheitlichen Sinne sein. Sehr wohl kann eine solche Kandidatur für den betreffenden Ort fruchtbar sein und auch, wie schon oft erlebt, bei der Wahl sehr erfolgreich abschneiden. Nur aus freiheitlicher Sicht stellt sich die Frage: Was soll's?

## **Das Ortsprogramm ist Trumpf**

.....

Oft werden Bürgerlisten von der einen oder anderen Partei sogar gefördert. Dieser Taktik kann man nur mit einem konsistenten freiheitlichen Programm, das thematisch im Ort verankert ist, erfolgreich begegnen. Und hier kommen wir zur dritten, der schwierigsten Wählerschicht, die aber allein für den wirklichen Erfolg bei der Gemeinderatswahl verantwortlich ist. Es sind die Wähler, die mittels eines gutdurchdachten **Ortsprogramms**, also nur für den eigenen Ort, motiviert werden, freiheitlich zu wählen.

Was soll nun ein Ortsprogramm, das ja nur auf die Gemeinderatswahl zugeschnitten sein soll, enthalten? Freiheitliche Frak-

tionen, die schon einige Legislaturperioden lang im Gemeinderat vertreten sind, werden ein komplexeres Programm für ihre Ortschaft erstellen als Neustarter oder eine Einmannfraktion. Einer freiheitlichen Fraktion, die schon viele Jahre im Gemeinderat vertreten ist, traut man im allgemeinen zu, für alle Themen kompetente Vorschläge in die Wahl zu werfen. Man hat seit vielen Jahren schon eine klare Linie im Gemeindeparlament verfolgt, und gerade deswegen ist es für die Bürger unschwer nachzuvollziehen, wenn ein Entwurf „Blauberg 2010“ als Wahlprogramm vorgestellt wird.<sup>20</sup>

Anders ist es, wenn es eine Fraktion nicht geschafft hat, in das Bewußtsein ihrer Bürger einzudringen. Sei es, daß die Berichtserstattung zu mangelhaft war, oder daß man auf die falschen Themen gesetzt hatte.

Der einfache Fall ist der des Neubeginns; man hat bisher noch kein Mandat erreicht oder keine Möglichkeit gehabt, freiheitliche politische Vorstellungen an den Mann zu bringen. In diesem Fall ist jeder Kandidat gut beraten, nicht zu jedem Ortsproblem einen Lösungsvorschlag zu präsentieren. Wer vieles bieten will, läuft nur zu rasch Gefahr, den Wählern fehlerhafte Einschätzungen anzubieten, und wer sich in einem 10-Punkteprogramm nur bei einem oder zwei Punkten geirrt hat, dem glaubt man dann auch die restlichen richtigen Einschätzungen nicht.

## **Das Dreipunkteprogramm als Merksatz**

---

Zu empfehlen ist ein **Dreipunkteprogramm**; solche Programme gehen ins Ohr, und wenn diese drei Punkte in einem inneren Zusammenhang stehen, dann sind sie auch erfolgsträchtig.<sup>21</sup> Al-

---

20 Die sehr erfolgreiche Stadtgruppe Langenlois präsentierte zur Gemeinderatswahl 2005 in ihrem Wahlfolder eine Bilanz von 19 freiheitlichen Erfolgen für Langenlois in der vergangenen Legislaturperiode. Bei der folgenden GR-Wahl konnte die Mandatszahl von fünf auf sechs ausgebaut werden

21 Denken Sie an den Wahlspruch der Deutschen Burschenschaft „Ehre – Freiheit – Vaterland“ oder an den der Französischen Revolution „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“ oder des Turnerbundes „Frisch – Fromm – Fröhlich – Frei“

lerdings müssen mit dem Dreipunkteprogramm wirkliche Probleme angesprochen werden, die von der Bevölkerung auch als dringend und notwendig gewertet werden. Hierbei ist es fast einerlei, ob mit dem Programm etwas verhindert werden soll, z. B. der Bau eines Prestigeobjektes zur höheren Ehre des Bürgermeisters oder der Verkauf von Gemeindeeigentum an Spekulanten oder Parteifreunde, oder im anderen Fall etwas eingefordert wird, z. B. der Bau eines Park-&-Ride-Platzes oder die Sanierung einer Straße oder der Anschluß eines Ortsteils an die Ortswasserleitung bzw. an das Ortskanalnetz. Auf keinem Fall sollen aber Projekte gefordert oder verhindert werden, die nur wenige Personen der Gemeinde betreffen. Solche Forderungen sind von der Mehrheitsbevölkerung nicht nachzuvollziehen. Allerdings kann es Ausnahmen geben, wenn sich große Bevölkerungsteile mit einzelnen solidarisieren, wenn krasses Unrecht verhindert werden soll. Keine Projekte erfinden, die von der Bevölkerung nicht gewünscht werden; sind solche Projekte trotzdem sinnvoll, müssen diese oft jahrelang medial vorbereitet werden.

Ein Ortsprogramm soll unbedingt ideologiefrei sein, da im anderen Fall in vielen Wählern das klassische Lagerdenken erwacht, und außerdem bietet man den politischen Gegnern Angriffsziele, die, wenn man mit dem Ortsprogramm das Allgemeinwohl ansprechen will, absolut kontraproduktiv sind. Ausnahmen sind, wie schon weiter oben gesagt, die Fälle, bei denen die Ortspolitik mit freiheitlicher Ideologie Hand in Hand geht, wie z. B. Asylpolitik, Drogenpolitik und ähnlich gelagerte Fälle.

# Der Wahlkampf

## **Der Wahlkampfbeginn**

---

Der **Wahlkampf beginnt** am Tag nach der letzten stattgefundenen Wahl. So abgedroschen diese Feststellung auch sein mag, so richtig ist sie. Wir alle kennen die Stimmung am Abend des Wahltages, einerseits Euphorie nach einer erfolgreichen Wahl, andererseits Katzenjammer, wenn die Wahl nicht so gelaufen ist, wie man erhofft hatte. Sicher kann man in dieser Situation weder eine Strategie für den nächsten Wahlkampf konzipieren noch wird man angeben können, was man falsch gemacht hatte. Zu unwägbare sind oft die wahlentscheidenden Einflüsse, und die berühmte Analyse, die in den Gremien erst diskutiert werden muß, entpuppt sich doch allzuoft nur als Abwehr gegen aufdringliche Journalisten. Jedenfalls sollte man sich aber für die Presse glaubhafte Aussagen, insbesondere bei schlechtem Wahlausgang, zurechtgelegt haben.

## **Strategieüberlegungen strukturieren den Wahlkampf**

---

**Strategieüberlegungen** sind notwendig, wenn die Arbeit des neuen Gemeinderates beginnt, überschaubar zu werden. Aber bereits im Wahlkampf ist es angebracht, solche zu parat zu haben, die dann unmittelbar in das Wahlkampfprogramm einfließen sollen. Die Schwerpunkte für eine zukünftige Gemeinderatsarbeit muß den Wahlkampf bereits strukturieren. Nichts ist unglaublicher, als im Wahlkampf auf jedes auftauchende, oft nur kurzlebige Problem sofort aufzuspringen und dies dann noch als Wahlkampfziel zu bewerben! Der neue oder auch der alte wiedergewählte Bürgermeister muß trachten, seine den Bürgern gegebenen Wahlversprechen einzulösen, und vor allem steht nun die in der Wahlkampfzeit meist vom amtierenden Bürger-

meister schöngeredete Gemeindepolitik der nüchternen Realität gegenüber. Das ist genau der richtige Zeitpunkt, um die Strategie für die laufende Legislaturperiode zu konstruieren, aber auch in Hinblick auf die nächste Gemeinderatswahl in fünf Jahren.<sup>22</sup>

Ist dies in einer Ortsgruppe fünf Jahre lang geschehen, und sind die Hauptpunkte dieser Politik medial fünf Jahre lang getrommelt worden, dann kann man beruhigt in den Wahlkampf gehen. Ist dies aber nicht der Fall gewesen, dann muß man so schnell wie nur möglich damit beginnen. Wer aber glaubt, daß es genügt, damit ein halbes Jahr vor dem Wahltermin zu starten, der hat wahrscheinlich die Wahl schon verloren! Der Wahlkampf muß kontinuierlich auf die Bürger einwirken und er beginnt am besten am Tag nach der letzten Gemeinderatswahl.

### **Die heiße Phase im Wahlkampf konzentriert alle Kräfte**

---

Sicher gibt es eine **heiße Phase im Wahlkampf**, die etwa mit sechs bis neun Monaten vor dem Wahltermin anzusetzen ist.<sup>23</sup> Für diese heiße Phase muß Geld angespart worden sein, um eine wirkliche mediale, veranstaltungsmäßige Präsenz finanzieren zu können. Hier soll keine Woche vergehen, ohne daß wir in irgend einer Form mit dem Bürger in Kontakt treten, sei es durch den ab jetzt tunlichst monatlich erscheinenden „Freiheitlichen Gemeindekurier“, durch Flugblattaktionen, Steckaktionen, Ständen, Leserbriefe an die Regionalpresse oder Veranstaltungen.

### **Die Wahlpropaganda konzentriert sich auf wenige Themen**

---

Die **Wahlpropaganda** darf sich nicht verzetteln und soll sich auf wenige **Themen** beschränken. Dies gilt vor allem für den Spitzenkandidaten. Beachten wir, daß die Wähler den Spitzenkan-

---

22 Siehe Kapitel „Das Schattenkabinett, die freiheitliche Riege stellt sich vor“ und „Das Hexeneinmaleins der Kandidatenliste.“

23 In NÖ wird in der Regel der Gemeinderat Ende März oder Anfang April gewählt, das heißt, der Wahlkampf sollte spätestens nach Ferienende, also im September des Jahres vor der Wahl, beginnen. Unterbrochen wird der Wahlkampf von Weihnachts- und Semesterferien, der klassischen Winterurlaubszeit.

didaten wählen, weil sie ihn kennen, weil sie ihn sympathisch finden, weil er einer eingesessenen Familie entstammt, weil er einen sehr hohen Bekanntheitsgrad hat, weil er in der Ortschaft zu den anerkannten Honoratioren gehört oder auch aus anderen Gründen. Vergessen wir aber nicht, daß diese Forderungen auch für die politischen Mitbewerber aus den anderen Parteien gelten. Das heißt, wir sollten uns genau überlegen, Sympathieträger anderer Parteien anzugreifen, zu leicht kann wegen des Mitleidseffektes der Schuß nach hinten losgehen. Auch wenn das Mitleid unverständlich ist und besser der Staatsanwalt als die Mitleidsmasche am Platz wäre. In diesem Fall ist es vielleicht oft besser, die Angriffe rein sachlich zu führen; im Ort weiß man ohnehin, wer gemeint ist. Daß alle Angriffe beweisbar sein müssen, sollte jedem klar sein.

Sympathien für einen politischen Gegner sollten uns aber keineswegs davon abhalten, diesen trotzdem anzugreifen. Wenn wir die Wahlkampfagitatorik auf einen umstrittenen Bürgermeister fokussieren können, sollen wir uns auf keinen Fall davon abhalten lassen. Die Wähler, die uns dies vorwerfen werden, sind sicher nicht unsere Wähler, auch wenn sie mit gutmenschlichen Engelszungen versuchen werden, auf uns mäßigend einzureden. Wichtig ist, wenn z. B. Fehlentscheidungen der anderen Parteien, des Bürgermeisters oder eines Referenten, angegriffen werden, auch zu sagen, wie wir es besser gemacht hätten. Wir müssen versuchen, die wirklichen Schwachstellen der etablierten Parteien zu erkennen. Diese Schwachstellen müssen gebetsmühlenartig den Wählern vorgeführt und gleichzeitig unseren Vorstellungen, wie wir es besser machen werden, gegenübergestellt werden.

## **Der Wahlkampfstil als Visitenkarte**

---

Über den **Inhalt** des Wahlkampfes kann man sich in einer Ortsgruppe schnell einigen, wenn nicht besondere Interessen unter einen Hut zu bringen sind. Weit schwieriger ist der **Wahlkampfstil**, der von den Autoren geprägt wird, aber in gewissem Maß auch von den örtlichen Gegebenheiten abhängt. Man wird in einer Arbeitersiedlung einen anderen Stil finden müssen als in

einer situierten Villengegend oder im ländlichen Dorf. Daß der gute Geschmack wohl niemals verletzt werden darf, sollte außer Frage stehen, die Wortwahl muß aber der Begriffswelt der Zielgruppe verständlich sein, sonst verpufft die Botschaft. Da individuelle Wähleransprachen nie realisierbar sind, muß jeder Wahlkampf hier Kompromisse finden, um von einer maximalen Anzahl von Menschen verstanden zu werden. In einer Zeitung kann man wohl unterschiedliche Leserspektren bedienen, aber auch damit verärgert man viele Leser. Für die einen ist die gewählte Ausdrucksweise zu akademisch, d. h. unlesbar, andere Leser werden den gewählten Stil vielleicht als vulgär empfinden und ablehnen.

Der Zukunftsforscher Matthias Horx schreibt in einem anderen Zusammenhang: „Eine Computeranalyse der Texte der Schlagersängerin Madonna hat ergeben, daß zehn Wörter – love, baby, time, heart, eyes, word, girl, party, boy und day – achtzig Prozent ihres Sprachschatzes ausmachen. Zehn Wörter reichen, um ein Milliarden-Dollar-Vermögen anzuhäufen, auch hierzulande. Dies ist kein Zufall, es ist Methode. Die Frage, Geld oder Moral, war entschieden, bevor sie überhaupt gestellt wurde. Der Melancholiker weiß: Am Ende siegt immer nur das Profane triumphal, der kleinste gemeinsame Schwachsinn, die dümmste Variante von allen wird zum Renner, und der skrupelloseste Idiot sahnt die Kohle ab.“<sup>24</sup>

Nun mögen im Schlagergeschäft andere Wertvorstellungen gelten als in der Politik, aber die Aufnahmebereitschaft für derart codierte Kurzinformationen liegt nicht im Inhalt der Botschaft, sondern an der Bereitschaft des Empfängers, diese anzunehmen. Freiheitliche Politik soll sich nicht das Showgeschäft zum Vorbild nehmen, aber ein bißchen doch; beide leben von der Akzeptanz ihrer Botschaften.

Weltanschauliche Themen sollen im Gemeinderatswahlkampf tunlichst vermieden werden: Wir stehen für eine bessere Gemeindepolitik, und ideologische Entscheidungen stehen nur selten im Gemeinderat zur Entscheidung an und sind dem Bürger

---

24 Matthias Horx: „Das Wörterbuch der 90er Jahre“ Hoffman und Campe, Hamburg 1991, ISBN 3-455-08426-5

auch kaum verständlich. Religion ist nicht Parteisache und soll im Wahlkampf wie auch in der Gemeindepolitik keinen Platz haben. Ausnahmen, wie schon weiter oben erwähnt, können ortsgebunden natürlich zum Wahlkampfthema Nummer 1 werden, etwa der geplante Bau einer Moschee oder die Versetzung eines Kriegerdenkmals an eine unattraktive Stelle oder die Errichtung eines Partisanendenkmals.

Als freiheitliche Partei ist uns die Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis ein besonderes Anliegen. Dies, verbunden mit unserer deutschen Sprache, mit unserer Heimat, stiftet unsere Identität, die von allen Bürgern stillschweigend akzeptiert wird und deswegen gar nicht zur Debatte gestellt werden soll. Denn Akzeptanz und Bekenntnis sind in unserer heutigen Spaßgesellschaft nicht mehr dasselbe, von den zeitgeistigen Gutmenschen gar nicht zu reden. Natürlich werden von linkslinker Seite, von den Grünen, von extrem ideologisierten Sozialdemokraten und auch von sich sonst sehr bürgerlich gebenden ÖVPlern Angriffe und uns ideologisch diskriminierende Wahlkampfthemen zu erwarten sein. Hier ist dann zu gewichten, ob es nicht überhaupt der Zweck dieser Angriffe ist, uns auf diese Themen in der Wählermeinung zu reduzieren und damit unsere ganze Wahlkampfstrategie zu unterlaufen, oder ob es sich trotzdem auszahlt, gebührend zu replizieren. Auf keinen Fall dürfen wir aber Kindesweglegung betreiben und uns etwa davon distanzieren. Es ist hier äußerst wichtig zu erkennen, ob es nur ein Wahlkampfthema ist, um desto lauter die Faschismuskeule schwingen zu können, denn dann sollte die Replik zurückhaltend oder gar nicht geführt werden, oder ob es sich tatsächlich um ein ideologisches Anliegen der anderen Parteien handelt. Geht es um die Schleifung eines Kriegerdenkmals, dann sollten wir extrem laut auftreten, denn damit haben wir sicher eine – wenn auch nicht offen bekennende – Bürgerschaft auf unserer Seite.

### **Themenwahl als politischer Wille und als Angriffsziel des Gegners**

---

Die **Themenwahl** ist für jeden Wahlkampf die entscheidende Frage. Themen können Gesamtkonzepte sein, wie schon weiter

oben ausgeführt, oder in der jetzigen Wiederaufbauphase<sup>25</sup> ist es zweifelsohne besser angebracht, mit kurzen Wahlkampfprogrammen zu werben. Eine Trias, wie „Sparsamkeit-Sicherheit-Bürgernähe“ oder – sehr ortsbezogen – „Wasserpreissenkung-Straßenausbau-Kindergarten.“ In vielen Ortschaften haben die Bürger Angst vor großvolumigen Bauten vieler Baukonzerne oder wegen vieler Einbrüche. Zum Thema „Sicherheit für Blauberg“: hier wäre dann ein privater Sicherheitsdienst zu fordern oder eine Aufstockung des Polizeipostenpersonals, oder „Keine Schließung der Volksschule“. Themen müssen mit den örtlichen Gegebenheiten im Einklang sein und auch in der Bevölkerung als Problem erkannt werden können oder bereits fühlbar sein.

Mit jedem Wahlkampfziel und damit auch mit jeder im Wahlkampf getroffenen Aussage wollen wir werben und Wählerstimmen gewinnen. Es darf aber nie vergessen werden, daß wir mit vielen unserer Wahlkampfziele, auch wenn sie von noch so vielen Bürgern gutgeheißen werden, dem Gegner auch **Angriffsziele** bieten. Forderungen nach Sicherheitsmaßnahmen werden die linken Parteiideologen sofort zu neuen Angriffen gegen uns stimulieren. Forderungen nach mehr Sparsamkeit bei Subventionen wird der alles beglückenden Subventionsgießkanne der ÖVP zuwiderlaufen. Aber auch hier gilt, daß davon nur ein bestimmter Kreis betroffen ist und die anderen uns vielleicht recht geben. Jedenfalls dürfen wir uns nicht von Forderungen abhalten lassen, die wir für richtig erachten, oder von ihnen ablassen, um gegnerischen Angriffen zu entgehen.

Leider sind für die Bürger viele Notwendigkeiten als solche nicht ohne weiteres erkennbar; hier hilft nur eine über lange Zeit erfolgende Bewußtseinsbildung. Am leichtesten ist mit finanziellen Belastungen zu argumentieren, die alle Bürger gleichermaßen treffen. Das sind die Kommunalabgaben, die in der Kompetenz der Gemeinden liegen, wie Wassergebühren, Anschlußgebühren, Kanalgebühren, Anschließungskosten, Friedhofsgebühren, Müllabgaben. Wenn hohe Gebühren mit einer hohen Verschuldung der Gemeinde oder mit für die Bürger

---

25 Bei der letzten Gemeinderatswahl 2005 hat die FPÖ in NÖ ca. zwei Drittel ihrer im Jahr 2000 gewonnenen Mandate verloren

nicht notwendig erscheinenden Ausgaben für aufwendige Projekte Hand in Hand gehen, kann man unschwer eine Argumentationskette unter dem Titel „Einsparungen“ aufbauen. In vielen Gemeinden trachten die Bürgermeister, sich noch während ihrer Amtszeit repräsentative Denkmäler zu setzen, wie Rathausbauten, unnütze Dorfplatzgestaltungen oder kaum brauchbare Informationszentren. Hier sind die örtlichen Gegebenheiten zu betrachten, aber auch zu beachten, daß das, was in einer Gemeinde durchaus sinnvoll ist, in einer anderen nur als leichtfertige Verschwendung von Steuergeldern bezeichnet werden kann.

## **Die Übernahme von gegnerischen Wahlkampfthemen**

---

Forderungen anderer Parteien ins eigene Programm aufzunehmen, ist besonders in Hinblick auf Themen, die von den Grünen und der extremen Linken transportiert werden, dreimal zu überlegen. Man mag zu vielen dieser Themen, wie Atomstrom, Gender-Mainstreaming, Chancengleichheit oder Klimaschutz, stehen wie man will, ja diese Forderungen sogar selbst vertreten, im Wahlkampf muß uns aber bewußt sein, daß wir damit lediglich Forderungen der Linken oder anderer Gruppierungen huckepack transportieren. Das sind von der Linken besetzte Themen, die uns keiner abnimmt, wenn auch wir sie vertreten wollen. Sicher, viele dieser Forderungen sind von den Medien derart ins Bewußtsein der Leute katapultiert worden, daß kaum jemand noch merkt, was das eigentliche Ziel dieser Forderungen ist. Umgekehrt haben wir mit unserer konsequenten Fremden- und Asylantenpolitik sowie Anti-Brüssel-Haltung ein untrennbar mit der Freiheitlichen Partei verbundenes Programm erarbeitet. Wir erleben es doch tagtäglich, wie schwer sich besonders vor Wahlzeiten die anderen Parteien tun, in der Asylantenfrage glaubhafte Lösungsvorschläge an den Wähler heranzubringen; das sind eben FPÖ-Themen, so wie die Genderpolitik eben Grünpolitik ist. Bleiben wir glaubhaft bei unseren Themen, die sich natürlich ändern können. Andererseits geben uns die Verfechter anderer Themenschwerpunkte, etwa die klimabewegten Grünen mit ihrer doch recht zahnlosen Grünpolitik, genug Mu-

nition in die Hand, um ihre Erfolglosigkeit anzuprangern. Oft weinen sie jedem Baum nach, aber wenn ganze Alleen gefällt werden, dann ist sogar ein grüner Vizebürgermeister genauso still wie bei der Genehmigung von Wohnsilos in der Gemeinde.

## **Themen aus der Bundes- und Landespolitik**

---

Themen und Forderungen aus der Bundes- oder Landespolitik sollen weitgehend vermieden werden, da diese selten in der Entscheidungskompetenz der Gemeinden liegen. Ist allerdings die eigene Ortschaft von einem Bundes- bzw. Landesthema selbst unmittelbar betroffen, dann ist es selbstverständlich legitim, diese Forderungen im Wahlkampf zu stellen. Diese Themen sind aber auch dann durchaus angebracht, wenn im Zuge des Wahlkampfes ein NR- oder LT-Abgeordneter die Ortschaft besucht und in dieser speziellen Sache das Wort ergreift. Ganz allgemein soll ein Kandidat nur zu solchen Themen sprechen, die er in seinem Vertretungskörper auch beeinflussen kann. Das muß dann aber auch gebührend medial ausgeschlachtet werden, mit Presседiensten, Leserbriefen, mit dem „Freiheitlichen Gemeindekurier“ usw.

## **Im Wahlkampf ist man allein stärker**

---

Ein großer Fehler ist es, sich in der Argumentation seiner Wahlkampforderungen auf gleichlautende Forderungen der politischen Gegner zu berufen. Abgesehen davon, daß die anderen Parteien sich wenig scheuen, unsere Forderungen, wenn sie merken, daß diese bei den Bürgern gut ankommen, für sich zu reklamieren, sollten wir unsere Forderungen ohne hilfeheischenden Blick auf andere stellen. Tun wir das nicht, provozieren wir sofort das Argument der Gegner, daß diese Forderungen, von ÖVP oder SPÖ aufgestellt, viel eher eine Chance auf Verwirklichung haben, als wenn wir sie stellen. Das mag schon richtig sein, aber das sage ich nicht, sondern streiche meine eigene Priorität hervor, sonst geht man bekanntermaßen lieber gleich zum Schmied und nicht zum Schmiedl.

Von den Bürgern hören wir im Wahlkampf immer wieder, daß wir doch viel zu schwach seien, um diese oder jene Forderung auch durchzusetzen. Auch das ist richtig, aber nur im Prinzip, nicht in der Wirklichkeit. Viele freiheitliche Forderungen sind erfolgreich durchgesetzt worden, wenn auch gemeinsam mit oder von den regierenden Parteien allein, aber wir waren die ersten, die darauf aufmerksam gemacht hatten, und haben diese Forderung auch ohne Unterlaß getrommelt: Steter Tropfen höhlt den Stein; das trifft auch sehr oft in der Politik zu. Nur ist dabei immer zu beachten: Alle Aussagen, Forderungen, Anträge müssen im Interesse einer möglichst großen Zahl von Bürgern liegen, niemals dürfen wir unwahr werden, vor allem aber dürfen die Kandidaten in ihrem Lebenswandel nicht ihre eigenen Forderungen und Aussagen konterkarieren<sup>26</sup>. Gerade die FPÖ war immer die Partei, die für Sauberkeit, Ordnung, Wahrheit, Idealismus eingetreten ist. Nach jedem Skandal kann man dann hören, daß wir auch nicht anders seien, und das hören wir leider nur allzuoft zu Recht. Aber wenigsten auf Ortsebene sollten wir vor solchem Übel verschont bleiben, und wenn es trotzdem passiert, muß man sich gnadenlos von den Verantwortlichen trennen.

## **Das Hexeneinmaleins der Kandidatenliste**

---

Wichtig ist die Erstellung der **Kandidatenliste**. Über den Spitzenkandidaten haben wir schon weiter oben referiert. Die nachfolgenden Überlegungen sind mehr theoretischer Natur als praxisnah, sollen aber trotzdem zu einigem Nachdenken anregen. In jeder Ortschaft wird die Partei nach innen und nach außen nur von wenigen geführt und repräsentiert. Hier, in dieser Situation, Überlegungen über eine brauchbare Listenreihung anzustellen, ist oft aus menschlichen, aber auch numerischen Gründen nicht möglich. Fast jeder, der sich in die Partei eingebracht hat, möchte auch bei der Wahl zum Zug kommen; das gilt genauso im NR oder LT wie im Gemeinderat. Aber Überlegungen, wie wir im

---

26 Es sei an die unappetitliche Affäre Rosenstingel erinnert.

zukünftigen Gemeinderat, natürlich einen Wahlerfolg vorausgesetzt, arbeiten wollen, sind doch angebracht.

Als klassische Kontrollpartei, eine Rolle, die uns eine breite Bürgerschaft zugesteht, brauchen wir finanztechnisch versierte Kandidaten. Schon mittelgroße Gemeinden haben heute über Budgetgelder zu befinden, die größeren Wirtschaftsunternehmen entsprechen. Daß gerade damit die Bürgermeister oft heillos überfordert sind, ist nicht unbedingt diesen persönlich anzulasten, aber es ist eine riesige Chance für uns Freiheitliche, wenn wir einen Kandidaten haben, der sich in Wirtschaft und Finanzen auskennt. Das gilt gleichermaßen auch für Bau-, Straßen-Wasser-, Kultur-, Sicherheits- und andere Angelegenheiten. Diese Kompetenz müssen wir im Wahlkampf präsentieren und den Wählern vermitteln, daß es klüger sei, Fachkräfte zu wählen, die ihre Sache auch verstehen, als eine Liste von linientreuen ÖVP- oder SPÖ-Funktionären. Uns geht es um die Gemeinde Blauberg und nicht um parteiideologische Machtpositionen. Kaum eine Ortspartei wird hier aus dem Vollen schöpfen können, aber den/die eine(n) oder andere(n) Fachmann oder Fachfrau werden viele FPÖ-Ortsparteien in ihren Reihen haben.

## **Die berühmten Signale an Wählergruppen**

---

Nun soll zu den sogenannten **Signalen an die Frauen, Rentner, Jugend** und Wer-weiß-an-wen-noch gesprochen werden. Sicher wird man es „verkaufen“, wenn eine Frau an der Spitze oder an der vorderen Stelle der Kandidatenliste steht, nur bringen wird dies wenig, um nicht zu sagen gar nichts. Das Wahlverhalten wird nicht durch so einfache Signale gesteuert, sonst müßte man seine Kandidaten nach ganz anderen Gesichtspunkten aussuchen. Daß man nicht nur Pensionisten kandidieren läßt, ist genau so selbstverständlich, wie daß man nicht nur Jugendliche, die gerade das passive Wahlalter erreicht haben, auf die Liste setzt. Es sollten vielmehr – neben dem Engagement bei der Partearbeit – gemeinderelevante Fachkenntnisse, Klugheit, rednerische Begabung und viele andere, aber auch wahlwirksame Eigenschaften der Kandidaten gefordert werden. Daß das berühmte Signal an die Frauen unwirksam ist, zeigte eklatant

das Abschneiden der ÖVP-Kandidatin, Frau Fererro-Waldner, die bei der Präsidentschaftswahl 2004 dem nicht sehr beliebten SPÖ-Kandidaten Fischer unterlag. Vielleicht, wie eine kluge Frau sagte, wählen Frauen nicht gerne Frauen.<sup>27</sup> Vielleicht ist es bei der Jugend etwas anders, schließlich hat der damals noch jugendliche SPÖ-Cap mit einem speziell auf die Jugend ausgerichteten Vorzugsstimmenwahlkampf den Sprung ins Parlament geschafft. Es erscheint uns vielmehr, daß die von den jeweiligen Kandidaten geforderten Signale, in den weitaus meisten Fällen, als sanfte Erpressungsversuche an das die Listenreihung vornehmende Gremium zu sehen sind. Wir wollen aber solche Überlegungen nicht ausschließlich als Chimären qualifizieren, sie können schon berechtigt sein, nur muß dann der „Signalinhaber“ auch glaubhaft sagen, welche Signale er wie umsetzen will. Ein beliebter Jugendlicher, Mitglied eines örtlichen Sportvereins, kann durchaus ein Signal sein, aber die Wählerschaft ist größer als ein Verein.

### **Der Vorzugsstimmenwahlkampf als Streitpotential**

Soll der Wahlkampf nicht an der inneren Uneinigkeit der eigenen Mannschaft leiden oder gar gefährdet werden, muß die Reihung von allen Bewerbern anerkannt werden. Der im anderen Fall dann nicht zur Ruhe kommende Streit nützt nur dem Gegner. Auch von halben Lösungen ist dringend abzuraten; die Auseinandersetzung ist nur hinausgeschoben und wird nach erfolgreicher Wahl nur noch heftiger ausgetragen.

Beliebt ist, bei strittiger Listenreihung, einen parteiinternen Vorzugsstimmenwahlkampf zu vereinbaren. Wer mehr Vorzugsstimmen aufweist, rückt in der Liste vor. Wir alle kennen solche Vereinbarungen, wovon nicht wenige mit Zerwürfnissen und Parteiaustritten endeten. Was immer parteiintern vereinbart worden ist, die gesetzliche Regelung für ein Vorzugsstimmenmandat sieht anders aus, und es gibt keine gesetzliche Handhabe, einen auf der Liste Gewählten zum Mandatsverzicht zu bewegen, auch wenn sein Parteifreund zugegebenermaßen mehr

---

27 Hier an ein bekanntes Nietzsche-Zitat zu denken, wäre verfehlt.

Vorzugsstimmen erreicht hat. Dieser kommt nur dann zum Zug, wenn die gesetzliche Regelung erfüllt ist, und dann braucht es auch nicht den Verzicht seines Listenkameraden.<sup>28</sup>

---

<sup>28</sup> Dies wird in den jeweiligen Gemeinderatswahlordnungen genau geregelt, die bundesländerspezifisch stark voneinander abweichen.

# Die Instrumente des Wahlkampfes

## **Die Öffentlichkeitsarbeit, das Schaufenster der Partei**

Wahlkampf ist Öffentlichkeitsarbeit, denn die Öffentlichkeit ist es, an die wir uns wenden, egal in welchem Medium, um sie für eine Stimmabgabe für unsere Partei zu gewinnen. Darunter sind alle Maßnahmen zu verstehen, die wir an die potentiellen Wähler aussenden, um sie mit unseren Zielen, Forderungen, aber auch mit unserer bereits geleisteten Arbeit für den Bürger vertraut zu machen. Die politische Arbeit und das Bekanntmachen von Zielen und Leistungen der Partei sind die zwei Säulen, auf denen im wesentlichen der politische Erfolg beruht. Es genügt also nicht, Gutes zu tun, sondern man muß dies auch den Leuten sagen. Das mag in unseren Ohren vielleicht nicht sehr vornehm klingen und doch ist es das Um und Auf jeder politischen Tätigkeit.

Leider glauben manche, daß die PR-Arbeit<sup>29</sup> allein die politische Arbeit ersetzen kann. Das sollte niemals freiheitliches Verständnis einer bürgernahen Gemeindepolitik werden, wenn auch die Ankündigungspolitik bis in die Reihen der großen Politik leider gang und gäbe geworden ist. Besonders vor jeder Wahl wird immer angekündigt, was man alles, im Falle, daß man gewählt wird, für die Bürger machen wird. Man scheut sich auch nicht, sogar freiheitliche Forderungen, die man jahrelang bekämpft hatte, selbst als Wahlziel zu gebrauchen.<sup>30</sup> Norbert Blai-

---

29 Im Englischen heißt die Öffentlichkeitsarbeit „public relations“, abgekürzt PR, und dieser Ausdruck ist auch im Deutschen zum Synonym für Öffentlichkeitsarbeit geworden.

30 Man erinnere sich an die Forderungen des NÖ-LH Pröll, der vor der LT-Wahl 2008 eine strenge Asylpolitik eingefordert hatte.

chinger et al<sup>31</sup> führen unter anderem für eine erfolgreiche PR-Arbeit primär die passende Auswahl eines PR-Instrumentes für die jeweilige Zielgruppe an, wobei sie aber betonen, daß man sich immer einer Vielfalt von Maßnahmen bedienen soll. PR-Arbeit darf niemals nur auf bestimmte Zeiten beschränkt bleiben, etwa auf die Vorwahlzeit, um wirksam zu sein, sondern sie findet quasi rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr statt. Unter PR-Arbeit ist nicht Medienarbeit allein zu verstehen. Jeder öffentliche Auftritt, wo ein Freiheitlicher als Politiker erkennbar sein kann, ist PR-Arbeit. Schon der Besuch von diversen Veranstaltungen, die gar nichts mit Gemeindepolitik zu tun haben müssen, signalisiert den anderen Besuchern, daß auch ein Freiheitlicher an der Veranstaltung mit Interesse teilgenommen hat.

### **Der Freiheitliche Gemeindekurier, der Superstar**

---

Wir erachten die regelmäßig erscheinende freiheitliche Gemeindezeitung als das wichtigste Instrument einer erfolgreichen Gemeindegemeinschaft überhaupt. Regelmäßiges Erscheinen heißt: mindestens viermal im Jahr. Die Herausgabe von örtlichen Parteizeitungen wird von fast allen Landesparteien unterstützt, sei es durch Übernahme der Portospesen oder auch Bezahlung der Druckkosten. Im Burgenland zum Beispiel ist grundsätzlich für die Stützpunkte und Ortsgruppen eine Finanzierung von Gemeindezeitungen durch die Landespartei vorgesehen. Bei bis zu fünf Mitgliedern werden die Druck- und Versandkosten für eine Zeitung pro Jahr, ab fünf Mitgliedern für zwei Zeitungen pro Jahr und ab 20 Mitgliedern für drei Zeitungen pro Jahr übernommen. Die Zeitungen selbst werden im A3-Format produziert und auf das Format A4 gefaltet; sie sind also vierseitig. Leider werden Ortsparteizeitungen viel zu wenig verlegt, zeigen doch gerade erfolgreiche Gemeinden den Nutzen regelmäßig erscheinender freiheitlicher Zeitungen eklatant.

In der heißen Wahlkampfphase sollte die Zeitung monatlich erscheinen und über alle wichtigen Gemeindeereignisse aus

---

31 Blaichinger, Keppelmüller, Lindorfer, Volker: „Das 1x1 des erfolgreichen Gemeinderates“, INNSALZ-Pädagogik, Aspach, ISBN 3-901535-64-0

freiheitlicher Sicht berichten. Zumindest die Spitzenkandidaten – das sind diejenigen, die halbwegs berechnete Hoffnung auf ein Mandat setzen können – sollten in jeder Ausgabe des Gemeindegeldes zu Wort kommen.

### **Das Schattenkabinett, die freiheitliche Riege stellt sich vor**

Eine Themenaufteilung ist von Vorteil, denn damit wird erreicht, daß jeder Kandidat über bestimmte Gemeindegeldsorten berichtet. Dem Leser wird auf diese Weise sozusagen ein **Schattenkabinett** vorgestellt, das bei gewissenhafter Einarbeitung des „Ressortchefs“ mit jeder Ausgabe in den Augen der Leserschaft an Kompetenz gewinnt. So kreieren wir schon vor der Wahl den freiheitlichen Finanzfachmann, Fachmann für Baufragen, Straßenbau, Sozialwesen usw. Bei genügend guter Vorbereitung ist mit den ersten relevanten Fragen aus der Bürgerschaft zu rechnen. Ziel ist ein Meinungsumschwung in der Wählerschaft, die zwar nach wie vor den Freiheitlichen skeptisch gegenübersteht, aber wegen unserer Kompetenz in Fachfragen langsam beginnt, Vertrauen zu gewinnen. Die bisherigen Ausschußmitglieder der anderen Parteien werden natürlich beginnen, alles besser wissen zu wollen, aber, so unsere Replik, sie hätten dazu schon fünf Jahre Zeit gehabt, die Bürger zu informieren.

In der Zeitung soll nicht gekleckert werden, sondern Klotzen ist angesagt. Wir berichten über das Gemeindegeldgeschehen nicht aus der Froschperspektive, sondern in der Überzeugung, alles besser zu wissen, die besseren Konzepte zu haben, und können schon allein deswegen der Wahl mit Ruhe entgegensehen. Ein leicht schulmeisterlicher Ton in der politischen Beurteilung der anderen Parteien ist durchaus angebracht. Wir beginnen etwa drei Monate vor der Wahl, die Wahlchancen der Parteien zu diskutieren, versuchen, ohne Emotionen das Für und Wider abzuwägen; so ein bißchen **Klatschspalte**. Wer kann mit wem, wie wird etwa eine neue Koalition aussehen? Wer wird kontrollieren, welche Konzepte liegen für den Schuldenabbau vor, denn welche Gemeinde ist schuldenfrei? Wo kann eingespart werden, wo muß Geld zur Verfügung gestellt werden? Ist die SPÖ, bzw. die ÖVP überhaupt in der Lage, einen kompetenten Bürgermeister zu stellen, welches Profil müßte ein Bürgermeis-

ter in Blauberg haben? Kann der Spitzenkandidat, im Falle des Wahlerfolges seiner Partei, auch mit der Opposition?

Etwa zwei Monate vor der Wahl müßte die Freiheitliche Liste veröffentlicht werden. Hier sollen die Tätigkeitsschwerpunkte der Kandidaten, im Falle ihrer Wahl, genannt werden. Ein **Lebenslauf** darf nicht zu viele Details bringen, jedenfalls sollte daraus eine möglichst bruchfreie berufliche Entwicklung abzulesen sein, als Garantie für eine gedeihliche Gemeinderatsarbeit; aber bitte unbedingt bei den Tatsachen bleiben, nichts erfinden oder kaschieren; im Zeitalter des Internets ist vieles leicht und schnell nachzuprüfen!

### **Der politische Gegner greift an**

---

Natürlich machen wir uns mit einer solchen Berichterstattung bei den anderen Parteien keine Freunde, aber das waren sie ohnehin nie, nur jetzt sagen sie es lauter. **Angriffe vom politischen Gegner** sollen uns nicht schrecken, sondern freuen, denn diese erhöhen unseren Bekanntheitsgrad enorm, und eines zeigt der Gegner mit seinen Angriffen sofort, nämlich, daß er uns ernst nimmt. Und das ist das Beste, was uns im heißen Wahlkampf passieren kann. Nicht leisetreten, sondern klotzen, wir müssen versuchen zu polarisieren, wir sind die Alternative zum amtierenden Bürgermeister, wenn schon nicht im Amt, dann aber als scharfe, unbestechliche Kontrollinstanz. Wenn wir uns mit der Bürgermeisterpartei im Wahlkampf messen, dann wählen seine Gegner wahrscheinlich lieber unseren Kandidaten als den leisetretenden Kandidaten der anderen Großpartei, je nach Ortschaft SPÖ oder ÖVP.

Angriffe der anderen Parteien sind zu erwarten und sollten je nach Gewichtung natürlich repliziert werden. Eine ironische und humorvolle Feder kann oft die Wut der Gegner zur Lächerlichkeit transformieren, so daß der Schuß dann auch nach hinten losgehen kann. Niemals darf sich aber der eigene Wahlkampf auf die Abwehr gegnerischer Angriffe beschränken, denn damit würden wir das Gesetz des Handelns dem Gegner überlassen! Wenn nichts anderes von einer Partei geboten wird, wird dies

schnell vom Wähler als politisches Hickhack erkannt und auch abgelehnt.

### **Die verschiedenen Facetten einer Parteizeitung**

Wir müssen trachten, ein ganzes **Spektrum politischer Akteure** zur Verfügung zu haben: den Angriffslustigen, der keinen Fehler des Gegners übersieht, der über den Dingen stehende Mann des Ausgleichs, den Konsenssuchenden, den nüchternen Berichterstatter, der ohne eigene Meinung über für den Gegner qualvolle Fehler berichtet, auch ein Spaßvogel sollte nicht fehlen, die Fashingszeit, die ja mitten in den NÖ-Gemeinderatswahlkampf fällt, ist geradezu prädestiniert dazu. Die Zeitung soll auch über kulturelle Veranstaltungen im Ort berichten und möglichst lobend viele Namen aus der Ortschaft erwähnen.

Ein bis zwei Wochen vor der Wahl soll die letzte Zeitung erscheinen, was dann noch unbedingt berichtet werden muß, ist Aufgabe eines Flugblattes.

### **Das Flugblatt**

.....

Flugblätter sind die Schnellschüsse im politischen Kampf. Sie können praktisch über Nacht erstellt werden, sind daher immer topaktuell. Ein Flugblatt ist nicht nur im Wahlkampf das Instrument, mit dem man sofort auf gegnerische Aktionen oder politische Entwicklungen reagieren kann. Mit dem Flugblatt hat man sozusagen die Nase vorne! Außerdem hat es den Vorteil, daß es sehr billig ist; in sehr großen Stadtgemeinden ist das sicher anders zu sehen, dort sind aber die Gemeinderäte meist besser dotiert als in Kleingemeinden. Ein Flugblatt kann auf der Straße verteilt und/oder bei Ständen verteilt werden. Auch mittels Steckaktionen kann man die Informationen an den Wähler bringen.

### **Die Kurzinformation: rasch, billig und aktuell**

Das Flugblatt darf keinesfalls den „Freiheitlichen Gemeindegewerkschaftler“ ersetzen, der ja möglichst umfassend berichten soll. Die Aufgabe des Flugblattes ist die **schnelle Kurzinformation**. Nicht zu viele Informationen auf das Flugblatt setzen. In knappen, pla-

kativen Worten soll die Botschaft an den Bürger kommen. Ein Flugblatt soll ein Signal sein, ein unüberhörbarer Paukenschlag, mit dem wir eindringlich sagen: So nicht, Herr Bürgermeister, oder verehrte Damen und Herren der ÖVP bzw. SPÖ. Das Flugblatt muß die Grundlage eines Lauffeuers durch die Ortschaft werden oder es ist verfehlt. Das bedeutet aber, daß nur ganz brennende Neuigkeiten mit dem Flugblatt transportiert werden können.<sup>32</sup>

Oft ist es sinnvoll, ein Flugblatt nur in einem Ortsteil zu verteilen, wenn es inhaltlich nur diesen betrifft. Bei sehr lokal angesiedelten Informationen ist dies umso eher angebracht, weil die Informationen wahrscheinlich in anderen Ortsteilen gar nicht interessieren, und das Flugblatt, als nicht zutreffend, sofort wieder weggeworfen wird. Was für einen bestimmten Ortsteil von brennendem Interesse ist, kann für die übrigen Ortsbewohner oft gegensätzliche Gefühlsmomente hervorrufen; denken wir nur an eine Einbahnregelung für eine Ortsstraße, die den übrigen Bewohnern oft nur als sinnlos erscheint.

### **Die Multiplikation des Flugblattes**

Von der Verteilung soll unbedingt auch die **Lokalpresse** informiert werden. Obwohl die Redaktionen oft dankbar für Mitteilungen sind, um ihre Bezirksspalten zu füllen<sup>33</sup>, ist in der heißen Wahlkampfphase nicht unbedingt mit einer Berichterstattung zu rechnen, da die jeweiligen Lokalzeitungen wegen ihrer Parteinähe auf ihre direkten und indirekten Geldgeber durchaus Rücksicht nehmen müssen. Wenn es das Thema hergibt, ist auch eine **Pressekonferenz** in Erwägung zu ziehen. In der Folge sollen dann **Leserbriefe**, die sich mit der Angelegenheit beschäftigen, an die Redaktionen gesandt werden.

---

32 Einen Tag vor der GR-Wahl 2005 verteilte der Preßbaumer ÖVP-Bürgermeister ein Flugblatt, in dem er mitteilte, daß FPÖ-GGR Dr. Lindinger in der letzten GR-Sitzung, vor zwei Tagen, zwei Ordnungsrufe wegen ungebührlichen Verhaltens im Gemeinderat erhalten hat. Die Lacher waren nicht auf seiner Seite, die Ordnungsrufe schienen dann auch nicht im Gemeinderatsprotokoll auf.

33 Besonders die „NÖN“ berichtet gerne über derartige Aktionen.

Auch im örtlichen **FPÖ-Schaukasten** und eventuell auf **Plakaten** können die Flugblätter affiziert werden. Wenn die Ortsgruppe über eine **Homepage** verfügt, dann muß das Flugblatt selbstverständlich hineingestellt werden. Hier können auch Inhalte von Flugblättern, die nicht papiermäßig ausgeführt worden sind, hineingestellt werden. Allerdings ist zu beachten, daß man mit einer Homepage nur einen mehr oder minder kleinen Teil der Bevölkerung erreichen wird. Dennoch braucht man sich hier, was den Umfang betrifft, keine allzu großen Gedanken wegen einer allfälligen Informationsbeschränkung auferlegen, weil der Homepage-Benutzer ja gezielt nachfragt.

Das Instrument des Flugblattes sollte also nicht zu oft eingesetzt werden, es muß schon was los sein, wenn wir eines verteilen, sonst wird es zur Gewohnheit. Die Aufmachung soll ins Auge fallen: Signalfarben, große Schrift, da viele auf der Straße keine Brille mithaben und daher die Botschaft nicht sofort lesen können. Letzteres ist aber wichtig, da nach Erhalt des Blattes sofort mit anderen Bürgern darüber gesprochen werden kann.

## **Das Plakat**

.....

Das Plakat ist in jedem Wahlkampf das klassische Werbeinstrument schlechthin; es ist so sehr Symbol für die Wahl geworden, daß jene kaum ohne dieses vorstellbar ist. Allerdings erregen Plakate schon seit einigen Jahren den Unmut großer Bevölkerungskreise, da sie als Verschandelung empfunden werden, und die ganz Klugen merken an, daß sie sich niemals von einem Plakat in ihrem Wahlverhalten beeinflussen lassen werden. Das ist alles richtig und gibt den Stellenwert des Plakates in der Wahlwerbung wieder. Wozu dann aber überhaupt Plakate, fragen wir uns. Sie kosten viel, plakatieren ist mühsam, zumal der damit zu erzielende Erfolg ohnehin fraglich erscheint.

### **Das Plakat als Lebenszeichen der Partei**

Nun, ganz so ist es nicht! Plakate können sicher nicht detaillierte Wahlprogramme transportieren, dazu sind sie auch nicht vorgesehen. Wenn wir trotzdem nicht auf Plakate verzichten, dann muß der Nutzen woanders liegen. Die Hauptfunktion des Plaka-

tes ist insbesondere für eine Partei, der die Medien weitgehend verschlossen sind, daß es ein unübersehbares **Lebenszeichen** ist. Schon die dümmlichen Fragen wohlmeinender Mitbürger, ob es die FPÖ überhaupt noch gibt, fordert geradezu die Aufstellung von Plakaten. Dies trifft im besonderen Maße für Gemeinden zu, die keine freiheitlichen Ortsorganisationen besitzen und wo die FPÖ daher im Gemeindegeschehen nicht aktiv hervortreten kann. Freilich gilt diese Begründung mehr für LT- und NR-Wahlen, aber auch in Gemeinden, wo die Freiheitliche Partei eher zurückhaltend auftritt, bleibt die Funktion des Plakates voll erhalten.

### **Das Plakat dringt in die Köpfe der Wähler**

Eine weitere sehr wichtige Aufgabe des Plakates ist die **Bekanntmachung der Kandidaten**. Mit dem Plakat soll erreicht werden, daß sich das Bild des Kandidaten ins Bewußtsein der Wähler einprägt. Das Plakat entspricht etwa der Dauerberieselung in den Medien, die damit, aber auch durch Bevorzugung und Ausgrenzung der Berichte, mehr als unterschwellige Wahlwerbung betreiben. Mit dem Plakat sind wir vom Wohlwollen der Redakteure unabhängig. Gerade wegen unserer eindeutig visuell orientierten Informationsaufnahme ist ein gefälliges Bild des Kandidaten enorm wichtig geworden. Wieviele Leute wählen den einen oder anderen Kandidaten, weil er so fesch ist, so jugendlich ist! Von diesem Verhalten, das programmatische Positionierungen marginalisiert, profitiert nun Heinz-Christian Strache so wie einst Jörg Haider.

Beliebt sind Plakate, die das ganze Team zeigen, also vier bis sechs Köpfe, oft auch noch mehr. Solche Plakate sind aber ziemlich wirkungslos, da mit zunehmender Information und Kopffzahl die Erkennbarkeit des einzelnen abnimmt. Oft ist es ja nur die Eitelkeit, die ein mehrköpfiges Design des Plakates entstehen läßt. Eitelkeit sollte im Wahlkampf keinen Stellenwert haben. Weniger wäre in diesem Fall mehr, also die Botschaft nicht durch unübersichtliche Gruppenphotos verzetteln! Sprechen besondere Gründe für die Plakatierung weiterer Kandidaten außer dem Spitzenkandidaten, dann ist es besser, ein zweites Plakat zu affichieren. Dagegen sprechen in den meisten Gemein-

den sicher finanzielle Gründe, weil die Wahlkämpfe in der Regel schon aus Sparsamkeitsgründen nur auf kleiner Flamme dahingeköcheln werden. Aber zur gewissenhaften Vorbereitung eines Wahlkampfes gehört das Ansparen und Bereitstellen ausreichender Finanzmittel ebenso wie die mediale Vorbereitung der Wahl und die Positionierung der Ortsgruppe im örtlichen Parteigeschehen.<sup>34</sup>

Das Plakat muß unbedingt die inhaltliche Botschaft des Spitzenkandidaten enthalten. Hier ist wieder der Dreisatz angebracht.<sup>35</sup> Zuviel Text auf dem Plakat macht dieses nicht nur schwer lesbar, sondern verwirrt auch den flüchtigen Betrachter. Nur wenige werden ein Plakat wie eine Wandzeitung studieren, durch einen flüchtigen Blick darauf, oft wiederholt, gelangen die Inhalte vielleicht sogar tiefer ins Unterbewußtsein. Etwas überzeugt kann man sagen: Das Plakat ist das Wahlprogramm für Analphabeten.<sup>36</sup>

Viele Ortsorganisationen stellen ihre Plakate selbst her. Solche Plakate werden nur selten Photos der Kandidaten zeigen. Hier ist die textliche Gestaltung die einzige Botschaft. Es gelten die gleichen Grundsätze wie oben schon ausgeführt; wenig Text, eindringlicher **Dreisatz als Kurzwahlprogramm**. Bei selbsterstellten Plakaten ist aber auf eine saubere, gefällige, gut lesbare Schrift zu achten. Lassen Sie den Text eventuell von mehreren Personen lesen, um Rechtschreibfehler zu vermeiden; gerade unserer Partei wirft man allzugerne Schreibfehler vor!

### **Die Wandzeitung als „Flugblatt“**

Ist es in einer Ortschaft nicht möglich, einen eigenen Gemeindegurrier herauszugeben, dann kann das Plakat auch die Funktion der **Wandzeitung** erfüllen. Solche Plakate haben naturgemäß wesentlich mehr Text als das klassische Wahlplakat. Textlich müssen diese Plakate gegenüber einer Zeitung selbstverständlich stark zurückgenommen werden. Da die Schrift, um lesbar

---

34 Über die Bereitstellung der finanziellen Mittel siehe Kapitel Finanzen.

35 Siehe Kapitel „Der Wahlkampf, Themenwahl“.

36 Man denke an die Ikonographie der christlichen Kirchen, die genau diesen Zweck erfüllte, den damaligen Analphabeten das Neue und Alte Testament quasi „vorzulesen“

zu sein, wesentlich größer sein muß als in einer Zeitung, ist die textliche Sparsamkeit unabdingbar. Auch hier gilt, daß die Plakatzeitung ohne Brille lesbar sein muß.

Plakate können auch die Funktion des **Flugblattes** übernehmen. Einerseits können Plakatständer mit dem gerade aktuellen Flugblatt beklebt und andererseits können wichtige Kurzinformationen auch als Plakate erstellt werden. Ob diese Infos gedruckt oder handgeschrieben werden, richtet sich nicht nur nach den finanziellen Mitteln, sondern auch nach den örtlichen Gegebenheiten. Gibt es in einer Ortschaft ein Zentrum mit von allen Bewohnern frequentierten Einkaufsläden, Gemeindeamt, Polizeirevier, Wirtshäusern, Apotheke usw., dann bietet sich die Plakatierung lediglich auf diesem zentralen Platz an, da sicher ein Großteil der Bevölkerung dort innerhalb weniger Tage vorbeikommt.

Im allgemeinen müssen Plakate gut sichtbar auf frequentierten Straßen, Plätzen oder anderen vielbesuchten Örtlichkeiten aufgestellt werden. Nebenstraßen eignen sich weniger, da diese im wesentlichen nur von den Anrainern begangen werden, und da die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plakatständer oft gering ist, sollte man wenig frequentierte Aufstellungsorte meiden. Hier ist auch aus Erfahrung, besonders im Wiener Umland, die Gefahr sehr groß, daß gegnerische Plakatzerstörungstrupps regelmäßig unterwegs sind, die die Plakatständer zusammentreten oder diese überhaupt verschwinden lassen. In vielen Gemeinden sind die Aufstellungsorte von der Gemeinde vorgegeben. In diesem Fall muß man trachten, vor den anderen Parteien aufzustellen, um die besten Plätze nicht diesen überlassen zu müssen. Das hindert aber rücksichtslose Gegner nicht, ihre Plakatständer trotzdem vor die unseren zu stellen und die FPÖ-Ständer einfach umzulegen oder auch zu entfernen.<sup>37</sup> Ein besonderes Gustostückerl leistete sich ein FPÖ-Gemeinderat im Umland von Wien, der stolz auf das Lob des Bürgermeisters war, als dieser

---

37 In Preßbaum sind FPÖ-Ständer schon mehrmals, weil angeblich verkehrsbehindernd aufgestellt, entfernt worden. Daneben stehende Plakate anderer Parteien waren sonderbarerweise nicht verkehrsbehindernd!

ihn belobigte, die FPÖ-Plakate nur in abseitigen Gassen aufgestellt zu haben, da damit das Ortsbild nicht gestört worden sei.<sup>38</sup>

## **Die Homepage**

Die Homepage ist ein im Vergleich zu den anderen Wahlkampfinstrumenten sicher das modernste und wird leider viel zu wenig genutzt. Der große Vorteil einer Homepage-Werbung ist die Schnelligkeit, mit welcher man Informationen an den „Kunden“, unseren potentiellen Wähler, weitergeben kann. Schon wenige Minuten nach Verfassen der Information steht diese allen Internetbenutzern zur Verfügung. Der Nachteil der Internetwerbung ist allerdings, daß diese Schiene nur von einem kleinen, aber durchaus im Wachsen begriffenen Teil der Bevölkerung genutzt wird. Daß die Jugendlichen einen unverhältnismäßig hohen Anteil an Internetnutzern stellen, ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil – auch in Hinblick darauf, daß wir laut Pressemeldungen bei den LT-Wahlen 2005 in Wien bei den Jungwählern einen Wähleranteil 14 % erreicht haben,<sup>39</sup> bei den Jungwählern aus dem Lehrlingsbereich sogar 22 %.<sup>40</sup> Bei den niederösterreichischen Landtagswahlen 2008 wählten 16 % der 16- bis 29jährigen freiheitlich; ein Ergebnis, das weit über dem Gesamtergebnis liegt<sup>41</sup>.

Da jeder Internetnutzer ganz bewußt bestimmte Informationen anklickt, können Texte, die wir auf die Homepage stellen, umfangreicher sein, als wir es zum Beispiel beim Flugblatt raten. Wichtig ist aber auch hier der Informationsinhalt, der zum oftmaligen Besuch unserer Homepage anregen soll. Die Homepage muß also unbedingt regelmäßig aktualisiert werden. Selbstverständlich gehören auf die Homepage die aktuelle Gemeindezeitung, die Kandidatenliste, alle Flugblätter, Plakate, das Parteiprogramm, Presseaussendungen, das Wahlprogramm usw. Auf einer Homepage sollen auch Bundes- und Landesthemen, soweit diese von allgemeinem Interesse sind, vorgestellt werden,

38 Siehe Anmerkung 13.

39 APA 05775 II 0149

40 SORA WZWIEN Jugendforschung

41 „Wiener Zeitung“ vom 11. März 2008

nur sollte man vermeiden, ausschließlich solche Themen und die berühmten „Stehseiten“ dem Wähler anzubieten, denn gewählt wird die Ortsvertretung und nicht der NR oder LT. Bei NR- oder LT-Wahlen ist dies selbstverständlich anders, und in diesen Fällen sollen auch diese Themen miteinbezogen werden.

### **Das Gästebuch der Homepage als Brevier für Masochisten**

Von einem sogenannten **Gästebuch** ist dringend abzuraten, da hier die Spezialisten der Gegenseite in der Regel mit unappetitlichen Schmähungen und unqualifizierten Vorwürfen über uns herfallen. Da es einerseits nicht unser Stil ist, sich in dieser Sumpfarena zu bewegen, und andererseits der Homepage-Verantwortliche für Eintragungen, wenn diese länger auf der Homepage stehen, verantwortlich gemacht werden kann, ist es generell besser, das Gästebuch gar nicht erst zu installieren<sup>42</sup>. Auch sollen solche Eintragungen des Gegners nicht mittels unserer Homepage weiterverbreitet werden.

Wenn ein Benutzer mit uns in Kontakt treten will, so soll er dies unter seinem Namen tun und für diesen Fall müssen E-Mail-Adresse und Telefonnummer auf der Homepage zu finden sein.

### **Die Presseaussendung und die Lokalzeitung**

**Presseaussendungen** sind Informationen an die Medien, die zu politischen Ereignissen aus freiheitlicher Sicht Stellung nehmen. Die Tagespresse wird nur in wenigen Fällen an ortsgebundenen Informationen interessiert sein, wenn aber auch ein überregionales oder einigermaßen politisch brisantes Thema behandelt wird, gelingt es bisweilen, in diese hinein zu kommen. Größer ist allerdings die Chance, in die Lokalpresse zu kommen. Hier stehen in NÖ besonders die „Niederösterreichischen Nachrichten“ (NÖN) mit ihren 28 Bezirksausgaben an erster Stelle neben den

---

42 Auch vor Eintragungen strafrechtlich relevanten Inhalts soll gewarnt werden, da solche Texte den politischen Gegner geradezu herausfordern, uns dafür verantwortlich zu machen.

„Bezirksblätter Niederösterreich“ mit 26 Bezirksausgaben.<sup>43</sup> Bei genügend interessanten Sujets werden unsere Beiträge durchaus gebracht, wenn auch nicht immer vollständig und vor allem in der Regel nicht ohne Kommentar der anderen Seite. Dies ist aber journalistische Sorgfalt, die natürlich in unserem Fall besonders sorgsam gehandhabt wird. In Wahlzeiten wird der Platz für Freiheitliche erfahrungsgemäß rarer. Bei Presseaussendungen ist unbedingt ein Rückfragenhinweis, Telefonnummer und E-Mail-Adresse anzugeben, um dem Redakteur eventuelle Zusatzfragen schnell zu ermöglichen. Kennt man den Redakteur persönlich, kann man auch telephonisch nachfragen; jedenfalls erhöhen sich damit die Chancen auf Veröffentlichung.

### **Der Leserbrief als Meinungsträger von außen**

Mit einem **Leserbrief** haben wir im allgemeinen weitaus bessere Chancen, in ein Blatt zu kommen, wengleich auch dieser schon a priori als subjektive Meinung des Autors zu erkennen ist. Aber dies soll uns nicht stören. Wenn der Inhalt gut ist, dann wird dies der Leser auch anerkennen, egal ob es sich dabei um einen redaktionellen Artikel handelt oder nur um einen Leserbrief.

### **Die Richtigstellung als Akt der Fairneß**

Wird in einer Zeitung Unwahres berichtet, dann können wir eine **Richtigstellung** verlangen, die in der Regel auch gedruckt wird. Auf jeden Fall ist es aber angebracht, ob Presseaussendung, Richtigstellung oder Leserbrief, sich textlich kurz zu halten. Das Wesentliche der Botschaft soll unbedingt im ersten Drittel des Beitrags enthalten sein, da viele Redakteure bei Platzmangel die letzten Zeilen eines Beitrages einfach streichen, ohne auf den Inhalt zu achten.

---

43 In jedem Bundesland erscheinen regionale Zeitungen, die inhaltlich besonders auf die einzelnen Bezirke ausgerichtet sind: „Die OÖ Rundschau“, „Tips“, „Tiroler Woche“, „Kärntner Woche“, „Kleine Zeitung“ mit den Bezirksbeilagen, „Burgenländische Volkszeitung“, „Burgenländische Freiheit“, „Vorarlberger Nachrichten“ mit ihrer Bezirksbeilage „Heimat“, „Salzburger Woche“, „Salzburger Fenster“, um nur einige zu nennen!

Bei allen Beiträgen soll man sich persönlicher Angriffe enthalten und sich um einen ausgesprochen sachlichen Ton bemühen. Nicht nur, daß radikale Äußerungen von der Leserschaft wenig goutiert werden, ist auch die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß diese Artikel im Papierkorb landen. Vom Vorteil ist es, wenn es gelingt, zu dem zuständigen Redakteur ein persönliches Verhältnis aufzubauen. Man spricht sich dann doch leichter und man wird auch eher bei manchen Bezirksumfragen berücksichtigt.

Über die Wirksamkeit von Artikeln in der Lokalpresse kann man geteilter Meinung sein. Im Falle der „NÖN“, deren Leserschaft eher im ÖVP-Lager angesiedelt ist und die auch nur von einem Teil der Bevölkerung gelesen wird, wird die Wahlwerbung nur zum geringsten Teil die eigene Klientel erreichen. Wesentlich ist hier, daß wir im Gespräch sind, denn auch die Negativaussagen über uns können durchaus werbewirksam sein. Man erinnere sich nur an den phänomenalen Aufstieg der FPÖ in den Jahren zwischen dem Innsbrucker Parteitag 1986 und Knittelfeld 2002, in welcher Zeit die Presse, mit wenigen Ausnahmen, ein ununterbrochenes Trommelfeuer auf uns gerichtet hatte!

### **Gratiszeitungen als Werbeträger**

Seit einigen Jahren erscheinen immer mehr sogenannte **Gratiszeitungen**, die als Postwurf an alle Haushalte verteilt werden. Einige dieser Gratiszeitungen haben durchaus eine Nähe zu politischen Parteien, andere hängen vom Annoncenaufkommen ab und können so in die gewünschte politische Richtung gesteuert werden. Da uns die Finanzen fehlen, um hier mitsteuern zu können, sind wir auch hier vom guten Willen der jeweiligen Redaktionsstuben abhängig.

### **Annoncen als Wahlkampfmittel für Reiche oder Ideenlose**

Oft, besonders in Wahlzeiten, wird bei uns mit Sonderpreisen und dem Versprechen, auch Artikel schalten zu können, um **Annoncen** geworben. Teure Inserate in Lokal- und Tageszeitungen sind eine sinnlose Geldverschwendung und kassieren nur das magere Wahlkampfbudget unserer Ortsgruppen ab, weil es sinnvoller woanders eingesetzt werden sollte. Oft kosten solche

Annoncen mehr als ein eigener Gemeindegurier. Die „NON“ hat solche Aktionen immer wieder vor Wahlen, man kann hier ganze Seiten auch inhaltlich selbst gestalten, was einer finanziell gut fundierten Ortspartei durchaus zu empfehlen ist, aber eben nur einer solchen.

Leider gibt es immer wieder Ortsparteien, die ihr karges Wahlkampfbudget ausschließlich in solche Einmalannoncen stecken, vielleicht auch, weil auf Grund örtlicher Gegebenheiten niemand einen Gemeindegurier gestalten kann. Hier wäre es besser, Kontakt mit dem Bezirksparteiobmann oder der Landesgeschäftsstelle aufzunehmen, die auch immer wieder solche Dienste für einzelne Ortsorganisationen anbieten.

## **Die Pressekonferenz**

.....

Zur Pressekonferenz lädt die Ortspartei, der Spitzenkandidat oder, im Falle einer Erstkandidatur, das Proponentenkomitee ein. Eingeladen werden im allgemeinen die Lokalpresse, das Lokalfernsehen mittels Einladungsschreiben. Sollen die Tagespresse, uns nahestehende Zeitschriften wie etwa die „NFZ“, „Zur Zeit“ oder „Die Aula“ ebenfalls eingeladen werden, soll dies professionell über die Landesparteileitung erfolgen, da diese die Kontaktpersonen kennt.

Eine Pressekonferenz muß perfekt vorbereitet werden. Daß das Thema von genügendem journalistischem Interesse sein muß, ist selbstredend, denn nichts wäre peinlicher, als die Erschienenen mit schüttelndem Kopf abziehen zu sehen, ohne daß sie auf die Präsentation eingegangen sind. Wichtig ist, ein bis zwei Tage vor dem Termin nachzufragen und an die Einladung zu erinnern.

Eine Person allein sollte nach Möglichkeit keine Pressekonferenzen abhalten, da es immer notwendig sein kann, bei kniffligen Situationen dem anderen beizuspringen und zu helfen. Die Einladung zu einer Pressekonferenz sollte die wesentlichen Punkte bereits beinhalten. Will man mit Andeutungen die Spannung erhöhen, ist ein Frager im Auditorium wichtig, der von dort nachstoßen soll, wo wir wichtige Aussagen loswerden wol-

len und die anwesenden Redakteure den Köder nicht akzeptieren wollen oder auch nicht wahrnehmen.

Die Vortragenden dürfen nur bestens vorbereitet in eine Pressekonferenz gehen und müssen sich auf alle relevanten Fragen, die kommen können, auch vorbereitet haben. Nicht zum Thema passende Fragen, die berühmten Killerfragen und die Faschismuskeule, schmettert man mit dem Bemerken ab, daß dies nicht Thema der Pressekonferenz sei. Die wesentlichen Punkte sollten in einer sogenannten Tischvorlage den Redakteuren schon vor Beginn der Pressekonferenz überreicht werden; hier ist alles Wesentliche enthalten, da nicht alle Redakteure den Ausführungen mit Aufmerksamkeit folgen und dann lediglich aus ihrer eigenen Befindlichkeit berichten.

Ist das Fernsehen anwesend oder wird es erwartet, ist auf fernsehgerechte Kleidung zu achten, wie z.B. keine gestreiften Hemden und Krawatten, glitzernder Schmuck usw. Die Bewirtung soll sich auf Getränke und kleine Sandwiches beschränken; es soll nicht ein protziger Eindruck erweckt werden, mit dem man jemandem imponieren will.<sup>44</sup>

## **Das Pressegespräch**

.....

Eine etwas weniger aufwendige Information der Presse ist das **Pressegespräch**. Dazu werden gezielt bis zu maximal drei Redakteure verschiedener Zeitungen eingeladen und im kleinen Kreis über unser Anliegen informiert. In dieser lockeren Atmosphäre ist es oft angebracht, das Gespräch bei einem gemeinsamen Essen zu führen, wozu wir dann selbstverständlich einladen müssen. Sehr beliebt ist auch das sogenannte **Pressefrühstück**, zu welchem aber durchaus mehrere Teilnehmer eingeladen werden können. Pressefrühstück und Pressegespräch sind auch dann zu

---

44 Planung, Durchführung und Ablauf einer PK sind ausführlich beschrieben in Bleichinger, Keppelmüller, Lindorfer, Volker: „Das 1x1 des erfolgreichen Gemeinderates“, INNSALZ-Pädagogik, Aspach, ISBN 3-901535-64-0

bevorzugen, wenn zu erwarten ist, daß nur ein bis zwei Redakteure einer Einladung zur Pressekonferenz folgen würden.<sup>45</sup>

Hat das Pressegespräch einen konkreten Anlaß, so ist es angebracht, eine Tischvorlage zu erstellen, in der stichwortartig der wesentliche Inhalt der Botschaft enthalten ist. Oft entsteht aus einem Pressegespräch ein Interview. Da man nie sicher sein kann, wie und in welchem Zusammenhang man im Interviewtext zitiert wird, sollte man auf alle Fälle auf einer **Autorisierung** bestehen, insbesondere dann, wenn das Interview mittels Tonband aufgezeichnet worden ist. Schon Ernst Jünger beklagte dies in einem Brief an das Magazin „Der Spiegel“: „ Offenbar ist heute die Fähigkeit geschwunden, ein Gespräch dem Sinn nach wiederzugeben, also in seiner eigentlichen Realität. Zu ihr gehören die Stimmung, das Schweigen, die Aura und die gegenseitige Achtung der sich in Frage und Antwort Begegnenden.“<sup>46</sup>

### **Telephoninterview, vor emotionalen Schnellschüssen sei gewarnt**

Oft wird man telephonisch interviewt und man muß unvorbereitet zu aktuellen Ereignissen Stellung nehmen. Natürlich kann man ablehnen, aber dies sollte doch nur aus besonderen Gründen geschehen, in der Regel darf man froh sein, wenn man als freiheitlicher Politiker um eine Stellungnahme gebeten wird. Will man lediglich Zeit gewinnen, um eventuell selbst Informationen zu beschaffen, dann ist es durchaus möglich, unter Hinweis auf eine momentane Verhinderung, dem Redakteur einen Rückruf in kurzer Zeit anzukündigen. Gerade beim **Telephoninterview** darf man sich nicht zu Aussagen hinreißen lassen, die inhaltlich oder der Form nach vielleicht besser nicht gesagt würden, wenn auch so mancher Redakteur gerade auf solche Äußerungen drängt.<sup>47</sup> Im Falle eines Telephoninterviews sollte man

---

45 In der Ortsgruppe Perchtoldsdorf hat sich das Pressegespräch sehr bewährt, sodaß zu eigentlichen Pressekonferenzen nicht mehr eingeladen wird. (Mitteilung von LAbg a.D. GR Dkfm. Edwin Rambossek)

46 Zitiert nach Heimo Schwilk „Ernst Jünger“, Piper, München 2007, ISBN 978-3-492-04016-7

47 Der Autor wurde von einem Redakteur wortwörtlich aufgefordert, ein paar kräftige Worte zu sagen!

unbedingt eine kurze Gesprächsnotiz verfassen, um bei einer notwendigen Korrektur auch einen Anhaltspunkt des authentischen Textes zur Verfügung zu haben.

## **Das lokale Fernsehen**

### **Am Runden Tisch der politischen Arena**

Lokales Fernsehen gibt es nur in wenigen Gemeinden, aber überall dort, wo es dieses gibt, sollte es unbedingt genützt werden. Es kommt hier natürlich, wie überall, auf die finanzielle Situation an. Eigene Sendungen, ja schon Ankündigungen zu freiheitlichen Veranstaltungen, sind oft derart teuer, daß der Nutzeffekt auf alle Fälle abgewogen werden muß. Es ist aber in vielen Lokalsendern üblich, zu bestimmten Themen zu sogenannten „**Runden Tischen**“ einzuladen. Eine Einladung wird wohl nur dann zu erfolgen, wenn von der Ortsgruppe interessante Diskussionsbeiträge zu erwarten sind. Hier katapultiert oft eine gutgemachte Zeitung, die wirkliche Ortsprobleme anspricht, den freiheitlichen Ortschef direkt ins Fernsehstudio. Die Fernsehleute wissen ja meist sehr genau, was ihre Seher interessiert und wer in der Gesprächsrunde das „enfant terrible“ ist und die Diskussionsrunde so recht ins Schwitzen zu bringen vermag.

Beliebt sind diese Runden auch in Wahlkampfzeiten, wo man uns schlecht ausgrenzen kann, ohne den Unmut der Bevölkerung zu provozieren. Sicher werden die allmächtige ÖVP und auch die anderen alle Hebeln in Bewegung setzen, uns nicht einzuladen. Das ist aber dann schon, besonders in Wahlzeiten, eine Flugzettelaktion wert, die dann überdies noch die Diskussionsergebnisse und das wahrscheinliche Geschwafel der anderen Diskutanten gezielt aufs Korn nehmen kann, und wir können den Bürgern sagen, was alles in der Diskussion verschwiegen worden, unrichtig dargestellt worden ist und was wir dazu zu sagen gehabt hätten. Wir sollen uns überhaupt angewöhnen, nach jedem uns von den Großparteien zugefügten Nachteil mit einem gezielten journalistischen Schuß zu erwidern.

Über die Vorbereitung zu einem Fernsehauftritt gilt das im Kapitel „Pressekonferenz“ Gesagte ebenso. Sitzt man vor der Kamera, muß man wissen, wovon man spricht, auf Unterbrechun-

gen der Gegner muß man ebenso vorbereitet sein wie auf unfaire Fragen des Moderators. Sie mögen uns in der Regel alle nicht, das müssen wir berücksichtigen, wenn wir uns gewissenhaft auf den Auftritt vorbereiten. Günstig ist es, gut leserliche Schautafeln mitzubringen, um sie gegebenenfalls vor die Kamera zu halten.

Unsere Aussagen, unsere Angriffe müssen sitzen; selbst niemals den Wehleidigen zeigen, auch wenn manches weh tut; immer lächeln, zerspringen soll der andere. Für kritische Fragen und Situationen Wortmeldungen vorbereiten, sich niemals einschüchtern lassen, immer bei der Wahrheit bleiben, keine Zugeständnisse machen, die wir nicht wollen. Es ist nur das erste Mal schwierig, beim zweiten Mal sind wir schon alte Hasen, und übrigens, die anderen sind auch nicht routinierter als wir und haben genauso Lampenfieber.

## **Hausbesuche**

.....

Hausbesuche sind ein ideales Mittel, um mit seinen potentiellen Wählern in Kontakt zu treten. Niemand stört uns im Gespräch, und wir können unsere Botschaft meist ruhig und sachlich hinüberbringen. Im städtischen Bereich klopft man fast immer an Türen unbekannter Leute, alles ist anonym, man ist der „Abgesandte“ der FPÖ und sagt sein Sprüchlerl auf, übergibt ein kleines Geschenk, Werbematerial, und eher selten kommt es zu einem richtigen Gespräch.

In kleinen Ortschaften, wo man wahrscheinlich bekannt ist, erübrigen sich wohl Hausbesuche, denn man weiß im allgemeinen über das Wahlverhalten seiner Mitbürger im Dorf Bescheid. Oder glaubt es wenigstens zu wissen, denn gerade hier bekennt man nicht so leichtdazu, ein Freiheitlicher zu sein; das bleibt der kurzen Minute in der Wahlzelle vorbehalten.

In mittelgroßen Gemeinden ist das alles nicht mehr so streng, die politische Intimität wird eher gewahrt: man kennt den freiheitlichen Kandidaten wohl vom Bild, auch von diversen öffentlichen Auftritten, hat aber oft nicht Gelegenheit gehabt, mit diesem auch ein persönliches Gespräch zu führen: Hausbesuche sind jetzt angesagt.

Am besten geht man zu zweit, da man nie weiß, was alles passieren kann, was einem vielleicht später unterstellt wird, gesagt zu haben; dem begegnet man mit einem Auftritt zu zweit, man hat immer einen Zeugen. Auch auf Hausbesuche muß man sich gewissenhaft vorbereiten, es ist ja in den meisten Fällen die erste und letzte Chance, mit dem Wähler direkt zu sprechen. Als eine Art Türöffner sind kleine Werbegeschenke sehr beliebt, doch davon später. Sie sollten aber auf alle Fälle Wahlprogramme, eventuell auch in Form von Setkarten bereithalten; Ihr Gesprächspartner soll auch nach diesem Besuch wissen, mit wem er gesprochen hat und was dessen Hauptanliegen zur nächsten Gemeinderatswahl sind.

Wir haben schon vor vielen Jahren ein Konzept erarbeitet, das sich ganz gut bewährt hat und das hier in großen Zügen wiedergegeben sei<sup>48</sup>: Es sind Fragen und Informationen, die lediglich eine mögliche Struktur eines Gesprächs oder einer Gesprächsanbahnung zeigen sollen. Ist das Gespräch einmal im Gang, dann läuft es ja recht individuell, bei jedem Besuch in eine andere Richtung. Aber wesentliche Punkte des nachfolgenden Konzeptes sollen doch irgendwann ins Gespräch eingeschleust werden:

### **Diskussionsleitfaden bei Hausbesuchen**

- ◆ Grüß Gott, mein Name ist Herbert Großmann
- ◆ Ich möchte mich bei Ihnen vorstellen  
Ich bin der Kandidat der Freiheitlichen Partei für Blauberg
- ◆ Ich kandidiere bei der GR-Wahl am 2. April
- ◆ Mein Kollege, Manfred Reiter kandidiert ebenfalls auf unserer Liste, Herr Reiter ist auch Blauburger,
- ◆ Wir kennen die Blauburger Probleme ziemlich gut  
Wir wollen keine Gemeindepolitik gegen den Bürger machen, sondern für den Bürger.  
Deswegen sind wir heute hier  
Wir wollen die Bürger nach ihren Wünschen befragen
- ◆ Haben Sie Wünsche, was hier besser gemacht werden könnte

---

48 Gemeinderatswahlkampf 2000 in Preßbaum NÖ

Ortsbild  
Verkehrssituation  
Einkaufsmöglichkeiten  
Kindergarten  
Straße  
Straßenbeleuchtung  
Schneeräumung

*Bitte Fragenliste eventuell entsprechend der eigenen Erfahrung ergänzen und überlegen*

- ◆ Kennen Sie unseren „Freiheitlichen Gemeindegurier“ Sind Sie damit einverstanden?
- ◆ Wir betreiben hier im Ort keine Bundespolitik, das macht der Heinz-Christian Strache, wir wollen ausschließlich Gemeindegpolitik für Blauberg machen: Deswegen kandidiere ich auch für den Gemeinderat

*Wenn der Gesprächspartner aggressiv wird, dann Gespräch abbrechen und sich mit höflichen Worten verabschieden: Wir wünschen Ihnen trotzdem einen Guten Tag.*

*Den Gesprächspartner über seine Sorgen reden lassen und, wenn es zutrifft, unsere freiheitliche Ansicht zu diesem Problem sagen.*

*Keine Streitereien beginnen und auch nicht aufnehmen, sondern das Gespräch abbrechen!*

*Bei Beschimpfungen sofort gehen!*

*Nicht zudringlich werden!*

*Nicht auf die anderen Parteien schimpfen, sondern: „Wir werden es besser machen.“*

- ◆ Wir können nur etwas verbessern, wenn wir stark im Gemeinderat sind. Wer etwas ändern will, der muß uns wählen, sonst bleibt alles beim Alten.
- ◆ Wir wollen am 2. April den Bürgermeister stellen, es gibt keinen besseren für Blauberg.
- ◆ Ich bin Spitzenkandidat und ich bin Blauburger, ich habe schon viele Mißstände der jetzigen Gemeindeführung aufgezeigt, jetzt will ich zeigen, daß ich es besser kann, dazu müssen Sie uns aber wählen.

- ◆ Wenn Sie in Blauberg etwas ändern wollen, dann geben Sie einem Blauburger Ihre Stimme.

Nach jedem Gespräch, das länger als eine Geschenkübergabe gedauert hat, sollte eine kurze Gesprächsnotiz angefertigt werden. Stichworte genügen: was hat dem Bürger besonders gefallen, was waren seine Hauptanliegen, warum will er uns nicht wählen usw. Signalisiert ein Bürger besondere Sympathie oder bekennt er sich als Wähler, soll er in eine laufend aktualisierte Interessentenkartei aufgenommen werden, um ihn in Zukunft gezielt einladen zu können.

### **Unterschriftenlisten, die Bitte um Zustimmung**

In einer NÖ-Gemeinde<sup>49</sup>, in der ein ausgesprochener Themenwahlkampf geführt worden ist, wurden bei den Hausbesuchen **Unterschriftenlisten** vorgelegt, die von den Bürgern sehr gut angenommen worden sind. Es ist dies ein gutes Beispiel dafür, daß mit einiger Phantasie auch unterschiedliche Wahlkampf-Elemente erfolgreich miteinander kombiniert werden können.

Wichtig ist, daß man sich nicht mit endlosen Gesprächen, die zu nichts führen, aufhalten läßt. Besonders politische Gegner legen oft einen wahren Enthusiasmus an den Tag, um uns von der Richtigkeit ihrer politischen Ansichten zu überzeugen. Das führt zu nichts, kostet viel Zeit und hält uns von vielleicht fruchtbringenderen Gesprächen mit anderen Bürgern ab.

### **Wahlgeschenke**

---

Mit Wahlgeschenken kann man niemanden überzeugen oder bestechen, eine bestimmte Partei zu wählen, auch nicht die Freiheitliche Partei. Warum dann überhaupt Wahlgeschenke verteilen?

Einmal dient ein Wahlgeschenk ideal zu einer Gesprächsanbahnung, ein Geschenk nimmt fast jeder gern entgegen, und damit ist man auch schon im Gespräch. Das gilt gleichermaßen für

---

<sup>49</sup> Es handelt sich um die Gemeinde Fischamend, Gemeinderatswahl 2005, es wurden etwa die Hälfte aller Haushalte, ca 1.500, besucht.

Hausbesuche, wo sie als „Türöffner“ fungieren, für Standelaktionen und für alle anderen Verteilaktionen. Besondere Beachtung finden Geschenke zu aktuellen Gelegenheiten: Blumen zum Valentinstag, blaue Ostereier zu Ostern, Kindergeschenke zu Weihnachten, blaue Kerzen für die Erwachsenen. Der Phantasie sind da alle Tore geöffnet.

Die andere sehr wichtige Funktion eines Wahlgeschenkes ist, den Empfänger dauernd an uns Freiheitliche zu erinnern. Das Wahlgeschenk muß daher unbedingt so dauerhaft gefertigt sein, daß es auch lange in Verwendung bleibt: z.B. ein Metallschlüsselanhänger, eine Landkarte, ein Wandkalender; solche Präsente erinnern noch lange über die Wahlzeit hinaus an unsere FPÖ, und vielleicht überträgt sich ein bißchen die Freude an dem Geschenk auch auf unsere Partei!

Schöne Geschenke kosten Geld, trotzdem gilt die Warnung: Schenken Sie keinen Schmarren, der sofort weggeworfen wird, oder Kugelschreiber, die nicht schreiben, oder Feuerzeuge, die nicht funktionieren. Haben Sie solche Artikel erhalten, prüfen sie, ob diese auch in Ordnung sind. Schlüsselanhänger mit Metallmarken für Einkaufswagen des Supermarktes oder eine NÖ-Landkarte, auf deren Rückseite sie ihr örtliches Wahlprogramm eindrucken ließen, sind da schon viel besser geeignet.

Auf teure Wahlgeschenke sollten wir aus Prinzip verzichten, auch weil die Entgegennahme vielleicht als peinlich empfunden wird, aber diesbezüglich besteht bei der allgemeinen finanziellen Lage der FPÖ kaum Gefahr. Ideal sind Geschenke, die in irgendeiner Form als „freiheitlich“ angesehen werden. Man möge sich an die Bären in allen Größen, vom Kinderbär bis zum Schlüsselanhänger, erinnern, solche Geschenke sind allgemein gerne entgegengenommen worden, und ich erinnere mich, daß viele Bürger zusätzlich Bären für die Enkel oder Nichten verlangt haben. Ein großer Erfolg war die Verteilung von Kindermalbüchern zu Weihnachten.<sup>50</sup> Hierfür wurden Kindermalbücher mit Motiven aus dem Ort und einigen beliebten Tierfiguren angefertigt und zusammen mit einem kleinen Set mit sechs Buntstiften an die Kinder verteilt. Die Malbücher gingen sprichwörtlich wie die

---

50 Preßbaum Dezember 2004

warmen Semmeln weg und zweimal mußte sogar nachgedruckt werden. Sinnvolle Geschenke, die sowohl mit der Ortschaft, in der kandidiert wird, als auch mit uns in Verbindung stehen, sind wohl ideal. Jeder möchte diese haben, und das wollen wir damit auch erreichen. In Perchtoldsdorf verteilte die Ortsgruppe vor einer Gemeinderatswahl 1.000 StifterInn Wein mit der Aufschrift „Wir schenken reinen Wein ein“; ein besonders in einer Weinbauergemeinde sehr originelles Wahlgeschenk! <sup>51</sup>

## **Die Setkarte als Visitenkarte und Kompaktwerbung**

**Setkarten**, die den Spitzenkandidaten zeigen, sind wohl für den Wahlkampf besonders wichtig. Dabei ist es durchaus möglich, daß auch die weiteren Listenplätze mit eigenen Setkarten bedacht werden. Vielleicht zwingt dies auch Kandidaten, auf den Wähler zuzugehen. Setkarten sehen wir aber nicht als Wahlgeschenke an, das ist kompakte und pure Wahlwerbung. Jedenfalls sollte ein Vorzugsstimmenwahlkampf nur mit Setkartenunterstützung geführt werden. Hier sind, ebenso wie bei den Plakaten, keine Kosten bezüglich bester Photographie zu scheuen. Sparen Sie hier nicht! Schlechte Photos sind kontraproduktiv und halten Wähler von der Stimmabgabe für den so abgebildeten Kandidaten womöglich noch ab. Nicht jeder ist photogen, das sollte aber jeder für sich, vor dem Spiegel, entscheiden und sich vielleicht doch durchringen, nicht auf den Plakaten in Großaufnahme die Wähler zu erschrecken. Für sehr bekannte Persönlichkeiten gilt das freilich nicht so sehr, denn dann wäre uns so mancher Bundeskanzler oder Präsident erspart geblieben. Politisches Charisma hängt nicht unbedingt mit einem photogenen Äußeren zusammen, aber es gibt sicher Grenzfälle.

Achten Sie auch auf die Accessoires auf Plakaten und Photos. Das sind nonverbale Botschaften, die im Unterbewußtsein aktiv werden und Sympathie oder Antipathie enorm beeinflussen können.<sup>52</sup> Geben Sie sich nicht so, wie Sie selbst gerne sein wol-

51 Mitteilung LABg. a. D. GR Dkfm. Edwin Rambossek

52 Ein toter Fisch in der Hand des NÖ-Spitzenkandidaten bei LT-Wahl 2003 war so ein negatives Signal. Die christliche Ikonographie hat mit diesen Symbolen Hervorragendes geleistet

len, sondern wie Sie von ihren Wählern im günstigen Fall akzeptiert werden. Ehegatten, Mütter und wirklich gute Freunde sollten Sie bei strittigen Fragen um Rat fragen, aber keine Prestigeentscheidungen treffen. Wenn Sie in ihrer Ortschaft stets mit Lederhose und Bauernjanker herumlaufen, dann bitte auch so aufs Plakat, denn so kennt man Sie. Und wenn Sie immer nur mit Krawatte und Anzug in der Öffentlichkeit zu sehen sind, dann sollten Sie auf dem Plakat auch so erscheinen. Der Effekt des Wiedererkennens ist hier wichtiger als modische Überlegungen. Wer erschiene der Öffentlichkeit nicht gerne jugendlich? Die Retusche macht es möglich, aber bedenken Sie, auch hier ist oft ein Weniger dann ein Mehr. Der Grat zur Lächerlichkeit ist immer schmal. Ein Kandidat muß mehr als andere den Mut zu sich selbst haben, das gilt allerdings nicht für schlechte Angewohnheiten und desolates Äußeres; aber das sollte doch selbstverständlich sein.

## **Informationsveranstaltungen**

.....

Informationsveranstaltungen sind klassische Parteiveranstaltungen, um Bürger über wichtige politische Projekte zu informieren, und sind erst recht als Wahlveranstaltung geeignet. Leider haben sich derartige Veranstaltungen in den letzten Jahren etwas abgenützt. Sei es, daß man die Informationen auch bequem über andere Schienen erfahren kann, oder auch eine gewisse Scheu, im schwarzen Niederösterreich eine freiheitliche Veranstaltung zu besuchen. Wir wissen aber, daß Veranstaltungen der anderen Parteien kaum besser besucht sind. Mühsam ist es dann, eigene Leute zur Veranstaltung hinzulotsen, aber dadurch hat die Informationsabsicht ihre Breitenwirkung schon im Vorhinein verloren. Das heißt nicht, daß nicht die eine oder andere Veranstaltung durchaus erfolgreich sein kann; Ausnahmen bestätigen die Regel, und es hängt auch der Erfolg oft von speziellen örtlichen Gegebenheiten ab. Man sollte sich aber bei der Planung eines Gemeinderatswahlkampfes nicht auf solche Veranstaltungen verlassen.

### **Zeitgerecht ankündigen und Interesse wecken**

Wird eine Veranstaltung durchgeführt, muß diese **zeitgerecht angekündigt** werden, das ist das Um und Auf des Erfolges. Ebenso wichtig ist es auch, die Einladung so interessant zu gestalten, daß der Leser zum Besuch motiviert wird; einfache Kenntnisaufnahme ist auch Werbung, aber nicht der letzte Zweck einer Informationsveranstaltung. Dazu ist die Plakatwerbung an erster Stelle zu nennen, kleinere Plakate werden in der Regel gerne von den örtlichen Geschäftsleuten ausgehängt. Auf alle Fälle sollte man persönliche Einladungen an die in der Interessentenkartei aufgelisteten Bürger versenden. Es empfiehlt sich auch, die Eingeladenen noch telephonisch zu kontaktieren.

### **Die Tischvorlage fördert die Nachhaltigkeit**

Zur Veranstaltung soll die lokale Presse, das lokale Fernsehen geladen werden. Handelt es sich bei der Veranstaltung um ein klar definiertes Thema, kann man auch **Tischvorlagen** verteilen, aber keinesfalls etwa den Text des Redners schon vor Beginn der Veranstaltung, da dann die Aufmerksamkeit enorm leidet, weil viele den Text einfach mitlesen.

### **Parteitouristen als Saalfüller**

Werden Abgeordnete oder besondere Funktionsträger der Partei zum Vortrag eingeladen, dann sollte es sich um ein sehr aktuelles Thema handeln. Für den Gemeinderatswahlkampf soll nach Möglichkeit immer ein Kandidat sprechen, der auch gewählt werden will. Ebenso ist der sehr beliebte „**Parteitourismus**“ zu beurteilen. Sicher, wenn ein NR- oder LT-Angeordneter auf einer Bezirksveranstaltung spricht, oder auch in der eigenen Ortschaft, vor einer NR- oder LT-Wahl, so ist dies selbstverständlich legitim. Auch Vorträge, die keinen politischen Inhalt haben, sondern kulturell ausgerichtet sind, sind Ausnahmen; hier sind wir sicher froh, auch Besucher aus anderen Ortsgruppen begrüßen zu können.

## **Die gute Veranstaltungsleitung garantiert den Erfolg**

Die Leitung einer Veranstaltung soll der Ortschef wahrnehmen und dieser soll sich auch gewissenhaft und gründlich darauf vorbereiten. Bei der Begrüßung nicht vergessen, sehr bekannte Persönlichkeiten extra anzuführen, ein paar charmante Worte an die anwesenden Damen kommen auch immer gut an. Ist nach dem Vortrag eine Diskussion vorgesehen, dann soll ein neben dem Verhandlungsleiter sitzender Parteikamerad eine Rednerliste führen. Dauerredner, die nur ihre Selbstdarstellung in Szene setzen, beizeiten stoppen. Überlegen Sie sich schon vorher einige diesbezügliche Worte, die aber nie verletzend sein dürfen, auch wenn so ein **Dauerredner** partout nicht aufhören will oder am Thema vorbeiredet. Bei Störungen die Störer auffordern, den Saal zu verlassen, im schlimmsten Fall die Polizei verständigen, aber nicht handgreiflich werden. Viele Gegner, besonders aus den Reihen der Berufsdemonstranten, warten nur darauf, angefaßt zu werden, um sich sofort fallen zu lassen und den Verletzten zu markieren. Ein befreundeter Photograph ist in der Regel ebenfalls sofort zur Stelle, um die Brutalität der Freiheitlichen zu dokumentieren.

Versuchen Sie, mit allen Besuchern in persönlichen Kontakt zu kommen und wenigstens ein paar Worte zu wechseln. Wichtig ist, die Veranstaltung offiziell zu schließen, da damit Vorkommnisse außerhalb unserer Parteiveranstaltung uns nicht mehr zur Last gelegt werden können. Fertigen Sie eine Teilnehmerliste an, die Sie in ihre **Interessentenkartei** aufnehmen werden. War die Veranstaltung ein Erfolg, dann senden Sie kurze, nicht zu lange Berichte an die Lokalmedien. In der eigenen Zeitung kann natürlich ausführlicher berichtet werden, auch mit Photos.

## **Die Kandidatenvorstellung**

---

Wenn es die Absicht war, die Kandidaten bis zur Einreichfrist der Wahlvorschläge geheimzuhalten und dies auch gelungen ist, dann wird eine Veranstaltung, bei der die Kandidaten vorgestellt werden, jedenfalls auf öffentliches Interesse stoßen. Dabei ist die Anzahl der vorgestellten Kandidaten nicht so wichtig; auch

wenn nur ein Kandidat auf der Liste steht, kann dieser sich offiziell vorstellen und gleichzeitig sein Wahlprogramm bekanntgeben. Lediglich im Stil der Bewerbung einer solchen Veranstaltung ist auf die Kandidatenzahl Rücksicht zu nehmen. Eine Einmannliste wird wohl oder übel etwas leisertreten müssen.

**Angekündigt** wird eine derartige Veranstaltung wie andere auch, jedenfalls sind aber die Lokalpresse, TV und möglichst viele Sympathisanten, siehe entsprechende Liste, einzuladen. Die Veranstaltung selbst kann wie eine Pressekonferenz abgehalten werden, im kleineren Rahmen auch wesentlich ungezwungener, vielleicht im Rahmen eines kleinen Sektempfanges, bei einem Bierfaßanstich oder bei einer Heurigenverkostung. Das kommt sehr auf die örtlichen Verhältnisse an und soll möglichst eine gemütliche Atmosphäre vermitteln.

Der Spitzenkandidat sollte günstigerweise von einem Moderator vorgestellt werden, da die Vorstellung doch mit besonderem Lob für die Eignung als Spitzenkandidat und zukünftiger Gemeinderat verbunden sein soll und man sich selbst schlecht loben kann, denn Eigenlob stinkt! Ein bekanntes Mitglied der Ortsgruppe ist hierfür am besten geeignet, vielleicht auch der Bezirksparteiobmann oder ein Abgeordneter, aber nur wenn diese sehr bekannt sind.

Nach seiner Vorstellung soll der **Spitzenkandidat** selbst das Wort ergreifen. Nun ist Gelegenheit, die weiteren Kandidaten vorzustellen. Hier ist es angebracht, neben kurzen persönlichen Daten auch darüber zu sprechen, wie sich jeder in die Gemeindepolitik einbringen will. Es sind besondere Fähigkeiten gebührend herauszustreichen, wie etwa Erfahrungen im Bankwesen, in der Verwaltung, im Bauwesen oder in der Sozialarbeit. Aufzählungen von Hobbies sollen nicht zu umfangreich sein, denn man bewirbt sich ja nicht als Unterhalter in einem Ferienklub, sondern um ein politisches Mandat. Die Bewerbung soll also die Eigenschaften vermitteln, die man von einem echten Politiker erwarten kann: die Probleme beim Namen nennen, Durchsetzungsvermögen, Konsensfähigkeit, eine gute Ausdrucksfähigkeit, spezielle Sachkompetenz. Man wird sich hier die zu besetzenden Gemeindeausschüsse in bezug auf jene Fähigkeiten zu sehen, welche er jeweilige Kandidat am besten erfüllt.

Bei genügender Anzahl freiheitlicher Kandidaten kann so ein **Schattenkabinett** vorgestellt werden. Diese Linie muß aber dann in der gesamten Werbelinie des Wahlkampfes beibehalten werden. Bei den diversen Veröffentlichungen muß dann der freiheitliche „Fachmann“ seine besseren Vorstellungen gebetsmühlenartig immer wieder den Wählern vermitteln.

Natürlich geht eine derartige Vorstellung von der „berechtigten“ Kritik an den augenblicklichen Gemeindeverhältnissen aus. Die Kritikpunkte müssen unbedingt zutreffend sein, sonst werden diese und auch unsere freiheitlichen Kandidaten nicht ernst genommen, und das ist das Schlechteste, was uns passieren kann.

Das Wahlprogramm sollte in schriftlicher Form, eventuell auch in Kurzform, an die Gäste verteilt werden. Auch Werbematerial sollte aufliegen. Die Kandidatenvorstellung muß eine sehr konzentrierte Zusammenfassung des Wahlkampfes sein. Sie ist wahrscheinlich das erste gemeinsame Auftreten unserer Mannschaft in der Ortschaft. Das Ziel ist nicht nur die Bekanntgabe der Listenreihung und des Wahlprogramms, sondern auch, den Wählern das Gefühl zu vermitteln, daß wir Freiheitliche nicht so sind, wie uns eine gewisse Presse für gewöhnlich darstellt. Daß wir Leute wie andere auch sind, keine Eisenfresser, Ausländerhasser, Kirchenfeinde oder was man uns sonst noch angedichtet hat.

Lockere Gespräche mit den Bürgern führen, auf deren Probleme eingehen, diese ernstnehmen, nicht belehren, aber auch nicht von unseren freiheitlichen Grundvorstellungen abweichen. Auf gutmenschliche Ratschläge und Forderungen am besten mit einer nichtssagenden nonverbalen Geste antworten.

## **Die Steckaktion**

.....

Die Steckaktion ist ein Hausbesuch, ohne mit dem Hausbewohner gesprochen zu haben. Man hinterläßt im Briefkasten Werbematerial oder den aktuellen Flugzettel, wobei von der Hinterlegung von diversen Wahlgeschenken abzuraten ist. Man kann Hausbesuche und Steckaktion kombinieren, denn wenn niemand angetroffen wird, dann wird, durch Hinterlassung von

Werbematerial aus dem Hausbesuch, automatisch eine Steckaktion. Bei der geplanten Steckaktion werden die Straßen abgegangen und wird in jeden Briefkasten Werbematerial gesteckt, ohne daß man versucht, mit dem Hausbewohner oder Wohnungsmieter in direkten Kontakt zu treten.

Mit der Steckaktion können relativ schnell ganze Straßenzüge mit Werbematerial versorgt werden, zum Unterschied von Hausbesuchen, die sehr zeitaufwendig sind, muß man doch, wenn man mit einem Bürger ins Gespräch gekommen ist, mindestens mit 10 bis 20 Minuten Gesprächsdauer rechnen, oft auch noch mit viel mehr. Einladungen zu einer Tasse Kaffee oder einem Schnäpschen sind kaum auszuschlagen, und dann kann das Gespräch auch nie enden wollend werden.

Steckaktionen bieten sich vor allem dann an, wenn mit einer kleinen Mannschaft ein großes Gemeindegebiet mit Werbematerial versorgt werden soll. Zeit- und Personalmangel sind die Hauptgründe für die Entscheidung, durch einfaches Hinterlassen von Material im Briefkasten zu werben. Hausbesuche sind allemal der bessere Weg, an den Bürger heranzukommen, denn eines muß uns gewiß sein: Solcherart hinterlegtes Werbematerial wird voraussichtlich genauso ungelesen in den Mistkübel geworfen wie die vielen, jeden Tag zugestellten Werbeprospekte von Supermarktketten bis zu Möbelhäusern. Wenigstens eine persönliche Nachricht des Spitzenkandidaten oder Kandidaten des beworbenen Ortsteils sollte dem Werbematerial beigelegt werden. Ein kurzer, persönlich gehaltener Brief kann viel von der Unpersönlichkeit dieser Werbeaktion wettmachen. Der um die Bürgerstimmen werbende Kandidat sollte, in welcher Form auch immer, bei jeder Werbeaktion „präsent“ sein.

Aber bevor Werbematerial unverteilt übrig bleibt oder aus Personalmangel nicht zur Verteilung kommen konnte, ist die Steckaktion ein Weg, der nicht außer Betracht gelassen werden sollte. Anders stellt sich natürlich eine solche Aktion im Falle der Verteilung von Flugzetteln oder des Gemeindekuriers dar. Hier übernimmt die Steckaktion die Aufgabe und Funktion der Postzustellung.

## Die Telephonumfrage

---

Telephonumfragen sind ein immer mehr gehandhabtes Instrument, um Verhaltenstrends der Bevölkerung zu erkunden. Wir kennen die berühmte Sonntagsfrage nach dem Wahlverhalten und eine Unzahl anderer Fragen, die meist das Konsumverhalten zum Gegenstand haben. Da diese Umfragen, wenn sie von professionellen Agenturen durchgeführt werden, sehr teuer sind, wird sich dieses Instrument in Zukunft sicher nur auf wenige finanzstarke freiheitliche Ortsorganisationen beschränken. Von ÖVP und SPÖ wird die Telephonumfrage schon öfter eingesetzt, doch sind hier auch schon nichtrepräsentative Ergebnisse herausgekommen, als etwa eine Umfrage in einer Ortschaft, welche die Beliebtheit der Kandidaten erkunden sollte, durch Zufall gerade eine Anzahl Verwandter des Kandidaten einer anderen Partei kontaktiert hatte; natürlich rangierte dieser in der Beliebtheitsskala ganz oben.<sup>53</sup> Für uns Freiheitliche kann das Ergebnis solcher Umfragen auch verfälscht sein, weil bekanntermaßen sich Freiheitliche öfters als andere Wähler scheuen, ihre freiheitliche Präferenz auch zuzugeben.

In der schon oben zitierten NÖ Gemeinde<sup>54</sup> wurden die Themen des auf die Gemeinde zugeschnittenen Wahlkampfes telephonisch abgefragt, wie Stationierung eines Rettungswagens, Eröffnung einer Kinderkrippe, LKW-Nachfahrverbot. Ebenfalls abgefragt wurde die Meinung über das vorgestellte Wahlprogramm und weitere persönliche Anliegen. Zu überlegen ist, ob eine solche Umfrageaktion nicht auch von der Ortsgruppe selbst von einigen Kandidaten durchgeführt werden kann. Eine entsprechende Schulungsanleitung muß dann allerdings zur Verfügung gestellt werden. Jedenfalls sollten wir uns solcher moderner Instrumente auch bedienen, deren Werbewirksamkeit immer mehr an Bedeutung gewinnt.

---

53 Gemeinderatswahlkampf 2005 in Preßbaum

54 Gemeinderatswahlkampf 2005 in Fischamend, mit der Telephonumfrage wurden etwa 10 % aller Wähler erreicht, ca. 500, von denen etwa 400 auch die gestellten Fragen zu beantworten bereit gewesen sind – das sind 12 % der Wahlberechtigten.

## Das Bürgerstandel

---

Bürgerstandeln sind aus der Aufwärtsentwicklung unserer Freiheitlichen Partei nicht wegzudenken. Hier wenden wir uns direkt an den Bürger, laden ihn ein, unsere Anliegen kennenzulernen und auch seine eigenen Vorstellungen, seine Kritik am bestehenden System, aber auch an uns selbst, loszuwerden.

Ein Bürgerstandel wirkt schon durch sich selbst werbend auf den Passanten, darum soll es unbedingt als freiheitliches Standel gekennzeichnet sein, wenn auch gerade deswegen der eine oder andere sich nicht getraut, an das Standel heranzutreten. Im weitesten Sinn können aber auch Verteilaktionen, die ihr Material in einem Einkaufswagen bereithalten, die Funktion des Standels übernehmen, insbesondere dann, wenn die Standelbesetzung weitgehend ortsbekannt ist oder in FPÖ-Jacken gekleidet ist.

Die Funktion des Standels in Wahlkampfzeiten ist evident, es wird hier konzentrierter Wahlkampf geführt. Der Vorteil des Standels ist, daß von allen, die an den Stand herantreten, anzunehmen ist, daß sie sich auch für uns interessieren. Freilich soll das „Herantreten“ durch vor dem Stand stehende Parteifreunde unterstützt werden, aber keinesfalls aufdringlich.

Im Standel selbst liegt Werbematerial auf, eventuell auch anspruchsvolleres Material, das schon aus Kostengründen nicht an jedermann verteilt werden kann, wie etwa das Buch des Bundesparteivorsitzenden Strache oder Veröffentlichungen des Freiheitlichen Bildungsinstitutes (FBI), oder auch spezielle Wahlgeschenke, die nicht in ausreichender Menge vorhanden sind, um an alle Interessenten verteilt werden zu können.

Ideal ist ein Standel für das Auflegen von **Unterschriftenlisten**. Am Standel ist Platz, um eingehende Informationen zu geben und eventuell auch Anschauungsmaterial vorzustellen.<sup>55</sup>

Unterschriftensammlungen für bundes- oder landesweite Aktionen sind am Standel ebenfalls richtig plaziert, nur ist in der Bevölkerung eine gewisse Ablehnung solcher Aktionen zu or-

---

55 In der Gemeinde Tullnerbach wurde ein Modell eines Feuerwehrhauses vorgestellt, als es darum ging, das von der Gemeinde favorisierte, geplante, sehr teure Feuerwehrhaus zu verhindern. Eine Aktion, die übrigens erfolgreich verlaufen ist und ihr Ziel erreicht hat.

ten, mit dem Hinweis, daß es sowieso nichts nütze zu unterschreiben. Das kann sich mit der nun erfolgreichen Neuplatzierung der Strache-FPÖ wieder ändern.

Jahreszeitlich stattfindende Standelaktionen, wie Blumenverteilung zum Valentinstag oder Muttertag, Gratulationen mit kleinen Blumensträußchen, Ostereieraktionen, Weihnachtskerzen oder mit kleinen Geschenken für die Kinder, wie Malbücher, Süßigkeiten, Kuschelbären etc. oder ein Punschstandel am Adventmarkt, zu Silvester oder beim Faschingsumzug, sind solche probate Gelegenheiten, sich der Öffentlichkeit angenehm zu präsentieren. Die Werbung sollte aber bei diesen Gelegenheiten weniger bis gar nicht im Vordergrund stehen; wird man allerdings auf politische Themen angesprochen, ist auf alle Fälle Rede und Antwort zu stehen.

Einem Standel ist immer der Vorzug zu geben, wenn qualifizierte Information an den Bürger gebracht werden soll, also wenn die Verteilung von einfachen Zetteln oder Wahlprospekten als nicht voll ausreichend erscheint.

Mit der örtlichen Aufstellung des Standels gibt es oft Probleme. Sinnvoll plaziert man das Standel vor stark frequentierten Geschäften, auf sehr begangenen Straßen, auf belebten Plätzen. Auf öffentlichen Verkehrsflächen ist die Genehmigung der Gemeinde einzuholen, vor Geschäften muß das Einverständnis des Geschäftsinhabers vorliegen; auf alle Fälle ist es dann angebracht, eventuelle Getränke, Wurstsemmeln etc. in dem Geschäft, vor dem man steht, einzukaufen.

Von der Standelaktion sind, wie bei anderen Aktionen, die lokalen Medien zu verständigen. Es sollten immer mindestens zwei Kameraden am Standel anwesend sein, doch ist es sinnvoll, eine höhere Standelbesetzung einzuplanen, um für einen eventuellen Andrang gerüstet zu sein und auch andere anfallende Tätigkeiten zügig vornehmen zu können.

## **Der Bürgerbrief**

Mit dem sogenannten Bürgerbrief wenden wir uns ganz persönlich an unsere Wähler. Der Brief, der die Form eines ganz normalen Briefes mit Briefkopf, Anrede usw. aufweist, wird per

Post an alle Haushalte versendet. Eine persönliche Adressierung wäre am besten, kommt aber wegen der damit verbundenen hohen Portokosten wohl kaum in Frage.

Im Bürgerbrief wenden wir uns an den einzelnen Leser, was schon in der Anrede zum Ausdruck kommen soll, und schreiben über unsere Beweggründe zu kandidieren, skizzieren unser Programm, streichen dabei heraus, was wir besser machen wollen, vermeiden dabei Angriffe auf die Gegner, falls nicht einiges dafür spricht, dann aber doch sehr moderat. Im Stil soll der Brief wie ein privates Schreiben an einen Freund gehalten sein. Er soll eine private Atmosphäre zum Wähler, zum Leser aufbauen, der nach der Lektüre den Brief weglegt und sich sagt „ein ganz netter Kerl, dieser Blaue“. Günstig hat sich erwiesen, den Brief so spät wie möglich vor der Wahl zu versenden, denn er soll einige Aggressionen, die im Wahlkampf doch unvermeidlich sind, glätten und dem Leser ein akzeptierbares Bild unseres Kandidaten vermitteln. Günstig ist es auch, wenn ein Vorzugsstimmwahlkampf geführt wird oder der Spitzenkandidat besonders hervorgehoben werden soll, diesem Brief einige solcher Stimmzettel beizulegen. Bei der Stimmenauszählung konnte immer wieder bemerkt werden, daß sehr viele Bürger von diesen beigelegten Stimmzetteln Gebrauch gemacht haben.<sup>56</sup>

In einer Gemeinde wurde bereits zu Neujahr, also drei Monate vor der Gemeinderatswahl, ein persönlicher Brief des Spitzenkandidaten<sup>57</sup> versendet, der auf der Rückseite einen Fragebogen, betreffend die kommende Gemeinderatswahl, enthalten hat. Die Rücklaufquote war nicht überwältigend, aber die eingegangenen Antworten zeigten doch, wo die Bürger der Schuh drückt. Den zweiten Brief versendete die Ortsgruppe vier Wochen vor der Wahl und hatte das Wahlprogramm beigelegt.

Der Bürgerbrief soll ein nicht zu oft gebrauchtes Instrument sein, um so eher wird er seine persönliche, bei geschickter Textierung auch eindringliche Wirkung beibehalten. Versprechungen, wie der bekannte Vranitzkybrief vor einer NR-Wahl, sind

---

56 Gemeinderatswahl 2005 Preßbaum

57 Gemeinderatswahl 2005 Fischamend

allerdings nicht angebracht, zu leicht verliert man im eigenen Ort die Glaubwürdigkeit.

## **Der Vorzugsstimmenwahlkampf**

---

Der Vorzugsstimmenwahlkampf sollte wohlüberlegt sein, denn er kann zu einer passablen Stimmensteigerung führen. Er kann aber auch die Wähler sehr verunsichern, besonders dann, wenn einzelne Kandidaten über einen Vorzugsstimmenwahlkampf eine „Vorreihung“, die ihnen vom zuständigen Ortsparteivorstand nicht gewährt worden ist, durch den Wähler erreichen wollen. In diesem Falle, welcher der Öffentlichkeit ja niemals unbekannt bleiben wird, da ja die Intention dieses Wahlkampfes gerade auf die Öffentlichmachung dieser Absicht abgestellt ist, ist dem zutreffenden Urteil, wir wären eine zerstrittene Partei, kaum zu begegnen. Besonders peinlich ist, wenn politische Neuanfänger schon glauben, dem Spitzenkandidaten Paroli bieten zu müssen, ohne zu bedenken, daß sie hier sicher mehr schaden als nutzen.

Von diesem Exkurs auf innerparteiliche Querelen, die derart an die Öffentlichkeit getragen werden, abgesehen, kann ein Vorzugsstimmenwahlkampf durchaus sehr nützlich sein. Ist es gelungen, eine sehr bekannte Persönlichkeit auf die Kandidatenliste zu setzen, dann vermittelt man dem Wähler mit dieser Art Wahlkampf, daß man in erster Linie diesen wählen soll. Dabei ist es unwesentlich, ob dieser Kandidat nicht ohnehin bereits Listenerster ist, also ein Vorzugsstimmenwahlkampf damit eigentlich sinnlos ist, sondern damit wird nur ein Signal an die Wähler noch besonders unterstrichen.

Ähnlich liegt der Fall bei einem **Lokalkandidaten**, der speziell in einem Ortsteil gegen einen ebenfalls kandidierenden lokalen Gegner einer anderen Partei antritt. Hier wird Kandidat gegen Kandidat gesetzt und die politische Wichtigkeit, die wir diesem Ortsteil zumessen, ebenfalls unterstrichen. Mit dieser Kandidatur muß aber unbedingt ein intensiver lokaler Wahlkampf mit **Hausbesuchen, Zettel-, Standelaktionen** in diesem Ortsteil Hand in Hand gehen. Sonst wird die Absicht, lediglich dem Gegner schaden zu wollen, selbst aber vielleicht nichts zu tun, früher durch-

schaut, als uns das lieb ist, und es wird der Gesamtkandidatur geschadet.

### **Kampfmandat und Quereinsteiger**

Ein oft wahrzunehmendes Wahlkampfelement ist das sogenannte „**Kampfmandat**“, bei dem ein Kandidat auf der Liste knapp außerhalb der sicher zu erwartenden Mandatszahl gereiht wird. Voraussetzung für eine solche Reihung ist, daß dieser Kandidat in einem meist persönlichen Umfeld eine ansehnliche Anhängerschaft hat, die auch Bereitschaft signalisiert hat, ihren Freund, Sportskameraden, oder ehemaligen Mitschüler zu wählen. Dieser speziellen Wählerschaft muß natürlich signalisiert werden, daß ihr Freund nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn sie ihn auch wählt. Es sollte daher der persönliche Wahlkampf eher auf diese Zielgruppe beschränkt werden, schon um andere nicht zu irritieren. Besonders bei Jungwählern ist die Bereitschaft anzutreffen, ihren Kandidaten durchzubringen. Diese Werbung soll sich daher nicht an die allgemeine Wählerschaft richten, denn die so oft gehörten Signale an die Senioren, Jugend, an die Frauen sind doch immer verpufft und haben oft nur dazu gedient, irgendwelche Quereinsteiger oder noch nicht erkannte Talente für kurze Zeit ins Rampenlicht zu stellen.

Angebracht ist ein Kampfmandat auch für **Quereinsteiger**, die in der Bevölkerung sehr bekannt sind und auf großen Zuspruch rechnen können. Gerade diese dürfen also nie auf ein sogenanntes gesichertes Mandat kommen, da sie ja gerade wegen ihres Bekanntheitsgrades und ihrer allgemeinen Beliebtheit auf ein zusätzliches Mandat rechnen sollen. Quereinsteiger sollen uns neue Wählerschichten zuführen und sich nicht von den bestehenden wählen lassen, deren politische Vorstellungen sie oft gar nicht vertreten.

# Nach der Wahl

In Niederösterreich waren wir noch nie ernstlich in der Situation, einen Bürgermeister stellen zu können. Auch bei den besten Ergebnissen, wie in Bad Deutsch-Altenburg, wo wir bei der Gemeinderatswahl 2000 einen Stimmenanteil von über 30 Prozent erreicht hatten, stellte sich die Frage nicht. Zu sehr sind ÖVP und SPÖ darauf bedacht, ihre letztlich doch im alten Proporzdenken verhafteten Grundsätze mit einer entsprechenden Gemeindepolitik zu verfolgen, und die heißt schlicht Ausgrenzung der FPÖ, wo immer es möglich ist. Allerdings hat es nach der Wahl auch Gemeindekoalitionen mit der ÖVP in einigen Gemeinden gegeben, die uns aber letztlich nichts gebracht haben. Außer, daß wir für die Wahl eines ÖVP-Bürgermeisters den Vizebürgermeister zugestanden bekommen haben, der dann oft mehr als instabil war. Daher war der Deal meist kontraproduktiv<sup>58</sup>.

Nach jeder Gemeinderatswahl sind nicht nur die Wahl des Bürgermeisters<sup>59</sup> und seiner Stellvertreter, sondern auch die Wahlen der geschäftsführenden Gemeinderäte, der Ausschußmitglieder und die Festlegung der Anzahl der Ausschüsse die ersten Aufgaben des neugewählten Gemeinderates. An dieser Frage können wir auch als kleine Fraktion oder auch im Falle einer Einmannfraktion nicht vorbeigehen, es sei denn durch konsequente Stimmenthaltung. Das wäre aber, von begründe-

---

58 In der Gemeinde Wolfsgraben erreichten wir auf diese Weise bei der Gemeinderatswahl 2000 den Vizebürgermeister. Die SPÖ brachte die ÖVP durch Auszüge aus dem Gemeinderat und ähnliche Aktionen derart in Bedrängnis, daß eine Neuwahl ausgeschrieben werden mußten, durch die FPÖ aus dem Gemeinderat hinauskatapultiert wurde; und das in einer Gemeinde, die bei der NR-Wahl 1999 noch mit 31,45 Prozent Stimmenanteil die drittbeste freiheitliche Gemeinde in NÖ gewesen war.

59 In Niederösterreich und Steiermark

ten Ausnahmen abgesehen, politisch nicht klug; wir müssen uns also dieser Frage, wen wir wählen, stellen.

## **Koalition oder Opposition, das ist hier die Frage**

---

Bürgermeister wollen gerne einstimmig gewählt werden, das ist ihnen auch ein wohlwollendes Wort in unsere Richtung wert. Das sollte uns aber zuwenig sein. Auch als kleine oder Einmannfraktion sind wir in der Lage, Forderungen zu stellen, die aber nicht überzogen sein sollten. Nehmen wir den Fall aus der oben zitierten Aufzählung, daß uns der Vizebürgermeister zugestanden wird. In diesen Gemeinden waren wir das **Zünglein an der Waage** und wir hatten es in der Hand, einen SPÖ- oder einen ÖVP-Bürgermeister zu wählen. Der Preis ist in der Regel der Posten des ersten oder zweiten Vizebürgermeisters, ein wahres Danaergeschenk. Denn der Einfluß eines ÖVP-abhängigen Vizebürgermeisters ist, außer einer sehr fragilen Ehre, gleich Null. Aber die Wut der nicht zum Zug gekommenen Oppositionspartei konzentriert sich dann voll auf uns als die wahren Schuldigen an diesem für ihre Partei so schmerzhaften Geschick. Auch die Wählerschaft reagiert nicht freudig über die erstmals von einem Freiheitlichen erreichte Position, sondern spricht dann gern von Päckelei und Verrat und wie die Vorwürfe alle heißen, die sie den anderen Parteien aber eher sparsam machen. Es mag Ausnahmen geben, aber in einer derartigen Situation sollte sich jeder Gemeinderat sehr genau überlegen, ob es dafürsteht, was er aus dieser Position für seine FPÖ noch erreichen kann. Mit der Bürgermeisterwahl ist es ja nicht erledigt, da die hauchdünne Mehrheit der regierenden Partei selbstverständlich verlangt, daß unsere Einmannfraktion bei allen Gemeinderatsbeschlüssen mit der Regierung stimmt. Er wird damit einfach der ÖVP als weiteres Mandat zugerechnet, und das nächste Mal geht man dann gleich zum Schmied und nicht zum Schmiedel und wählt ÖVP. Das heißt: Nie mit ein oder zwei Gemeinderäten den **Steigbügelhalter** für eine Großpartei machen, auch wenn der Vizebürgermeister angeboten wird.

Anders liegt der Fall, wenn die FPÖ eine Stärke erreicht hat, die im Gemeinderat nicht mehr leicht auszugrenzen ist und bei

Gemeinderatsbeschlüssen mehrheitsbildend mitwirken kann. Sicher werden, besonders in Niederösterreich, zuerst alle anderen Optionen geprüft: eine große Koalition ÖVP/SPÖ oder mit den Grünen oder einer Bürgerliste. Es ist keiner Partei zu verargen, wenn sie die für sie günstigste, billigste und bequemste Koalition bildet. Es sei uns bewußt, daß wir bei allen Überlegungen die letzte Wahl sind, denn die ideologisierten Parteistrategen aller Parteien wissen eines ganz genau: Der einzige wirkliche Herausforderer gegenüber dem Parteienfilz und der jahrzehntelangen Miß- und Günstlingswirtschaft ist die Freiheitliche Partei, und nur diese! Alle anderen kurzlebigen Parteiprodukte, von LIF bis zum BZÖ, sind Zeiterscheinungen, die von ÖVP und SPÖ gehätschelt und gefördert wurden, einzig aus dem Grund, weil man vermutete und hoffte, daß sie uns schaden würden.

Nun ist es also soweit, man hat alle Bedenken gegen uns über (das parteipolitische) Bord geworfen! Man spricht im Falle der ÖVP vom gemeinsamen bürgerlichen Lager, in der SPÖ eher von den gemeinsamen sozialpolitischen Vorstellungen und ebnet damit, vorerst rein verbal, den Weg zu Koalitionsverhandlungen.

## **Koalition und die eigenen Wahlziele**

---

Wenn wir beginnen, uns mit der **Koalitionsfrage** ernstlich zu beschäftigen, muß als erster Schritt das eigene Wahlprogramm zu Rate gezogen werden. Sicher, man kann auch im Falle einer Regierungsbeteiligung sein eigenes Programm nicht vollständig umsetzen, aber die wesentlichen Wahlprogrammpunkte, das sind unsere Wahlversprechen, müssen beherzigt werden. Das muß der Grundstein eines **Koalitionspapiers** werden, in dem wir die Zusammenarbeit mit einer anderen Partei für die Legislaturperiode festlegen. Nun werden wir vor der Aufgabe stehen, zu Sachthemen Festlegungen treffen zu müssen, ob von uns selbst eingebracht oder vom zukünftigen Koalitionspartner vorgegeben, die wir bislang nicht, auch im Wahlkampf nicht oder nicht ausreichend, betrachtet hatten. Jedenfalls sollten im Koalitionspapier, das von beiden Parteien unterschrieben werden muß, wesentliche Festlegungen für die Dauer der Zusammenarbeit fixiert werden. Obwohl es bekannt ist, daß insbesondere die Groß-

parteien sich wenig an solche Vereinbarungen halten, wenn es nicht mehr in ihr Konzept paßt, sind diese Papiere von Wichtigkeit. Schon deswegen, um im Falle eines Platzens der Vereinbarung, medial die Schuldfrage deutlich klären zu können.

Das Koalitionspapier muß die Anzahl der Geschäftsführenden Gemeinderäte so festlegen, daß wir ein Maximum erreichen, wie auch die Besetzung der Ausschüsse und die uns zugestandenen Ausschußvorsitzenden und Stellvertreter, Umweltgemeinderäte, Jugendgemeinderäte usw. Bei Ausschußvorsitzen, die eigentlich der ÖVP, oder im anderen Fall der SPÖ, zustünden, ist Vorsicht geboten, da diese von den Parteien ohne weiteres auch während der Legislaturperiode umbesetzt werden können. Geschäftsführende Gemeinderäte können ebenfalls abberufen werden, auch wenn sie an parteifremde Gemeinderäte vergeben worden sind. Hierfür sind nicht einmal Gemeinderatsbeschlüsse notwendig.<sup>60</sup> Ein besonderer Fall ist der Prüfungsausschuß, der 20 Prozent der Zahl der Mitglieder des Gemeinderates aufweisen muß.<sup>61</sup> Wir haben, auch bei nur geringer Mandatszahl, anders als bei den übrigen Gemeinderatsausschüssen, große Chancen in den Prüfungsausschuß zu kommen. Als klassische Kontrollpartei wählt man auch sehr oft unseren Gemeinderat zum Vorsitzenden dieses Ausschusses. Es ist dies nicht nur ein sehr verantwortliches Amt, sondern auch ein sehr einflußreiches, kontrolliert doch der Prüfungsausschuß sämtliche Gemeindefinanzen und damit auch die ganze Gemeinde.

Es kann aber gar nicht zu oft darauf hingewiesen werden, daß bei jeder koalitionären Bindung die selbständige Handlungsfreiheit verloren geht, weil alle wichtigen Entscheidungen gemeinsam mit dem Koalitionspartner getragen werden müssen. Es muß daher immer getrachtet werden, die eigene politische Identität zu wahren. Nie den Eindruck entstehen lassen, daß wir nur im Schlepptau des großen Koalitionspartners segeln, denn die Umfaller sind immer die Kleinen, die auch die Prügel für die

---

60 NÖ GO §111(3) c

61 Die Anzahl der Prüfungsausschußmitglieder wird in NÖ durch den § 30 der NÖ GO geregelt, wobei die 20 % immer auf die nächsthöhere ungerade Zahl aufgerundet werden.

Großen einstecken müssen, am schmerzhaftesten dann, wenn sie bei der nächsten Wahl leer ausgehen.

## **Die Bürgermeisterwahl als politisches Kalkül**

---

Ein weiterer, aber auch aktuellerer Fall ist, daß man unsere Stimmen für die **Bürgermeisterwahl** benötigt, aber keine Koalition eingehen möchte – ein auch für uns nicht so abwegiger Fall der Gemeindepolitik. Der Vorteil für eine Partei, die den Bürgermeister stellt, ohne über die Mehrheit zu verfügen, ist bei dieser Konstruktion, daß ein einmal gewählter Bürgermeister nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit abgewählt werden kann, was von den beiden Parteien ÖVP oder SPÖ in der Regel verhindert werden kann. Wenn sich eine FPÖ-Fraktion für so eine Vorgangsweise entscheiden muß, entweder weil sie das Zünglein an der Waage ist oder weil sie deutliche Präferenzen für einen der beiden Bürgermeisterkandidaten hat, soll die Wahl doch nicht bedingungslos erfolgen. Gegenleistungen von der um unsere Stimmen werbenden Fraktion sind einzufordern. Dabei sind die gleichen Überlegungen anzustellen, wie schon oben unter den Forderungen des Koalitionspapiers beschrieben sind: Geschäftsführende Gemeinderäte, Ausschußvorsitzende, Stellvertreter usw. Hier ist es besser, wenn wir erreichen, daß die Ausschüsse so erweitert werden, daß auch uns nach dem d'Hondtschen Wahlsystem Ausschußplätze zustehen, denn ein Gemeinderat, der auf einem parteifremden Ausschußplatz sitzt, kann jederzeit von dieser Partei zurückgezogen werden. Dies gilt auch für ein Vorstandsmitglied auf einem parteifremden Vorstandssessel.

Auch das sollte schriftlich vereinbart werden, denn nach erfolgter Wahl sind hier weder Reklamationen noch andere Mittel zielführend. Mit einer solchen Regelung, die nur die Bürgermeisterwahl und die Wahlen der Vizebürgermeister und dann die der Ausschüsse usw. betrifft, hat sich dann unser Part der Vereinbarung erfüllt, und wir sind in der Lage, ohne koalitionsnäre Hemmnisse unsere eigene freiheitliche Gemeindepolitik zu betreiben. Sicher werden die Kontakte, die zu einer solchen Vereinbarung geführt haben, noch nachwirken, aber sie sollten besser nicht von allzu langer Dauer sein, denn eine kantige, frei-

heitliche Politik läßt sich mit der Bindung an eine Großpartei nicht betreiben.<sup>62</sup>

## **Opposition als Wählerauftrag**

Der folgerichtige Weg, wenn auch nach dem zuletzt diskutierten Fall keine Koalition eingegangen wurde, ist der Weg in die **Opposition**. Dadurch ist unsere Gemeindepolitik, thematisch wie auch taktisch, schon im großen und ganzen vorgegeben. Oppositionspolitik schließt eine generelle Konsenspolitik aus, das heißt, in Sachfragen kann selbstverständlich im Konsens mit anderen Parteien gehandelt werden. Die Grundlage unserer Politik im Rathaus muß aber unser Wahlprogramm sein. Danach haben sich alle Entscheidungen, die wir treffen – und Politik ist das Treffen von Entscheidungen –, zu orientieren. Auch wenn es nicht gelingt, unsere Forderungen durchzusetzen, sollen wir bedenken, daß diese mit Sicherheit in einer vielleicht möglich gewesenen Koalition auch nicht durchgesetzt hätten werden können. Und es ist allemal besser, sich mit einer konsistenten freiheitlichen Politik dem Bürger zu präsentieren, als mit einer sich nach den politischen Vorgaben anderer Parteien richtenden und dann taktierenden Politik das eigene Profil zu verlieren. Wir wurden für unser Wahlprogramm gewählt, und nicht, um mit anderen zu taktieren.

## **Paktieren als die Kunst des Möglichen**

Ausnahmen sind natürlich dann angesagt, wenn es dadurch möglich wird, die eine oder andere Forderung aus unserem Programm umzusetzen. Dieses **Paktieren** soll nicht schlecht gesehen werden, denn es ist Aufgabe der Politik, Lösungen zu suchen, und wenn dies durch eine sachlich vertretbare Abstimmung mit einer anderen Partei möglich wird, sollte man die Chance wahrnehmen. Aber es ist hierbei unbedingt darauf zu achten, daß

---

62 In Langenlois machte die FPÖ ihre Zustimmung für einen ÖVP-Bürgermeister bei einer Bürgermeisterneuwahl 2008 von vielen Zugeständnissen abhängig, ohne eine Koalition einzugehen. Dadurch ist eine oppositionelle Haltung der FPÖ in vielen Sachthemen auch weiterhin möglich gewesen. (Mitteilung Stadtrat Harald Barta)

sich mit den Lorbeeren für diese Erfüllung einer freiheitlichen Forderung keine andere Partei schmückt. Sowohl ÖVP als auch SPÖ sind hierin wahre Meister, und leider sind auch die Medien nur allzugerne bereit, diesen Politdiebstahl mitzutragen.

Absprachen mit anderen Oppositionsparteien können für eine effektive Oppositionspolitik sehr hilfreich sein und sind, wenn man über den eigenen Schatten springen kann, auch mit jeder anderen Oppositionspartei anzustreben. Allerdings ist auch hier Vorsicht geboten, insbesondere dann, wenn eine Großpartei in der Opposition ist. Hier werden mit unseren Stimmen Oppositionsziele erreicht, aber die den Großparteien hörige Presse berichtet dies dann eher als Erfolge der Großpartei.<sup>63</sup> Die Übereinstimmung bei Oppositionsanträgen mit anderen Parteien zu suchen, dient der Sache, aber die Erfolge kommen in der Regel nicht der FPÖ zugute. Es bedarf dann eines nicht zu unterschätzenden medialen Aufwands, dies wieder ins rechte Lot zu rücken und richtigzustellen.

---

63 In Preßbaum hatten nach dem Abspringen eines Koalitionsmandatars ÖVP und FPÖ die Mehrheit im Gemeinderat, so daß sogar das Budget 2007 von FPÖ/ÖVP gegen die Stimmen der Koalition SPÖ/Grüne beschlossen werden konnte. Nur eine GR-Sitzung später stellte gerade die ÖVP Anträge, die von der FPÖ in das Budget hineinreklamierten Budgetposten wieder herauszunehmen!

# Im Gemeinderat

Der Gemeinderat hat sich nun konstituiert, alle politisch zu vergebenden Ämter sind besetzt, der Gemeinderat, der Vorstand und die Ausschüsse können an die Arbeit gehen. Jede Partei hat ihre Absicht kundgetan, nur das Beste für Blauberg zu wollen, und besonders die Regierungspartei reicht über alle Gräben hinweg ihre Hände zur gemeinsamen fruchtbringenden Arbeit. Seit gutmenschliche Äußerungen von der interessierten Öffentlichkeit lieber gehört werden als die realpolitische Wahrheit, ist auch nichts anderes zu erwarten gewesen. Als FPÖ-Fraktion bereiten wir uns auf die Oppositionsarbeit vor. In diese Rolle sind wir auch in den weitaus meisten Fällen gewählt worden.

## **Oppositionspolitik im politischen Alltag**

---

Wie effektiv wir eine freiheitliche **Oppositionspolitik** gestalten können, hängt sehr stark von unserer Mandatsstärke ab. Aber nicht verzagen, wenn Sie im Gemeinderat allein sind! Auf das, was Sie sagen kommt es an, nicht wieviele dies im Chor brüllen. Eines sollte für Freiheitliche Pflicht sein: mutig seine Meinung sagen und nicht still im Gemeinderat zuhören und anschließend im Wirtshaus das große Wort führen und alles besser wissen.<sup>64</sup> Wir sind gewählt worden, um die Anliegen unserer Wähler zu vertreten, und nicht, um den Ausführungen der anderen still zuzuhören. Gerade von unserer Partei haben die Wähler diesbezüglich eine sehr große Erwartungshaltung, die wir nie enttäuschen dürfen. Also mutig sein und reden, nicht verstecken, aber auch nicht „klugscheißen“. In der Oppositionsrolle müssen wir immer bedenken: Weder in der Bevölkerung noch in der Folge

---

64 Es sind Gemeinden bekannt, wo sich der freiheitliche Mandatar in der gesamten Legislaturperiode nie zu Wort gemeldet hatte!

im Gemeinderat sind wir mehrheitsfähig geworden. Uns haben die anderen gewählt, und gerade deswegen dürfen wir uns auch eine andere Meinung leisten, die von unseren Wählern ja geradezu erwartet wird.

Gemeinderat wird man nicht durch die Wahl allein. Um die Funktion des Gemeinderates auszufüllen, bedarf es eines umfangreichen Wissens über Abläufe der Gemeinderatstätigkeit, über rechtliche und verwaltungstechnische Gegebenheiten des Gemeindegeschehens, über die Gemeindeordnung, relevante Gesetze, Verordnungen, Rechte und Pflichten und noch vieles anderes mehr. Dieses Wissen ist für eine verantwortungsvolle Gemeinderatstätigkeit unabdingbar, denn Fehler werden weder vom Gesetzgeber noch vom Wähler wegen Nichtwissens entschuldigt. Das Rüstzeug des Gemeinderates gehört weder zur Allgemeinbildung noch kann man es sich en passant aneignen, und die Vorstellung, daß man sich einfach in den Sattel setzt und dann auch reiten kann, ist eindeutig falsch.

## **Schulung ist eine Holschuld**

---

Mit der Wahl in den Gemeinderat hat man nicht nur die Pflicht übernommen, die Bürger nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten, sondern auch die Pflicht, sich auch das dazu notwendige Wissen baldmöglichst anzueignen. **Schulung** ist also angesagt. Sicher, mit jeder Gemeinderatssitzung vermehrt sich die Erfahrung eines Gemeinderates, aber man kommt keinesfalls darum umhin, sich ein Grundgerüst der für eine gedeihliche Gemeinderatsarbeit notwendigen Erfordernisse schnellstmöglich anzueignen.

Am einfachsten ist dies durch Besuch der von der Landesregierung und auch vom Gemeindevertreterverband angebotenen Seminare. Die Seminare sind inhaltlich genau auf die Bedürfnisse der Gemeinderatstätigkeit konzipiert: Prüfungsausschuß, Gemeindeordnung, Bauordnung, Raumplanung, Voranschlagserstellung, Rechnungsabschluß, Gemeindegewirtschaft, Kanalgesetz, Journalistik, um nur einige zu nennen.

Soweit die Seminare von den Gemeindevertreterverbänden angeboten werden, ist der Besuch in der Regel kostenlos. Die

Kosten der von der Landesregierung angebotenen Seminare werden von vielen Gemeinden übernommen, es sei aber besonders darauf hingewiesen, daß der Besuch von kostenpflichtigen Seminaren von den jedem Gemeinderat ausbezahlten **Schulungsgeldern** getragen werden muß. Man kann sich das notwendige Wissen selbstverständlich auch durch Selbststudium einschlägiger Bücher, Broschüren oder anderer Veröffentlichungen aneignen. Dies sollte zur Vertiefung des Wissens, parallel zum Besuch einschlägiger Kurse, ebenfalls erfolgen. Nach einiger Zeit im Gemeinderat wird man erst die Tragweite des einen oder anderen Paragraphen richtig einschätzen können. Hier ist dann das Bücherstudium besonders wertvoll, aber auch ein Wiederholungsbesuch relevanter Kurse. Erstens kann man dabei gezielt nach eventuellen Knackpunkten fragen, zum anderen sind die Kursleiter in der Regel ausgezeichnete Kenner der von ihnen vorgelegten Materie und können auch meist aus einer langen Erfahrung schöpfen.

## **Der Erfolg liegt in der Vorbereitung**

---

Es ist wohl selbstverständlich, daß wir nur nach einer sehr guten **Vorbereitung in die Gemeinderatssitzung** oder in andere Gremien gehen. Aus Erfahrung wissen wir, daß gerade dies bei den anderen Parteien selten der Fall ist. Das alte Sprichwort „Wissen ist Macht“ bewahrheitet sich gerade in den Gemeindegremien. Nehmen wir vor den Sitzungen Akteneinsicht, die laut NÖ GO allen Gemeinderäten zusteht<sup>65</sup> – eine Ausnahme ist die Akteneinsicht für die Mitglieder des Prüfungsausschusses, die erst während der Sitzung möglich ist.<sup>66</sup> Wird die Akteneinsicht verwehrt, dann sollte dies zu einer Aufsichtsbeschwerde führen.<sup>67</sup> Wenn wir gewissenhaft vorbereitet die Strukturen eines Tagesordnungspunktes bereits kennen, uns mit Lösungsmöglichkeiten auseinandergesetzt haben, sind wir gegenüber den vielen uninformierten Kopfnickern der anderen Parteien enorm im Vorteil, und es

---

65 NÖGO § 22

66 NÖGO § 30

67 So geschehen in Preßbaum, die Akteneinsicht wurde daraufhin nie wieder verwehrt!

kann uns wesentlich besser gelingen, unsere eigenen Anträge durchzubringen oder auch nur unsere Meinung in die Beschlüsse einfließen zu lassen. Im Falle von mehreren freiheitlichen Gemeinderäten ist eine **Fraktionssitzung** unbedingt notwendig, um über die Abstimmungen, Vorgangsweisen, Wortmeldungen, Anträge usw. einen Konsens herzustellen. Auch wenn wir Freiheitliche den **Fraktionszwang** der anderen Parteien oft angreifen, ist es doch notwendig, sich parteiintern in wesentlichen Fragen abzustimmen. Marginale Entscheidungen, welche die Grundzüge unserer örtlichen oder FPÖ-Linie nicht tangieren, sollen den einzelnen Mandataren abstimmungsmäßig freigestellt werden. Hat sich allerdings ein freiheitlicher Gemeinderat in einer Sache, in welcher auch immer, besonders engagiert, dann muß man erwarten können, daß die Fraktion gemeinsam stimmt, ebenso bei Anträgen entsprechend der FPÖ-Linie.

## **Der Mut zum freiheitlichen Bekenntnis**

---

Nach NÖ GO sind drei Arten von **Abstimmungen** möglich: die Zustimmung, die Ablehnung und die Stimmenthaltung. Wir sollten es uns zur Gewohnheit machen, zu den wichtigen Tagesordnungspunkten auch unsere Meinung zu sagen, eventuell auch eigene **Anträge, Zusatzanträge oder auch Gegenanträge** zu stellen. Jedenfalls sollten wir unsere Ablehnung bzw. Zustimmung zu einem Antrag auch kundtun, das heißt aber nicht, daß wir zu jedem marginalen Antrag unsere Meinung verkünden müssen. Die Teilnahme an der Diskussion ist aber nicht nur zur Meinungsbildung des Gemeinderates wichtig, der bei den oft starren Fraktionsverhältnissen ohnehin kaum beeinflusst werden kann, sondern für die mediale Berichterstattung über die Sitzung. Wenn wir über unsere vernünftigen Anträge und Wortmeldungen im Gemeinderat die Öffentlichkeit regelmäßig informieren, dann sind wir in der Lage, auf die Mehrheitsfraktionen Druck auszuüben, insbesondere dann, wenn uns in der Öffentlichkeit recht gegeben wird. **Dieser Regelkreis Reden–Informieren–Öffentlicher Druck ist ein wichtiges Element einer zielgerichteten Oppositionspolitik.**

## **Auch die Öffentliche Meinung wird manipuliert**

Wir sollen uns nie scheuen, gegen einen Antrag zu stimmen, auch wenn es unpopulär erscheint. Wir wurden nicht gewählt, um beliebt zu sein, da hätten wir uns besser einer Großpartei angeschlossen. Einem uns nicht genehmen Antrag nur deswegen zuzustimmen, weil wir ohnehin nichts ändern können, ist genauso verfehlt, wie sich von der sogenannten **Öffentlichen Meinung** beeindrucken zu lassen. In fast allen Fällen, in denen mit dem Druck der Öffentlichen Meinung argumentiert wird, steht meist nur eine an der besonderen Meinung interessierte Klientel dahinter. Oft werden auch Parteileute einfach Opfer der sie von der Bevölkerung gewollt oder ungewollt abschottenden Parteifunktionäre, die nur die Meldungen und Volksmeinungen durchlassen, die dem Adressaten genehm sind oder den Funktionären selbst nützen. Dieser Mechanismus kann leider auch in der eigenen Partei beobachtet werden. Wer lange diesem Filter ausgesetzt ist, wird bald politisch blind und kommt zu falschen Entscheidungen. Daher ist auch der gut gemeinte Ratschlag des Gegners so gefährlich, und das Lob des Gegners sollte allemal zur Vorsicht mahnen.

## **Justamentstandpunkte und Stimmenthaltung sind nicht der Wählerauftrag**

**Justamentstandpunkte** sollte man aber bei Abstimmungen, wie im Grunde bei allen Entscheidungen, vermeiden; sie führen nur allzuleicht in eine nicht argumentierbare Sackgasse.

Eine **Stimmenthaltung** kommt einer Gegenstimme gleich, da laut NÖ GO, wie auch gemäß der Gemeindeordnungen aller anderen Bundesländer, für die Annahme eines Antrages die Prostimmen von mehr als der Hälfte der anwesenden Gemeinderäte notwendig sind. Da die Stimmenthalter als Anwesende zählen, müssen deren Stimmen als Gegenstimmen gewertet werden. Von der Möglichkeit der Stimmenthaltung kann schon Gebrauch gemacht werden, wenn man partout nicht für einen Antrag stimmen will und auch Gründe hat, nicht dagegen zu stimmen. Die Ambivalenz politischer Entscheidungen, die sich offen hält, zwischen Zustimmung und Ablehnung zu wechseln, kann nur in

sehr gewichtigen Fällen berechtigt sein. Als Versteckspiel kann so ein Verhalten leicht durchschaut werden und auch als Feigheit, nicht den Mut für eine klare Gegenstimme aufgebracht zu haben. Jedenfalls, wenn es wichtig genug erscheint, muß auch gesagt werden, warum man sich der Stimme enthalten hat; sei es aus einer gewissen Befangenheit oder weil die Informationen für ein klares Ja oder Nein zu mangelhaft waren, und es mag auch noch andere entschuldigende Gründe für eine Stimmenthaltung geben. Dies sollte man aber tunlichst vor der Abstimmung kundtun.

Um einer Stimmabgabe zu entgehen, kann man auch den **Sitzungssaal verlassen**, dann zählt der nichtanwesende Gemeinderat bei der Berechnung des Quorums nicht mit. Elegant ist diese Methode keineswegs, aber es kann schon Fälle geben, in der sich der einzelne damit einem persönlichen Notstand entzieht. Ein kollektiver Auszug aus dem Gemeinderat ist ein anderes Instrument der Oppositionspolitik und wird an anderer Stelle auch behandelt.

## **Anträge sind die wichtigsten Werkzeuge im Gemeinderat**

---

Freiheitliche Gemeindepolitik darf sich keineswegs in der Zustimmung oder Ablehnung von anderen eingebrachter Anträge erschöpfen. Eine aktive freiheitliche Politik erfordert geradezu, **Anträge** zu stellen. Dies ist für eine glaubhafte Vertretung unserer Wählerschaft unbedingt wichtig, da wir immer auf unsere in dieser oder jener Sache gestellten Anträge verweisen können. Auch wenn wir schon im voraus wissen, daß unser Antrag von den Mehrheitsfraktionen abgeschmettert wird, ist dies wichtig. Oft läßt sich ein bürgeraffiner, abgeschmetterter Antrag medial weitaus besser politisch vermarkten als ein anderer, auf den dann die Mehrheitsparteien aufgesprungen sind, besonders dann, wenn ein solcher Antrag ihren eigenen Absichten entgegengekommen ist.

Wenn wir gegnerischen Anträgen weitgehend zustimmen könnten, also eine Kongruenz mit unseren eigenen Zielen auszumachen ist, dann ist es angebracht, sogenannte **Erweiterungsanträge** bzw. **Zusatzanträge** zu stellen, um so eine größtmögliche

Übereinstimmung zu erreichen. Hierdurch gelingt es auch bei gegnerischen Initiativen, unsere freiheitliche Handschrift erkennen zu lassen. Besonders die ÖVP und auch kleine Listen ohne eigene Visionen machen bei freiheitlichen Anträgen mehr als oft von diesen Möglichkeiten Gebrauch. Dies sollte natürlich nicht zur Gewohnheit von unserer Seite werden, ist aber besonders dann angebracht, wenn alte freiheitliche Forderungen nun als Anträge unserer Gegner wieder auftauchen, die sie früher als von uns initiierte abgelehnt hatten. Finden allerdings unsere Erweiterungs- und Zusatzanträge keine Mehrheit, dann sollte man auch gegen den Hauptantrag stimmen, oft ist auch ein Gesichtsvorstellung zu bedenken.

Wichtig ist, daß man darauf besteht, über eigene Anträge abzustimmen, auch wenn sich aus der Debatte ergibt, daß diese keinesfalls eine Mehrheit finden werden. Wie gesagt, auch abgeschmettete Anträge sind politisch oft außerordentlich gut zu verwerten. Nicht angenommene, im Interesse weiter Bürgerkreise gestellte Anträge sind doch gerade ideale Signale an die Wählerschaft, bei der nächsten Gemeinderatswahl die Freiheitlichen zu stärken, daß so etwas nicht mehr oder nicht mehr so leicht passiert.

## **Die Themenführerschaft als taktisches Ziel in der Gemeindepolitik**

.....

Spontan gestellte Anträge müssen zum gerade abgehandelten Tagesordnungspunkt der Sitzung Bezug haben, sonst können sie nicht akzeptiert werden. Trotzdem ist es bei einer gut vorbereiteten Gemeinderatssitzung möglich, **Anträge** zu stellen, die eindeutig unsere Handschrift zeigen: Hier sind Gegenanträge, Erweiterungsanträge, Zusatzanträge gemeint. Durch Antragstellen erreichen wir am elegantesten die **Themenführerschaft** im Gemeinderat. Wir müssen erreichen, daß unsere Anträge diskutiert werden, bekämpft werden, niedergestimmt werden. Je lauter und brutaler dies geschieht, umso besser für uns; vorausgesetzt aber, daß wir mit diesen Anträgen im Konsens mit weiten Teilen der Bevölkerung sind. Dann wird jedes Gegenargument der Regierung zwangsläufig ein Argument für uns Freiheitliche und

die von uns vertretenen Bürger. Sollte unser Antrag von den Mehrheitsfraktionen durch Stillschweigen oder Diskussionsverweigerung „abgestochen“ werden, dann liegt es an uns, durch zahlreiche Wortmeldungen den Antrag am „Kochen zu halten“, bis endlich ein Gemeinderat der Regierungspartei in die Debatte einsteigt. Bei Einmannfraktionen ist dies schwer, dann kann man sich bei einer solchen Diskussionsverweigerung nur durch weiteres Zuwortmelden über die Runden retten. Geschieht dies bei budgetären Sachthemen oder auch anderen für die Allgemeinheit wichtigen Themen, dann ist eine rasche mediale Berichterstattung angezeigt.

### **Dringlichkeitsanträge als Oppositionstechnik**

---

Mit einem Antrag auf die Tagesordnung zu kommen, ist für eine kleine Partei nicht leicht. Der Bürgermeister macht die Tagesordnung, und es ist auch schon passiert, daß der Bürgermeister einen freiheitlichen Antrag, der auf der vom Gemeindevorstand befürworteten Tagesordnung stand, in der Gemeinderatssitzung wieder abgesetzt hat. Nun steht das Instrument der **Dringlichkeitsanträge** zur Verfügung, besonders für Parteien, die im Gemeindevorstand nicht vertreten sind. Aber auch für die Dringlichkeit braucht man eine einfache Mehrheit, die uns oft nicht zur Verfügung steht. Hier ist die Kooperation eventuell mit einer anderen Kleinpartei sinnvoll, und sei es nur, um sich gegenseitig bei allen Dringlichkeitsanträgen zu unterstützen.

Dringlichkeitsanträge, besonders solche, die ortsbekannte Themen betreffen, auf alle Fälle stellen, auch wenn zu erwarten ist, daß sie niedergestimmt werden; auf die Bürgermeinung und die Optik in der Öffentlichkeit kommt es an. Wenn mit Dringlichkeitsanträgen Bürgerwünsche transportiert werden, auch wenn es nur einen vergleichsmäßig kleinen Personenkreis betrifft, wird uns unser Engagement für ihre Anliegen gerade von dieser Gruppe auf der Habenseite unseres Politikontos gutgeschrieben.

## **Die Zustimmung zu anderen Anträgen ist eine pragmatische Frage**

---

Die **Zustimmung zu anderen Anträgen** sollte nie lediglich von der Befindlichkeit der eigenen Oppositionspolitik allein abhängig gemacht werden. Vielen Anträgen, auch wenn sie vom politischen Gegner kommen, ist zum Wohl der Bürger einfach zuzustimmen. Eine Ablehnung würde bei den Bürgern nur Verwunderung hervorrufen. Eine Großpartei wie die ÖVP kann es sich eher leisten, auch sinnvolle SPÖ-Anträge zu konterkarieren, da sie stets mit der Unterstützung ihrer parteinahen Medien rechnen kann. Und dann wird dem Bürger ein X für ein U vorgebracht, denn das U hat die ÖVP erfunden und das X die SPÖ. Daß gerade solche Politspielereien weder das Image der Politiker heben noch der allgemeinen um sich greifenden Politikverdrossenheit gegensteuern, ist evident. Als Freiheitliche sollten wir vor allem unsere Wahrhaftigkeit und politische Glaubwürdigkeit im Auge haben.

Große Vorsicht ist bei der Absprache hinsichtlich bestimmter Abstimmungen zu beachten. Sicher, es ist eine demokratisch legitime Vorgangsweise, wenn die eine Partei ihre Zustimmung zu einem von der anderen Partei getragenen Projekt von der gegnerischen Zustimmung zu einem eigenen Vorhaben abhängig macht. Hier werden also Pakte ausgehandelt, wie es politisch allgemein üblich ist. Gerade wir müssen dabei aber beachten, daß unsere Zustimmung nicht für ausgesprochen nichtfreiheitliche Anliegen mißbraucht wird. In der Bevölkerung nennt man das **Paktieren** wohl zutreffend Packelei, und davor sollten wir uns hüten. Aber wenn wir einem solchen Pakt zustimmen, dann darf der politische Gewinn für uns kein Leichtgewicht sein. Die Absprache, stimmst du meinem Antrag zu, dann ich deinem, darf aber nicht zu oft angewendet werden und keinesfalls immer nur mit derselben Partei.

## **Mißtrauensantrag als mediale Waffe**

---

Eine medial sehr wirksame Waffe der Opposition ist der **Mißtrauensantrag** gegen den Bürgermeister. Leider ist es laut NÖ GO

nur möglich, gegen den Bürgermeister einen Mißtrauensantrag zu stellen, auch wenn Unzulänglichkeiten anderer Personen der Anlaß dazu sind. Wie bei allen scharfen politischen Waffen sollten sie nicht zu oft eingesetzt werden, da sie sonst stumpf werden. Ein Mißtrauensantrag soll ein politischer Paukenschlag in der Gemeindepolitik sein, den dann auch die Presse nicht überhören kann. Sicher, um mit einem Mißtrauensantrag Erfolg zu haben, braucht man zur Abstimmung eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die gerade uns sehr selten zur Verfügung steht, denn die anderen werden bei einem solchen Antrag noch viel weniger mit uns Freiheitlichen stimmen. Eine Krähe hackt der anderen bekanntlich kein Auge aus.

Außer dem Bundesland Kärnten kennt jede Gemeindeordnung den Mißtrauensantrag, nur ist dieser sehr unterschiedlich geregelt. Im **Burgenland** z.B. verliert ein Mitglied des Gemeindevorstandes sein Amt, wenn ihm aufgrund eines schriftlichen Antrages von den Gemeinderatsmitgliedern seiner Fraktion in geheimer Abstimmung das Mißtrauen ausgesprochen wird. Der Bürgermeister kann ausschließlich durch eine Volksabstimmung abgesetzt werden, die von zwei Dritteln der Gemeinderatsmitglieder schriftlich verlangt werden muß.

In **Salzburg** kann ein Mißtrauensantrag gegen den Bürgermeister bis zu einer Bürgerabstimmung führen, die bei Zustimmung der Bürger dann eine Neuwahl des Gemeinderates notwendig macht. Im allgemeinen sind aber auch Fristen bis zur nächsten regulären Gemeinderatswahl zu beachten, ob es sinnvoll ist, eine Wahl noch auszuschreiben.<sup>68</sup>

Der Grund für einen Mißtrauensantrag muß einen von der Bevölkerung leicht nachvollziehbaren Mißstand zum Inhalt haben. Da die Chance auf direkten Erfolg – das hieße der Gemeinderat muß die Bürgermeisterwahl wiederholen – gering ist, kann der Erfolg nur am Medienecho gemessen werden. Es ist also notwendig, hier am Medienklavier alle Tasten zu spielen, von Pressekonferenz und Presseausendung bis zur Flugblattaktion.

---

68 Die in den Bundesländern sehr unterschiedlichen Regelungen sollen hier nicht weiter diskutiert werden, festgehalten sei aber das Instrument des Mißtrauensantrages.

Zu bedenken ist eine eventuelle Mitleidswelle für den Bürgermeister und auch die Möglichkeit, daß der Gemeinderat denselben Bürgermeister wieder wählt.

## **Die Rede profiliert den Gemeinderat**

---

Aktiv an den **Diskussionen im Gemeinderat** teilzunehmen, sollte für einen freiheitlichen Gemeinderat selbstverständlich sein. Wir sind von den Bürgern gewählt worden, um deren Anliegen, um freiheitliche Anliegen zu vertreten. Das geschieht in erster Linie in den Gemeinderatssitzungen, aber auch in den Ausschüssen und anderen Gremien einer Gemeindeverwaltung. Hiezu sollten wir alle nach der Gemeindeordnung zulässigen Mittel gebrauchen, von der einfachen **Wortmeldung** bis zu entsprechenden Anträgen. Dieses Instrumentarium wird besonders dann wirksam, wenn es uns gelingt, **Zuhörer** in die Sitzungen des Gemeinderates zu lotsen. Alle Gemeinderatssitzungen sind öffentlich, bis auf den sogenannten „Nicht öffentlichen Teil“, an dem die Zuhörer nicht teilnehmen können. Sind viele Zuhörer bei der Gemeinderatssitzung anwesend, kann der Bürgermeister kaum mit der oft recht rüden Methode seiner machtgewohnten Großpartei über freiheitliche Anträge und Wortmeldungen darüberfahren. Überdies ist jeder Zuhörer ein interessierter Gemeindebürger, der seine Eindrücke und Erfahrungen von Gemeinderatssitzungen an die Bevölkerung weiterberichtet.

Manche Bürgermeister versuchen bei für sie heiklen, brisanten Tagesordnungspunkten, diese in den **nicht öffentlichen Teil** zu verlegen. Dagegen sollten wir immer auftreten. Gerechtfertigt ist dies selten, sicher bei der Diskussion um Personalfragen oder bei der Behandlung spezieller Ansuchen von Gemeindebürgern. Bei einer Verweigerung, Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil zu diskutieren, sollte dies sofort medial gebührend an die Öffentlichkeit getragen werden.

Es ist sicher nicht notwendig, zu jeder Causa seine Meinung kundzutun, schon wegen des möglichen Vorwurfs, ein nichts-sagender Vielredner zu sein. Aber wir dürfen es nicht anderen Parteien überlassen, die Bürgerschaft betreffende Aussagen, Anträge usw. im Gemeinderat allein vorzubringen. Sicher kann es

taktisch klug sein, andere zu einem Punkt zuerst reden zu lassen, um etwa besser reagieren zu können, wenn der Gegner sein Pulver bereits verschossen hat. Aber ewiges Schweigen hat weder mit Taktik noch mit Gemeinderatspolitik etwas zu tun: Die großen Schweiger haben im Gemeinderat nichts verloren, die sollten besser an einem Trauerzug teilnehmen!

Wenn Ihre Wortmeldung im Gemeinderat auch verpuffen sollte, sie muß trotzdem geäußert werden, denn dann kann in der Zeitung berichtet werden, was der Freiheitliche gesagt hat. In vielen Gemeinden werden, weil die freiheitlichen Wortmeldungen dem Bürgermeister zu peinlich sind, über die Sitzungen lediglich Beschlußprotokolle angefertigt, die besonders unsere Diskussionsbeiträge verschwinden lassen. Hier kann man entweder gleich oder spätestens bei der Protokollgenehmigung in der nächsten Gemeinderatssitzung den Antrag auf Protokollierung seiner Wortmeldung, seines genauen Antrages usw. stellen. Wenn auch dies verweigert wird, dann muß wenigstens der Antrag auf **Protokolländerung** protokolliert werden, und die Wortmeldung ist trotzdem im Gemeinderatsprotokoll. Dabei ist es aber wichtig, die verlangte Änderung exakt zu formulieren und diese als Antrag einzubringen.

# Grundzüge der Oppositionspolitik

Von wenigen Fällen abgesehen, wo sich die Orts-FPÖ in einer Koalition mit anderen Parteien befindet, ist die Rolle unserer Partei mit der Oppositionspolitik meist exakt beschrieben.<sup>69</sup> Für eine erfolgreiche Oppositionspolitik braucht man Mut, Stehvermögen, vor allem aber den unbedingten Willen, diese Politik auch zu betreiben. Wer das nicht will oder nicht kann, der sollte gar nicht auf einer freiheitlichen Liste für den Gemeinderat kandidieren.

Als Opposition wird die Gesamtheit der mit der Regierungspolitik nicht einverstanden Parteien bezeichnet<sup>70</sup>, während neuere Definitionen die Gesamtheit der nicht an der Regierung beteiligten oder sie unterstützenden Parteien meinen.<sup>71</sup> Ob nun nicht in die Regierungspolitik eingebunden oder auch nur nicht mit der Regierungspolitik einverstanden, soll nicht der Kern freiheitlicher Oppositionspolitik sein. Oppositionspolitik, wie wir sie verstehen, soll Fehlleistungen der Regierung ohne Scheu gnadenlos aufzeigen und gleichzeitig ein besseres Konzept vorgelegen. Daß dies alles mit medialer Aufmerksamkeit verbunden sein soll, ist für die Effektivität einer bürgergerechten Oppositionspolitik unabdingbar.

Um eine derartige Oppositionspolitik erfolgreich gestalten zu können, ist Kompetenz, beste Information und gewissenhafte Vorbereitung für jeden Einzelfall, den wir oppositionell thematisieren, notwendig. Dazu sollen uns Bürgerkontakte, aufmerksamstes Studium der Regionalpresse und bestmögliche Information mittels der uns zur Verfügung stehenden Gemeinderatsunterlagen befähigen.

---

69 Dies trifft besonders in NÖ zu.

70 DUDEN, Fremdwörterbuch, Bibliographisches Institut AG Mannheim, 1960

71 dtv Lexikon. dtv 2006 Wissen Media Verlag GmbH Gütersloh/München

## Ziel der Oppositionspolitik und die Freund-/Feindbestimmung

---

Jede Oppositionspolitik muß ihr Ziele definieren, sonst läuft sie ins Leere. Alles und jedes anzugreifen, mag genauso falsch sein, wie vor lauter Zurückhaltung das Reden und Handeln zu vergessen. Das klassische **Ziel einer Oppositionspolitik** ist die Regierung. Hier fallen die politischen Entscheidungen und daher werden auch hier die Fehler begangen, die wir als Opposition anzugreifen haben. Es ist oft nicht sinnvoll, sich auf einen Nebenkriegsschauplatz zu begeben, auf dem nichts entschieden wird und der nur viel Einsatz und Mittel verbraucht. Sicher verstehen sich die Grünen selbst als unsere entschiedensten Gegner, aber ihre Bedeutung ist in den meisten Gemeinden marginal. Etwas anders sind die immer mehr in politische Mode kommenden **Bürgerlisten** zu beurteilen. Auch wenn deren Einfluß und politischer Handlungsspielraum in der Gemeinde klein bleibt, sind gerade sie es, die uns viele Wählerstimmen kosten können. Auch sie, wie die Grünen, sind wie wir meist auf die Oppositionsbank verwiesen und müssen daher, ob sie nun wollen oder auch nicht, Oppositionspolitik betreiben. Auch wenn diese Parteien die gleichen politischen Gemeindeziele verfolgen, sollten wir dies eher als Zwang zu einer eigenen, noch besseren Politik auffassen, als vielleicht eine zu nahe Kooperation zu suchen. Ja, wir sind geradezu gezwungen, auch gegen diese Parteien politisch tätig zu werden, aus dem einfachen Grund, um den Bürgern zu zeigen, daß unsere Oppositionspolitik die einzig wirksame ist und die der anderen lediglich zu einer Verzettelung führt und damit die Regierungspolitik nur stärkt. Aber nochmals: Oppositionspolitik muß sich gegen die Regierung richten, sonst wird sie in den Augen der Bürger mit Recht als überflüssig beurteilt.

Völlig anders ist dies natürlich, wenn man sich mit einer anderen Großpartei gemeinsam in der Opposition befindet. In diesem Fall wird es besonders schwierig, einerseits die Regierung anzugreifen und andererseits den „**Oppositionspartner**“ als die schlechtere Alternative darzustellen, dem überdies auch alle Medien zur Verfügung stehen. Diese Medien werden unsere Rolle als Oppositionspartei umso weniger wahrnehmen wollen,

wenn sie in der politischen Nähe der anderen Oppositionspartei angesiedelt sind. Gerade eine aus der Opposition heraus agierende Großpartei wird alles daran setzen, sich in dieser Phase zu regenerieren, was unseren eigenen Handlungsspielraum medial drastisch einschränken kann!

## **Der Gemeinderatsausschuß**

---

Wenn wir in den **Gemeinderatsausschüssen** vertreten sind, ergeben sich Informationsfluß und auch Informationspflicht, die auch eine Holschuld sein kann, von selbst. Unser Ausschußmitglied soll der bestinformierte Gemeinderat sein. Wenn wir wegen zu geringer Fraktionsstärke nicht in den Gemeinderatsausschüssen vertreten sind, dann muß unbedingt ein „**Bereichssprecher**“, entsprechend den Aufgaben der diversen Ausschüsse, aufgebaut werden. Der Bereichssprecher muß an allen Sitzungen der Gemeinderatsausschüsse teilnehmen, wenn es die jeweilige Gemeindeordnung erlaubt, auch wenn er dann oft leider nicht berechtigt ist, mitzudiskutieren.<sup>72</sup> Auch das Urteil von Fachleuten, die nicht im Gemeinderat vertreten sind, kann unserer Politik die Argumente und die besseren Lösungsansätze bringen.

## **Budget und Rechnungsabschluß, die Regierungserklärung**

---

Klassische Angriffsziele oppositioneller Gemeindepolitik sind das **Budget**, der Haushaltsvoranschlag für das kommende Haushaltsjahr sowie der **Rechnungsabschluß** des vergangenen Haushaltsjahres, ebenso natürlich das in vielen Gemeinden erstellte **Nachtragsbudget**. Es gibt kein Budget, das nicht kritisiert werden kann. Zu viele Posten enthält auch das kleinste Budget, als daß sich nicht einige hinterfragenswert darstellen. Hier geht es um die Finanzen, also auch um Gebühren, Abgaben, Steuern, die jeden Gemeindebürger zur Kasse bitten. Bei dem in den meisten Gemeinden vorhandenen mehr oder minder hohen Schuldenberg ist es leicht, die Finanzgebarung zum Wohle aller Bürger politisch zu sezieren. Ein **Gegenbudget**, das glaubhafte Einsparun-

---

72 NÖ GO § 57 (3)

gen gegenüber dem Bürgermeisterbudget aufweist, soll in der Budgetsitzung als Antrag vorgelegt werden. Dieser Budgetentwurf muß freilich seriös und auch umsetzbar sein, auch wenn wir natürlich annehmen können, daß dieser von der Regierung kaum angenommen werden wird. Unsinnige, nicht finanzierbare Forderungen erschüttern nicht nur unsere Glaubwürdigkeit, sondern könnten uns auch den Ruf der Phantasterei eintragen.

Das Gegenbudget soll natürlich nicht sämtliche Budgetposten ändern, sondern nur jene, auf die es uns ankommt. Viele Budgetposten, wie Gehälter der Bediensteten, Beiträge zu anderen Körperschaften, Verbänden usw. sind ohnehin nicht änderbar, und die meisten Budgetposten sind in der Regel sinnvoll. Wenn es gelingt, den einen oder anderen Bürgerwunsch in unserem Gegenentwurf unterzubringen, kann dies ein gutes Argument für die Bürger sein. Verschwendungssucht, Prestigeprojekte, hohe Bürgermeistergehälter, Repräsentationskosten usw. sind Kritikpunkte in fast allen Gemeinden.

**Nachtragsbudgets** müssen dann erstellt werden, wenn die Gemeinde mit den budgetierten Ansätzen nicht auskommt. Daß dies in der Regel für die Opposition „aufgelegte Elfer“ sind, muß hier nicht extra betont werden. Hier kann mangelnde finanzielle Weitsicht, Inkompetenz, mangelnde Sparsamkeit festgestellt oder, wenn es schon bei der ursprünglichen Budgeterstellung zu vermuten gewesen wäre, auch mit einiger Berechtigung Täuschungsabsicht unterstellt werden.

Der **Rechnungsabschluß** rollt nun das Budget des vergangenen Jahres, also im nachhinein, auf. Hier ist das Augenmerk speziell auf Budgetüberschreitungen zu richten, besonders dann, wenn diese nicht im allfälligen Nachtragsbudget aufgenommen wurden oder ein solches gar nicht erstellt worden ist. Budgetüberschreitungen müssen vom Gemeinderat genehmigt worden sein; wenn diese Genehmigung fehlt, ist massive Kritik angebracht und sind auch Schritte in Richtung Aufsichtsbeschwerde zu überlegen.<sup>73</sup>

---

73 NÖ GO § 75 (2)

## **Die Aufsichtsbeschwerde zwingt zur Fairneß**

---

Bei Verstößen des Bürgermeisters gegen die NÖ GO ist eine **Aufsichtsbeschwerde** an die Landesregierung oder an die Bezirkshauptmannschaft – am besten an beide – ein probates Mittel, insbesondere dann, wenn diese Verstöße öfters stattfinden und uns Freiheitliche betreffen, z.B. nicht rechtzeitige Einladungen zu Gemeinderatssitzungen, Ausschüssen, mangelhafte Vorbereitung der vor der Gemeinderatssitzung aufzulegenden Informationsmappe für die Gemeinderäte, Nichteinhaltung von Fristen, Vergessen von Kundmachungen, von Verordnungen usw.

Freilich wird man von dem Instrument der Aufsichtsbeschwerde wenig oder keinen Gebrauch machen, wenn der Bürgermeister unsere Fraktion fair behandelt. Wo aber diese Fairneß nicht zu finden ist, sollte man keine Hemmungen haben, alle Fehler des Bürgermeisters auch publik zu machen. Die Landesregierung bzw. die Bezirkshauptmannschaft muß allen Aufsichtsbeschwerden nachgehen und dem Beschwerdeführer recht geben, vorausgesetzt natürlich, daß unsere Beschwerde auch einen wirklichen Fehler aufgezeigt hat. Der Erfolg der Aufsichtsbeschwerde muß natürlich in den Medien veröffentlicht werden; es bei der Antwort der Landesregierung bewenden zu lassen, ohne die Öffentlichkeit zu informieren, hätte dann nichts anderes bewirkt, als den Bürgermeister geärgert zu haben, und dies ist in der Regel ziemlich sinnlos. Langen in der Landesregierung im Laufe der Zeit mehrere Aufsichtsbeschwerden über den Bürgermeister ein, wird sich dieser sicher mit dem Argument, wir seien eben notorische Querulanten, zu verteidigen versuchen. Aber schließlich nützt dies nicht viel, denn der Beschwerde muß auf alle Fälle nachgegangen werden, und sie muß entschieden werden. Bekommen wir Recht, ist dies für jeden Bürgermeister mehr als peinlich. Für uns ist eine positiv entschiedene Aufsichtsbeschwerde ein ideales Mittel, die allfällige Inkompetenz des Bürgermeisters in der Öffentlichkeit darzustellen. Aber eine Aufsichtsbeschwerde muß Hand und Fuß haben, sonst verpufft sie.

## **Wenn die Opposition den Gemeinderat lahmlegt**

---

Eine solche Strategie ist nur anwendbar, wenn die Opposition über mehr als ein Drittel der Gemeinderäte verfügt. Nach der NÖ-Gemeindeordnung ist der Gemeinderat nur dann beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel aller Gemeinderäte anwesend sind.<sup>74</sup> Hieraus ergibt sich die Strategie: Verläßt ein Drittel der Gemeinderäte die Sitzung, so können keine Beschlüsse mehr gefaßt werden. Freilich ist die Beschlußfassung nur aufgeschoben, denn mit einer nochmaligen Einberufung des Gemeinderates mit derselben Tagesordnung ist diese Sitzung bereits beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Gemeinderäte anwesend sind.

### **Der kollektive Auszug aus dem Gemeinderat**

Rein numerisch ist für eine mittlere Partei, die über weniger als ein Drittel der Gemeinderatsmandate verfügt, der Auszug aus dem Gemeinderat nicht wirkungsvoll. Das kann nur als Demonstration gegen absolut unpopuläre oder unser freiheitliches Gewissen belastende Beschlüsse sinnvoll sein. Verfügt die freiheitliche Ortsgruppe also über weniger als dieses Drittel an Mandatären, muß sie mit einer anderen Partei kooperieren, um den gewünschten Erfolg zu erreichen.

Hier muß es sich aber um Anträge handeln, die wir medienwirksam veröffentlichen können und dann auch müssen, denn ein solcher Schritt wird mit Sicherheit von der Bürgerschaft nur ganz selten goutiert und einfach als Arbeitsverweigerung gesehen. Bei dem derzeit schlechten Ruf der Politiker muß man sich diese Maßnahme besonders gut überlegen. Angebracht wäre dies etwa bei zu beschließenden saftigen Gebührenerhöhungen, bei extremer Geldverschwendung für unwichtige Maßnahmen, bei Beschluß eines Budgets mit hoher Neuverschuldung und bei allen die Bürgerschaft wirklich negativ treffenden Beschlüssen.

Der kollektive Auszug aus dem Gemeinderat muß ein Paukenschlag sein, und es muß sofort mit den nötigen medialen Maßnahmen nachgestoßen werden: Flugblattaktionen, Presse-

---

74 NÖ GO § 48

konferenz, Presseaussendung. Die Initiative muß beim Handelnden bleiben, also bei den Ausziehenden, deswegen ist die Erstinformation am allerwichtigsten.

Dieses Instrument sollte wegen seiner relativen Unpopularität nicht zu oft angewendet werden. Aber wenn, dann am besten in steter Folge. Dann wird der Gemeinderat tatsächlich funktionsunfähig, auch wenn eine unsensible Mehrheitsfraktion der Regierung eben nur auf jeder zweiten Gemeinderatssitzung ihre Beschlüsse fassen kann. Dies führt aber unweigerlich in eine Auflösung des Gemeinderates und zu Neuwahlen. Hier wird es dann nicht unwesentlich sein, erklären zu können, wer dies verschuldet hat, denn denjenigen bestrafen die Wähler aus Erfahrung: Waren es die bürgerfeindlichen Anträge der Regierung im Gemeinderat oder war es der kollektive Auszug aus dem Gemeinderat?

### **Der kollektive Rücktritt**

Dies ist eine ähnliche Strategie, wie der kollektive Auszug aus dem Gemeinderat. Wenn ein Drittel aller Gemeinderäte zurücktritt und die Fraktionen diese freigewordenen Mandate nicht nachbesetzt – das heißt, die Listennachgereihten müssen ebenfalls verzichten –, dann muß die Landesregierung den Gemeinderat auflösen und Neuwahlen ausschreiben.<sup>75</sup> Daß hier ausgesprochene Machtspielereien exerziert werden, ist evident und wird gerne von den Großparteien, wenn eine Wahlanalyse ein günstiges Abschneiden bei der Wahl verspricht, angewendet. Insbesondere dann, wenn etwa damit die bei der letzten Wahl verlorene Position wieder zurückzugewinnen möglich erscheint.

Für uns, als kleine bis mittlere Partei, wird dieses Instrument wenig Erfolg bringen. Ein solcher Schritt führt zwangsweise zu einer Polarisierung der beiden Großparteien und dann wählen auch viele unserer Klienten das kleinere Übel, um das größere zu verhindern. Eine Tatsache, die wir auch aus der großen Politik zur Genüge kennengelernt haben.

---

75 NÖ GO § 94 (2)

## **Das Budget läßt auf sich warten**

Ein bürgerfreundliches Budget kann man durch Nichtzustimmung, es ist nur die einfache Mehrheit notwendig, verhindern. Dazu sind aber immerhin mehr als die Hälfte der Stimmen im Gemeinderat notwendig. In diesem Fall wird wohl an der Überarbeitung des vorgelegten Budgets kein Weg vorbei führen. Verfügt aber die Opposition nicht über diese Mehrheit, aber über ein Drittel der Stimmen, dann kann sie durch Auszug aus dem Gemeinderat oder durch Verlassen des Sitzungssaales bei der Budgetabstimmung das Budget verhindern, freilich nur bis zur nächsten Sitzung, denn dann gilt das Obengesagte, es müssen lediglich mehr als die Hälfte aller Gemeinderäte zum Budgetbeschluß anwesend sein.

Bis zur Genehmigung des Budgets kann der Bürgermeister mittels einer sogenannten Haushaltsermächtigung die gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen sowie die laufenden Ausgaben bestreiten.<sup>76</sup>

Der Sinn dieser temporären Verhinderung des Budgetbeschlusses liegt lediglich in der medialen Auswertung. Hier muß argumentiert werden, daß wir versuchten ein „Belastungsbudget“ zu verhindern, die Regierung aber darauf beharrte und nun die Bürger die Zeche, d.h. die neuen Belastungen, zu tragen hätten. Es müssen die Posten angeführt werden, die zur Belastung führen, und es muß dem Bürger vorgerechnet werden, was auf ihn zukommt. Eventuelle Alternativen sind ebenfalls zu beschreiben.

## **Das Initiativrecht als Instrument der direkten Demokratie**

Ein leider wenig gebrauchtes Recht der Gemeindebürger ist das **Initiativrecht**,<sup>77</sup> das Maßnahmen oder Aufgaben im Interesse der Gemeinde verlangen kann, wenn diese im Wirkungsbereich der Gemeinde liegen. Der Initiativantrag muß von mindestens so vielen Gemeindebürgern unterschrieben sein, wie zum Erlan-

76 NÖ GO § 74

77 NÖ GO § 16

gen eines Gemeinderatsmandates an Stimmen notwendig gewesen sind. Dieses Instrument berücksichtigt dringende Bürgeranliegen, die ohne parteipolitische Nähe artikuliert werden sollen oder für die sich keine politische Partei gefunden hat, diese Wünsche in den Gemeinderat zu tragen. Wenn das Begehren des Initiativantrages auch im Interesse unserer Wählerschaft liegt, sollte dieses von uns auch unterstützt werden. Jedenfalls können wir den Initiatoren bei Abfassung und Durchführung behilflich sein. Ein von Bürgern ausreichend unterzeichneter Initiativantrag muß laut NÖ GO vom Organ, an das er gerichtet ist, zwingend behandelt werden.<sup>78</sup>

### **Wenn mich der politische Gegner umarmt**

---

„Einen Feind, den ich nicht bekämpfen kann, umarme ich“, sagt etwa ein japanisches Sprichwort. Danach richten sich, mehr oder minder bewußt, viele Bürgermeister in ihrem Verhalten uns gegenüber. Bindet der Bürgermeister die Freiheitlichen in seine Politik ein bißchen ein, erspart er sich deren andauernden oppositionellen Angriff. Also Achtung vor einem kritiklosen **Einbindenlassen in die gegnerische Politik**. Das heißt nicht, daß wir einem fairen Bürgermeister nicht auch unsererseits fair gegenüber treten. Können wir seine Politik mit unserem Wählerauftrag zur Deckung bringen, dann spricht auch nichts dagegen, wenn wir in der einen oder anderen Sache konform gehen. Die Gefahr, so das eigene Politprofil zu verwaschen und konturlos zu machen, wenn nicht gänzlich zu verlieren, ist viel zu groß, besonders für eine Kleinpartei. Als Anhängsel einer Großpartei gesehen zu werden, ist der Beginn des politischen Endes.

Völlig gleich ist das oft unangebrachte **Lob des Gegners** zu beurteilen. Nicht jeder, der Dir auf die Schultern klopf, meint es ehrlich. Man lobt nur allzu gerne gerade die Schwächen des Gegners, in der Hoffnung, daß er diese weiter kultiviert. Einer Kleinfraktion kommt gewöhnlich wenig Anerkennung aus dem Mund der Gemeindegewaltigen zu. Umso vorsichtiger sollten wir jedes Lob hinterfragen. Werden wir zum Beispiel wegen un-

---

78 Hier sei auf die Anmerkung 9 verwiesen, insbesondere NÖ GO § 16 a (4)

seres fairen Wahlkampfes gelobt, dann war dieser sicher nicht gut geführt! Seien wir uns bewußt, daß jeder, der uns lobt, auch etwas von uns will, was ihm nützt. Unser Nutzen ist für den politischen Gegner immer uninteressant und kontraproduktiv.

## **Der Freiheitliche Gemeindekurier als Organ der Opposition**

---

Eines der wichtigsten Instrumente einer effektvollen Oppositionspolitik ist die eigene freiheitliche **Gemeindezeitung**, über die jede Ortsgruppe verfügen muß, um an den Bürger heranzukommen. Es gibt aller Erfahrung nach kaum Medien, die uns wirklich wohlgesonnen sind, geschweige denn, uns fair behandeln. Berichte über uns werden stets mit den Augen unserer politischen Gegner verfaßt und kommentiert. Ausnahmen mögen auch hier die Regel bestätigen. Das allein spricht schon für die politische Notwendigkeit, eine eigene Parteizeitung herauszugeben.

Im Freiheitlichen Gemeindekurier können wir unsere Gemeindepolitik darstellen ohne die wirklichkeitsverändernden Kommentare der Redakteure anderer Medien. Die meisten hier besprochenen Elemente einer erfolgreichen Gemeindepolitik erlangen erst durch die Berichterstattung in den Medien volle Wirksamkeit. Das ist somit der nachhaltigste Teil unserer Gemeindepolitik, denn das gedruckte Wort wird von vielen gelesen, auch von jenen, die sich, aus welchen Gründen auch immer, scheuen, mit uns direkt in Kontakt zu treten. Und viele, die nicht wagen, dem Bürgermeister ihre Meinung zu sagen, solidarisieren sich mit unserer Meinung, die sie oft ausschließlich aus unserer Zeitung kennen, und werden langsam unsere Parteigänger.

Die Glaubwürdigkeit unserer Artikel kann oft sehr wirksam unterstützt werden, indem wichtige Schriftstücke, wie Gemeinderatsprotokolle, Entscheidungen über Aufsichtsbeschwerden oder eigene Gemeinderatsanträge faksimiliert in unsere Gemeindekurier aufgenommen werden. **Oppositionspolitik ist nicht Politik hinter verschlossenen Türen, sondern eine Politik, die die Öffentlichkeit suchen muß.** Nur so kann sie wirksam werden, indem sie den nötigen Druck der öffentlichen Meinung auf die Regierung

aufbaut. Mediale Öffentlichkeitsarbeit ist eine Bringschuld an die Bürger und nicht so sehr deren Holschuld.

## **Die politischen Themen der Gegner**

---

Manche Medien verstehen es geradezu perfekt, **politische Themen unserer Gegner** „am Köcheln zu halten“, ja diese geradezu als besondere Ziele jeder Politik hinzustellen. Dazu gehören u. a. der Feminismus, Genderpolitik, Antiatompolitik und noch viele andere gutmenschliche Dauerbrenner. Meist sind mit diesen Forderungen auch bestimmte politische Gruppierungen verbunden. Man denke nur an die typischen Grünthemen, z.B. Atomkraftwerk Temelin oder die Hainburger Au, die wir auch bei noch so engagiertem Eintreten für diese Forderungen niemals für uns wirksam werden lassen können. Dies gilt auch umgekehrt; das Fremden- und Asylantenthema gehört uns Freiheitlichen, auch wenn die ÖVP, besonders vor Wahlen, fremdenkritische Töne hören läßt.

Mit solchen „parteispezifischen“ Themen des politischen Gegners wird ein ganz bestimmtes Publikum angesprochen, das wir sicher nie auf unsere Seite ziehen können, um uns zu wählen.<sup>79</sup> Transportieren wir gegnerische Themen, so werden diese nicht, oder bestenfalls marginal, für uns wirksam, aber wir unterstreichen auf alle Fälle die Richtigkeit der gegnerischen Forderungen.

### **Grünthemen, das gutmenschliche Mäntelchen**

Sicher kann man nicht immer diesen Forderungen generell aus dem Weg gehen, sind doch viele von ihnen auch schon seit jeher unsere eigenen gewesen; wir waren schon vor den Grünen eine umweltbewußte Partei. Viele unserer Wähler vertreten eine ähnliche Umweltpolitik wie die Grünen, ohne diese dann zu wählen. Auf diese Klientel müssen wir selbstverständlich Rücksicht nehmen, aber wir sollten vermeiden, ausgesprochene Grünthe-

---

<sup>79</sup> Man denke an das freiheitliche Anti-Temelin-Volksbegehren, das am 21. Jänner 2002 noch 914.973 Unterschriften gebracht hatte, aber bei der am 24. November 2002 stattfindenden NR-Wahl konnten lediglich 491.328 Stimmen für die FPÖ erreicht werden!

men zu eigenen Hauptthemen zu machen. Zielführender ist es, ortsspezifische Umweltfragen, also „legitime“ **Grünthemen** zu diskutieren und politisch umzusetzen, um dann den Grünen Untätigkeit vorwerfen zu können.<sup>80</sup> Man kann auch den Gegner mit seinen eigenen Waffen schlagen.

### **Die medialen Dauerbrenner**

Jede Gemeinde hat ihre ganz spezifischen politischen **Dauerbrenner**, die meist direkt mit einer schwachen Finanzlage zusammenhängen. Das muß aber nicht sein. Solche Dauerbrenner erregen in der Regel in der Bevölkerung großen Unmut und in der Folge Unzufriedenheit mit der Ortsregierung. Es ist für eine Oppositionspolitik selbstverständlich, solche Dauerbrenner zu kultivieren und immer wieder den Finger in die offene Wunde zu legen. Freilich müssen auch Lösungsvorschläge mit der Kritik Hand in Hand gehen, sonst wird unsere Kritik als Polemik abgetan, was sie ja dann auch wäre.

Klassische Dauerbrenner sind z. B. Finanzen, Schulden, Straßenbau, Kanalbau, Kindergarten, Verkehrsprobleme, Park- & Ride-Plätze vor Bahnhöfen, Nahversorgung, explodierende Bautätigkeit, Ortsverschandelung, Sicherheit, Einbrüche, Wohnstraßen. Mit diesen Themen werden besonders die unzufriedenen Wechselwähler angesprochen. Wird ein solches Thema einmal von uns in den Gemeinderat gebracht, dann dürfen wir auch nicht locker lassen und müssen immer wieder unsere Forderung erheben. Daß dies medial begleitet werden muß, ist zum Gelingen der Kampagne unabdingbar. Mit einer solchen Aktion können wir auf alle Fälle bei den Bürgern punkten. Entweder werden unsere Forderungen realisiert, dann waren wir die Initiatoren, auch wenn der Bürgermeister dies natürlich als seine Leistung darstellt, oder unser Antrag wird nicht realisiert, dann bleibt unsere Forderung ein berechtigter Dauerbrenner, den wir bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder aufs Tapet bringen können.

---

80 In Preßbaum hatten sich die Grünen geweigert, gegen die illegale Ablagerung von Klärschlamm aufzutreten, weil sie eine Klage des Grundstückseigentümers, eines ÖVP-GR, fürchteten. Die FPÖ scheute sich nicht, den Skandal zu thematisieren.

## Die Faschismuskeule

Wenn unseren Gegnern die Argumente ausgehen, dann schwingt er in heroischer, gutmenschlicher Art die **Faschismuskeule** wider uns und meint, damit alle Sympathien für uns gründlich ausgetrieben zu haben. Diese Methode ist seit dem finsternen Mittelalter ein probates Mittel, den Gegner zu erledigen. Die Keule hat nur im Laufe der Jahrhunderte immer wieder ihren Namen gewechselt. War es einmal der Vorwurf, vom Teufel besessen zu sein, so war es dann später in der Metternich-Zeit die Anklage, revolutionärer, burschenschaftlicher, republikanischer Gesinnung zu sein, später war es dann der Volksfeind und wieder später der Fremdenfeind, um ein Faschist zu sein. Jede Zeit hat ihre wirksame Keule, von der getroffen zu werden, gleichbedeutend mit Schwierigkeiten auf dem Arbeitsplatz, im persönlichen Umfeld, in der Schule oder im Verein sein kann. Jedenfalls ist dies beabsichtigt, und die gutmenschliche Empörung sonnt sich im Glanze ihrer dem Gegner zugefügten Schikanen. Hier reichen oft christlich motivierte Denunzianten ihren marxistischen Brüdern gleicher Geisteshaltung die Hände.

Alle Erwartungen, daß das Ewiggestrige einmal seine politische Wirksamkeit verlieren würde, sind bis jetzt vergebens. Für zuviele ist diese Waffe zu bequem, und der medialen Zustimmung der Zeitgeistblätter kann man sicher sein. Der Faschismuskeule können wir also oft nicht entkommen: nicht verteidigen und rechtfertigen, der Gegner wartet nur auf eine solche Stellungnahmen und dann geht es erst richtig los. Unter Hinweis, daß wir Politik für die Zukunft machen und nicht für die Zeit vor über sechzig Jahren, das Gespräch verweigern oder im Dorf kontern, wenn bekannt, welcher ÖVP- oder SPÖ-GR auch Nationalsozialist gewesen ist.

Trifft der Faschismusvorwurf allerdings einen freiheitlichen Gemeinderat persönlich, sind rechtliche Schritte zu unternehmen. Jedenfalls muß sofort reagiert werden.

# Das politische Leben in der Gemeinde

In einer von Leben erfüllten Gemeinde findet sich jeder Bürger gleichzeitig meist in sehr verschiedenen Existenzebenen. Diese Ebenen sind die Arbeitswelt, das kulturelle Umfeld, die religiöse Bindung, die sportliche Betätigung, der Freundeskreis, der Wirtshausstammtisch und noch viele, viele andere Bindungen an ebenso vielfältige Interessensgruppen. Je nach persönlicher Lebenslage, sozialem Selbstverständnis, Lebensalter und Lebensphase, Vorlieben und Abneigungen sind wir alle durch unsere Herkunft, aber auch durch Selbstwahl an bestimmte Gruppen freiwillig gebunden.

Eine dieser Ebenen ist die politische, der wir nicht aus dem Weg gehen können, ob wir dies wollen oder auch nicht. Selbst bei totaler politischer Abstinenz und persönlicher Politverweigerung bestimmt doch die Politik unser gesamtes Leben. Im modernen Staat gibt es für die essentiellen Lebensabläufe keine Freiräume mehr, die nicht von der Politik längst okkupiert worden sind. Selbst der verzweifelte Ruf nach einer von Fremdbestimmung freien, heilen Welt ist zum politischen Programm verkommen und von Parteien für ganz andere Zwecke und Ziele mißbraucht worden.

Bürger, welche die Zusammenhänge kennen oder auch nur ahnen, wagen dann bewußt den Schritt in die Teilnahme an der Politik. Wenn ich dem Entscheidungsgremium angehöre, ist ihre Überlegung, dann kann ich auch die Entscheidungen beeinflussen. In der Ortspolitik haben wir es mit dem gesamten Spektrum vom Politikverweigerer bis zum überzeugten Politiker selbst zu tun. Alle Politik – und Gemeindepolitik, die hautnah zu spüren ist, erst recht – hat allen gerecht zu werden, muß an allen Befindlichkeiten ihr Maß nehmen. Nur so kann eine größtmögli-

che Akzeptanz in der Bürgerschaft erreicht werden, die unsere Glaubwürdigkeit legitimiert.

Die politische Ebene existiert nie allein, sie kommuniziert mit fast allen anderen Ebenen, was sich für den einzelnen in seiner ganz persönlichen Identität widerspiegelt. Wir müssen also als politische Willensträger ebenfalls mit allen Ebenen kommunizieren. Sicher ist die Intensität, mit welcher der einzelne dies tut, seiner ureigensten Persönlichkeitsstruktur entsprechend. Aber ohne Kontakte geht es auf keiner politischen Ebene.

Daraus leitet sich der freiheitliche Auftrag ab, an der Gestaltung des politischen Lebens in der Ortsgemeinde regen Anteil zu nehmen. Wie effektiv das in der einzelnen Gemeinde verwirklicht werden kann, hängt nicht nur von der Größe der jeweiligen freiheitlichen Ortsgruppe ab, sondern auch von den örtlichen Gegebenheiten und auch sehr stark von den persönlichen Fähigkeiten und Talenten der Ortsgruppenmitglieder. Nicht alles, was in den nächsten Kapiteln vorgeschlagen wird, kann überall verwirklicht werden. Es soll aber Anstöße geben, am politischen Leben in irgendeiner Form teilzunehmen. Jede Ortsgruppe soll versuchen, einen nach ihren Möglichkeiten gestalteten Plan zu erstellen und umzusetzen. Wesentliche dabei ist, daß möglichst viele Freiheitliche mit möglichst vielen Bürgern in persönlichen Kontakt kommen.

In kleineren Ortschaften wird es genügen, wenn die Mitglieder der Ortspartei als allseits bekannte Freiheitliche mit den Bürgern zusammenleben, deren Sorgen und Nöte, deren Kritik und Wünsche politisch zu kanalisieren versuchen und daraus Ziele ihrer Ortspolitik ableiten.

## **Viertelvertrauensleute, das Ohr für Bürgerwünsche**

---

Schwieriger ist dies in großen Ortschaften, wo nicht mehr jeder jeden kennt und vor allem die an uns herangetragenen Dinge nicht mehr für die ganze Gemeinde gleichermaßen Gültigkeit haben. Denken wir nur an ein dringend gewünschtes Straßenbauprojekt, das nur für einen Ortsteil ein Problem darstellt. Hier wird es angebracht sein, daß die Ortsgruppe **Viertelvertrauensleute** bestimmt, die sich ganz speziell um den ihnen zugewiesenen

Ortsteil kümmern. Die Viertelvertrauensleute müssen in den Ortsteilen besonders bekannt gemacht werden, und diese selbst müssen sich natürlich bemühen, in ihrem Ortsteil ein Vertrauensverhältnis zur Bevölkerung aufzubauen, indem sie sich um alle Belange kümmern, diese medial verarbeiten und versuchen, in die Ortspolitik einfließen zu lassen. Daß bei gelungener Tätigkeit des Vertrauensmannes dieser auch der bevorzugte Kandidat seines Ortsteiles sein soll, ist evident und ergibt sich von selbst.

## **Das Bürgertelephon als elektronischer Ombudsmann**

---

Die Einrichtung eines **Bürgertelephons** gibt allen Bürgern rund um die Uhr Gelegenheit, mit uns in Kontakt zu treten. Am besten ist dies eine ausschließlich für diesen Zweck eingerichtete Handy-Telephonnummer, auf deren Mailbox auch nächtens, sonntags und auch bei Abwesenheit des Betreuers unseres Bürgertelephons eine Nachricht hinterlassen werden kann. Natürlich kann dies auch eine Festnetznummer sein, aber mit einem Mobiltelefon kann man praktischerweise auch außer Haus benachrichtigt werden. Die Bürgertelephonnummer muß am besten mit jeder Veröffentlichung bekanntgegeben werden; vielleicht gelingt es auch, eine sehr einprägsame Telephonnummer vom Netzbetreiber zu erhalten, die man sich leicht merken kann.

Wichtig ist, daß jeder Anruf, wenn auf Mailbox hinterlassen, beantwortet wird. Dem vom anrufenden Bürger mitgeteilten Problem ist unbedingt nachzugehen, und, wenn möglich, einer Erledigung zuzuführen. Ein Anruf ist auch eine ideale Gelegenheit, mit dem Bürger in der Folge in persönlichen Kontakt zu treten. Es ist selbstverständlich, daß die Gespräche vertraulich behandelt werden, es sei denn, der Bürger hat gegen einen Gebrauch seiner eventuellen Information in der Öffentlichkeit nichts einzuwenden.

Anrufe politischer Gegner, die nichts anderes bezwecken, als uns zu ärgern, sollten rasch beendet werden bzw. gar nicht beantwortet werden. Selbst darf man aber niemals die Contenance verlieren und gar den Anrufer beschimpfen, auch dann, wenn dieser sich einer vulgären, aggressiven Sprache bedienen sollte. Vielleicht will dieser nur provozieren, um dann unsere aufge-

zeichnete Antwort gegen uns verwenden zu können. Selbst sollte man tunlichst über alle eingelangten Gespräche wenigstens stichwortartige Aufzeichnungen führen.

## **Die Homepage, die schnellste Zeitung und Informationsquelle**

---

Ein sehr modernes Instrument der Werbung ist die Homepage. Freilich ist man per Homepage nur über Internet erreichbar, aber die Zahl der Internetnutzer wird von Jahr zu Jahr größer, und es sind vor allem die Jugendlichen, welche die fleißigsten Internetnutzer sind. Leute, die Parteizeitungen oft ungelesen wegwerfen, sind durchaus bereit, die gleiche Zeitung im Internet zu studieren. Wird die Homepage immer auf aktuellem Stand gehalten, ist sie das schnellste Kommunikationsmittel, das wir zur Verfügung haben. Damit können wir auch medial unseren politischen Mitbewerbern immer einen Schritt voraus sein.

## **Bürgergespräche, der direkte Kontakt**

---

Viele Bürger scheuen sich, einen Gemeinderat anzusprechen, sind dann aber durchaus bereit, diesem ihre Anliegen zu unterbreiten. Hier sind **Bürgergespräche** der richtige Weg, mit unseren Mitbürgern in Kontakt zu kommen. Sei es, daß man derartige Bürgergespräche als **Sprechtage** ankündigt und bei Bedarf abhält, jedenfalls kommen wir mit diesem Instrument dem Bürger entgegen. Und man muß es deutlich ankündigen: Der Bürger bestimmt den Gesprächsinhalt und wir antworten. Ob wir nun mit jedem Bürger, unter selbstverständlicher Wahrung der Discretion, allein sprechen, oder bei Bürgergesprächen, besonders bei allgemein interessierenden Themen, auch eine allgemeine Aussprache vorziehen, wird in der Regel vom Thema bestimmt. Sucht der Bürger persönliche Hilfe, dann wird man auch das Gespräch unter vier Augen führen. Geht es aber um ein viele Bürger betreffendes Thema, z.B. Straßenrenovierung, Kanalbau etc. so wird man vielleicht besser agieren können, wenn viele Bürger diskutieren.

Im Falle des Einzelgesprächs sollte man aber „Vernaderungsversuchen“, wen sie auch immer zum Ziel haben, tunlichst kein Ohr leihen, besonders dann, wenn versucht wird, einen Keil in die eigene Partei zu treiben. Das Einzelgespräch muß in einer absoluten Vertrauensatmosphäre stattfinden, sonst bringt es für beide Seiten nichts Ersprießliches.

Bürgergespräche können aber auch Informationen der Bürger über besondere Vorkommnisse oder die Allgemeinheit betreffende politische Vorgänge in der Gemeinde zum Inhalt haben. Hierfür muß natürlich anders geworben werden als für Gespräche mit dem einzelnen Bürger oder einer kleinen Gruppe.

Für Bürgergespräche sollen alle Gemeinderäte zur Verfügung stehen. Es können aber auch Parteifunktionäre aus Gemeinde, Bezirk, Land und Bund sowie Fachleute und Experten zu speziellen Themen eingeladen werden. Das Thema des Bürgergesprächs soll durch den Referenten definiert sein und nicht durch die Parteifunktion. Natürlich wird man sich die Gelegenheit, einen sehr bekannten Parteifunktionär in das örtliche Bürgergespräch einladen zu können, nicht entgehen lassen. Dann muß aber das Thema des Bürgergesprächs auf die Persönlichkeit zugeschnitten sein.

## **Der Stammtische als dörfliches Kommunikationszentrum**

---

Auf die Rolle der **Stammtische** ist schon hingewiesen worden. Stammtische können durchaus ein politisches Instrument in der Ortspolitik sein, dann müssen sie aber regelmäßig stattfinden; am besten immer an bestimmten Tagen des Monats im selben Lokal. Mit dem Begriff des Stammtisches wird allgemein ein geselliges Beisammensein verbunden, das vorwiegend, wenn nicht fast ausschließlich, von Männern gepflogen wird. Wichtig für den freiheitlichen Stammtisch ist, daß er nicht mangels Besucher verkümmert. Es müssen also bei jedem Stammtisch einige Freiheitliche anwesend sein, sonst kann er zu einem Politforum unserer Gegner verkommen. Als Zusammenhalt innerhalb der Ortsgruppe ist ein regelmäßiges Treffen mit Gedankenaustausch genauso wichtig wie der Transport freiheitlicher politischer Anliegen. In jeder Ausgabe des Freiheitlichen Gemeindeguriers soll

der Stammtisch angekündigt werden. Stammtische werden aus Gewohnheit besucht. Man muß den Termin, etwa den ersten Dienstag jeden Monats, im Gedächtnis haben, was nur durch dauernden Hinweis erreicht werden kann.

## **Das Vortragswesen**

.....

Ein entwickeltes **Vortragswesen** kann sowohl zur politischen Willensbildung in der Gemeinde beitragen, als auch zur ungezwungenen Kontaktaufnahme mit den Bürgern nützlich sein. Für politische Vorträge soll man ausschließlich Vortragende einladen, die auch etwas zu sagen haben und dies auch können. Es gelten hier die gleichen Anforderungen wie die im Kapitel „Bürgergespräche“ erwähnten.

Kulturelle Vorträge sollen sich möglichst nach den Interessen der zu erwartenden Besucher richten. Dies abzuschätzen, kann eine gut geführte **Interessentenkartei** enorm erleichtern. Es hat wenig Sinn, Themen anzubieten, die erfahrungsgemäß für nur wenige Besucher von Interesse sind. Für Kulturvorträge ist es von Vorteil, die Zusammenarbeit mit anderen örtlichen Vereinen zu suchen, wie ÖTB, Kameradschaftsbund, Heimatverein usw., nur soll dann das Vortragsthema mit den Vereinsinteressen etwa zusammenfallen.

Aus Erfahrung kann gesagt werden, daß Vorträge, die sich mit der Ortsgeschichte beschäftigen, meist gut ankommen. Ortsgeschichte soll hier im weitesten Sinn verstanden werden; so ist eine Vortrag über die Geschichte des örtlichen Stemmerklubs genauso Ortsgeschichte wie etwa ein Vortrag „100 Jahre Fußballklub“ oder die Schulgeschichte. Bei der Themenauswahl sollten keine Grenzen gesetzt werden, es soll nur beachtet werden, daß man Vorträge anbietet, die schon vom Thema oder auch vom Vortragenden erwarten lassen, daß damit nicht ausschließlich freiheitliche Vorstellungen abgehandelt werden, aber genauso wenig, daß vielleicht auch das Gegenteil der Fall sein könnte.

## **Öffentliche Parteisitzungen**

---

Zu **Sitzungen der Ortspartei**, aber nicht des Ortsparteivorstandes, können interessierte Bürger eingeladen werden. Natürlich dürfen auf solchen offenen Sitzungen keine brisanten Parteiinterna besprochen werden, vielmehr sind gerade solche Sitzungen sehr geeignet, umstrittene Gemeindethemen anzusprechen. Mit den Einladungen signalisieren wir eine Offenheit gegenüber den Bürgern, die auch zur Meinungsbildung beitragen können. Schon statutengemäß können in derartigen Sitzungen keine Beschlüsse gefaßt werden, doch soll es durchaus möglich sein, über rhetorische Fragen, die anwesenden Bürger gleichsam meinungsbildend abstimmen zu lassen. Dadurch können wir die Besucher in einen politischen Entscheidungsprozeß einbinden und sie gerade damit für eine eventuelle Mitarbeit in der Ortspartei begeistern.

Die Durchführung solcher Sitzungen ist mehr als sensibel. Zu viele Parteifremde sollte man auf keinen Fall einladen, weil dadurch die Gefahr besteht, von diesen manipuliert zu werden. Für eine parteifremde Mehrheit haben wir keine Steuerungsmittel in der Hand. Es werden sich also die Einladungen stets auf wenige Personen beschränken, für die ja der tatsächliche einladende Parteikamerad auch bürgt. Sollen viele Personen eingeladen werden, dann ist das eben eine Bürgerversammlung, der aber dann der intime Charakter einer beschlußfassenden Parteiversammlung fehlt.

## **Standelaktionen, der Verkaufsladen für politische Sonderprodukte**

---

**Standelaktionen** sind sehr öffentlichkeitswirksame Werbeaktionen, über die auch Lokalmedien gerne berichten. Ein Standel ist nicht leicht zu übersehen, es steht mit Absicht in einem vielbegegangenen Ortsteil und signalisiert schon von weitem: Hier stehen Freiheitliche. In den 90er Jahren waren FPÖ-Standeln richtige Anziehungspunkte für die Bevölkerung, meist lagen Unterschriftenlisten für spezielle Volksbegehren, Petitionen etc. auf. Hier konnte der Bürger seine Sorgen, aber auch seine Erwartun-

gen an die Freiheitlichen aussprechen und diskutieren. Leider sind viele Unterschriftenaktionen im Sand verlaufen, und nun ist es schwieriger geworden, Bürger am Standel anzusprechen.<sup>81</sup> Das Argument „Auch ihr könnt nichts ändern“, trifft ja auch auf die anderen Parteien zu, aber deswegen wird die Aktion nicht erfolgreicher. Doch man sollte nicht den Mut verlieren, ein kräftiges Lebenszeichen ist ein Standel allemal. Diese Standelmüdigkeit der Bürger kann aber nicht für Aktionen, die Gemeindefragen betreffen, gelten. Hier liegt es eindeutig an uns selbst, gewichtig in Erscheinung zu treten.

Eine Standelaktion sollte aber nur wichtigen Themen vorbehalten bleiben; es muß sich für den Bürger lohnen, mit uns vor aller Welt zu sprechen und eventuell eine Liste zu unterschreiben. Unterschriftenlisten allein sind für eine Standelaktion zu wenig. Abhängig vom Thema soll ein Standel entsprechend aufbereitet und hergerichtet sein. Pläne, Modelle, Gutachten, Photos, weiterführende Broschüren sind je nach Gegenstand der Werbung vorzubereiten. Natürlich auch Erfrischungsgetränke, Brötchen und anderes, aber das muß nicht sein. Wichtig ist eine gutinformierte Standel-Crew, die über den Gegenstand der Standelwerbung ausreichend Auskunft erteilen kann. Wir müssen hier, wie überall, unsere Kompetenz „an den Mann“ bringen. Der Bürger muß das Standel besser informiert verlassen, als er es aufgesucht hat.

Vielredner und endlose Besserwisser anderer Parteien sind möglichst mit höflichen Worten abzuwimmeln. Solche Leute stören nur den Zweck unseres Standels, besonders dann, wenn auch andere Besucher anwesend sind.

Natürlich kann eine Aktion auch ohne Standel durchgeführt werden. Dies bietet sich besonders dann an, wenn wir durch eine verzweigte Ortschaft gehen, die kein Ortszentrum hat oder mehrere Zentren aufweist. Da es meist unmöglich ist, mehrere Standel gleichzeitig zu betreiben, kann man diese zeitversetzt an

---

81 Auch die parteiinterne Entwicklung nach Knittelfeld und die Enttäuschung vieler Bürger, gerade wegen der Regierungsbeteiligung, mögen hier wirksam sein.

verschiedenen Orten aufstellen, oder auch, wie bei einer einfachen Verteilaktion, durch die Straßen gehen.

## **Hausbesuche – wir liefern politische Information frei Haus**

---

Das ist dann schon der Übergang zu **Hausbesuchen**, wo man gezielt an den Wohnungstüren läutet. In ländlichen Regionen ist dies sehr oft mit Schwierigkeiten verbunden, da man nicht an den Wohnungstüren läuten kann, sondern bei den Gartentüren. Wenn man dann auf 15 Meter Entfernung einer aus dem Fenster schauenden Frau erklären muß, was man eigentlich will, dann ist es schon vorbei, nicht nur für unsere FPÖ-Mannschaft, sondern auch für den Bürger, dem unser Besuch gerade gilt. Aber Hausbesuche sind ein nicht zu unterschätzendes Mittel, unsere Ideen an den Bürger zu bringen, und viele freuen sich gerade deswegen über unseren Besuch, weil sie merken, daß es uns ein wirkliches Anliegen ist, mit ihnen zu sprechen.

## **Gesellige Veranstaltungen mit Charme**

---

Wenn es organisatorisch möglich ist, ist die Veranstaltung jahreszeitlich bestimmter Feste, Feiern, Geselligkeiten eine besonders gute Gelegenheit, uns unpolitisch, sozusagen privat mit den Bürgern zu unterhalten. Hier sind gesellige Ereignisse wie **Bälle, Heringsschmaus, Wildessen, Preisschnapsen, Kegeln, Wanderungen, Kinderschirennen, Ausstellungen** oder **Weihnachtsfeiern** zu nennen. Diese Liste geselliger Veranstaltungen kann beliebig erweitert werden und ist in erster Linie von den Gegebenheiten in der Ortschaft, von der zur Verfügung stehenden parteieigenen Mannschaft und den finanziellen Möglichkeiten abhängig. Es muß uns bewußt sein, daß eine Veranstaltung, trotz noch so perfekter Planung und Durchführung ein Mißerfolg werden kann. Die Gegenpropaganda des politischen Kontrahenten darf besonders auf dem Land nicht unterschätzt werden. Sicher wird man zu solchen Veranstaltungen auch Parteifreunde aus der nächsten Umgebung einladen, um nicht wegen zu geringer Besucherzahl neben dem finanziellen Mißerfolg auch noch die hämische Nachrede der anderen zu haben. Aber Veranstaltun-

gen von einem gelungenen Parteiturismus abhängig zu sehen, kann in der Bevölkerung höchstens Mitleid hervorrufen und das nützt uns auch nicht.

### **Vereine, der Bürgerkontakt ohne parteipolitisches Mascherl**

.....

Jeder, der sich in die Ortspolitik begeben will, ist gut beraten, in einige **Vereine** einzutreten. Ein lebendiges Vereinsleben bringt uns mit einer Vielzahl von Gemeindegürgern in Kontakt, und diese lernen uns von einer ganz anderen Seite als der politischen kennen. Das persönliche Kennenlernen ist oft das beste Argument gegen die Haßtiraden unserer Gegner auf alles, was freiheitlich ist. Nur sollte sich eine allfällige Mitgliedschaft keineswegs auf das Dasein einer Karteileiche beschränken, sondern man muß dann auch aktiv am Vereinsleben teilhaben, sonst wirkt die Mitgliedschaft kontraproduktiv. Anzustreben ist natürlich auch hier eine führende Vereinsfunktion, die uns mit möglichst vielen Bürgern in Kontakt bringt. Bei jedem Engagement eines freiheitlichen Gemeinderates in einem Verein müssen dessen Aufgaben als Gemeinderat und seine Loyalität zum Verein auseinandergehalten werden. Nur zu oft wird dann von diesem gefordert, die von Schwarz–Rot bestimmten Vereinsinteressen gegen die Freiheitlichen im Gemeinderat zu vertreten. Besonders kritisch ist dies bei Institutionen wie Rettungsgesellschaften und Freiwilliger Feuerwehr, die nur allzuoft ein Eigenleben entwickeln, das aus gemeinderätlicher Sicht auch anders beurteilt werden kann.

# Die Parteizeitung

Auf die für jede Ortsorganisation unbedingt wichtige Funktion der eigenen **Parteizeitung** ist schon mehrmals hingewiesen worden. Unter einer Parteizeitung ist aber nicht ein Blatt, das parteiinterne Befindlichkeiten zum Inhalt hat oder nur der Selbstdarstellung der Gemeinderäte dient, zu verstehen, sondern ein Mitteilungsblatt, das neben dem allgemeinen politischen Ortsgeschehen alle Tätigkeiten, Meinungen, Analysen der freiheitlichen Ortspartei der Öffentlichkeit nahebringt.

Die Parteizeitung ist das einzige Medium, das andere nicht manipulieren können, und sie kommt in jeden Haushalt und jeder kann sie ohne Scheu lesen, weil ihm niemand zusieht. Alle anderen Medien sind vom Wohlwollen der Redakteure und seiner Herausgeber abhängig und bringen fast durchwegs nur uns schadende Artikel. Oft kann man geradezu froh über einen negativen Artikel sein, der uns in seiner Übertreibung wieder zugute kommt. **Damit wird klar, daß die einzige Möglichkeit, über freiheitliche Politik wahrheitsgemäß zu berichten, ausschließlich in unseren eigenen Händen liegt.** Auf kommunaler Ebene, in der eigenen Ortschaft, müssen wir auch nicht die Übermacht der gegnerischen Medien fürchten; hier sind wir medial nicht benachteiligt und wir können absolut gleichwertig auftreten. Wir müssen es nur tun und in die Hand nehmen. Dazu ist jede Ortsgruppe selbst aufgerufen, dies kann weder die Bezirksorganisation noch die Landespartei übernehmen.

Was die eigenen Bürger bewegt, wo der politische Schuh drückt, weiß nur die Ortsorganisation selbst. Berichte, vom Bezirk oder Land verfaßt, betreffen andere Ebenen, die wohl vor Landtagswahlen, Nationalratswahlen oder EU-Wahlen wichtig sein können, aber nicht unbedingt zum ureigensten Aufgabenkreis eines örtlichen Freiheitlichen Gemeindeguriers gehören. Diese Werbung wird von anderen Medien wahrgenommen, ge-

gen die anzuschreiben, einer vergleichsweise kleinen Ortszeitung nicht nur schwer fällt, sondern weil auch meist verspätet, kaum zur beabsichtigten Wirkung kommt. Ortszeitung und Ortspolitik müssen konsistent sein, sonst wird beides von der Bevölkerung als fremd empfunden – eine Stellenbewerbung überläßt man ja auch nicht anderen!

## **Die regelmäßige Bürgerinformation**

---

Wichtig ist das regelmäßige Erscheinen des Freiheitlichen Gemeindeguriers. Ein quartalsmäßiges Erscheinen soll als untere Grenze angesehen werden, besser ist ein fünf- bis sechsmaliges.<sup>82</sup> Dabei müssen nicht starre **Erscheinungsdaten** beachtet werden, sondern das Erscheinen der Zeitung ist abhängig von inhaltlichen Botschaften, nach Gemeinderatssitzungen, besonderen Vorkommnissen in der Gemeinde oder anderen politischen Notwendigkeiten.

## **Die Zeitung als Botschafterin für den Bürger**

---

Die Zeitung soll stets eine Botschaft an die Bürger zum **Inhalt** haben, mit der die Leser auch etwas anfangen, die sie bewegt, die aktuelle Fragen beantwortet, den Unmut oder Wünsche kanalisiert. Die Zeitung muß einen Aha-Effekt, ein Déjà-vu-Erlebnis vermitteln und unbedingt Neuigkeiten bringen oder wenigstens diese aus unserer freiheitlichen Sicht darstellen, die ja meist auch die Sichtweise eines gar nicht so kleinen Bevölkerungsanteils ist. Umsonst wirft man uns nicht andauernd vor, populistisch zu sein.<sup>83</sup> Aber dieser Vorwurf sagt nichts anderes, als daß unsere volksnahe Politik vom Volk besser verstanden wird als die Ankündigungsversprechen der anderen Parteien, die stets für den Fall ihrer Wiederwahl alles versprechen, was sich Wähler wün-

---

82 Die Ortsgruppe Langenlois ist im Jänner 2008 schon bei der 170. Ausgabe ihrer Parteizeitung angelangt!

83 In der Politik Bezeichnung für politische Strömungen, deren Führer eine „volksnahe“ Politik zu betreiben vorgeben. Meyers großes Taschenlexikon, 1983. Interessanterweise werden hier als Beispiele Chirac, Thatcher und F. J. Strauß als Populisten angeführt.

schen. Das Versprechen, ein bereits gegebenes auch wirklich halten zu wollen, ist für unsere politischen Gegner schon zum Ritual geworden – eine Anleihe an die Vergeßlichkeit der Bürger. Man will sich vielleicht gar nicht mit den wirklichen Problemen auseinandersetzen, das Versprechen, diese zu lösen oder zu ändern, genügt schon den politischen Fastfood-Konsumenten.

Politik soll sich mit jenen Aufgaben beschäftigen, die sie auch entscheiden oder mitentscheiden kann. Alles andere sind Chimären, die geeignet sind, den Bürgern den Verstand zu vernebeln, wenn auch manche Parteien mit dieser Taktik eine recht stabile Klientel gewonnen haben.<sup>84</sup> Wesentlicher Gegenstand der Berichterstattung einer freiheitlichen Gemeindezeitung muß also die Ortspolitik sein. Wenn die FPÖ-Fraktion nicht in der Ortsregierung vertreten ist<sup>85</sup>, sind wir in der Berichterstattung nicht an irgendwelche koalitionsären Rücksichten gebunden, das heißt, wir können aus unserer ureigensten Parteiperspektive alle Ortseignisse kommentieren. Vor Utopien sollten wir uns freilich hüten, auch wenn wir kaum in die Lage kommen werden, diese in absehbarer Zukunft verwirklichen zu müssen. Zu leicht sind wirklichkeitsferne politische Aussagen zu durchschauen, und dann träfe der Vorwurf, populistisch zu agieren, auch zu. Wir müssen aber auch wissen, daß es niemals unsere Sorge sein kann, für jahrzehntelang versäumte Notwendigkeiten nun einen eventuell unpopulären Ausweg zu zeigen oder zu befürworten. Die von den Regierungen in den meisten Gemeinden angehäuften exorbitanten Schulden abzubauen, ist wohl unsere Sorge, aber nicht wir sind die Schuldigen, sondern jene sind es, die diese Schulden angehäuft haben. Mitleid, unter dem Aspekt, nun könne man nichts machen und auch die FPÖ müsse die Konsequenzen, etwa eine Steuererhöhung, mittragen, ist hier nicht am Platz. Da muß gefordert werden, die Schuldigen in die Pflicht zu nehmen. Ein Nicht-mehr-ändern-können muß als schäbige Ausrede und Flucht aus der Verantwortung bezeichnet werden. Wenn etwas geändert werden soll, dann muß der

---

84 Man denke nur an das Engagement der Grünen gegen die Atomkraftwerke, für den tropischen Regenwald usw. Das sind aber alles Projekte, auf die die Ortspolitik keinerlei Einfluß hat.

85 Dies gilt besonders für Niederösterreich.

Wähler uns auch die Kraft in Form von Stimmen geben. In allen anderen Fällen ist es besser, den Unmut der betrogenen Bevölkerung zu artikulieren und in der Parteizeitung gebührend an den Pranger zu stellen.

Da in solchen Fällen die gegnerischen Parteizeitungen kaum gewillt sind, die Wahrheit den Bürgern auch zu sagen, ist es unsere Aufgabe, dies ausreichend und eindringlich zu tun. Wir dürfen uns nicht scheuen, die Dinge und die Schuldigen beim Namen zu nennen<sup>86</sup>. Dadurch bekommt unsere Parteizeitung einen extrem hohen Informationswert für den Bürger, und wir werden auch mit unseren anderen politischen Aussagen und Konzepten ernstgenommen. Es ist evident, daß alle Berichte unbedingt wahr sein müssen, im Zweifelsfall auch beweisbar sein müssen. Presseprozesse sind teuer, die Chance zu gewinnen, ist in der Regel gering und auch Entgegnungen sind oft peinlich, da sie damit den Wahrheitsgehalt unserer Berichte relativieren.

### **Kein Zeitungsartikel ohne seriöse Recherche**

---

Kaum eine freiheitliche Ortsgruppe wird über einen professionellen Redakteur verfügen, der gewohnt ist, Artikel für seine Zeitung zu sammeln und zu **recherchieren**. So stellt sich daher für jeden ehrenamtlichen Gemeindezeitungs-Redakteur sofort die wichtige Frage: Wie komme ich zu Artikeln, was schreibe ich im Freiheitlichen Gemeindekurier?

### **Der Gemeinderat als Informationsquelle Nr. 1**

Die wichtigste Informationsquelle für eine politische Gemeindezeitung ist naturgemäß der Gemeinderat. Der Gemeinderat ist das politisch legitimierte Entscheidungsforum für alle die Gemeinde betreffenden Fragen. Über dieses, alle Bürger betreffende Gemeinderatsgeschehen müssen wir berichten, da wir uns ja bei der Gemeinderatswahl für die Bürgervertretung in diesem Gremium ausdrücklich beworben haben. Dabei ist es für die Berichterstattung irrelevant, ob wir dem Gemeinderat ange-

---

<sup>86</sup> Auf die strafrechtliche Relevanz von Anschuldigungen ist selbstverständlich Rücksicht zu nehmen.

hören oder unsere Informationen lediglich als Zuhörer bei den Sitzungen erfahren. Freilich ist der Zugang zu Informationen als Mitglied des Gemeinderates ungleich leichter, als wenn wir diesem nicht angehören. Im letzten Fall können wir nur über das berichten und kommentieren, was in den öffentlichen Sitzungen verhandelt wird. Der Zugang zu irgendwelchen Entscheidungsunterlagen für die jeweiligen Gemeinderatsbeschlüsse ist nur für Mitglieder des Gemeinderates möglich. Aber sind wir im Gemeinderat nicht vertreten, ist dies der einzige Weg, das politische Geschehen zu verfolgen, wenn man von Informationen aus der Gerüchteküche der anderen Parteien einmal absieht. Es sei also nochmals dringend darauf hingewiesen, daß in Ortsgruppen, die keine Gemeinderäte in ihren Reihen haben, unbedingt ein Beobachter zu jeder Gemeinderatssitzung entsandt werden muß, wenn man ein politischer Faktor der Ortspolitik sein oder werden will.

Im anderen Fall, wenn wir im Gemeinderat vertreten sind, ist der Fall ungleich leichter. Jeder Fraktion steht ein Sitzungsprotokoll zu, aus dem authentisch berichtet werden kann. Vor der Sitzung hat jeder Gemeinderat das Recht auf Einsichtnahme in die sitzungsrelevanten Akten für die auf der Tagesordnung stehenden Verhandlungsgegenstände.<sup>87</sup> In der Sitzung selbst kann jeder **Gemeinderat Anfragen** zu den Verhandlungsgegenständen an den Bürgermeister stellen, die dieser spätestens bei der folgenden Gemeinderatssitzung beantworten muß.<sup>88</sup> Da zu den Verhandlungsgegenständen jeder Gemeinderat auch **relevante Anträge** stellen kann, wird hier auch einer kleinen und ebenso einer Einmannfraktion ein politisches Operationsfeld eröffnet, das unbedingt genutzt werden muß. Auch wenn anzunehmen ist, daß unsere Anträge abgelehnt werden, sollten wir diese trotzdem stellen. Da es wohl selbstverständlich ist, daß wir mit allen Anträgen ausschließlich das Gemeinwohl im Auge haben, ist auch ein abgelehnter Antrag propagandistisch oft wertvoller als ein angenommener, da hiermit die Regierung deutlich zeigt, für Bürgerwünsche kein Ohr zu haben.

---

87 § 22 NÖ GO

88 § 22 NÖ GO

Genauso verhält es sich mit **Anträgen** selbst. Da der Bürgermeister nach Anhören des Gemeindevorstandes die Tagesordnung festsetzt, ist es oft unmöglich, freiheitliche Anträge in diese einzubringen. Gelingt es allerdings, für die Einbringung mindestens ein Drittel der Mitglieder des Gemeinderates zu gewinnen, so daß diese also den schriftlichen Antrag unterschreiben, dann muß ein solcher Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung gesetzt werden.<sup>89</sup> Da diese Vorgehensweise eher seltener realisiert werden kann, bleibt der **Dringlichkeitsantrag**, der vor jeder Gemeinderatssitzung von jedem Gemeinderat eingebracht werden kann. Allerdings kommt ein Dringlichkeitsantrag nur dann zur Verhandlung, wenn diesem vom Gemeinderat die Dringlichkeit zuerkannt worden ist.<sup>90</sup> Wenn auch damit nicht sicher gerechnet werden kann, bleibt aber trotzdem die mediale Auswertung auch des nicht angenommenen Dringlichkeitsantrages bestehen, ja, es ist geradezu Pflicht für den Redakteur der Gemeindezeitung, darüber zu berichten. Für eine aktive Oppositionspolitik ist die Nichtannahme des Dringlichkeitsantrages geradezu ein ideales Element, die politischen Gegner vorzuführen.

Ein weiteres Berichtsfeld eröffnet sich uns mit allen die Bürgerschaft irritierenden, ihnen mißfallenden Zuständen in der Gemeinde. Diese müssen nicht unbedingt im Gemeinderat anhängig gewesen sein, aber die Nähe zu politischen Entscheidungen, Versäumnissen soll immer gegeben sein. Kritische Artikel, die politisch nicht relevant sind und etwa nur Gemeindebürger persönlich treffen, sollten vermieden werden. Wir sind keine „Vernaderer“, auch wenn objektive Fehler politischer Gegner damit verbunden sind – es muß das öffentliche Interesse immer gegeben sein.

## **Das Bürgerforum öffnet Akzeptanz und Breitenwirkung**

---

Sehr bewährt hat sich das sogenannte „**Bürgerforum**“ in der Gemeindezeitung. Im Bürgerforum schreiben Nichtparteiemitglie-

---

89 § 46 NÖ GO

90 § 46 NÖ GO

der, Sympathisanten, aber auch andere Gemeindeglieder, die ein bestimmtes Thema an die Öffentlichkeit bringen wollen. Unsere Zeitung soll für alle Bürgeranliegen offen sein. Diese Berichte sind sehr wichtig für unsere Akzeptanz in der Öffentlichkeit, weil sich die Artikelschreiber oft als Nicht-FPÖ-Mitglieder vorstellen und trotzdem berechtigte Kritik an der Regierung üben. Die Akzeptanz unserer Zeitung kann dadurch wesentlich erhöht werden und damit die öffentliche Einschätzung als bürgeroffene, objektive, der Wahrheit verpflichtete Gemeindezeitung. Natürlich darf ein Artikel des Bürgerforums unsere eigenen Parteiziele nicht konterkarieren; die Auswahl, welche Artikel in unsere Zeitung aufgenommen werden, treffen auf alle Fälle wir selbst und natürlich auch die Entscheidung über eine eventuelle Bearbeitung der Texte. Die Meinung des Bürgerforums muß aber nicht unbedingt mit der Parteilinie konform gehen, aber dann muß dies auch gesagt werden. Vor Zusagen für eine Veröffentlichung, ohne den Inhalt zu kennen, soll man sich hüten.

### **Das Interview läßt den Bürger sprechen**

---

In der Bevölkerung kommen **Interviews** stets gut an. Gespräche mit bekannten Ortsbewohnern über ihre besonderen Verdienste, Hobbies, sportlichen Leistungen, Vereinstätigkeiten, bringen Leben ohne politischen Beigeschmack in die Zeitung und bewirken, daß die Zeitung auch von politisch Andersdenkenden Bürgern gelesen wird, weil eben über ihre(n) Verein, Onkel, Nachbarn oder Nichte berichtet wird. Es ist dabei besonders wichtig, die unpolitische Berichterstattung zu betonen.

Der abgedroschene Satz, „only **bad news** are good news“, stimmt nur für eine besonders investigative Berichterstattung à la Hochglanzmagazine, aber doch auch ein wenig für eine Zeitung, die auf den oppositionellen Angriff nicht verzichten kann. Trotzdem kann das ein Thema für ein Interview sein, das besondere Wirksamkeit erlangt, wenn es aus dem Mund eines nicht FPÖ-gebundenen Bürgers zu hören ist.

Die Berichtsebene, welche die Politik ausklammert, soll aber in jeder Zeitung vorhanden sein. Sie nimmt den Kritikern, die im Freiheitlichen Gemeindeglieder ausschließlich ein gegen

ÖVP-SPÖ gerichtetes Revolverblatt sehen wollen, den Wind aus den Segeln. Wer freut sich nicht über einen ihn lobenden Artikel, vielleicht auch noch mit Photo illustriert, auch wenn er in der Zeitung des politischen Gegners abgedruckt ist.

Eine wichtige Erfahrung aus langjähriger Gestaltung der Ortszeitung ist, daß viel Bürger an Meldungen über Finanzpolitik, Kreditaufnahmen und ähnliches nicht interessiert sind. Von großem Interesse sind dagegen Meldungen über marginale Themen, die aber alle betreffen, wie z.B. die Umorganisation der Rattenbekämpfung oder über den Gebührenmißbrauch der Regierungsparteien. Die Botschaft muß für den einfachen Leser in seinen eigenen Lebensumständen nachvollziehbar sein. Vieles, was im Gemeinderat wichtig erscheint, ist medial uninteressant, anderes, was uns unwichtig erscheint, ist für den Leser von großem Interesse.<sup>91</sup>

Themen solcher Interviews sind ein weites Feld, auf dem man sich von der nichtaggressiven Seite zeigen kann. Sehr gut kommen Artikel über Kinder an, die von der gesamten Verwandtschaft nicht nur gelesen werden, sondern auch oft ausgeschnitten und in das Familienalbum geklebt werden. Wichtig ist aber, daß über Ortsereignisse neutral und positiv berichtet wird. Dabei soll man der persönlichen Eitelkeit durchaus entgegenkommen, d.h. möglichst viele Namen nennen, dann wird der Artikel zumindest im Freundeskreis der Genannten herumgereicht und besprochen. Voraussetzung für solche Artikel ist allerdings, daß man diese Veranstaltungen auch selbst besucht hat: Sportveranstaltungen, Feuerwehrfeste, Rettungsgesellschaften, Kulturveranstaltungen und eben alle Gelegenheiten, wo Kinder auftreten.

## **Die Kulturseite als unpolitische Botschaft**

---

Ist genügend Platz in der Ortszeitung, dann soll auch eine **Seite der Ortskultur** vorbehalten sein. Theateraufführungen, Blasmusik, Schüleraufführungen, Lesungen sind Themen, an denen man nicht vorbeigehen soll. In vielen Ortschaften leben Buch-

---

91 Mitteilung Stadtrat Harald Barta, Langenlois

autoren, Künstler, oder es erscheinen Bücher über die eigene Region, die eigene Ortschaft; über das alles sollte in Form von Besprechungen, Rezensionen berichtet werden. Auch wenn die Künstler nicht zu unserer Klientel gehören: Wenn sie nicht ausgesprochene Gegner sind, sollte man über sie berichten, und auch im anderen Fall ist es oft nicht verkehrt, wenn wir über unseren eigenen Schatten springen.

### **Kurzmeldungen oder Glossen für den schnellen Leser**

---

Eine fixe Seite kann etwa unter **Kurzmeldungen oder Glossen** gebracht werden. Hier soll alles Interessante aus Gemeinde, eventuell auch aus dem Bezirk, in kurzen Worten mitgeteilt werden. Natürlich kann mit der Kurzmeldung auch eine politische Wertung verbunden sein, doch ist es hier vielleicht besser angebracht, dies zwischen den Zeilen zum Ausdruck zu bringen. Auch persönliche Nachrichten, wie Ehrungen, berufliche Veränderungen, Geburtstage, Familienereignisse, Geburten, Verhehlungen, Trauerfälle können veröffentlicht werden, doch ist hier, bei sehr persönlichen Nachrichten, auch das Einverständnis der Betroffenen einzuholen.

### **Preisrätsel und Preisausschreiben regen zur Mitarbeit an**

---

Um mit den Bürgern in Kontakt zu kommen, sind **Preisrätsel und Preisausschreiben** bewährte Mittel, die auch gerne von der Bevölkerung angenommen werden. Werden die Preisträger allerdings in der Zeitung dann veröffentlicht, hat die Bereitschaft mitzumachen, besonders in überschaubaren Ortschaften, schnell ein Ende gefunden; wahrscheinlich steht hier der politische Gegner hinter diesem doch vordergründig kaum einzusehenden Verhalten. Also, wenn Preisausschreiben, dann ist zu überlegen, die Preisträger nicht zu nennen, wobei aber die propagandistische Wirkung weitgehend verloren gehen kann, was ja wohl Zweck der Interventionen der Gegner gewesen ist. Gegensteuern kann man mit der Attraktivität der ausgesetzten Preise, wobei wir jedoch den bei uns allgemein geringen finanziellen Spielraum beachten müssen.

## **Die Kolumne, der ganz persönliche Gesprächspartner des Lesers**

---

Die großen Tageszeitungen arbeiten immer mehr mit den täglichen **Kolumnen**, die von den Lesern gerne angenommen werden, ja geradezu bevorzugt gelesen werden. Immer öfter wird die Meinung eines bekannten Kolumnenschreiber auch in der Diskussion verwendet und als unterstützendes Argument zur eigenen Aussage gebracht. In der Gestaltung, Umfang und Zielsetzung einer solchen Kolumne sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Wichtig ist, daß der Kolumnenschreiber immer den gleichen Titel verwendet. In der Titelwahl kann man auf örtliche Verhältnisse Bezug nehmen<sup>92</sup>, und die Kolumne soll auch in der Zeitung immer an derselben Stelle abgedruckt werden. Freilich ist dieser Hinweis nur für mehrseitige Zeitungen sinnvoll. Mit einer Kolumne soll ein besonderes Verhältnis zum regelmäßigen Leser aufgebaut werden. Wenn die Kolumne in Stil, Umfang und auch etwa inhaltlich konsistent bleibt, ist sie vom Leser schon im Vorhinein erratbar, er weiß schon, was er jetzt lesen wird. Er kennt die Meinung des Kolumnisten bereits, bevor er den Artikel selbst gelesen hat, der ihn also nur mehr in seiner eigenen Meinung bestätigt.<sup>93</sup> Stehen mehrere Kolumnenschreiber zur Verfügung, es müssen nicht unbedingt Parteimitglieder sein, können sehr gezielt politische Meinungen ausgestrahlt werden.

## **Leserbriefe: echte Anliegen oder Selbstdarstellung?**

---

Oft stellt sich die Frage, ob man **Leserbriefe** in die Zeitung aufnehmen soll. Zweifelsohne sind Leserbriefe eine Form der aktiven Teilnahme am politischen Geschehen der Gemeinde. Zu bedenken ist allerdings, daß man nach einer Veröffentlichung einer bestimmten Meinung aus Fairneß auch der Gegenmeinung

---

92 Titel wie „Aus meiner Sicht“, „100 Preßbaumer Worte“ „Die blaue Sicht“ „Die spitze Feder“ sollen nur einige Beispiele zeigen.

93 Dies macht die Beliebtheit der Comics und der TV-Serien aus, wie der italienische Schriftsteller Umberto Eco berichtet, weil die Handlungen und Reaktionen der Darsteller vorhergesehen werden können. Überdies wird dadurch dem Zuseher eine aktive Teilnahme am Geschehen suggeriert.

Raum geben muß. Verhindert man dies, so spricht sich das in einer überschaubaren Gemeinde schnell herum. Vor anonymen Leserbriefen sei besondere Vorsicht geboten, da diese Schreiber sich nicht ohne Grund hinter ihrer Anonymität verstecken und, welche Meinung sie auch immer vertreten, nur gegnerische, auch anonyme Angriffe provozieren. Wer etwas für viele Leser Unangenehmes schreiben will, soll sich auch dazu bekennen. Leserbriefe also mit Vorsicht behandeln, zu leicht findet der Gegner **bestellte Leserbriefe**, die das Gegenteil behaupten; bei etwas umfangreicheren Artikeln ist dies weniger zu befürchten.

Das gleiche gilt für **nichtredaktionelle Artikel**, die gerne in die Zeitung aufgenommen werden können. Für Radikalinskis und gesellschaftlichen Außenseiter sollte aber unsere Zeitung verschlossen bleiben. Beiträge aus der Bürgerschaft sollten sich etwa mit unserer Parteilinie decken. Dem politischen Gegner eine Plattform zu bieten, ist nicht Aufgabe einer Parteizeitung, wenn dies auch oft von gutmenschlichen Flachgeistern verlangt wird. Wenn man aus taktischen Gründen eine besonders hanebüchene Meinung eines politischen Gegners veröffentlicht, kann dies unsere eigene Linie klarer verdeutlichen. Aber auch solche Artikel müssen namentlich gezeichnet werden, eventuell mit dem Zusatz, daß es sich um einen Gastkommentar eines politisch nicht in unseren Reihen stehenden Autors handelt.

## **Abseits vom guten Stil**

.....

Nichts verloren haben in einer Parteizeitung **persönliche Angriffe, Beschimpfungen** und **Verdächtigungen** von politischen Gegnern. Alles, was wir berichten, muß beweisbar sein. Eine persönliche Schutzzone soll auf alle Fälle beachtet werden; wir greifen die vom Gegner vertretene Politik an, aber nicht ihn selbst. Natürlich ergeben sich gerade in Wahlkampfzeiten auch politische Wertungen der Personen selbst. Wenn man einen Kandidaten für das Bürgermeisteramt nicht geeignet hält, dann kann das schon gesagt werden, aber man darf ihm niemals mangelnde Schulbildung oder persönliche triste Verhältnisse vorwerfen. Besser ist es allemal, den politischen Gegner ganz allgemein zu kritisieren; und nicht zu sagen, daß seine Partei keinen anderen

Kandidaten vorweisen kann, der in der Lage wäre, das Bürgermeisteramt auszufüllen. Aber auch mit solchen Aussagen kann man sich auf eine Gratwanderung begeben.

**Entschuldigungen und Entgegnungen** dürfen nicht zu oft notwendig werden, da dadurch unsere Glaubwürdigkeit im ganzen leiden kann. Da davon auszugehen ist, daß die Anschuldigung, die zurückgenommen werden muß, nicht ohne Grund erfolgt ist, kann man auch mit der Zurücknahme diese noch relativieren. Das gilt natürlich nicht bei der Zurücknahme von Schmähungen und Beschimpfungen, die aber nicht vorkommen dürften, weil es nicht unser Stil sein kann, sie zu verwenden.

## **Steter Tropfen höhlt den Stein**

---

Jede **Nennung eines Politikers** in den Medien trägt zu dessen Popularität bei. Dabei ist es unwichtig, ob die Namensnennung in positivem oder negativem Zusammenhang erfolgt.<sup>94</sup> Das heißt, daß wir unsere Mandatare und Kandidaten möglichst oft mit Namen nennen und mit den Namen unserer politischen Gegner recht sparsam umgehen sollen. Gerade Negatives prägt sich leichter ein als Positives, und wir sollten davon ausgehen, daß eine negative Namensnennung eines politischen Gegners, besonders bei seiner potentiellen Klientel, gerade dadurch zu dessen Bekanntmachung beiträgt. Sicher kann man und soll man als Oppositionspolitiker den Namen des Bürgermeisters nicht unerwähnt lassen, aber seine vielen Mitläufer brauchen wir nicht durch ihre spezielle Nennung hervorheben. Auch in der sogenannten großen Politik werden die Parteien fast ausschließlich mit nur sehr wenigen Namen personifiziert.

---

<sup>94</sup> Man denke nur an den rasanten Aufstieg der FPÖ in den Jahren zwischen 1986 und 1999, als fast alle Medien nur negativ über uns berichteten.

## **Information als Telegramm oder als ausführliche Botschaft?**

---

Ein in der FPÖ oft diskutierte Frage ist der **Umfang der Parteizeitung**. In diese Frage fließen mindestens drei Parameter ein:

Das größte Problem ist im allgemeinen der Inhalt. Es liegt zu wenig Stoff für eine umfangreichere Gemeindezeitung vor, wer schreibt die Artikel, wer korrigiert diese usw. sagen die Minimalisten. Das Gegenteil ist richtig, sagen die anderen; man muß nur den Stoff für die Parteizeitung besorgen, dann schreiben wir ein Buch über die Gemeinde. Über Inhalte wurde bereits weiter oben referiert. Eine Parteizeitung sollte aber schon durch ihren Umfang zeigen, daß es sich nicht um ein Reklameblättchen handelt, das mit der anderen täglich zugestellten diversen Reklame in Bausch und Bogen in den Mistkübel geworfen wird.

Die Kostenfrage ist besonders für Kleingemeinden und schwache Ortsorganisationen oft entscheidend, denn ohne Geld gibt es weder Musik noch eine regelmäßige Parteizeitung. Hier sind nicht nur die Druckkosten zu beachten, sondern auch die anfallenden Portokosten.

Die dritte Frage ist eine Ansichtssache: Es wird behauptet, daß eine Zeitung von mehr als vier Seiten niemand lesen würde und ebenso Artikel mit 12 bis 15 Zeilen. Es gibt Gemeinden, die immer recht umfangreiche Zeitungen von 16 bis zu 32 Seiten versenden; letzteres wohl nur sehr selten. Aus Erfahrung wissen wir, daß eine 16seitige Zeitung genauso ungelesen weggeworfen wird wie eine vierseitige, aber wir sollten uns nicht an den Nichtlesern orientieren, sondern an den anderen, für die die Zeitung gemacht wird. Wer Interesse hat, sich anhand einer Parteizeitung über das Ortsgeschehen zu informieren, der liest auch eine umfangreichere Zeitung. Zu überlegen ist auch, was kann ich denn in einigen Miniartikeln auf vier Seiten noch transportieren? Ich kenne Leute, die selbst in der „Kronenzeitung“ nur mehr die Überschriften lesen! Liegt in der Kürze tatsächlich die Würze?

Hat man sich aber, aus welchen Gründen auch immer, entschieden, ausschließlich Vierseiter zu produzieren, dann stellt sich die Frage, wie lange ein Artikel sein soll und sein darf, völlig

anders. Auch im Vierseiter sollen möglichst viele Informationen transportiert werden. Also darf der einzelne Artikel niemals zu lang sein, sonst bringt man zu wenige Einzelbotschaften unter. Hier sollte unbedingt die „Kronenzeitung“ Vorbild sein, die ja nicht zufällig Österreichs meistgelesene Zeitung ist.

Alle drei Argumente haben ihre Berechtigung, und jeder Parteizeitungs-Redakteur muß ein Gleichgewicht zwischen den drei Gegebenheiten finden. Jede Zeitung soll eine Botschaft an die Wähler sein, sie muß Botschaften, die der Inhalt unserer Politik sind, transportieren. Eine Zeitung, die lediglich die Existenz einer Ortsgruppe zeigt, aber inhaltlich keine Informationen bietet, ist kontraproduktiv. Also keinen Platz verschwenden mit überdimensionalen **Weihnachts- oder Osterwünschen. Das Ortsgeschehen interessiert und ist in der Berichterstattung absolut vorrangig.**

Jeder Artikel muß so lang sein, daß er die Botschaft verständlich und ausreichend mitteilt. Tatsachenberichte sprechen oft für sich, doch soll bei komplexeren Texten eine politische Wertung aus unserer Sicht nicht fehlen. Erst durch den Kommentar erfährt der Leser oft die Tragweite eines Ereignisses und begreift die Zusammenhänge. Schöne Prestigebauten werden viele Gemeindeglieder erfreuen, aber weniger die Baukosten und die eventuell damit verbundenen Gebührenerhöhungen. **Der Leser soll durch unsere Berichterstattung einen Blick hinter die politischen Kulissen der örtlichen Gemeindepolitik erahnen können.**

## **Die optische Akzeptanz ist die nachhaltigere**

.....

Nichts lockert eine Zeitung mehr auf und erweckt sofort das Interesse des Lesers als einige schöne **Photos**. Oft sagt ein gutes Bild mehr über eine Veranstaltung aus als eine nichtssagende Aufzählung aller Besucher. Besonders, wenn sich der eine oder andere Leser auf dem Photo wiedererkennen kann, macht dies die Runde im Bekanntenkreis und wird derart zum gelungenen Werbeträger für unsere Gesinnungsgemeinschaft. Selbstredend, daß die Qualität der Photos bestens zu sein hat. „Meuchelphotos“ zu publizieren, ist eher unseren politischen Gegnern in ihren uns nicht wohlwollenden Printmedien vorbehalten. Allerdings sollte man auch nicht zu viele Bilder bringen, da die wesentliche In-

formation doch in der Darstellung politischer Zusammenhänge besteht. Wenn man zwischen Annoncen und Photos Mühe hat, den Text zu finden, hat eine solche Zeitung am Ziel der Bürgerinformation weit vorbeigeschossen.

## **Stehseiten signalisieren ortsfremde Probleme**

---

Von der Landesgeschäftsstelle werden üblicherweise sogenannte **Stehseiten** zur Verfügung gestellt. Stehseiten sind fertige Artikel, die in die Gemeindezeitung übernommen werden können. In diesen Artikeln werden fast ausschließlich Landes- oder Bundesthemen abgehandelt, die in Wahlzeiten durchaus in Gemeindezeitungen ihren Platz finden sollen. Auch wenn überregionale Themen betreffend Unterschriftenaktionen, wie bei ORF-Volksbegehren, Ausländervolksbegehren usw. beworben werden sollen, ist es oft besser, eine vorgefertigte Stehseite zu übernehmen, als selbst zu versuchen, das Thema abzuhandeln. Außer, das Thema hat auch einen Bezug zur eigenen Gemeinde, dann soll auch die eigene Sichtweise eingebracht werden. Stehseiten aus Mangel an eigenen Informationen nur als Seitenfüller zu verwenden, ist nicht zu empfehlen. **Die Zeitung soll in erster Linie als Sprachrohr der Ortsorganisation gelesen werden und nicht als das übergeordneter Parteidienststellen.**

## **Die Zeitung als Wahlkampfinstrument**

---

In **Wahlzeiten** kommt dem Gemeindegurier eine besondere Bedeutung zu. Da wir gerade mit unserer Parteizeitung die Ausgrenzung aus der öffentlichen Medienlandschaft unterlaufen, ist die Zeitung unsere schärfste Waffe im Wahlkampf geworden. Im Gemeinderatswahlkampf wird sich im wesentlichen nur die Treffsicherheit unserer Artikel ändern, und der Stil wird sich den Gegebenheiten des lokalen Wahlkampfes anpassen.

Bei überregionalen Wahlen, NR, LT und EU muß das entsprechende Wahlkampfprogramm transportiert werden. Hier sind, wie oben bereits erwähnt, Stehseiten sehr dienlich. Eine Ausnahme ist die allfällige Kandidatur eines Parteifreundes aus der eigenen Ortschaft oder aus dem eigenen Bezirk. Hier muß der

Kandidat besonders beworben werden und ausdrücklich als „unser Kandidat, aus unserem Ort/Bezirk“ vorgestellt werden. In diesem Fall ist es auch unbedingt notwendig, daß der Kandidat selbst zu Wort kommt, wenn er nicht ohnehin ein ständiger Mitarbeiter der Zeitung ist. Bei Quereinsteigern ist es schon schwieriger, besonders deswegen, weil sich diese oft in einem anderen politischen und weltanschaulichen Umfeld bewegen, das der Orts-FPÖ in der Regel nicht vertraut ist. Bei eigenen Kandidaturen für NR, LT und EU ist es auch angebracht, Sondernummern des Gemeindeguriers zu erstellen und diese auch bezirksweit oder regional zu verteilen.

### **Annoncen: finanzielle Unterstützung und Gradmesser örtlicher Akzeptanz**

---

Kein Freiheitlicher Gemeindegurier sollte ohne **Annoncen** auskommen. Diese zeigen einerseits die Akzeptanz in der eigenen Wohngemeinde und vermindern andererseits die Kosten der Zeitung. Annoncenkeilen ist eine unbeliebte und nicht immer leichte Aufgabe. In vielen Gemeinden wird vom politischen Gegner bei den Geschäftsleuten interveniert, den Freiheitlichen keine Annoncen zu geben, aber je besser unser Wahlergebnis in einer Gemeinde ist, umso leichter sind auch Annoncen zu erhalten. Bewährt hat sich auch, die Annoncen mit kostenlosen PR-Artikeln zu koppeln. Dabei ist aber auf die Wirtschaftlichkeit zu achten, daß also die anteiligen Druck- und Portokosten nicht den Preis der geschalteten Annonce übersteigen. Private Inserate sollen als Bürgerservice betrachtet werden und für den Inserenten nach Möglichkeit kostenlos geschaltet werden. Werden auf diese Weise interessante Dinge angeboten oder gesucht oder allgemein interessierende Informationen gebracht, kann dies nur zur besseren Akzeptanz der Zeitung und damit unserer Partei beitragen.

Fast alle Zeitungen leben heute von **Annoncen**, ohne die selbst die großen Tageszeitungen kaum kostendeckend existieren könnten. Daß damit indirekt Einflußnahme auf die Blattlinie genommen wird, soll nur am Rande erwähnt werden. Hat man sich entschlossen, Inserate zu sammeln, dann beginnt der oft ge-

nannte Bittgang zu den potentiellen Inserenten. Kaufmännisch denkende Geschäftsleute sehen in einem Inserat weniger die Couleur der Zeitung als die dadurch erreichte Zielgruppe und scheuen sich nicht in unserer Zeitung eine Annonce zu schalten. Kritisch wird die Sache, wenn örtliche Politiker den Inserenten Vorhaltungen machen wegen deren Einschaltungen in freiheitlichen Medien. Da wird von Aufträgen gesprochen, die dann vielleicht nicht mehr möglich wären, bis zur eben dadurch verärgerten Kundschaft aus dem nicht freiheitlichen Lager, die dann das bewußte Geschäft meiden würde. Diesen üblen Praktiken kann man kaum begegnen, da man in der Regel von all diesen Interventionen nur hinter vorgehaltener Hand erfährt. Es gibt nur ein Gegenargument, nämlich die Zahl der eigenen Wähler, die natürlich auch als Käufer ins Gewicht fallen.

## **Platzsparen und Lesbarkeit**

---

Bei der Erstellung eine Parteizeitung ist auf die **Lesbarkeit** besonderes Augenmerk zu legen. Dies betrifft die Schriftgröße – ältere Leute sehen schlechter – wie auch die graphische Aufteilung zum Beispiel in Spalten. Doch darüber soll nicht weiter referiert werden; der Hinweis möge nur signalisieren, darüber mit der Druckerei zu sprechen. Jeder Artikel soll schon in den ersten gelesenen Zeilen die Neugier erwecken, diesen bis zum Ende zu lesen. Eine knallige Überschrift ist hierfür der beste Einstieg. Auch eine wenige Zeilen umfassende lockere Zusammenfassung, die in erster Linie die Problemstellung vermittelt und die fettgedruckt am Artikelanfang steht, regt den Appetit, weiter zu lesen, an. Wichtiges sollte immer am Artikelanfang stehen; vielleicht lesen nicht alle den Artikel bis zum Ende. Alle Artikel sollen vom Autor namentlich gezeichnet werden. Anonyme Artikel sind insbesondere bei politischen Angriffen nicht dienlich. Wenn wir berechtigt angreifen, dann soll der Leser auch wissen, wer angreift. Wir brauchen uns nicht hinter unserer Meinung verstecken!

Jede Zeitung soll korrigiert werden. Nichts ist peinlicher als eine fehlerhafte **Rechtschreibung**. Dabei ist es günstig, fremde Korrektoren zu bitten, weil man eigene Fehler erfahrungsgemäß

schwerer erkennt, als dies einem anderen gelingt. Ob alte oder neue Rechtschreibung verwendet wird, muß unter den Autoren entschieden werden, aber wie auch immer: Die Entscheidung gilt dann für alle. Zweierlei Orthographien in einer Zeitung sind nicht möglich!

## **Postzustellung, Zustelldienst oder eigene Verteilung?**

---

Eine wichtige Frage ist die Art der **Verteilung der Parteizeitung**. Der komfortabelste Weg ist zweifelsohne der Postversand, unadressiert, an jeden Haushalt. An Haushalte, die die Annahme von Reklamepost verweigern, stellt die Post nicht zu. Der Postweg ist auch ein teurer Weg und ist auch vom Gewicht der Zeitung abhängig.

Ein anderer Weg ist die Verteilung über Privatzusteller, die zwar billiger sind, aber den Nachteil haben, daß sie mangels Ortskenntnis nicht überall zustellen. Ist eine Ortschaft in mehrere Postleitzahlen aufgeteilt, sehen sich die Privatverteiler oft außerstande zuzustellen. Bei Ortsteilen, die postalisch an anderen Ortschaften hängen, insbesondere bei einer geringen Zahl von Haushalten, trifft dies besonders zu.

In nicht zu großen Ortschaften kann der Gemeindegurier auch selbst, durch Mitglieder der Ortsgruppe, ausgetragen werden. Das hat nicht nur den Vorteil, daß dies keine Kosten verursacht, sondern auch den, daß die Verteiler mit vielen Ortsbewohnern ins persönliche Gespräch kommen. Vielleicht kann man den einen oder anderen politischen Gegner sogar bei der Verteilung „übersehen“ – diese zählen ja erfahrungsgemäß zu den eifrigsten Lesern unseres Freiheitlichen Gemeindeguriers – und zwingt diese dann durch Nachfrage bei anderen, sich den Gemeindegurier zu besorgen; also kommt eine ungewollte Reklame für uns in Gang.

Alles, was bis jetzt zum Thema „Gemeindegurier“ gesagt worden ist, wird hinfällig, wenn die **finanziellen Mittel** fehlen, einen Gemeindegurier drucken und verteilen zu lassen. In neu gegründeten Ortsgruppen ist dies ein schwer zu überwindendes Problem, es sein denn, es gibt Sponsoren, welche die Mittel zur Verfügung stellen. Wesentlich einfacher ist es schon in Gemein-

den mit freiheitlichen Gemeinderäten. Da die Gemeinderatstätigkeit mittels der sogenannten Aufwandsentschädigung von der Gemeinde honoriert wird, gehört es zu den ungeschriebenen Pflichten der Gemeinderäte, die Ortspartei mit einer Parteiabgabe mitzufinanzieren. In vielen Gemeinden werden aber nur Sitzungsgelder bezahlt, die oft nicht ausreichen, auch nur eine wenig aufwendige Parteizeitung zu finanzieren.

In vielen Ortsorganisationen ist die Zahlungswilligkeit nicht sehr ausgeprägt, sodaß in der Parteikasse eher Ebbe herrscht. Spenden sind leider Einzelercheinungen und stehen äußerst selten regelmäßig zur Verfügung. In manchen Fällen haben sich Erlagscheinaktionen bewährt; man legt zum **Spendenaufwurf** in der Parteizeitung einen Erlagschein bei – in der Hoffnung, daß sich viele Spender einstellen. Oft ist aber dann die Suppe teurer als das Huhn, weil die Kosten der Erlagscheine den Spendeneingang übersteigen. Spendenaufrufe unter Nennung des Kontos, auf das eingezahlt werden soll, verursachen keine Eigenkosten, sind allerdings nicht sehr erfolgreich; aber einige Spender finden sich doch immer!

In den ersten Jahren des freiheitlichen Aufstiegs hat die NÖ-Landesparteiorganisation eigene kleine Druckereien betrieben, in welchen die Gemeindegeldscheine der Ortsgruppen kostenlos gedruckt worden sind. Mit dem Erstarken der Partei sind diese wegrationalisiert worden, weil es genügend Gemeinderäte gegeben hat, die für die Finanzierung aufzukommen hatten. Dieser Weg muß für eine möglichst flächendeckende eigene Berichterstattung wieder beschritten werden, denn andere Medien stehen uns nicht zur Verfügung.

Leider dürfen die von den Gemeindevertreterverbänden ausbezahlten Schulungsgelder nicht für diese Zwecke verwendet werden.

# Finanzen

Außer der politischen Tätigkeit einer Ortsgruppe gibt es kaum ein anderes Kapitel, das wichtiger ist als dieses. Ohne Idealismus könnte wahrscheinlich keine freiheitliche Ortsgruppe über einen längeren Zeitraum ihre Tätigkeit aufrechterhalten. Wenn man von der in der Regel kargen **Aufwandsentschädigung für Gemeinderäte** absieht, bleibt die Arbeit für unsere Partei auf Orts- und Bezirksebene meist unbelohnt, wenn man den Lohn nur finanziell bewertet und den durch unsere Tätigkeit erzielten politischen Gewinn außer acht läßt. Da aber selbst die bescheidene Entlohnung aus der Gemeindekasse lediglich als Aufwandsentschädigung gilt, also aus diesem Salär nicht nur die persönlichen Aufwendungen des Gemeinderates bestritten werden müssen, sondern mangels weiterer Finanzierungsquellen auch der Parteiaufwand zum Großteil mitgetragen werden muß, ist es mehr als berechtigt, den oben zitierten Idealismus als wichtigsten Beweggrund für eine Tätigkeit in einer Ortspartei zu nennen.

## **Die Parteisteuer der Gemeinderäte als Finanzierungsquelle**

---

In fast allen Ortsparteien zahlen die Gemeinderäte einen mehr oder minder großen Teil ihres Gemeinderatssalärs als sogenannte **Parteisteuer** an die Ortspartei. Diese Abgabe ist steuerlich absetzbar und ist sicher die wichtigste Finanzierungsquelle jeder Ortspartei. Die Höhe der Parteisteuer wird entweder der Ortsparteivorstand – am besten vor der Gemeinderatswahl – festsetzen, oder die Fraktion nach der Wahl. Die Höhe der Parteisteuer richtet sich nach der Höhe der von der Gemeinde ausbezahlten Aufwandsentschädigung, nach der Zahl der freiheitlichen Gemeinderäte und nicht zuletzt auch nach dem minimalen Finanzbedarf der Ortsgruppe. Da dies meist die einzig nennenswerte

Einnahme der Ortsgruppe ist, sollte dieses Problem schon bei der Kandidatenaufstellung besprochen werden, um spätere Verweigerungen zu vermeiden.

Die vom NÖ-Gemeindevertreterverband an die Gemeinderäte ausbezahlten **Schulungsgelder** müssen für Schulungen und ähnliche Zwecke verwendet werden und stehen der Parteikasse nicht für andere Vorhaben zur Verfügung

## **Die ungeliebten Mitgliedsbeiträge**

---

In mitgliederstarken Gemeinden kann auch über die eingehobenen **Mitgliedsbeiträge** einiges hereinkommen. Doch werden bei dem eher geringen Mitgliedsbeitrag von durchschnittlich 17 bis 36 Euro, selbst bei größerer Mitgliederzahl, keine Beträge zu lukrieren sein, um eine regelmäßig erscheinende Parteizeitung sichern zu können. Dazu kommt leider die oft beobachtete Zahlungsverweigerung von Mitgliedern, die kein Mandat innehaben und meinen, daß das alles von den Mandataren zu finanzieren sei. Die Kassiere machen oft gute Miene zum bösen Spiel und sehen dann von einer Eintreibung ab, um nicht das Mitglied zu verlieren. Allerdings sollte man dann diese Zahlungsverweigerer darauf aufmerksam machen, daß sie in der Folge in den Parteigremien nicht mehr stimmberechtigt sind. Und hier beginnt dann oft die Rücksichtnahme von neuem.

## **Zuwendungen von der Landespartei**

---

In Niederösterreich werden seit einigen Jahren aus der sogenannten **Basismillion** Anteile an die Bezirksorganisationen ausbezahlt. Dieses Geld kann nun für gemeinsame Bezirksveranstaltungen verwendet werden, aber auch als Teilbeträge an die Ortsorganisationen weitergegeben werden. Es hat aber auch schon von der Landespartei einschränkende Verwendungsrichtlinien gegeben, insofern daß die Basismillion für den Nationalratswahlkampf zu verwenden sei. Damit ist zumindest im Wahljahr die finanzielle Zuwendung der Landespartei verbraucht gewesen.

In Niederösterreich ist aber noch die Regelung aufrecht, daß die **Portokosten** für zwei Gemeindeguriers vom Freiheitlichen

Gemeindevertreterverband (GVV) übernommen werden; in Wahlzeiten werden sogar drei Porti bezahlt.

## **Einnahmen aus Veranstaltungen und Spenden**

---

Eine Einnahmequelle können auch **Veranstaltungen** sein. Wenn es gelingt, bei vertretbarem Eintrittsgeld die Kosten der Veranstaltung niedrig zu halten oder vieles über den Spendenweg zu finanzieren, etwa bei einem Preisschnapsen, dann kann damit durchaus eine finanzielle Einnahme gesichert werden. Aber auch hier sind die ehrenamtliche Organisation und Mitarbeit die Grundlagen des Erfolges. Solche Veranstaltungen müssen stets vorsichtig geplant werden. Wer noch nie eine Parteiveranstaltung organisiert hat, kann oft nicht den Erfolg oder Mißerfolg abschätzen. Und dann bleiben Verluste und – was in diesen Fällen noch schwerer wiegt – der Frustration über den Mißerfolg. Es gibt viele, schon traditionell gutbesuchte Parteiveranstaltungen. Hierbei darf ein nicht zu unterschätzender „**Parteitourismus**“ nicht außer acht gelassen werden. Auch ist zu beachten, daß nicht jede Veranstaltung für jeden Ort geeignet ist und einen Erfolg garantiert.

Eine angenehme Finanzierungsmöglichkeit sind **Spendenaktionen**. Vorweg sei gesagt, daß wirklich namhafte Spender kaum über Aktionen gewonnen werden können, sondern nur durch persönliche Vorsprache. Spendenaufrufe bringen meist nur bescheidene Ergebnisse, und im Falle von Aufrufen in der Gemeindezeitung mittels beiliegenden Erlagscheins können die Erlagscheinkosten die eingezahlten Spenden leicht übersteigen. Besonders trifft dies in größeren Gemeinden zu, wenn man über tausend Zahlscheine für eine Aktion benötigt.

Die Geldbeschaffung über **Annoncen** in der Gemeindezeitung ist schon im Kapitel Zeitung abgehandelt worden und sollte überdies doch nur für die Finanzierung der Zeitung verwendet werden; es sei denn, ein nobler Sponsor will auf diesem Weg die Partei unterstützen. Daß dies durchaus ein Mittel der Parteienfinanzierung ist, zeigen uns die Großparteien mit sinnlos geschalteten Annoncen von Großkonzernen und Landesgesellschaften tagtäglich. Aber gerade solche Parteiförderer haben für

uns selten ein gütiges Ohr, die Ehrlichen unter ihnen weisen dann auch auf den politischen Druck der von ihnen selbstlos geförderten Großparteien hin!

### **Kreditaufnahmen sollten aus den Parteiüberlegungen verbannt sein**

.....

Gewarnt sei vor einer Parteifinanzierung über **Kreditaufnahmen** in Erwartung eines Erfolges bei der nächsten Wahl. Ob sich der Erfolg auch tatsächlich einstellen wird, ist genauso unsicher wie die Zusagen der Kandidaten, nach der Wahl auf alle Fälle die anteiligen Kreditkosten zurückzahlen zu wollen. Da hat es in einigen Gemeinden schon dramatische Auseinandersetzungen gegeben, und das Erwachen aus dem Wunschtraum, gepaart mit nicht eingehaltenen Versprechungen, wirkt sich dann lähmend auf jede Parteiarbeit aus.

### **Sparen bei den Ausgaben**

.....

Die Parteifinanzen leben aber nicht nur von den Einnahmen, sondern auch von den nichtgetätigten **Parteiausgaben**. Jeder Euro Parteigeld sollte dreimal umgedreht werden, bevor er ausgegeben wird. Die so beliebten **Vereinsspenden**, wie Pokale, Fußbälle, usw. bringen nichts, oft nicht einmal eine Erwähnung von Seiten der Beschenkten. Die Vereinsmitglieder aus den anderen Parteien verhindern schon, daß unsere Spende nicht allzugroße Beachtung findet, auch wenn uns dieselben Freunde wohlwollend auf die Schulter klopfen und uns wegen unserer Spenden unter vier Augen sehr loben. Es bleibt doch nur verschenktes Geld, das man woanders nutzbringender ausgegeben hätte können. Eine Ausnahme ist dann gegeben, wenn ein Freiheitlicher selbst Vereinsobmann oder dort in führender Position tätig ist.

Die bei vielen Ortsgruppen so beliebten **Zeitungsannoncen** in Wahlzeiten, die in Regionalzeitungen geschaltet werden, sind völlig nutzlos. Wenn eine Partei nicht anders für sich werben kann als mittels einer Achtelseiten-Annoce in einer Zeitung, die üblicherweise meist mehr als feindlich über uns berichtet, dann sollte man auch besser dieses Geld sparen. Auffällige Einschal-

tungen sind selten finanzierbar und kleine werden kaum beachtet.

Ein Wort soll auch zur Person des **Kassiers** gesagt werden: Nicht jeder ist für so einen Vertrauensposten geeignet, und es hat schon häßliche Prozesse in diesen Angelegenheiten gegeben. Der Kassier sollte selbst in finanziell gesicherten Verhältnissen leben, kein ortsbekannter Schuldenmacher sein, um den Verlockungen einer Parteikasse, und sei sie noch so klein, widerstehen zu können. Privates Ausborgen aus der Parteikasse ist absolut verboten.

# Ziele und Aufgaben der Ortspartei

Jede Freiheitliche Ortsgruppe ist die bürgernächste Außenstelle der parteimäßig übergeordneten FPÖ-Organisationen. Sie ist Teil des FPÖ-Bezirktes, damit auch Teil der jeweiligen Landesparteiorganisation und endlich der Bundespartei. Aus diesem notwendigen Selbstverständnis jeder Ortsparteiorganisation ist eindeutig der politische Auftrag abzuleiten, ausschließlich eine mit dem **FPÖ-Parteiprogramm konsistente Ortspolitik** zu betreiben. Das heißt aber auf keinen Fall, daß sich die Ortspolitik ausschließlich auf den Transport von Landes- und Bundespolitik beschränken darf, sondern die eingeforderte Konsistenz bedeutet, daß in wichtigen Fragen nicht gegen die sogenannte Parteilinie verstoßen werden darf. Wir dürfen auch niemals vergessen, daß an unserem Wirken auch die Gesamtpartei gemessen wird. Nicht zur Parteilinie zählen selbstverständlich örtliche Koalitionsbildungen mit Parteien, wenn wir zu diesen im Landtag oder Nationalrat in Opposition stehen. Petitionen, Volksbefragungen, Unterschriftenaktionen und ähnliche Aktionen müssen natürlich auch auf Ortsebene mitgetragen werden und unterliegen nicht einer besonderen Bewertung durch die Ortsgruppe.

## **Der Wählerauftrag, das Wahlversprechen der Gemeinderatswahl**

.....

Die wichtigste Orientierungsnorm der Ortspolitik ist der vielstrapazierte **Wählerauftrag**, auf den sich so mancher orientierungslose Stammtischpolitiker beruft, wenn er nicht weiß, welche Politik im Sinne seiner Partei zu betreiben wäre. Von diesen Sonntagprednern wollen wir Freiheitlichen uns aber gründlich unterscheiden. Für uns ist der Wählerauftrag keine beliebige Worthülle, um jedem recht geben zu können, sondern das wichtigste Ziel freiheitlicher Politik auf Ortsebene. Was ist aber nun unser

spezieller Wählerauftrag? Unser Wählerauftrag ist die Summe aller Wahlversprechen und Programme, die wir vor der letzten Gemeinderatswahl den Bürgern als unsere Ziele präsentiert haben.

Es ist anzunehmen, daß uns die Mehrzahl unserer Wähler gerade wegen dieser Wahlprogramme gewählt hat, denn das ehemals recht respektable, sogenannte „Dritte Lager“, also unsere Stammwähler, ist in den letzten Jahren sehr geschrumpft. Das gilt für die Stammwählerschicht anderer Parteien genauso. Sicher haben auch wir einen harten Kern von Stammwählern, aus dem wir insbesondere unsere Kandidaten rekrutieren sollten, auf die wir uns auch verlassen können. Damit gehört auch die Befindlichkeit der national-freiheitlichen Stammwähler genauso zum Wählerauftrag wie die durch Werbung verbreiteten politischen Ziele unserer Partei.

Aus dem Wählerauftrag leitet sich direkt die Pflicht ab, alles zu unternehmen, diesen Auftrag auch in der Realität umzusetzen. Für kleine Fraktionen ist es naturgemäß schwierig, diesem Auftrag wirklich nachzukommen. In Gemeinden, in welchen wir Koalitionen oder auch nur Arbeitsübereinkommen eingegangen sind, müssen die wichtigsten Ziele im abgeschlossenen **Koalitions пакт** enthalten sein. Dies ist so wichtig, weil nach der Bürgermeisterwahl sich der Partner oft nicht mehr gerne an die vorher getätigten Zusagen erinnern will. Freilich kann er das auch ohne schriftliche Ausfertigung des Abkommens tun, aber in diesem Fall kann seine Untreue der Bevölkerung vorgeführt werden.

Schwierig ist es, als Koalitionspartner nicht paktierte Anträge zu stellen; da hat man es koalitionsfrei schon wesentlich leichter, wenn auch die Chance auf Verwirklichung der Anträge sehr gering wird. Trotzdem müssen wir versuchen, alle unsere Ziele durch Antragsstellung im Gemeinderat zu realisieren. Bei medial geschickt ausgenützter Berichterstattung kann gerade dieses oppositionelle Mittel zum Erfolg führen, da die Regierungsparteien sich scheuen, wirkliche Bürgerwünsche nur deshalb zu ignorieren, weil sie von Freiheitlichen transportiert worden sind. Seien wir aber taub gegenüber wohlwollenden Ratschlägen der

Regierungsparteien, die dazu raten, die Antragsstellung ihnen zu überlassen, weil dann die Chance auf Annahme größer wird!

Es kann aber auch ohne Koalitionspakt zu fruchtbringender Gemeindegemeinschaft kommen. Keine Gemeindeordnung kennt den Begriff der Koalition, wenn auch in der Praxis mit Koalitionsabkommen regiert und auch offen davon gesprochen wird. Da jede Partei, entsprechend ihres Wahlergebnisses und unter Berücksichtigung des d'Hondtschen Systems an der Ortsregierung, im Gemeindevorstand, teilnimmt, sind auch mandatsschwächere Fraktionen in der Regierungsverantwortung. Freilich relativieren auch hier stattfindende Koalitionen jede Mitarbeit unerwünschter Fraktionen. Bei liberaler Amtsführung kann aber durchaus eine erspriessliche Zusammenarbeit zustandekommen. Wichtig ist dabei, daß der uns zugestandene Verantwortungsbe- reich auch deutlich unsere Handschrift trägt und uns die Erfolge nicht medial gestohlen werden.<sup>95</sup>

## **Die Balance zwischen Qualität und Quantität einer Partei**

---

Ein sehr wichtiges Ziel jeder Ortspartei ist der **Stimmengewinn** bei der nächsten Gemeinderatswahl. Dies ist zwar kein Ziel, das werbewirksam den Bürgern präsentiert werden darf, da diese für die innerparteiliche Befindlichkeit auch unserer Partei kein Verständnis aufbringen können, aber für die Umsetzung freiheitlicher Ziele ist dies eine unabdingbare Voraussetzung; ohne freiheitliche Gemeinderäte kann auch keine freiheitliche Politik betrieben werden.

Gerade aber mit dieser Forderung, nämlich der **Stimmenmaximierung**, bewegen wir uns in einer oft sehr unangenehmen Schere. Wenn wir freiheitliche Forderungen thematisieren, etwa Einsparungen bei Gemeindeausgaben, machen wir uns gerade die Nutznießer dieser Ausgaben zu Feinden. Als kleine Partei sollte man sich vor unpopulären Forderungen hüten; einmal können wir sie nicht durchsetzen und zweitens verärgern

---

95 In Perchtoldsdorf wurden einige Legislaturperioden lang die Bereiche Kindergarten, Spielplätze, Gesundheitswesen und Verkehrswesen sehr erfolgreich von der Freiheitlichen Fraktion wahrgenommen.

wir damit nur sinnlos eine mögliche Klientel. Das trifft natürlich nicht für Anträge zu, die unserer örtlichen Parteilinie immanent sind. Wenn es unsere Parteilinie ist, einen strikten Sparkurs wegen einer verantwortungslosen Überschuldung der Gemeinde zu propagieren, dann können wir auch gegen Subventionen und nicht gerechtfertigte Förderungen einzelner Gruppen auftreten. Allgemein sind Oppositionsparteien ungehemmt in ihren Forderungen, weil sie genau wissen, daß die finanzielle Bedeckung allemal Sache der Regierung ist, wenn auch laut NÖ GO für jede beantragte Ausgabe die budgetmäßige Bedeckung anzugeben ist.<sup>96</sup>

Viele Ortsparteien haben eigene örtliche Programme entwickelt, in denen nicht nur taktische, sondern auch strategische Ziele formuliert worden sind<sup>97</sup>. Mit derartigen Programmen bekommen unsere politischen Ziele Stabilität, und wir sind, wenn wir auch eine programmkonsistente Politik betreiben, für die Bürger berechenbar und auch vertrauenswürdig geworden.

### **Versorgungsposten, Nepotismus und persönlicher Vorteil**

---

Jede Ortspolitik muß sicherzustellen, daß alle angestrebten Mandate und Gemeindefunktionen niemals als **Versorgungsposten** für finanziell Schwache angestrebt werden dürfen. Diese sind nur zu leicht erpreßbar, und die Tatsache, daß der Freiheitliche ja nur vom Gemeinderatssalär lebt und deswegen in der Politik ist, kennt man leider von vielen derartigen Beispielen.

Genausowenig darf mit der politischen Tätigkeit ein **persönlicher Vorteil** angestrebt werden. Diese Verhaltensmuster haben gerade wir Freiheitlichen mit Erfolg unseren politischen Mitbewerbern oft genug vorgeworfen. Aus profunder Kenntnis dieser

---

96 NÖ GO § 75 (2)

97 In der Ortsgruppe Preßbaum wurde bereits zur Gemeinderatswahl 2000 ein Ortsprogramm, „Preßbaum 2000“, entwickelt, das freilich zumindest vor jeder folgenden Gemeinderatswahl überarbeitet werden muß. Daß dieses Programm ein Ideengeber für alle anderen Parteien geworden ist, war nicht die Intention von „Preßbaum 2000“, aber wir können bei den schamlos „abgekupferten“ Ideen mit Fug und Recht auf unsere Urheberschaft hinweisen.

von so mancher Partei gepflogenen Betätigung müssen wir uns selbst davon freihalten. Neben der persönlichen Anständigkeit, die uns dazu verpflichtet, sollte uns auch die Kenntnis solcher Machinationen als willkommene Waffe gegen Parteiensumpf, Nepotismus und Korruption dienen.

# Die bürgerfreundliche Partei

Die freiheitliche Bürgerfreundlichkeit ist unseren politischen Mitbewerbern seit jeher ein Dorn im Auge. Politik einfach für die Bürger und nicht für eigene Parteiinteressen und deren Klientel zu betreiben, stellt uns in den Augen unserer Gegner außerhalb des **Verfassungsbogens**, wenn ich dieses dumme Wort auch einmal auf die Ortspolitik anwenden darf. Die Grenzen des Verfassungsbogens bestimmen alle anderen Parteien derart, daß die FPÖ draußen bleibt. Freilich heißt der Verfassungsbogen auf Ortsebene anders: Mit den Freiheitlichen kann man nicht, sie sind immer dagegen, sie sind instabil, sie sind Fremdenhasser<sup>98</sup>, sie sind Parteiideologen, man muß sich in deren Gesellschaft genieren usw. Man versteht, die Dummheit hat keine Grenzen.

## **Populismus als Bürgernähe**

.....

Diese Urteile über uns werden fast ausschließlich von den gegnerischen Parteifunktionären und deren mit Scheuklappen versehenen strammen Parteigängern gebraucht. Die Bürger sehen das völlig anders, und das ist der springende Punkt. Weil auch die politischen Gegner dies wissen, versuchen sie, unsere bür-

---

98 Im April 2008 denunzierte der Preßbaumer Bürgermeister die FPÖ als ausländerfeindlich, („NÖN“, Nr. 16 vom 16. April 2008) weil diese einen Antrag für eine Resolution an die Bundesregierung eingebracht hatte, vor der Ratifizierung des EU-Reformvertrags eine Volksabstimmung durchzuführen. Der Antrag wurde übrigens mit Unterstützung der SPÖ angenommen.

gernahe Politik als populistisch zu denunzieren.<sup>99</sup> Eine **populistische Politik**, also eine für die Bürger, zu betreiben, kann nicht falsch sein, vielmehr zeigt derjenige, der diese Politik abqualifiziert, daß ihm das Bürgerwohl nur sehr wenig am Herzen liegt. Unter bürgerfreundlicher Politik verstehen wir aber keineswegs Interventionen, um dem einzelnen persönliche Vorteile zu verschaffen. Umwidmungen von Grundstücken, um einen hohen Verkaufspreis für Baugründe zu erzielen, sind nicht bürgerfreundlich, sondern Mißbrauch politischer Möglichkeiten. Eine solche Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen!

## **Den Bürger mit Taten unterstützen**

---

Unsere Hilfe soll hingegen dort beginnen, wo der Bürger im Verkehr mit öffentlichen Ämtern Hilfe braucht. **Amtswegen** sind für die meisten Bürger eher unangenehm. Viele finden sich im Paragraphenschlingel schwer zurecht und sind oft nicht geübt, Eingaben, Briefe oder Ansuchen richtig zu formulieren. Jeder Amtsweg kann für den, der sich seiner Rechte nicht voll bewußt ist, ein Problem sein, das ihm dann noch persönliche Nachteile bringt. Hier kann unsere Hilfe einsetzen: Beratung, Formulierung von Schriftsätzen, Begleitung zum Rathaus usw. Tatkräftige Hilfe kann dann mehr bewirken als die besten Plakate zur nächsten Gemeinderatswahl.

Die Unsicherheit ist besonders bei **Amtshandlungen**, wie zum Beispiel bei Bauverhandlungen oder Wasserrechtsverhandlungen gegeben. Das gilt natürlich für alle gemeinderelevanten Kontakte. Vielleicht ist es hierbei klug, wenn wir bei einer derartigen Hilfestellung eher im Hintergrund bleiben, um nicht kontraproduktive Reaktionen zu bewirken. Das ist aber vom je-

---

<sup>99</sup> dtv-Lexikon, dtv 2006 Wissen Media Verlag GmbH Gütersloh/München: Populismus [lateinisch *populus*, „Volk“], Begriff für unterschiedliche politische Strömungen mit Massenbasis, deren Führer sich ohne festes Programm für sozial unterprivilegierte Schichten einsetzen; häufig mit Nationalismus und Antiparlamentarismus gekoppelt und an charismatische Führerpersönlichkeiten gebunden.

weiligen Gemeindeklima abhängig, und wenn wir in den entsprechenden Ausschüssen vertreten sind, ist es sowieso legitim, wirksam zu werden.

Die Bürgerhilfe soll sich aber nicht allein auf den Verkehr mit der eigenen Gemeinde beschränken, sondern auch die Hilfe im Verkehr mit anderen **Behörden** einschließen. Eingaben an die Bezirkshauptmannschaft oder an das Finanzamt sind für den einen oder anderen um nichts einfacher als ein Brief an die eigene Gemeinde. Allerdings ist unsere Hilfe eher auf die Formulierung und Beratung zu beschränken; in die Rolle eines Winkeladvokaten dürfen wir keinesfalls schlüpfen. Auch sollten wir uns bemühen, immer über der Sache zu stehen – schon um den Überblick zu behalten –, aber niemals versuchen, mit der Hilfestellung eigene persönliche Kriege auszutragen.

### **Dem Bürger zu seinem Recht verhelfen**

---

Oft werden wir aufgefordert, **Bürgerwünsche** zu unterstützen und an die Gemeinde heranzutragen. Ob nun diese Wünsche von einzelnen oder von Gruppen gestellt werden, soll unser Engagement nicht beeinflussen. Sicher hat das Eintreten für die Wünsche einer Gruppe von Bürgern mehr Gewicht, aber auch dem einzelnen wird dadurch geholfen. Im Falle des Eintretens für eine Bürgergruppe, oft sind es **Bürgerinitiativen**, wird man die Art und Weise der Hilfe den Forderungen anpassen müssen. Hier wird es wahrscheinlich nicht genügen, einen Brief oder eine Eingabe zu formulieren, sondern man wird die Causa in den Gemeinderat bringen müssen. Mit entsprechenden Anträgen kann nicht nur den Bürgerwünschen Gehör und öffentliche Anteilnahme verschafft werden, sondern dadurch ist das Problem in der Regel auch vor das richtige Entscheidungsgremium gebracht worden. In diesem Fall ist es angeraten, die Sache so schnell wie möglich an die Öffentlichkeit zu bringen, da die politischen Mitbewerber sofort versuchen werden, die Hilfe für berechnete Bürgerwünsche allein für sich zu beanspruchen. Im anderen Fall, wenn Bürgerwünsche gegen die Ortsregierung erkämpft werden sollen, wird diese versuchen, die Öffentlichkeit zu meiden und die Gemeinderatsdebatte in den nichtöffentlichen Teil

der Gemeinderatssitzung verlegen; als Oppositionspartei kann man sich nichts Besseres wünschen, um diese Vorgangsweise zu brandmarken.

Nicht jede Bürgerinitiative ist aus freiheitlicher Sicht unterstützungswürdig, auch wenn viele Bürger dies tun. Auszuschließen sind selbstverständlich solche Initiativen, die freiheitlichen Grundsätzen widersprechen, etwa auf Bleiberecht für straffällig gewordene Asylanten. Dies sei aber nur beispielhaft angeführt. Genau sind Initiativen zu überlegen, die typische Grünthemen und Forderungen betreffen. Initiativen für den brasilianischen Regenwald mögen auch Freiheitlichen ein Anliegen sein, aber der Erfolg solcher Initiativen wird dann ausschließlich den Grünen zugute gehalten. Auch wenn man uns im sogenannten überparteilichen Interesse zur Mitarbeit gewinnen will, sollten wir besser einen eigenen Weg suchen, diese Anliegen umzusetzen.

## **Die freiheitlichen Vorfeldorganisationen als politische Transmission**

.....

Jeder Partei sind sogenannte **Vorfeldorganisationen** zuzuordnen, die mehr oder weniger fest an die Mutterpartei gebunden sind, oft auch eigene Rechtspersönlichkeiten sind. Der Vorteil solcher Gruppen ist, daß diese auch für Nichtparteimitglieder offen sind, weil hier keine zielgerichtete Parteipolitik betrieben wird, sondern der Schwerpunkt auf dem Vereinszweck liegt. Der politische Anspruch solcher Gruppierungen ist nur im Naheverhältnis der Mitglieder zur Freiheitlichen Partei zu sehen, das heißt, diese rekrutieren sich aus der Klientel der Freiheitlichen und deren Freundeskreis. Einer freiheitlichen Organisation anzugehören, sollte aber trotzdem jedem Mitglied bewußt sein. Das Naheverhältnis wird besonders durch den regelmäßigen Besuch freiheitlicher Funktionäre sichergestellt.

Ortsgruppen der Freiheitlichen Jugend sind die beste Investition in eine freiheitlich gestaltete Zukunft. Der große Naturforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt weist nach, daß gerade im kritischen Alter zwischen 14 und 16 Jahren die weltanschaulichen Verhaltensnormen im Jugendlichen gebildet werden. Nicht um-

sonst sind es gerade die Linken, die sich um die Ganztagschule bemühen, um auf diese Weise eine Wählerklientel aufzubauen. Daß gerade aus diesen Gründen die Burschenschaften und Turnvereine von den Linken mit besonderer Wut bekämpft werden, hat in deren Nähe zur freiheitliche Gedankenwelt seine Ursache.

Der **Ring Freiheitlicher Jugend** (RFJ) ist eine Parteiorganisation, die sehr zielgerichtet der Jugend die Augen für die freiheitliche Gedankenwelt öffnet. Daß es uns nahestehende Jugendgruppen besonders schwer haben, nicht nur in der Mitgliederwerbung, sondern auch in der Schulung, weiß jeder, der die Schul- und Gesellschaftspolitik der letzten Jahrzehnte offenen Auges verfolgt hat. Aber langsam wird die Holzhammermethode der linken bis christlichsozialen Heilsapostel von intellektuell wachen Jugendlichen durchschaut und wirkt dann auch kontraproduktiv. Die Akzeptanz der FPÖ in der Jugend ist allgemein im Steigen.

Die Schwierigkeiten, eine uns nahestehende Jugendgruppe aufzubauen, sollen nicht verschwiegen werden. Auch hier ist der finanzielle Spielraum, der für jede Vereinstätigkeit einfach notwendig ist, sehr eng. Dazu kommt, gerade in ländlichen Gegenden, der von den Großparteien ausgehende Druck, der schon oft verhindert hat, daß ein geeignetes Vereinslokal gefunden wird oder daß bei Funktionieren des Vereins dieses einfach wieder gekündigt wird. Man muß aber auch bedenken, daß es heutzutage für jeden Verein schwer ist, von der Mitgliederwerbung bis zur Gestaltung des eigenen Vereinslebens, ein gedeihliches Auskommen zu finden.

Eine andere, sehr wichtige Vorfeldgruppe ist der **Freiheitliche Seniorenring**, der sich in der Gestaltung seines Wirkungskreises doch deutlich leichter tut. Die Mitglieder suchen gesellschaftlichen Anschluß an Gleichgesinnte und erwarten in ihrer Pension eine sinnvolle Gestaltung ihrer im Seniorenring zu verbringenden Zeit. Von gemeinsamen Reisen, Ausstellungsbesuchen bis zu Vortragsveranstaltungen sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Von aktiver Gestaltung und Strukturierung bis zur eher passiven Konsumation des Gebotenen sollten alle Möglichkeiten in einem florierenden Seniorenring gegeben sein. Auf kei-

nen Fall soll dieser als Sprungbrett für erhoffte Parteikarrieren dienen, das dient weder dem Verein noch ist es für den Karrieristen zielführend. Die Teilnahme am politischen Leben soll in erster Linie einer Standespolitik dienen, die den Bedürfnissen und Erwartungen der Senioren entspricht. Für die freiheitliche Ortsorganisation ist ein ortsansässiger Seniorenring von großem Vorteil, sind es doch gerade die Senioren, die zu den treuesten Besuchern unserer Veranstaltungen zählen. Gemeinsame Weihnachtsfeiern und andere gesellige Parteiveranstaltungen unterstreichen dies nur.

Außer diesen beiden genannten **Vorfeldorganisationen** sind eine Vielzahl anderer Gruppierungen möglich; man denke nur an den Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) oder an die Freiheitlichen Arbeitnehmer, an die Freiheitlichen Bauern, an die Freiheitlichen Wirtschaftstreibenden und an die vielen berufsspezifisch organisierten Verbände; letztere sicher eher im städtischen Bereich anzutreffen. Aber auch jede andere Gruppierung von Personen, die sich zum Beispiel bei einem politisch interessierten Kameraden mehr oder minder zwanglos treffen, kann zum freiheitlichen Kristallisationszentrum eines mit uns sympathisierenden Freundeskreises werden. Das können Damenzirkeln, Fünfuhrtee-Gesellschaften, Kartenrunden usw. sein. Wichtig ist aber besonders, daß hier nicht mit der Steinzeitkeule gearbeitet wird, sondern daß das Politische eher am Rande in die Unterhaltung einfließt. Ist allerdings die Gründung eines politischen Zirkels gelungen, dem nicht nur Parteimitglieder angehören, kann schon eine deutliche Sprache geführt werden, aber dort sollten wir die sogenannte Lufthoheit auf alle Fälle innehaben. Am Lande haben fast alle Gasthäuser Stammtische, an welchen politische Gespräche geradezu zum integrierenden Inhalt jeder Zusammenkunft gehören.

## **Öffentliches Auftreten als direkter Bürgerkontakt**

---

Das Wirken jeder Partei verlangt das **Auftreten in der Öffentlichkeit**, denn nur so wird dieses wahrgenommen. Das erreichen wir nicht allein durch die Medien, unser Auftreten in der Öffentlichkeit ist ebenso wichtig. Man will seine Mandatare sehen, an-

sprechen, mit ihnen diskutieren, sich beschweren können oder Wünsche an sie herantragen. Man sollte sich als Mandatar oft in der Öffentlichkeit zeigen, auf der Straße, im Kaufhaus, bei Vereinsveranstaltungen, bei Ausstellungen, Feiern, kurz überall dort, wo Leute gewohnt sind, einander zu treffen.

## **Besuch von Diskussionsveranstaltungen**

---

Günstig ist es, wenn möglich, bei solchen Gelegenheiten das Wort zu ergreifen. Zwei Dinge sind aber dabei zu beachten: Die Wortmeldung soll nicht politischen Inhalts sein, wenn die Gelegenheit nicht dafür geeignet ist, und sie muß gut vorbereitet sein. Wir wissen ja in der Regel, ob sich eine solche Gelegenheit ergeben kann und können uns darauf einstellen. Bei **Diskussionsveranstaltungen** sollte es ein Muß sein, daß sich Freiheitliche Mandatare zu Wort melden. Aber nicht in endlosen Koreferaten zu schwafeln beginnen, sondern versuchen, die Sache auf den Punkt zu bringen! Wenn man dabei einen kräftigen Sager anbringen kann, dann berichten auch die Medien darüber, jedenfalls aber tragen die anderen Zuhörer diesen weiter.

## **Standeln und karitative Veranstaltungen**

---

Auf die Funktion von **Standeln** ist bereits hingewiesen worden. Jedes Standel ist eine Aufforderung an die Bürger, heranzutreten und mit uns zu diskutieren. Viele Bürger nehmen diese Gelegenheit wahr. Ein Standel sollte aber nicht um seiner selbst betrieben werden, es muß ein von vielen Bürgern einsehbarer Grund vorliegen, um auf diese Weise mit ihnen das Gespräch zu suchen. Wird eventuell für **karitative Zwecke** gesammelt, auf Flohmärkten, bei eigenen Veranstaltungen oder anderswo, dann sollte der gesammelte Betrag nicht einfach auf ein entsprechendes Konto des Begünstigten überwiesen werden, sondern auf alle Fälle sollte dies medial begleitet werden. Sicher ist Spenden etwas sehr Persönliches, wenn aber unsere Partei dahinter

steht, dann soll auch die Partei genannt werden, sonst verpufft die Wirkung<sup>100</sup>

## **Die Gesinnung unterscheidet uns von anderen**

---

Wer sich in unserer Partei politisch betätigt – egal auf welcher Ebene, ob in der Gemeinde, im Land, im Bund oder in der EU – muß immer **zu seiner Gesinnung stehen**. Wer versucht, seine Bindung an die Partei zu relativieren, ist unwahr und wird auch von den Bürgern so wahrgenommen. Mit der Entscheidung, eine politische Tätigkeit aufzunehmen, ist das politische Bekenntnis öffentlich geworden. Dieses soll weder verheimlicht noch im Falle, daß ein Gespräch dort hinführt, diskret übergangen werden. Ausnahmen beruflicher Natur oder in nicht adäquater Umgebung sind evident. Genauso abzuraten ist von dauerndem Ereifern und Schimpfen; besser ist allemal, gelassen zu bleiben und die mögliche Explosion dem politischen Gegner zu überlassen, dem man dann noch sehr publikumswirksam beruhigend zureden kann.

---

100 Die FPÖ Preßbaum hat vor Jahren ein Schubertdenkmal gestiftet; Stein und Bronzeplakette. Mit Mühe konnte wir erreichen, als dritter Redner bei der Eröffnung zu sprechen, in der später erschienen Ortschronik wurden wir als Spender nicht erwähnt.

# Integration der Partei im Ort

Die beste Integration einer freiheitlichen Ortsgruppe in ihrer Gemeinde wird zweifelsohne mit eingessenen Kandidaten und Mandataren erreicht. Hier ist eigentlich keine Integration notwendig, da durch familiäres Umfeld, Schulkameradschaften, Vereinszugehörigkeiten der Mandatar ein fester Bestandteil im Ortsleben ist. Und doch ist die Integration, das heißt eine allgemeine Akzeptanz, auch in kleinen Gemeinden zu fördern. Unsere politischen Mitbewerber lassen oft nichts unversucht, eine Desintegration unserer Partei im Dorfleben zu bewirken. Ein anderer wichtiger Grund für das Bemühen, im Dorf positiv bekannt zu werden, sind die Zweitwohnsitzer. Diese kennen die örtlichen Verhältnisse nur oberflächlich, und für sie hat ein mit allen Attributen einer alteingesessenen Familie ausgestatteter Kandidat keinen Vorteil gegenüber einem kaum bekannten Kandidaten, der außer dem Parteibuch und der Mitgliedschaft bei einer örtlichen Parteiorganisation wenig Gemeinsames mit der Ortsbevölkerung aufzuweisen hat.

Da besonders in Niederösterreich oft Kandidaten, die noch nicht lange im Ort wohnen, für die FPÖ kandidieren, ist das oben allgemein angesprochene Problem auch das unsere. Wir müssen uns in das gesellschaftliche Leben unseres Ortes integrieren, das heißt, wir müssen am öffentlichen Leben als Partei teilnehmen. Man muß über uns sprechen! Natürlich dürfen wir uns keiner Illusion hingeben und glauben, daß unsere Veranstaltungen einen Massenzulauf erfahren werden; das wird schon die Angst auch vieler Sympathisanten vor dem wachsamen Blicken der Großparteien verhindern. Aber ein mehr oder minder großes Besucherpotential haben wir auf alle Fälle, und wichtig ist, daß wir mit Veranstaltungen präsent sind. Die Ankündigung über Plakat, Medien, Handzettel und ähnliches ist auch Werbung bei

jenen, die uns aus bestimmten Gründen nicht besuchen wollen oder können.

## **Parteiveranstaltungen leiden am Besucherschwund**

---

Ausgesprochene **Parteiveranstaltungen** werden im ländlichen Raum erfahrungsgemäß schwach besucht; wer will sich schon deklarieren! Anders und schon wesentlich leichter ist es bei geselligen Veranstaltungen. Hierbei sollte in der Werbung das Parteimäßige zurückgenommen werden. Erstens ist es ohnehin bekannt, wer der Veranstalter ist, und zum anderen gibt man dadurch dem Vorsichtigen das Gefühl, eine neutrale, auf keinen Fall eine politische Veranstaltung zu besuchen. Legt man trotzdem Wert, die Partei als Veranstalter zu nennen, muß man alles versuchen, einen einigermaßen guten Besuch zu garantieren. Einige einsame Besucher einer Veranstaltung verlieren schnell Mut und Lust, länger zu bleiben. Hier wird dann oft in der Partei die Veranstaltung überregional beworben und es gelingt dann auch, die Säle zu füllen, besonders wenn bekannte Politiker ihre Teilnahme angesagt haben. Aber auch hier ist zu bedenken, daß die Gegner laut verkünden, daß kaum ortsansässige Bürger zu sehen gewesen waren. Wird allerdings eine solche Veranstaltung, besonders in Wahlzeiten, im Rahmen einer NR-, LT- oder EU-Wahl, überregional beworben und auch ausgerichtet, dann ist das der richtige Weg. Aber als Ortsorganisation müssen wir im Dorf bleiben und uns nach der (derzeit leider zu hohen) Decke strecken.

## **Kulturprogramm statt Multikulti**

---

Fast jede Partei veranstaltet **Faschingsbälle**. Für unsere Partei wird eine erfolgreiche Ballorganisation nur in größeren Ortschaften oder Städten in Frage kommen, da der finanzielle Aufwand und die zu erwartende Besucherzahl in Einklang stehen müssen. Bewährt haben sich in Niederösterreich die oben angesprochenen überregional beworbenen Bälle. Der Kornblumenball in Perchtoldsdorf war 30 Jahre lang die mit Abstand bestbesuchte freiheitliche Ballveranstaltung Niederösterreichs. Will

man etwas weniger aufwendig in Erscheinung treten, so bieten sich **Faschingskränzchen** an, die nicht so unter Erfolgsdruck stehen wie groß angekündigte Ballveranstaltungen. Aber trotzdem gilt auch für Faschingskränzchen das gleiche wie für Ballveranstaltungen. Hier signalisiert schon die Lokalwahl, was wir uns erwarten. Verlangt doch ein Ball auf alle Fälle einen Saal, so kann ein Kränzchen auch in einem geräumigen Wirtshaussaal stattfinden, den wir leichter füllen können als andere Lokalitäten.

Bei allen Veranstaltungen muß man auf die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten Bedacht nehmen. Hat man mehrere schauspielerisch ambitionierte Mitglieder und Freunde, so kann man auch **Theaterstücke und Kabaretts** aufführen. In Preßbaum gründete die Ortsgruppe den **Blauen Salon**, der alle kulturellen Parteiveranstaltungen bestritt. Vom Kabarett, Liederabend, Konzert, Muttertagsfeiern bis zu Theateraufführungen reichte das Programm, das von der Bevölkerung sehr gut angenommen worden ist. Am Faschingswochenende und am Staatsfeiertag spielte der Blaue Salon an drei aufeinander folgenden Tagen jeweils vor ausverkauftem Haus. Es war gelungen, auch Nichtparteimitglieder für die Aktivitäten des Blauen Salons zu begeistern und zum Mitspielen zu gewinnen.

Die in Städten organisierten Feste mit international bekannten Künstlern, wie mit Antonia von Tirol, oder dem Lustigen Hermann oder mit Waterloo und Robinson, sprengen wohl die Möglichkeiten einer mittleren Ortspartei, sollen aber doch aufzeigen, was alles im Bereich der Möglichkeiten liegt. Allerdings standen hinter diesen Veranstaltungen Landtagsabgeordnete, die ein sehr breites Einzugsfeld auf Trab bringen konnten.

Theater- oder Kabarettaufführungen sind sehr aufwendig, besonders was das Einstudieren der Rollen, die Regie, die Kulissen betrifft. Einfache Lesungen und Vorträge sind schon wesentlich einfacher in der Organisation. Sehr gut werden **Dichterlesungen** angenommen, was allerdings zur Voraussetzung hat, daß ortsbekannte Dichter, die diesem Ehrentitel auch halbwegs gerecht werden, in der Ortschaft leben und auch bekannt sind zum Zug kommen. In Heurigengegenden bietet sich neben der traditionellen Kellerpartie auch eine Kombination von Heurigenbesuch

und einer künstlerischen Darbietung an, eben ein Lesung oder musikalische Vorträge. Diese Beispiele mögen nur zu weiteren Ideen anregen, den Möglichkeiten sind hier keine Grenzen gesetzt. Aber wie schon gesagt, das Wesentliche ist, daß es gelingt, örtlich vorhandene oder auch befreundete Künstler in die Aktivitäten einzubinden. Wenn weder Chor oder Gesangsgruppe existieren, noch man eine solche kennt und auch nicht engagieren kann, dann wird man auch keinen Liederabend organisieren können.

Relativ einfach sind **Vorträge** zu organisieren. Es ist nicht wichtig, unbedingt auf örtliche Vortragende zurückzugreifen, es ist vielmehr wichtig, daß der Vortragende auch etwas zu sagen hat. Sicher wird ein Vortrag über eine Himalayabesteigung eher dann Interesse finden, wenn dies ein Ortsbekannter erzählt. Bei reinen Fachvorträgen, etwa über ökologische Probleme, technische oder kulturelle Themen, wird auch ein ortsfremder Redner willkommen sein. Wenn es gelingt, bekannte Persönlichkeiten als Vortragende zu gewinnen, dann ist bei entsprechender Bewerbung auch der Erfolg vorprogrammiert. Kommt ein Thema gut an, dann ist zu überlegen, eine ganze Vortragsreihe zu diesem Thema anzubieten.

Gesellige Veranstaltungen wie die traditionellen **Ganslessen und Rehessen** sind nicht nur gute Gelegenheiten, die eigene Ortsgruppe zusammenzuhalten, sondern auch Gäste einzuladen, die uns hier in lockerer, unpolitischer Atmosphäre kennenlernen können. Eine eher dem ÖVP-Lager angehörige Dame meinte nach einer solchen Veranstaltung: „Sie sind ja gar nicht so, wie ich gedacht habe“. Auf die Gegenfrage, wie sie denn meinte, daß wir wären, antwortete sie nicht. Aber auch das war eine Antwort, die gezeigt hat, daß es auf diese Weise am besten gelingen kann, den Bürgern die ihnen eingepflanzte Scheu vor uns zu nehmen.

Die Veranstaltungen des **Freiheitlichen Seniorenringes** und des **Ringes Freiheitlicher Jugend** zählen ebenfalls zu diesen Aktivitäten, die unsere Gemeinschaft im eigenen Ort festigen können. Darüber wurde schon referiert, aber es sei nochmals darauf hingewiesen, daß gerade diese beiden Organisationen besonders

geeignet sind, den Kontakt zu weiten Kreisen der Bevölkerung herzustellen.

Mit Erfolg haben Ortsgruppen im Winter **Kinderschirennen** veranstaltet. Dazu drängen die Kinder selbst, und die Eltern sind deshalb auch eher bereit, über ihren politischen Schatten zu springen. Werbung, Durchführung bis zur Siegerehrung mit Pokal, Siegerurkunden und Zielphotos müssen natürlich bestens vorbereitet werden und wie am Schnürchen klappen. Daß der freiheitliche Gemeinderat dann die Pokale verteilt, ist die besondere Werbung für unsere Gesinnungsgemeinschaft, die auch nachhaltig wirksam bleibt: Urkunde, Zielphoto und Pokal wird jedes Kind lange aufbewahren und auch dem Stolz der Eltern auf ihr Kind lange schmeicheln.

Leider sind die sogenannten **Bärenpartys** aus der Parteimode gekommen. Das waren sehr gerne besuchte Veranstaltungen mit Discoflair, das Terrain von besonders die Jugend ansprechenden, jungen Gemeinderatskandidaten. Die Jugendlichen fragen bei solchen Gelegenheiten nicht nach der politischen Richtung des Veranstalters, sondern vielmehr nach dem inhaltlich Gebotenen. Ein klassischer Liederabend in einer niederösterreichischen Gemeinde war eher schwach besucht, ein nur wenige Wochen später veranstalteter Glenn-Miller-Abend war ausverkauft.<sup>101</sup> Aus Gesprächen mit Jugendlichen Gästen war zu erkennen, daß diese gar nicht wußten, bei einer Veranstaltung der FPÖ zu Gast zu sein: Trotzdem ist die Werbewirksamkeit auch dann nicht zu unterschätzen, wenn der eine oder andere nicht weiß, wer der Veranstalter ist.

Eine Veranstaltung, die auch eher als Werbeträger zu sehen ist, schon weil die Teilnehmerzahl gering ist, ist das in vielen Ortschaften beliebte **Preisschnapsen**. Aus Erfahrung wissen wir, daß es hierbei nie um politische Anteilnahme geht, sondern daß die Schnapsler einzig und allein wegen des geliebten Spiels kommen. Wenn die Preise stimmen, dann kann auch der Erfolg nicht ausbleiben. Die Preise werden meist von Parteimitgliedern gespendet und auch von der Ortspartei finanziert. Die Teilneh-

---

101 Beide Veranstaltungen fanden in Preßbaum im Rahmen des Blauen Salons statt.

merkarten bringen aber nicht immer die Eigenkosten des Preisschnapsens herein.<sup>102</sup>

---

102 In einer NÖ Stadt standen die Kosten der Teilnehmerkarten zu den Preisen in einem krassen Mißverhältnis. Die Folge war, daß dies das letzte Preisschnapsen in dieser Stadt gewesen ist.

# Organisation

In diesem Kapitel sollen nicht die im Parteiorganisationsstatut und in den Satzungen angeführten Funktionen beschrieben werden, sondern Organisationsbehelfe, welche die Führung einer Ortsgruppe erleichtern oder gerade erst möglich machen. Kameraden, die aus einem Bürobetrieb kommen, tun sich sicher etwas leichter, alle Organisationsbehelfe zu erstellen und diese auch zu handhaben. Aber das ist alles keine Hexerei, und wer sich einmal in diesen „Bürokram“ eingearbeitet hat, vor allem aber diesen auch gebraucht hat, wird nicht mehr auf diese Behelfe verzichten wollen. Im Gegenteil, er wird noch weitere Organisationsbehelfe erfinden und in seine Ortsorganisation implementieren. In Ortschaften, die trotz freiheitlichen Gemeinderats ohne Ortsgruppe auskommen müssen, auch das gibt es, wird sich zwar vieles auf die praktischen Bedürfnisse des „Ein- oder Zweimannbetriebes“ reduzieren, aber auch in der kleinsten Organisationseinheit ist das eine oder andere Organisationshilfsmittel notwendig. Schon im Kapitel über die Erstkandidatur ist auf solche Hilfsmittel hingewiesen worden.

## **Mitgliederkarteien und -dateien**

---

Unabdingbar für jede Ortsgruppe ist die **Mitgliederkartei** oder die rechnergestützte **Datei**. Sie wird, was Anschrift und Telefon, Eintrittsdatum, Parteifunktionen betrifft, von der Landesgeschäftsstelle geführt, muß aber trotzdem auch in der Ortsgruppe vorhanden sein und auf neuestem Stand gehalten werden. Diese Mitgliederkartei soll auch andere wichtige Daten enthalten, die zur Führung einer Ortsgruppe einfach notwendig sind: Adressen und Telefonnummer des Arbeitgebers, Mitgliedschaften bei Vereinen, Dienstgrade beim Bundesheer, Berufsbezeichnungen, spezielle Ausbildungen usw. Auf gar keinen Fall sind aber

darunter Dossiers zu verstehen, die nur mißbräuchlich verwendet werden können.

Für die Weiterentwicklung jeder Ortspartei ist es von Nutzen zu wissen, wer an unserer Gesinnungsgemeinschaft Interesse hat, wer uns vielleicht schon einmal gewählt hat, wer unsere Politik öffentlich gutgeheißen hat, usw. Alle diese Daten sollten in einer **Interessentenkartei oder Datei** verzeichnet sein, die auch stets gewartet sein will, denn so manche Beurteilung mag sich später als unrichtig herausgestellt haben. Besonders die Hinweise, die bei persönlichen Gesprächen, bei Hausbesuchen, bei Diskussionsveranstaltungen gewonnen wurden, sollen diese Kartei füttern, aus der sich auch die Einladungsliste für Parteiveranstaltungen, aber auch für alle andern Veranstaltungen unseres Lagers ergeben wird, ebenso eine allfällige Gratulationsliste. Die Interessentenkartei soll nicht nur persönliche Hinweise enthalten, sondern auch Hinweise auf unsere Kontaktperson, Interessen an besonderen Punkten unseres Parteiprogramms, eine Auflistung, an welchen unserer Veranstaltungen diese Person schon teilgenommen hat. Es sollten aber auch Bemerkungen verzeichnet werden, die diese Person nicht als eine der unsrigen erscheinen lassen; überwiegen einmal letztere, dann sollte der Interessent aus der Liste gestrichen werden. Auch diese Liste darf nicht als Dossier verwendet werden.

## **Die Einladungsliste als Schlüssel zum Erfolg**

---

Der Gebrauch einer **Einladungsliste** erklärt sich von selbst. Je mehr unterschiedliche Einladungen von einer Ortsgruppe verschickt werden, umso komplexer ist diese Liste aufzubauen. Ob ein Interessent zu einer erweiterten Ortspartei-sitzung als Gast eingeladen wird oder zu einem Seniorentreff oder Kinderschirennen kann nicht nach derselben Liste adressiert werden. Zumindest unterschiedliche Codierungen sollen die unterschiedlichen Zielgruppen voneinander differenzieren. Bei großen Ortschaften wird auch der Wohnortsteil von Interesse sein, insbesondere dann, wenn Veranstaltungen ortsteilspezifisch ausgerichtet werden; man denke zum Beispiel an spezielle Verkehrsprobleme.

## **Die Gratulationsliste als Mitgliederservice**

Ein sehr gutes, wenn auch oft aufwendiges Instrument, um mit seiner Klientel Kontakt zu halten, sind regelmäßige Gratulationen zu Geburtstagen und besonderen Jubiläen. Eine **Gratulationsliste** ist hiezu sehr dienlich, das heißt, ohne eine solche wird dies kaum möglich sein. Die Handhabung dieser Gratulationsliste muß mit Akribie erfolgen, leicht kann bei Vergessen wichtiger Jubiläen die anfängliche Zuneigung in Kränkung und Desinteresse für uns umschlagen. Eine erweiterte Gratulationsliste kann auch zur Versendung alljährlicher Weihnachts- und Neujahrswünsche verwendet werden; doch das ist auch eine Frage der leistbaren Portokosten.

## **Der Gebrauch der elektronischen Medien**

---

Ein modernes Kommunikationsmittel ist das Internet, das wir auf alle Fälle nutzen sollten. Besonders die Jugend ist mit diesem Instrument zu erreichen, also gerade der Bevölkerungsteil, der in der Regel wenig Interesse an Parteipublikationen hat. Ein **E-mail-Verteiler** erfüllt im Internet die gleichen Zwecke wie eine Adressenliste im konventionellen Briefverkehr. Selbstverständlich muß auch ein E-mail-Verteiler nach verschiedenen Gesichtspunkten geordnet sein. Im parteiinternen Verkehr ist das Internet kaum mehr wegzudenken, wenn sich auch der eine oder andere Parteifunktionär standhaft weigert, den Anschluß an die moderne Kommunikation zu suchen. Gerade diese Einzelfälle machen aber den Komfort des E-mail-Verkehrs umso deutlicher; leider nicht für den, der lieber einen handadressierten Brief mit der Post bekommt. Über diese Schiene können nicht nur organisatorische Nachrichten verteilt werden, sondern an mögliche Interessenten auch politische Botschaften weitergegeben werden: z.B. letzte Neuigkeiten aus der gestern stattgefundenen Gemeinderatssitzung. Damit können wir im Informationsdienst einfach die Nase vorne haben.

Das Internet hat dem **Fax** langsam den Rang abgelassen, auch wenn wir uns an die kolossale Erleichterung erinnern, die das Fax einmal ermöglicht hat. Doch hat dieses noch lange nicht

ausgedient, um Schriftstücke schnell übermitteln zu können. Es sollte eine unabdingbare Forderung an jeden Parteifunktionär sein, neben Telephon auch über Fax und E-mail verfügen zu können

In großen Ortsorganisationen, die über Ortsteilbetreuer, Seniorenbetreuer, Jugendbetreuer usw. verfügen, werden diese ebensolche Listen führen müssen, um ihre speziellen Aufgaben koordiniert bewältigen zu können. Die Einrichtung eines **Bürger-telephons** wird oft nur zögernd angenommen. Vielleicht ist der Grund der, daß dieses natürlich nicht rund um die Uhr besetzt sein kann und die Bürger nach einem erfolglosen Versuch aufgeben, sich noch einmal zu melden. Und wer spricht schon sein Anliegen gerne in eine unpersönliche mail-box, auch wenn es nur die Bitte um einen Rückruf ist? Auch diese Anrufe sollten verzeichnet werden, schon um sicher zu stellen, daß die an uns herangetragenen Bürgerwünsche gewissenhaft weiter verfolgt werden können.

# Die Selbstdestruktion der Ortsgruppe

Manche Ortsgruppen verschwinden sang- und klanglos, ohne daß jemand davon Notiz nimmt. Ohne Vertretung im Gemeinderat ist es im allgemeinen schwer, das Interesse für eine glaubhafte Ortspolitik wachzuhalten. Wie dies mit viel Idealismus trotzdem möglich ist, ist schon skizziert worden.<sup>103</sup> Besonders nach Verlust des oft einzigen Gemeinderatsmandates macht sich eine flauere Stimmung in der Ortsgruppe breit, die zusätzlich zu einer Kater- und einer Wehmutsstimmung, daß alles vergebens gewesen sei, noch den heimlichen Spott des politischen Gegners zu ertragen hat. Hier hilft nur die Parole „Nun erst recht Kopf hoch und durchstarten!“ Eine verantwortungsvolle Bezirks- und Landesführung muß diesen Totpunkt erkennen und sofort gegensteuern.

Wenn auch ein solches Schicksal weder von der Ortsgruppe noch von einzelnen gewünscht war und vielleicht auch zu vermeiden gewesen wäre, sind die Chancen für einen konstruktiven Neubeginn jedenfalls gegeben. Eine völlig andere Situation liegt vor, wenn die Ortsgruppe selbst an ihrer Zerstörung gearbeitet hat. In diesem Fall sind durch den Zusammenbruch auch die personellen Strukturen zerstört. Ein Neubeginn muß in der Regel mit zwei miteinander verfeindeten Gruppen rechnen, die mit ihren animosen Befindlichkeiten auch in der Öffentlichkeit nicht hinter dem Berg halten. Aber soweit soll und darf man es nicht kommen lassen. Überlebenswichtig ist es daher, solche selbstdestruktiven Querelen schon im Ansatz zu erkennen, um sofort gegensteuern zu können.

---

<sup>103</sup> Siehe Kapitel „Kandidatur und Erstkandidatur.“

## Das subversive Potential

---

Daß ein Parteimitglied schon bei seinem Parteieintritt die Absicht mitgebracht hat, die Partei zu zerstören, ist nahezu auszuschließen; jedoch kann auch ein sehr verdientes Parteimitglied im Laufe seiner Tätigkeit in diese Rolle hineinwachsen. Ob diese Rolle jedem Destrukteur schon bei Beginn seiner **subversiven Tätigkeit** bewußt ist, mag dahingestellt sein, aber Tatsache ist, daß die größten Katastrophen, die unsere Partei erschüttert haben, alle in den Zentren der Parteiführung entstanden sind. Hier hilft nur sofortiger Parteiausschluß des Rädelsführers samt seinen engeren Sympathisanten. Die Frage ist aber, wie stark jene sind, die das sich anbahnende Desaster erkennen; und ist nicht auch diese Partei-Gruppe in den Streit involviert? Diese Frage, oft unlösbar, stellt sich bei jeder Sanierungsmaßnahme, was auch immer die Ursache des internen Konfliktes gewesen sein mag.

Oft stehen Lügen gegenüber Parteifunktionären am Anfang des subversiven Verhaltens. Diese sollten unbedingt als Indikator zukünftiger Querelen beachtet werden.

## Der Nörgler ist schnell zur Stelle

---

Für andauernde Mißstimmung sorgen die notorischen **Nörgler** „die an fast allem und jedem etwas auszusetzen haben, selten aber mit brauchbaren Vorschlägen zur Hand sind, wie die Dinge denn verbessert werden könnten. Diese Menschen sind eifrige Diskutierer, sie melden sich gerne zu Wort, wissen rasch, was nicht funktionieren wird können und haben in jenen Fällen, wo es tatsächlich schief gelaufen ist, immer schon gewußt, daß es so kommen mußte.“<sup>104</sup>

## Listenplatz und Verweigerung als Alternativen

---

Ein großes Konfliktpotential birgt die **Listenerstellung** zur Gemeinderatswahl in erfolgreichen Ortsgruppen. Wenn sogenann-

---

104 Gerhard Steger: „Erfolgreich führen in der Verwaltung“, Verlag Österreich 2005, ISBN 3-7046-4773-X

te sichere Listenplätze zu vergeben sind, dann beginnt das Gerangel, das bis zu Parteiaustritten führen kann. Listenerstellungen sind immer äußerst brisante Entscheidungen, die nicht nur auf Ortsebene die Gemüter heißlaufen lassen. Wenn sich nun schon in dieser Frage innerparteiliche Gruppen bilden, die auch im Wahlkampf sich mehr gegenseitig, als gemeinsam den politischen Gegner bekämpfen, dann steht die Ortsgruppe vor dem Kollaps. Traditionell erfolgreiche Ortsgruppen stürzen dann bei der Wahl bis in die Bedeutungslosigkeit ab.<sup>105</sup>

## **Die Ungeeigneten in Führungspositionen**

---

Oft wird das rasche Wachsen unserer Partei für viele Unausgewogenheiten und Fehlentscheidungen verantwortlich gemacht. Dieses Urteil ist nicht von der Hand zu weisen, hat aber weniger mit dem raschen Parteiwachstum zu tun, als mit der fehlenden Rekrutierungspolitik für Parteikader. In vielen Ortschaften braucht man nur für die FPÖ zu kandidieren und man wird gewählt. In dieser Phase ist noch kein Listengerangel auszumachen, da sich nur wenige trauen, überhaupt zu kandidieren und sich auch nicht die damit verbundene Arbeit antun wollen. Sitzt die Partei einmal im Sattel der Ortspolitik, kann man bei der Listenerstellung genausowenig auf langjährig bekannte Parteikader zurückgreifen, und so werden Kandidaten in den Gemeinderat gewählt, deren politisches Verhalten wenig bis nicht bekannt ist, denen im allgemeinen auch der „Stallgeruch des Dritten Lagers“ fehlt. Und damit ist der Streit innerhalb der Fraktion vorprogrammiert: Der eine stimmt für einen Antrag, der andere dagegen, ja selbst gegen freiheitliche Anträge stimmen dann solche ideologischen Querschläger. Oft ist das **unterschiedliche Stimmver-**

---

105 Die Ortsgruppe Perchtoldsdorf verlor aus diesem Grund vier ihrer in mehreren Legislaturperioden gehaltenen sechs Mandate.

**halten** gar nicht auf unterschiedliche Einsichten begründet, sondern nur Ausdruck eines innerparteilichen Kampfes.<sup>106</sup>

Oft völlig unkalkulierbar sind freiheitlich seicht fundierte Funktionsträger. Hier kommen Loyalitäten zu Politikern anderer Parteien zum Vorschein, die auch bei noch so liberal gehandhabtem Fraktionszwang nicht mehr vertretbar sind. Versprechen am Stammtisch, gepaart mit geringem Durchblick für die gegnerische Politik, machen dann die freiheitliche Riege zum Stimmverstärker parteifremder Interessen. Eine kluge gegnerische Politik setzt dann gerade hier ein, indem sie die Freiheitlichen in mitarbeitswillige Gemeinderäte und auf der anderen Seite in ideologisch verblendete Hardliner einteilt. Die „einsichtigen“ Gemeinderäte freuen sich dann noch, wenn ihnen der Gegner kumpelhaft auf die Schultern klopft; aber das zu erkennen ist auch ein Intelligenzproblem. Freiheitliche Politik geradlinig zu vertreten, ist nicht jedermanns Sache, und die Verführungen können willkommen sein.

## **Der enttäuschte $\alpha$ -Mensch**

.....

Übertriebener Ehrgeiz ist sicher eine bedeutsame Triebfeder für die politische Betätigung, auch auf Ortsebene. Man hüte sich vor jenen, die bei jeder unpassenden Gelegenheit kundtun, nur aus persönlicher Sorge um das Allgemeinwohl politisch tätig zu sein, sie lügen auch bei anderer Gelegenheit. Es gehört zum Profil des Politikers, eher ein  $\alpha$ -Mensch als ein  $\omega$ -Mensch zu sein, und hierin liegt dann auch das Problem. Wenn jeder der erste sein will, dann nützt auch kein Appell an die Parteidisziplin oder Loyalität, der Streit will ausgetragen werden. Verschärft wird dieses Duell dann, wenn eine örtliche Führungsposition als Sprungbrett für höhere Funktionen in der Landespartei oder anderen Parteigremien benutzt wird.

---

106 Die Selbsterstörung einer Partei ist in der 2004 erschienen Perchtoldsdorfer Parteigeschichte beschrieben: Gregor Gatscher-Riedl „50 Jahre freiheitliche Kommunalpolitik, 55 Jahre freiheitliche Organisation in Perchtoldsdorf, Auf den Spuren des Dritten Lagers in Perchtoldsdorf“ Perchtoldsdorf 2004.

Nicht selten beginnt die innerparteiliche Auseinandersetzung mit dem Kampf um die Obmannschaft. Es bilden sich Gruppen um den Gegenkandidaten des amtierenden Obmanns. Zündstoff für eine Obmandebatte ist in jeder Ortsgruppe zu finden, denn wer ist schon perfekt? Der Gegenkandidat vertritt dann die reine Lehre und signalisiert, alles besser machen zu wollen. Oft fragt man sich, ob hier nicht der äußere politische Mißerfolg durch Kampf in den eigenen Reihen wettgemacht werden soll, weil hier bequemer persönliche Machtziele zu erreichen sind. Ist der Gegenkandidat dann nicht erfolgreich, trennt man sich auch in der Fraktion von seiner Partei, gründet eine eigene Liste und bekämpft die Partei, auf deren Liste man ursprünglich gewählt worden war.<sup>107</sup>

Finanzielle Beweggründe sind oft im Kampf um dotierte Gemeindefunktionen zu orten, aber hier können auch konsensuale Lösungen gefunden werden.<sup>108</sup> Man bedenke nur die unterschiedliche Dotierung von GR, GGR und Obmann eines Ausschusses!

### **Kameradschaft als *conditio sine qua non***

---

Eine nicht zu unterschätzende Sprengkraft liegt im unterschiedlichen sozialen Umfeld der einzelnen Funktionäre. Da können längst totgeglaubte, fast klassenkämpferische Divergenzen aufbrechen, die weder mit unseren Parteizielen noch mit unserem ideologischen Begriff der Kameradschaft etwas zu tun haben. Ein schönes Eigenheim, ein tolles Auto können schon Grund

---

107 S. auch Fußnote 105. Hier vergaß sich ein F-GR soweit, daß er den Stadtamtsdirektor aufsuchte und befragte, wie er den Geschäftsführenden Parteikollegen aus dem Stadtrat abwählen könne. Das Vorhaben mißlang, drei Gemeinderäte traten aus der Partei aus und stellten sich nun gegen ihre früheren Fraktionskollegen. Das Wahlergebnis der Perchtoldsdorfer GR-Wahl 2005 ist bekannt.

108 In einer niederösterreichischen Kleinstadt setzte ein fünf Jahre lang untätig gewesener, arbeitsloser GR seine Spitzenkandidatur gegen einen ortsbekanntem Gewerbetreibenden durch, der aus Gutmütigkeit und auch in der Hoffnung auf ein zweites Mandat der Listenreihung zustimmte. Das Ergebnis war der Verlust des einzigen Mandates!

genug sein, solche Neidgelüste wachzurufen. Die Parteipolitik ist ein spezielles Biotop, das durch die gemeinsame Tätigkeit und Zugehörigkeit zur FPÖ definiert ist, und dabei soll es auch bleiben. Oft berühren sich aber die privaten Lebenskreise der Parteikameraden wenig oder gar nicht. Hier ist viel Fingerspitzengefühl des Parteiobmannes nötig, um solche komplexhaften Divergenzen draußenzuhalten. Sich gegenseitig aus der Partei hinauszuekeln, ist keine Lösung, vielmehr muß die Kameradschaft, die sich durch das gemeinsame politische Ziel definiert, deutlich und immer vor Augen geführt werden.

Schwierig ist es, wenn es sich um menschlich und charakterlich schwierige Kameraden handelt, die auf der anderen Seite oft gerade durch ihre qualitativ wertvolle Mitarbeit eine Bereicherung jeder Ortsgruppe darstellen könnten. Hier muß sich der Parteiobmann klar werden, was für seine Partei wichtiger ist, der innerparteiliche Friede oder die perfekte Arbeit.

Der Obmann wird dieses Dilemma nicht allein entscheiden können und er ist gut beraten, dies auch nicht allein zu tun. Aber in dieser Frage bewährt sich eine wirkliche Führungspersönlichkeit im Unterschied zu einer, die dies nicht ist. Zu autoritärer Führungsstil oder ein lasches Laissezfaire sind wohl nur die Extrema dieser Skala, aber bedrohliche Situationen werden nur selten in Übereinstimmung mit allen Betroffenen gemeistert.

## **Der Erfolg als Integrationsfaktor**

.....

Das beste Rezept für eine gedeihliche **Zusammenarbeit** sind sicher der politische Erfolg einer Ortsgruppe und die Ziele, für die alle mitarbeiten müssen. Es sind ja gerade die ewigen Mitarbeitsverweigerer, die wegen ihres schlechten Gewissens den Zündstoff für interne Querelen liefern. Die Ortspartei sollte von einer „Gruppenideologie“ beseelt sein, in der über Werte, Normen, Einstellungen und Überzeugungen in der Gruppe nicht mehr diskutiert werden muß, weil sie von allen geteilt und auch gelebt werden. Und da sei auch unser Bundesparteiobmann Heinz-

Christian Strache zitiert: „Die FPÖ ist eine Idee, die läßt man sich nicht von Schwächlingen kaputt machen“.<sup>109</sup>

---

109 Heinz-Christian Strache: „Neue Männer braucht das Land“, Zur Zeit-Edition, 2006 Wien, ISBN 3-900052-09-3, ISBN 987-3-900052-09-6.

# Nachwort

Nun haben Sie das Buch gelesen. Als Gemeinderat ist Ihnen vieles bekannt gewesen, vieles haben Sie anders gemacht, aber einige Anregungen sind hängengeblieben. Es ist nicht das Ziel des Buches, dem Leser nahezulegen, alles und jedes genauso zu planen und auch umzusetzen, wie es hier beschrieben ist. Jedes Element muß vor seiner Umsetzung auf seine Machbarkeit, unter den besonderen Voraussetzungen der eigenen Gemeinde, überprüft werden. Viele Elemente werden wegen der örtlichen Gegebenheiten nicht realisierbar sein, für viele werden die personellen Voraussetzungen nicht gegeben sein, sei es, daß der Ortsgruppe nur wenige Aktivisten zur Verfügung stehen, oder auch, daß für die Umsetzung Fertigkeiten gefordert sind, die sich niemand zutraut.

Hier soll das Buch Mut machen, über seinen eigenen Schatten zu springen und es einfach einmal zu probieren. Sicher, es ist nicht jedermanns Sache, eine Zeitung zu schreiben, aber deswegen darf das Projekt „Gemeindezeitung“ niemals scheitern. Hilfe vom Bezirksvorstand oder der FPÖ-Landesgeschäftsstelle anzufordern, ist der richtige Weg zur Projektverwirklichung – und Übung macht den Meister. Alles hat man einmal zum ersten Mal gemacht, und wenn das Projekt einmal im Laufen ist, finden sich sicher helfende Hände, die es weiterführen.

Auch in erfolgreichen Ortsgruppen kann es notwendig werden, von Zeit zu Zeit die politische Arbeit umzustrukturieren. Ein jahrelang florierender freiheitlicher Stammtisch ist plötzlich wegen Schließung des Gasthauses oder auch wegen zu schwachen Besuchs nicht mehr weiterzuführen. Dann muß sich die Ortsgruppe andere Kommunikationsmöglichkeiten überlegen. Die Überlegung, ab nun Hausbesuche zu starten, ist vielleicht besser als den Stammtisch in die Nachbarortschaft zu verlegen. Die ELEMENTE sollen solche Überlegungen unterstützen und zu

unkonventionellen, aber attraktiven Lösungsmöglichkeiten des erkannten Problems anregen.

Wer nach einigen Jahren Berufspraxis wieder ein Lehrbuch seiner Ausbildungszeit in die Hand nimmt, wird feststellen, daß vieles, was er damals als unwichtig überlesen hatte, nun in einem völlig anderen Licht erscheint. Halbvergessene theoretische Lehrsätze werden ihm helfen, nun anstehende Probleme der Berufspraxis zu strukturieren und lösen zu können. So wollen die Elemente für den „alten Hasen“ im Gemeinderat verstanden sein.

Für den Neuling im Gemeinderat und besonders für die neuzugründende freiheitliche Ortsgruppe werden die Elemente sowohl Leitfaden wie Vorbild sein können. Es muß nicht jeder das Rad neu erfinden. Für eine so große Bewegung, wie es die Freiheitliche Partei ist, muß man auf die Erfahrung jahrzehntelanger Gemeinderatstätigkeit anderer Parteikameraden zurückgreifen können. Gerade das macht unsere Stärke aus, daß wir nicht als Einzelkämpfer auftreten. Wenn auch der eine oder andere als freiheitlicher Mandatar allein im Gemeinderat agiert, so soll er dies im Bewußtsein tun, in die große Kameradschaft vieler hunderter Gemeinderäte eingebunden zu sein. Aus der Erfahrung dieser vielen erfolgreichen Gemeinderäte haben die Elemente inhaltlich geschöpft. In vielen Interviews und Gesprächen ist versucht worden, das Spezifische auf dem Wege zum Erfolg zu erkennen und in den Elementen darzustellen.

Auch zerstörerische Entwicklungen sind dargestellt worden. Allerdings ist dieses Kapitel bewußt kleingehalten worden, zum einen, um nicht durch die Darstellung des Mißerfolges den Leser zu entmutigen, und zum anderen, um nicht etwaigen Störenfriede eine Anleitung für ihre parteischädigenden Ambitionen zu liefern. Die Elemente sollen den Mut jedes einzelnen beflügeln, an dem großen freiheitlichen Auftrag mitzuarbeiten, dem Ziel, die Freiheit und Identität für Volk und Vaterland zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Es ist davon abgesehen worden, genaue Anleitungen zur Umsetzung der einzelnen Elemente zu geben. Dies würde nur zu Irritationen führen, weil jede zu genau gefaßte Anleitung die spezifischen örtlichen Gegebenheiten und Verhältnissen niemals

berücksichtigen kann und damit als nicht durchführbar zur Seite gelegt werden würde. Die Elemente sollen aber helfen, das politische Leben in der Gemeinde zu strukturieren.

Die Ersteller eines Strukturplans müssen sich über ihre personellen und finanziellen Ressourcen im klaren sein, ehe mit der Planung begonnen werden kann. Die nächste Entscheidung wird sein: Was will ich bis wann umsetzen, erreichen? Ein Stufenplan wird hilfreich sein, die möglichen Etappenziele realistisch zu definieren. Und nun ist der Zeitpunkt gekommen, die Elemente zur Hand zu nehmen und die Instrumente, die sich zur Zielerreichung anbieten, auf die örtlichen Voraussetzungen abgestimmt zu definieren. Ein Raster, der das angestrebte Ziel mit dem entsprechenden Werkzeug der Elemente verbindet, wird derart einen Einsatzplan ergeben, der nun mit Leben erfüllt werden muß.

Ortsgruppengründung	Interessentendatei erstellen Sympathisanten besuchen Finanzielle Hilfe mit Bezirk abklären Kontakt mit Bezirksobmann aufnehmen Gründung in Bezirkszeitung ankündigen
Projekt „Zeitung“	Wer ist Schriftleiter? Kontakt mit Bezirksobmann oder Landesgeschäftsstelle Gemeinderatssitzungen besuchen Annoncen keilen Liste der Ortsprobleme anfertigen
Plakataktionen	Plakatständer anfertigen Plakate entwerfen Plakattruppe zusammenstellen

Diese kurze Auflistung soll nur beispielhaft verdeutlichen, wie im Einzelfall vorzugehen ist. Parteiarbeit muß sich an der Generalstabstätigkeit der Armee orientieren. Nur eine genaue Beschreibung und Vorbereitung des Aufmarschweges bringt uns zum Ziel. Eine Parteitätigkeit, die sich lediglich auf Reaktionen

auf gegnerische Aktionen beschränkt und immer nur zuwartet, was dieser Gegner tut oder nicht tut, ist immer einen Schritt hinterher und kommt zu spät. Das Gesetz des Handelns, das uns allein zum Ziel führt, ist nicht die nonchalante Reaktion auf das Tun des Gegners, sondern ausschließlich die eigene Tat. In diesem Sinn mögen die ELEMENTE gelesen werden, und wenn das eine oder andere der hier beschriebenen Werkzeuge erfolgreich zum Einsatz kommt, haben sie ihren Zweck erfüllt.

# Abkürzungen

<b>EU</b>	Parlament der Europäischen Union
<b>GGR</b>	Geschäftsführender Gemeinderat
<b>GR</b>	Gemeinderat
<b>HP</b>	Homepage, Heimseite
<b>LT</b>	Landtag
<b>NÖ</b>	Niederösterreich
<b>NÖ GO</b>	Niederösterreichische Gemeindeordnung
<b>NR</b>	Nationalrat
<b>PR</b>	Public Relation: Öffentlichkeitsarbeit
<b>PK</b>	Pressekonferenz
<b>StGB</b>	Strafgesetzbuch

# Sachverzeichnis

- Abkürzungen 195
- Abstimmungen 105
- Alpha-Mensch, enttäuschter 187
- Amtshandlungen 167
- Amtswege, Hilfe bei 167
- Angriffe vom politischen Gegner 52, 62
- Angriffe, persönliche 126, 147
- Ankündigungen 84, 86
- Annoncen der FPÖ 72
- Anträge 105, 107 f, 142
- Artikel, nichtredaktionelle 147
- Aufgaben, Ziele der Ortspartei 161
- Aufsichtsbeschwerde 118
- Auftreten in der Öffentlichkeit 171
- Aufwandsentschädigung 156
- Ausstellungen 135
- Auszug aus dem Gemeinderat, kollektiver 119
- Autorisierung 75
  
- bad news 143
- Bälle 135
- Bärenpartys 178
- Basismillion 157
- Behörden, Hilfe bei 168
- Bekanntmachung der Kandidaten 66
- Bekennnis zur FPÖ 105
- Bereichssprecher 116
- Beschimpfungen 147
- Blauer Salon 176
- Blauer Stammtisch 30
- Budget 116, 121
- Bürger, unzufriedene 41
- Bürgerbrief 91
- Bürgerforum 142
- Bürgergespräch 130
- Bürgerhilfe 168 f
- Bürgerinformation 138
- Bürgerinitiativen 168
- Bürgerliste 42, 115
- Bürgermeisterkandidat 36
- Bürgermeisterwahl 99
- Bürgernähe 166
  
- Bürgerstandel 90
- Bürgertelephon 129, 182
- Bürgerwünsche 168
  
- Chancenabschätzung bei Erstkandidatur 26
  
- Dauerbrenner, politische 125
- Dauerredner 85
- Destruktion der Ortsgruppe 184 f
- Dichterlesungen 176
- Diskussion im Gemeinderat 112
- Diskussionsleitfaden, Hausbesuche 78
- Diskussionsveranstaltungen 172
- Dreipunkteprogramm als Kurzwahlprogramm 45 f, 67
- Dringlichkeitsantrag 109, 142
  
- Einbinden in gegnerische Politik 122
- Einladungsliste 181
- e-mail-Verteiler 182
- Entgegnungen 148
- Entschuldigungen 148
- Enttäuschung der Ehrgeizigen 187
- Erweiterungsanträge 107
  
- Faschingsball 175
- Faschingskränzchen 176
- Faschismusketele 126
- Fax 182
- Finanzen 154, 156 ff
- Flugblatt 63, 68
- Fraktionssitzung 105
- Fraktionszwang 105
- Freiheitlicher Seniorenring 170, 177
- Freiheitliches Umfeld 30
- Freunde der Kandidaten 43
  
- Ganslessen 177
- Gästebuch 70
- Gegenanträge 105
- Gegenbudget 116
- Gemeindekurier, Annonce 152, 158

- Gemeindekurier Erscheinungsdaten 137
- Gemeindekurier 28, 60 f
- Gemeindekurier, finanzielle Mittel 154
- Gemeindekurier, Inhalt 138
- Gemeindekurier, Kulturseite 144
- Gemeindekurier, Kolumne 146
- Gemeindekurier, Photos 150
- Gemeindekurier, Recherche 140 f
- Gemeindekurier, Umfang 149
- Gemeindepolitik 21 f
- Gemeinderat 102 f
- Gemeinderat, Abstimmungen 105
- Gemeinderat, Anfragen 141
- Gemeinderat, Anträge 140
- Gemeinderat, Auszug aus dem 119
- Gemeinderat, Diskussionen 112
- Gemeinderat lahmlegen 119
- Gemeinderat, nichtöffentlichen Teil 112
- Gemeinderat, Zuhörer 112
- Gemeinderatsausschüsse 116
- Gemeinderatssitzung 28, 104
- Gemeinderatssitzung, Vorbereitung 104
- Gemeindezeitung 123
- Gesinnung 173
- Glossen 145
- Gratiszeitungen 72
- Gratulationsliste 182
- Grünthemen 124
  
- Hausbesuche 77 ff, 93, 135
- Hausbesuche, Leitfaden für Gespräche 78
- Haushaltsvoranschlag 116
- Heringsschmaus 135
- Home-page 65, 69, 130
  
- Informationsveranstaltungen 83
- Initiativantrag 31
- Initiativantrag 121
- Instrumente des Wahlkampfes 59 ff
- Integration der Partei im Ort 174 f
- Interessentenkartei 28, 85, 132, 181
- Interview 143
  
- Justamentstandpunkt 106
  
- Kabarett 176
- Kameradschaft 188
- Kampfmandat 94
- Kandidatenliste 55
- Kandidatenvorstellung 85
- Kandidatur 25 ff, 33
- karitative Zwecke 172
- Kassier 160
- Kegeln 135
- Kernwählerschicht 40
- Kinderschirennen 135, 178
- Klatschspalte 61
- Klientel, freiheitliche 40
- Koalitionsfrage 96 f
- Koalitionspakt 162
- Koalitionspapier 97
- Kolumnen 146
- Kreditaufnahmen 159
- Kultur 144, 175
- Kurzinformation schnelle 63
- Kurzmeldung 145
  
- Leben mit der Gemeindepolitik 127 f
- Lebenslauf 62
- Lebenszeichen, politische 66
- Lesbarkeit 153
- Leserbriefe 64, 71, 146
- Leserbriefe, bestellte 147
- Listenerstellung 185
- Listenreihung 34
- Lob des Gegners 122
- Lokalfernsehen 76
- Lokalkandidaten 93
- Lokalpresse 64
- Lösungskompetenz 38
  
- Mißtrauensantrag 110
- Mitgliederkartei, -datei 180
- Mitgliedsbeiträge 157
  
- Nachtragsbudget 116 f
- Namensliste 43 f
- Nepotismus 164
- Nörgler 185
  
- Öffentliche Meinung 106
- Öffentlichkeitsarbeit 31
- Öffentliche Parteisitzungen 133
- Opposition 96
- Oppositionspartner 115
- Oppositionspolitik 102, 123
- Oppositionspolitik, Grundzüge 114
- Oppositionspolitik, Ziele der 115
- Organisation 180 ff

- Ortskultur 144
- Ortspartei-sitzungen, offene 133
- Ortspolitik 161 ff
- Ortsprogramm 44
  
- Paktieren 100, 110
- Partei, bürgerfreundliche 166
- Parteiausgaben 159
- Parteikritik 111
- Parteisitzungen, öffentliche 133
- Parteisteuer 156
- Parteitourismus 84, 157, 158
- Parteiveranstaltungen 175
- Parteizeitung siehe auch Gemeinde-  
kurier 137
- Plakat 65 ff
- Politik, populistische 167
- Politikernamen nennen 148
- politische Zirkel 30
- Populismus 166
- Portokosten 157
- Preisschnapsen 135, 178
- Preisrätsel 145
- Preisausschreiben 145
- Presseaussendung 70
- Pressedienst 31
- Pressefrühstück 74
- Pressegespräch 74
- Pressekonferenz 28, 64, 73
- PR-Arbeit 59
- Proponenten 26
- Protokolländerung 113
  
- Quereinsteiger 94
  
- Recherche 140
- Rechnungsabschluß 116
- Rechtschreibung. 153
- Rede 177
- Rehessen 97
- Richtigstellung 71
- Ring Freiheitlicher Jugend 170, 177
- Rücktritt, kollektiver 120
- Runde Tische 76
  
- Saalfüller 84
- Schattenkabinett 61, 87
- Schaukasten 32, 65
- Schulung 103
- Schulungsgelder 104, 157
- Seitkarten 82
  
- Signale an Frauen, Rentner, Jugend  
56
- Sitzungssaal verlassen 107
- Spendenaufruf 155
- Spendenaktionen 158
- Spitzenkandidat 34, 86
- Sprechtag 130
- Stammisch 131
- Standeln 172
- Standelaktionen 93, 133
- Steckaktion 87
- Stehseiten 151
- Steigbügelhalter 96
- Stellungnahme zum Budget 30
- Stimmengewinn 163
- Stimmenmaximierung 163
- Stimmenthaltung 106
- Strategie nach der Wahl 95 f
- Strategieüberlegungen 47
- Subversives Potential 185
- Subversive Tätigkeit 185
  
- Telephoninterview 75
- Telephonumfrage 89
- Theater 176
- Themen politische, des Gegners 124
- Themenführerschaft 108
- Themenwahl 51
- Tischvorlagen 84
  
- Umfang der Parteizeitung 149
- Ungeeignete in Führungspositionen  
186
- Unterschriftenaktionen 31
- Unterschriftenlisten 80, 90
  
- Veranstaltungen 158
- Veranstaltungen, gesellige 30, 135
- Verdächtigungen 147
- Vereine 136
- Vereinsspenden 159
- Verfassungsbogen 166
- Versorgungsposten 164
- Verteilung der Parteizeitung 154
- Viertelvertrauensleute 128
- Vorbereitung zu Sitzungen 104
- Vorfeldorganisationen 169, 171
- Vorteil, persönlicher 164
- Vorträge 177
- Vortragswesen 132
- Vorzugsstimmwahlkampf 57, 93

Wähler, unzufriedene 41  
 Wählerauftrag 100, 161  
 Wahlgeschenke 80  
 Wahlkampf 47 f  
 Wahlkampf, fairer 39  
 Wahlkampf, heiße Phase 48  
 Wahlkampfbeginn 47  
 Wahlkampfinstrumente 151  
 Wahlkampfstil 49  
 Wahlkampfthemen des Gegners 53  
 Wahlkampfthemen 48, 54  
 Wahlprogramm 38 ff  
 Wahlpropaganda 48  
 Wahlversprechen 161  
 Wahlzeiten 151  
 Wahlziele 97  
 Wanderungen 135  
 Wandzeitungen 67  
 Weihnachtsfeiern 135  
 Weihnachtswünsche 150  
 Wildessen 135  
 Wortmeldung 112  
 Zeitungsannoncen 159  
 Zeitungsphotos 150  
 Zerstörung der Ortsgruppe 184 ff  
 Zuhörer 112  
 Zünglein an der Waage 96  
 Zusammenarbeit 189  
 Zusatzanträge 105, 107  
 Zustimmung zu anderen Anträgen 110  
 Zweitwohnsitzer 174

# Der Autor



## **Dipl.-Ing. Dr. techn. Bernd Lindinger**

Geboren am 10. Jänner 1940 in Linz a. d. Donau  
Volksschule in Preßbaum  
Realschule RG XV in Wien  
Chemiestudium an der Technischen Universität, Wien  
mit dem Abschluß Dipl.-Ing. und Dr. techn.  
Bundesheer  
Berufstätigkeit in Deutschland und Österreich immer in leitender Stellung  
1977 Beitritt zur FPÖ  
Parteifunktionen: Geschäftsführender Gemeinderat  
Ortsparteiobmann  
Bezirksparteiobmann  
Landespartei-Leitung, -Vorstand, -Präsidium der FPÖ NÖ  
Landesgeschäftsführer der FPÖ NÖ  
Bundesparteileitung  
Bundesrat  
Kurator der NÖ Landesakademie  
Mehrere wissenschaftliche Veröffentlichungen, internationale Patente  
Seit 1967 verheiratet, vier Kinder, drei Enkel